

(Beginn:14.44 Uhr – 01.43 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 4. Sitzung des Rates der Stadt Köln in der Wahlperiode 2009/2014 und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse und der Medien, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister sowie alle Mitglieder des Rates.

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute alle Ratsmitglieder anwesend.

Als Stimmzähler für die heutige Sitzung - in der Regel sind es sechs Ratsmitglieder - benenne ich Frau Dr. Bürgermeister, Herrn Gey, Frau Dr. Müller, Frau Kirchmeyer, Frau Frebel und Frau Henk-Hollstein. Ich sehe, es gibt keinen Widerspruch.

Bevor wir unsere Beratungen beginnen, müssen wir die Tagesordnung der heutigen Sitzung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- beziehungsweise Absetzungen sind im Entwurf gesondert gekennzeichnet. Die nachträglich eingegangenen Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Wir kommen nun zur Festlegung des Themas der Aktuellen Stunde. Es liegen zwei fristgerecht eingereichte Anträge zur Durchführung einer Aktuellen Stunde vor. Der Antrag der FDP-Fraktion mit dem Titel „Tunnelinitiative des Kölner Oberbürgermeisters für die Unterquerung der Rheinuferstraße durch die Nord-Süd-Stadtbahn“ trägt im Entwurf die Ziffer 1.1. Der Antrag der CDU-Fraktion, in dem es um „COP15 Copenhagen - global denken, lokal handeln - eine ‚Roadmap‘ für den Klimaschutz in Köln nach der UN-Abschlusskonferenz in Kopenhagen“ geht, trägt im Entwurf die Ziffer 1.2.

Wie Ihnen bekannt ist, sieht unsere Geschäftsordnung grundsätzlich nur eine Aktuelle Stunde pro Sitzung vor. Bei mehreren Anträgen besteht jedoch nach § 5 Absatz 3 die Möglichkeit einer einvernehmlichen Einigung zwischen den Antragstellern auf eines dieser beiden Themen. Ich möchte darauf hinweisen, dass unsere Geschäftsordnung vorsieht, dass bei dem Versuch, Einigung zu erzielen, auch berücksichtigt werden sollte, ob es sich bei einem für eine Aktuelle Stunde vorgeschlagenen

Thema um ein Thema handelt, das unter einem anderen Tagesordnungspunkt bereits in der Tagesordnung enthalten ist.

Zu dem von der FDP-Fraktion für die Aktuelle Stunde vorgeschlagenen Thema liegt ein Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion vor. Es wäre also möglich, dass sich die Geschäftsführer der beiden Fraktionen auf ein Thema einigen könnten. Deswegen frage ich jetzt die Geschäftsführer: Sind Sie zu einer Einigung auf ein Thema gekommen? - Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Um Gottes willen, ich bin nicht der Geschäftsführer. Ich würde es mir auch nicht anmaßen, in diese Kreise einzudringen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Fraktionsvorsitzender.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister, Ihr Hinweis ist genau richtig: Dieses Thema soll heute noch einmal aufgrund eines Dringlichkeitsantrages behandelt werden. Sie müssten allerdings vorher fragen, ob das Haus diesem Antrag auch die nötige Dringlichkeit zuspricht. Nur dann würde es auf der Tagesordnung stehen. Sollte die Dringlichkeit des Themas anerkannt werden, wären wir bereit, auf unsere Aktuelle Stunde zu verzichten. Deswegen möchte ich Sie bitten, erst über die Dringlichkeit des CDU-Antrages abstimmen zu lassen. Bei Zustimmung sehen wir eine Lösung in dieser Angelegenheit.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es vonseiten der CDU Anmerkungen dazu?

Winrich Granitzka (CDU): Wir würden der Dringlichkeit unseres Antrags zustimmen.

(Heiterkeit)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. Dann ziehe ich jetzt die Entscheidung über diesen Dringlichkeitsantrag vor. Ich bitte die CDU-Fraktion, die Dringlichkeit ihres Antrags mit dem Titel „Kein Dauerstau auf der Rheinuferstraße“ zu begründen. Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit?

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Ja!)

Herr Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Formale Gegenrede: Ich glaube, die Tagesordnung ist schon lang genug. Dieses Thema brauchen wir nicht zu erörtern. - Danke.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich bitte noch einmal die CDU-Fraktion, die Dringlichkeit des Antrags zu begründen. - Herr Möring.

Karsten Möring (CDU): Herr Oberbürgermeister! Die Dringlichkeit unseres Antrags ergibt sich aus der Tatsache, dass nach unserem bisherigen Kenntnisstand und laut Aussagen der Verwaltung und der KVB mitgeteilt wurde, dass ein Beschluss in dieser Richtung unbedingt noch im Dezember dieses Jahres gefasst werden muss. Wenn dem so sein sollte, hätten wir heute die letzte Möglichkeit, das zu tun. Andernfalls bestünde bei einer weiteren Beratung dieser Themen keine Möglichkeit mehr, diese Alternative in Betracht zu ziehen. Deswegen haben wir diesen Dringlichkeitsantrag gestellt, auch wenn die Verwaltung, anders als der Beschluss vom 30. Juni es vorsieht, keine Vorlage zu dieser Thematik eingebracht hat, weder in den Verkehrsausschuss noch in den Rat.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Kollege Streitberger, würden Sie bitte kurz zur Dringlichkeit der Thematik Stellung nehmen.

Beigeordneter Bernd Streitberger: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben unmittelbar nach der Ratsentscheidung am 30. Juni mit der Arbeit an der Vorlage zur Erläuterung der Alternativen der Rheinuferquerung begonnen. Dabei haben wir uns auch noch einmal mit dem Thema Unterquerung der Rheinuferstraße mit der Bahntrasse befasst, weil wir ja jetzt einen anderen zeitlichen Rahmen haben als zu dem Zeitpunkt, als diese Frage entschieden wurde. Genau diese Variante bedarf noch der Prüfung. Deswegen haben wir die Vorlage noch nicht vorlegen können.

Zur Dringlichkeit will ich Folgendes sagen: Sie wissen ja, dass es in nächster Zeit auch Gespräche auf Landesebene dazu geben wird. Ich habe in dieser Angelegenheit auch schon mit

der KVB gesprochen. Dabei geht es um die sogenannten Vorsorgemaßnahmen. Wenn man zu der Entscheidung für die Untertunnelung der Rheinuferstraße im Bereich der Bahntrasse kommt, wäre es wichtig und notwendig, entsprechende Vorsorgemaßnahmen zu treffen, um beim späteren Tunnelbau hohe Mehraufwendungen zu vermeiden. Mir ist vonseiten der KVB mitgeteilt worden, dass diese Vorsorgemaßnahmen durch Steuerung der Baustelle am 2. Bauabschnitt auch noch bis Ende Januar/Anfang Februar getroffen werden können.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, kommen wir zur Abstimmung. Wer ist gegen die Dringlichkeit dieses Antrags? - Wer Enthaltung? - Gegen die Stimmen der Linken und bei Enthaltung von Herrn Zimmermann ist die Dringlichkeit festgestellt worden. Der Antrag steht somit auf der heutigen Tagesordnung.

Zurück zur Festlegung des Themas für die Aktuelle Stunde. Im Prinzip bleibt jetzt nur noch ein Thema übrig, da die FDP-Fraktion, wie von ihrem Fraktionsvorsitzenden angekündigt, in diesem Fall ihren Antrag zur Durchführung einer Aktuellen Stunde zurückziehen wollte.

Ralph Sterck (FDP): Ja, Herr Oberbürgermeister, das ist genau richtig. Wir hatten die Aktuelle Stunde gerade für den Fall vorgesehen, dass die Dringlichkeit des CDU-Antrags hier nicht bestätigt worden wäre und damit keine Gelegenheit bestanden hätte, heute über dieses Thema zu reden. Da wir nun die Gelegenheit haben werden, das Thema hier im Rat heute zur Sprache zu bringen, ziehen wir unseren Antrag zur Durchführung einer Aktuellen Stunde zurück.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herzlichen Dank. - Damit werden wir die heutige Aktuelle Stunde zu dem von der CDU-Fraktion vorgeschlagenen Thema durchführen, nämlich dem Weltklimagipfel.

Weitere Hinweise zur Tagesordnung: Wie in den vorangegangenen Sitzungen wollen wir die Wahlen, die auch in dieser Sitzung wieder anstehen, jeweils vorziehen, um zu einem zügigen Wahlverfahren zu kommen. Deswegen schlage ich vor, die Tagesordnungspunkte 1 bis einschließlich 16.2 - also den gesamten ersten

Block - hinter den letzten Tagesordnungspunkt unter 17, also hinter 17.23, zu ziehen. - Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Namen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion beantragen wir, bei den Wahlen unter Punkt 17, in denen nach Hare/Niemeyer ausgezählt wird, geheim abzustimmen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Das heißt, Sie stellen einen Antrag auf geheime Abstimmung. Wir sind jetzt allerdings noch dabei, die Tagesordnung zu ordnen. Ihren Antrag auf geheime Wahl werden wir danach abstimmen. Dann können Sie das noch einmal begründen.

Die Tagesordnungspunkte 1 bis 16.2 werden, wie gesagt, hinter den Tagesordnungspunkt 17, Wahlen, präzise hinter TOP 17.23, verschoben. Unter TOP 17.15 steht die Wahl des Kämmerers an. Um eine zeitnahe Auszählung für dieses gewichtige Amt gewährleisten zu können und der Wahl eine angemessene Bedeutung zukommen zu lassen, schlage ich vor, diese Wahl an den Anfang des gesamten Wahlblocks zu setzen und sie in einem getrennten Wahlgang durchzuführen.

Die übrigen Wahlen sollten wir wieder in einem gemeinsamen Durchlauf durchführen, wie wir es auch schon in den letzten drei Sitzungen gemacht haben, wobei ich vorschlage, Tagesordnungspunkt 17.16, Sparkasse KölnBonn Weisung an die in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse KölnBonn durch den Rat der Stadt Köln entsandten Vertreter für Abstimmungen in der Zweckverbandsversammlung, vorzuziehen und diesen unmittelbar an die Wahl des Kämmerers anzuschließen. Danach sollten wir die in der Tagesordnung ausgewiesenen Wahlen der Reihenfolge nach vornehmen.

Des Weiteren schlage ich vor, den Tagesordnungspunkt 3.1.3 gemeinsam mit den Tagesordnungspunkten 3.1.4 und 10.28 zu behandeln sowie den Tagesordnungspunkt 3.1.12 gemeinsam mit den Tagesordnungspunkten 6.2.1, 6.2.3 und 6.2.4 mit den dazugehörigen Anträgen zu beraten. Es handelt sich hierbei um eine Blockung von Themen, zum einen zum Thema Gesamtschule

und zum anderen zu Gebührenfragen. So weit mein Vorschlag.

Die Verwaltung schlägt zudem die Zusetzung folgender Punkte vor:

- TOP 1.2
- TOP 2.2
- TOP 3.1.14; das ist der Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion „Kein Dauerstau auf der Rheinuferstraße“
- TOP 3.2.2, Schließung von Filialen der Sparkasse KölnBonn
- TOP 4.2, Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln betreffend „Mitbestimmung bei den Kliniken der Stadt Köln gGmbH“
- TOP 4.3, Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „Beantwortung von Anfragen in den Fachausschüssen des Rates“
- TOP 6.1.5, Änderung der Hauptsatzung - § 22 Integrationsrat / Teil 2

(Winrich Granitzka [CDU]: Herr Oberbürgermeister, ist 6.1.5 nicht zurückgezogen worden?)

- Das müssten Sie sagen; wir kommen gleich dazu.
- TOP 10.29, Unterbringung und Einrichtung des Provisorischen Archivs bis zur Bezugsfertigkeit des Neubaus
- TOP 10.30, Konjunkturpaket II, Verteilung von Restmitteln für freie Träger
- TOP 10.31, Umsetzung des Rettungsdienstbedarfsplanes
- TOP 10.32, Resolution gegen die Kürzung des herkunftssprachigen Programms des WDR (Westdeutscher Rundfunk)
- TOP 10.33, Fortführung der KölnTage bei den Museen der Stadt Köln
- TOP 10.34, Mitteilung über Kostenerhöhungen
- TOP 12.6, Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 66458/11
- TOP 13.7, Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 57577/02
- TOP 17.17, Denkmalschutz und Denkmalpflege

Herr Granitzka.

Winrich Granitzka (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich möchte im Namen der CDU-Fraktion beantragen, diesen Punkt zu verschieben, weil wir hier noch Beratungsbedarf haben. Es geht um Punkt 17.7.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir sind jetzt bei der Zusetzung von Punkt 17.17.

Winrich Granitzka (CDU): Entschuldigung! Ich habe mich vertan; wir sind ja jetzt bei 17.17.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay, das wird zurückgezogen.

Es geht weiter um die Zusetzung von Tagesordnungspunkten:

- TOP 17.18, Benennung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern für die Ausschüsse des Rates
- TOP 17.19, Nachwahl eines Mitgliedes für den Aufsichtsrat der Kölnmesse GmbH
- TOP 17.20, Nachwahl eines Mitgliedes für den Wahlausschuss zur Wahl des Integrationsrates der Stadt Köln
- TOP 17.21, Benennung eines Vertreters für den Aufsichtsrat der KölnBäder GmbH
- TOP 17.22, Benennung eines Vertreters/einer Vertreterin für den Verwaltungsrat der Stadtentwässerungsbetriebe AöR
- TOP 17.23, Antrag der SPD-Fraktion „Benennung von sachkundigen Einwohnern“
- TOP 18.2, Änderung der 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen vom 18.12.2008
- TOP 18.3, Kunststiftung im Museum Ludwig Köln

Auch im nichtöffentlichen Teil sind Tagesordnungspunkte ergänzt worden, und zwar:

- TOP 24.4, Anmietung einer Kindertageseinrichtung in Köln-Höhenberg

- TOP 24.5, Umbau und Mietvertragsverlängerung der Kindertageseinrichtung Am Beethovenpark

- TOP 24.6, Trägerschaft der Kindertageseinrichtung Helmholtzstraße

- TOP 24.7, GEW Köln AG

- TOP 24.8, Flughafen Köln/Bonn GmbH

Herr Klipper, bitte.

Karl Jürgen Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Mir liegt eine Tagesordnung vor, die noch eine andere Reihenfolge vorsieht, nämlich Punkt 24.4, Anmietung einer Kindertagesstätte in Köln-Höhenberg, Punkt 24.5, GEW Köln AG, Punkt 24.6, Trägerschaft der Kindertageseinrichtung Helmholtzstraße, und Punkt 24.7, Umbau Kindertageseinrichtung Beethovenpark. Welche Tagesordnung ist denn jetzt die aktuelle? Sie haben gerade eine andere Reihenfolge bekannt gegeben. Es war für mich sehr verwirrend, dass sich die Tagesordnung scheinbar schon wieder verändert hat. Die Tagesordnung, die mir vorliegt, ist von gestern, 14.00 Uhr. Man muss sich ja auf die Reihenfolge verlassen können. **Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Die gültige Fassung ist die vom 17. Dezember 2009, 13.00 Uhr.

Karl Jürgen Klipper (CDU): Sind denn darin wenigstens inhaltlich all die Themen enthalten, die ich eben genannt habe?

(Andreas Köhler [CDU]: Die von 13.00 Uhr haben wir auch nicht! Wir haben hier eine von 9.50 Uhr auf dem Tisch liegen! Welche ist denn gültig? Ich habe zwei in der Hand! Sind denn beide ungültig? - Karl Jürgen Klipper [CDU]: Ich wäre dankbar, wenn wir wissen könnten, welche Reihenfolge wir haben!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ihnen wird der Umdruck der Tagesordnung mit Stand 13.00 Uhr noch vorgelegt. Es handelt sich nur um eine veränderte Reihenfolge. - Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Wir bitten auch darum, uns die aktuelle Fassung vorzulegen. Bisher liegt uns auch nur die Fassung von 9.50 Uhr vor. Das ist aber noch eine ganz andere Fassung. Ich kann Herrn Klipper nur beipflichten.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Um 13.08 Uhr ist die aktuelle Fassung der Tagesordnung den jeweiligen Fraktionen zugestellt worden.

(Zurufe: Aber nicht den Ratsmitgliedern!)

Ich lese jetzt noch einmal auf der Grundlage der Tagesordnung mit Stand 13.00 Uhr die Punkte vor.

(Markus Wiener [pro Köln]: Jetzt nachreichen! Das kann ja nicht sein!)

- Die Verwaltung wird beauftragt, Ihnen die aktuelle Fassung der Tagesordnung, insbesondere für den nichtöffentlichen Teil, so schnell wie möglich nachzureichen, sofern Sie sie noch nicht erhalten haben. - Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Ich ersuche Sie dringend darum, uns die aktuelle Fassung jetzt sofort vorzulegen. Es kann nicht sein, dass die neue Fassung der Tagesordnung erst fünf Minuten vor Sitzungsbeginn per E-Mail an die Fraktionen geschickt wird. Das ist absolut unprofessionell von der Verwaltung; das geht so nicht. Wir möchten die aktuelle Fassung jetzt sofort haben.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wie gesagt, die aktuelle Fassung der Tagesordnung ist Ihnen anderthalb Stunden vor Sitzungsbeginn vorgelegt worden.

(Zuruf von Markus Wiener [pro Köln])

Ich lese jetzt noch einmal die Tagesordnungspunkte vor, die für den nichtöffentlichen Teil relevant sind:

(Andreas Köhler [CDU]: Also: Bis 24.4 herrscht Konsens! Danach beginnen die Unterschiede!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, um sicherzustellen, dass wir alle uns auf der gleichen Diskussionsebene bewegen, lese ich jetzt noch einmal die Zusetzungen im nichtöffentlichen Teil vor. Wenn Sie einen Blick auf die Ihnen vorliegende Fassung von 9.50 Uhr werfen, werden Sie feststellen, dass diese Zusetzungen auch schon in dieser Fassung enthalten sind.

(Andreas Köhler [CDU]: Bis 24.4 sind wir ja d'accord!)

- TOP 24.4, Anmietung einer Kindertageseinrichtung in Köln-Höhenberg
- TOP 24.5, Umbau und Mietvertragsverlängerung der Kindertageseinrichtung Am Beethovenpark
- TOP 24.6, Trägerschaft der Kindertageseinrichtung Helmholtzstraße
- TOP 24.7, GEW Köln AG
- TOP 24.8, Flughafen Köln/Bonn GmbH

Jetzt kommen wir zu den Absetzungen. Die Verwaltung schlägt Ihnen vor, folgende Tagesordnungspunkte abzusetzen:

- TOP 6.1.5, Änderung der Hauptsatzung - § 22 Integrationsrat / Teil 2; das hatten Sie eben angesprochen, Herr Granitzka
- TOP 10.13, Erneuerung von Lichtsignalanlagen
- TOP 16.1, 207. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln
- TOP 25.2, Wahl von Schiedspersonen

(Andreas Köhler [CDU]: Was ist mit 17.2, GAG?)

Tagesordnungspunkt 17.2, GAG Immobilien AG, ist ebenfalls abgesetzt. - Herr Granitzka.

Winrich Granitzka (CDU): Jetzt komme ich noch einmal auf Punkt 17.7 zurück. Im Namen meiner Fraktion bitte ich darum, diesen Punkt zu verschieben, weil wir hier noch Beratungsbedarf haben. Wir bitten Sie um Zustimmung.

Ich habe aber noch eine Frage in Zusammenhang mit Punkt 24.8, Flughafen Köln/Bonn. Uns wurde gesagt, der Rat sei gar nicht zuständig und deshalb würde dieser Tagesordnungspunkt wieder zurückgezogen. Es geht hier um die Wahl eines Geschäftsführers, die keiner Zustimmung des Rates bedarf. Aber das können wir ja auch noch später klären.

Zunächst einmal würden wir darum bitten, den Punkt 17.7 zu verschieben.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Die Frage der Zuständigkeit in Zusammenhang mit dem Flughafen Köln/Bonn werden wir im Verlauf der

Beratungen klären. Des Weiteren hatten Sie beantragt, Punkt 17.7 auf die nächste Ratssitzung zu verschieben. Gibt es Bedenken gegen diese Verschiebung? - Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist Punkt 17.7 verschoben und steht somit nicht mehr auf der heutigen Tagesordnung.

(Winrich Granitzka [CDU]: Danke sehr!)

Damit habe ich Ihnen alle Punkte, die für die heutige Tagesordnung von Bedeutung sind, genannt. Des Weiteren hatten wir eben entschieden, dass unter Tagesordnungspunkt 3.1.14 ein Dringlichkeitsantrag abgehandelt werden soll.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über die Tagesordnung. Wer ist gegen die so geänderte Tagesordnung? - Wer enthält sich? - Damit ist die Tagesordnung so festgelegt.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 17 auf:

17. Wahlen

Wie eben beschlossen, wird die Wahl des Stadtkämmerers beziehungsweise einer Stadtkämmerin vorgezogen. Daher rufe ich nun Tagesordnungspunkt 17.15 auf:

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]
verlässt den Ratssaal)

17.15 Wahl einer Stadtkämmerin / eines Stadtkämmerers 5025/2009

Änderungs- bzw. Zusatzantrag von Ratsmitglied Dr. Müser (Freie Wähler - Kölner Bürger Bündnis) AN/1952/2009

Meine Damen und Herren, wie Sie wissen, ist die Stelle des Stadtkämmerers vakant, da der Vorgänger ausgeschieden ist. Die Stelle soll zum nächstmöglichen Zeitpunkt besetzt werden. Als Beigeordnete beziehungsweise Beigeordneter wird die Stadtkämmerin beziehungsweise der Stadtkämmerer für die Dauer von acht Jahren gewählt. Die Stelle wurde öffentlich ausgeschrieben. Die Fraktionen wurden durch das Amt des Oberbürgermeisters über das Ausschreibungsverfahren und die vorliegenden Bewerbungen informiert.

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt Ihnen eine Vorlage der Verwaltung vor, die noch um den Namen eines Bewerbers beziehungsweise einer

Bewerberin ergänzt werden muss. Erst dann können wir über diese Vorlage abstimmen.

Ihnen liegt ebenfalls ein Änderungsantrag von Herrn Dr. Müser vor. Er schlägt vor, eine Berufungskommission zur Wahl der Stadtkämmerin beziehungsweise des Stadtkämmerers einzurichten.

Ich bitte Sie nun um Vorschläge zur Ergänzung der Verwaltungsvorlage, also um personelle Vorschläge zur Wahl des Stadtkämmerers beziehungsweise der Stadtkämmerin. - Frau Moritz.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Ich schlage Jörg Frank vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters:
Vorgeschlagen wird Herr Jörg Frank.

Ich bitte Herrn Dr. Müser, jetzt seinen Änderungsantrag zu begründen.

Dr. Martin Müser (Freie Wähler - Kölner Bürger Bündnis): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Ampelkoalition hat sich darauf geeinigt, dass Bündnis 90/Die Grünen ein Vorschlagsrecht für den Kämmererposten hat. Das ist nicht falsch oder strafbar. Wenn jedoch durch diese Festlegung den Bewerbern das Recht auf ein faires, chancengleiches Verfahren unter Beachtung des Leistungsgrundsatzes verwehrt wird, dann ist das Verfahren zur Bewerberauswahl nicht zulässig.

(Beifall bei pro Köln)

Diesen Anspruch kann der Rat auch nicht delegieren, sondern das muss er selbst sicherstellen. Deshalb schlagen wir die Einsetzung einer Berufungskommission vor. In einer solchen Berufungskommission kann die Eignung der verschiedenen Bewerber gegenübergestellt werden, was dann in eine Ranking-Liste münden kann.

(Martin Börschel [SPD]: Wie bei dem Henseler!)

Diese Ranking-Liste kann dann dem Rat als Entscheidungsgrundlage dienen. Das wäre keine Vorwegnahme der Entscheidung. Vielmehr würde damit dem Anspruch auf ein chancengleiches Verfahren, gerade unter

Beachtung des Leistungsgrundsatzes, Rechnung getragen, was zurzeit nicht der Fall ist.

Sie alle haben das Schreiben des Regierungspräsidenten an den Herrn Oberbürgermeister zur Kenntnis erhalten, in dem er wohlweislich darauf hingewiesen hat, dass nach seinem Kenntnisstand die Möglichkeit besteht, das Ergebnis des Verfahrens vonseiten der Aufsichtsbehörde anzufechten. Das wäre kein einmaliger Vorfall. In der Vergangenheit sind bereits mehrfach Räte mit ihrem Vorschlag bei den entsprechenden Aufsichtsbehörden gescheitert. Ich glaube, das Ergebnis einer solchen Intervention des Regierungspräsidenten wäre nicht nur für die Stadt, sondern auch für das Amt sehr schädigend.

Gerade in der jetzigen Zeit, in der wir einen starken Kämmerer brauchen, ist es notwendig, dass bei der Bewerberauswahl derjenige, der das entsprechende Leistungsprofil hat, berücksichtigt wird. Darum geht es uns hier. Ich erlaube mir, darauf hinzuweisen, dass nach dem Grundgesetz der Maßstab, der bei Bewerbern für ein öffentliches Amt anzulegen ist, auf die fachliche Leistung als einen Akt wertender Erkenntnis abzielen hat. Die Antwort auf die Frage, wann in diesem Verfahren genau das zum Tragen gekommen ist, erschließt sich mir nicht.

In meinen Augen besteht deshalb zurzeit gar keine Möglichkeit, eine solche Wahl durchzuführen. Das würde das laufende Verfahren auch nicht beschädigen. Vielmehr würde das von uns vorgeschlagene Verfahren dazu führen, dass das Ergebnis auch im Nachhinein einer Überprüfung durch den Regierungspräsidenten standhalten würde. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Fraktion pro Köln unterstützt diesen Änderungsantrag von Herrn Müser, weil nur damit ein Postengeschacher der übelsten Sorte hier im Kölner Rat verhindert werden kann.

(Beifall bei pro Köln)

Das, was schon lange intern klar war, soll heute offiziell beschlossen werden. Der Geschäftsführer der grünen Ratsfraktion, der Computerprogrammierer Jörg Frank soll auf Antrag der Grünen in der heutigen Ratssitzung zum neuen Stadtkämmerer und somit zum Herrn über einen riesigen Beamtenapparat und einen Milliardenhaushalt gewählt werden. Obwohl Grüne, SPD und auch die FDP das auf schlimmste kölsche Art schon vor Monaten so ausgeklüngelt haben, wurde zum Schein die Stelle des Stadtkämmerers öffentlich ausgeschrieben.

Eingegangen sind daraufhin 35 Bewerbungen aus dem gesamten Bundesgebiet, die von diesem miesen Postengeschacher nichts wussten und an eine echte Ausschreibung dieser wohl wichtigsten Dezernentenstelle in Köln glaubten. Unter diesen 35 Bewerbern ist fast jeder Einzelne fachlich besser geeignet und qualifizierter als der Computerprogrammierer und ehemalige Langzeitphilosophiestudent Jörg Frank.

(Beifall bei pro Köln)

Unter diesen externen Bewerbern befinden sich Finanzdezernenten großer deutscher Städte, langjährige Leiter von städtischen Betrieben, Geschäftsführer von Stadtwerkekonzernen, Direktoren von Landesbanken, erfahrene Wirtschaftsjuristen und Finanzwissenschaftler, erfahrene Stadtkämmerer.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Da haben Sie aber etwas falsch gelesen!)

- Herr Detjen, wir haben das schon richtig gelesen. Dass Sie bei diesem Klüngel mitspielen, wundert uns nicht. Es ist ja bekannt, dass Sie als Salonbolschewist sich den Mächtigen andienen und Ihre Klientel schon seit langem verraten haben.

(Beifall bei pro Köln)

All diese Bewerber haben hervorragende Zeugnisse, bemerkenswerte Erfahrungen im Finanz- und Wirtschaftssektor und beeindruckende Lebensläufe. Doch all das wurde von Rot-Grün und der mit ihnen klüngelnden FDP noch nicht einmal ernsthaft geprüft; denn es stand schon seit langem fest, dass als Dankeschön für die Unterstützung des SPD-Oberbürgermeisters Roters die Grünen den Posten des Stadtkämmerers besetzen dürfen. So läuft das hier in Köln. Ebenso wurde die FDP mit dem Posten eines Bürgermeisters für Herrn Wolf

gekauft. Nur darum geht es seit jeher in der Kölner Kommunalpolitik. Posten, Ämter, Pfründe - um diese heilige Dreifaltigkeit dreht sich das ganze Sinnen und Streben der Kölner Altparteien.

Alle, die dieses miese Spiel stören könnten, werden so wie die Fraktion pro Köln mit aller Gewalt weggebissen, verleumdet und bekämpft. Doch wir werden weiterhin unsere Finger in die tiefen Wunden der Kölner Kommunalpolitik legen. Wir werden weiterhin laut „Pfui!“ rufen, wenn Klüngel und Ämterpatronage zum Himmel stinken, so wie in diesem Fall, wo ein Spitzenfunktionär der Grünen aus völlig sachfremden Erwägungen einen Spitzenposten in der Kölner Verwaltung zugeschustert bekommen soll.

Herr Frank ist für diese Stelle völlig unterqualifiziert. Es ist ein Skandal, dass bestens qualifizierte andere Bewerber, die sich im festen Glauben an eine faire Ausschreibung hier beworben haben, einfach unberücksichtigt bleiben. Der Imageschaden für die Stadt Köln und für die Kölner Kommunalpolitik ist enorm. Meine lieben Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne, nehmen Sie das mit nach Hause, wie hier mit der Stadt Köln Schindluder getrieben wird. Das ist wirklich ein Skandal, der zum Himmel stinkt.

(Beifall bei pro Köln)

Im Übrigen können diese Bewerber die Stadt nach Strich und Faden verklagen, wenn sie aus sachfremden Erwägungen nicht zum Zuge kommen. Meiner Meinung nach sollten sie dies auch tun; denn es ist hier ganz offensichtlich, dass die Stelle des Stadtkämmerers aus sachfremden Erwägungen an Herrn Frank gehen soll. Selbst der Kölner Regierungspräsident hat wohlweislich im Vorfeld dieser Wahl noch einmal schriftlich darauf hingewiesen, dass die Bezirksregierung im Nachgang dieser wichtigen Personalentscheidung genau prüfen werde, ob der ausgewählte Kandidat der sachlich und persönlich bestgeeignete ist.

Verschlimmert wird die ganze Misere noch dadurch, dass wir uns mitten in der wohl schlimmsten Finanzkrise der Stadt Köln befinden. Neue Haushaltslöcher in dreistelliger Millionenhöhe tun sich auf, die Verhängung des Nothaushaltes steht kurz bevor, und die etablierte Kölner Kommunalpolitik hat nichts Besseres zu tun, als bei der Besetzung des Postens des Stadtkämmerers auf Teufel komm raus zu klüngeln. Statt eines echten

Fachmannes, eines externen Experten mit dem nötigen Abstand zur politischen Klasse bekommen wir mit Herrn Frank eine zentrale Gestalt des Kölner Klüngelunwesens präsentiert.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Kommen Sie bitte zum Ende.

Markus Wiener (pro Köln): Ich bin gleich fertig. - Er ist einer der Hauptverantwortlichen für die Kölner Misere. Die geplante Entscheidung für Jörg Frank stinkt förmlich nach politischer Vetternwirtschaft. Jeder, der dafür stimmt, stinkt mit. Das müssen Sie alle sich ins Stammbuch schreiben lassen.

(Beifall bei pro Köln)

Deswegen sprechen wir uns natürlich gegen Herrn Frank aus und für den Änderungsantrag von Herrn Müser. Es muss eine Berufungskommission eingesetzt werden, die die guten Bewerber prüfen kann, die sie genau unter die Lupe nehmen kann, damit dieses Postengeschacher ein Ende hat. Das darf hier heute so nicht beschlossen werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Peil, bitte.

Stefan Peil (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es geht hier heute nicht um einen völlig ungewöhnlichen Vorgang. Heute soll ein politischer Wahlbeamter auf acht Jahre gewählt werden. Es ist guter Brauch in vielen Städten, auch hier in Köln, dass die politischen Parteien die Möglichkeit zur Gestaltung auch wahrnehmen. Die Grünen haben bei den Kommunalwahlen immerhin ein Wahlergebnis von 21,7 Prozent erzielt und sind in diesem Rat mit 20 Abgeordneten vertreten.

Ich weise darauf hin, dass die Ausschreibung dieser Stelle und die Auswahl entsprechend der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen und des Beamtengesetzes vorgenommen worden ist.

(Beifall von Dr. Sabine Müller
[Bündnis 90/Die Grünen])

Das heißt, es handelt sich um eine Bestenauswahl.

(Lachen bei pro Köln)

Sie alle haben den Vorteil, den ausgewählten Herrn Frank schon relativ gut zu kennen. Die Auswahl wurde sehr sorgfältig vorgenommen. Sie ist in der Verwaltung und in der grünen Fraktion vorgenommen worden, und die Fraktionen hatten Gelegenheit, die Unterlagen aller Bewerber einzusehen. Insoweit ist hier nichts Geheimnisvolles passiert.

Sie alle kennen Herrn Frank als ausgewiesenen Finanzpolitiker, der die städtischen Finanzen wie kaum ein anderer in dieser Stadt studiert hat und damit umgehen kann. Sie kennen Herrn Frank als einen Menschen, der sich gut in dieser Stadt auskennt, der die Verbände und die Strukturen dieser Stadt kennt. Es gibt kaum jemanden, der fachlich und persönlich besser geeignet ist, erst recht nicht unter den Bewerberinnen und Bewerbern, als derjenige, der hier vorgeschlagen wird. Insoweit können wir in Ruhe abwarten, dass der RP die zu Recht besonders hohe fachliche und persönliche Eignung des Kandidaten überprüft, der hier heute gewählt werden soll.

Wir finden, es ist ganz wichtig, nicht noch mehr Zeit zu verlieren und die Wahl heute vorzunehmen. Denn die Finanzlage dieser Stadt macht es erforderlich, dass sich ein Beigeordneter mit voller Kraft diesen Fragen widmen kann, dass er beginnen kann, zu steuern und zu versuchen, Wege zu finden, wie wir als Stadtgesellschaft und als Stadt diese Schwierigkeiten, in die wir nicht durch eigene Schuld geraten sind, überwinden können.

Abschließend noch ein Wort zu Ihnen, Herr Müser, und Ihrem Antrag. Ich habe die Pressemitteilung gelesen und darunter die Unterschrift Ihres Parteivorsitzenden Henseler gefunden. Ich kann ja verstehen, dass Herr Henseler nicht verstehen kann, dass das ein ordentliches und geordnetes Verfahren ist.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Wir alle, die wir schon ein bisschen älter sind und erlebt haben, wie der Oberklüngler der alten SPD, Henseler, hier vor 19 Jahren zum Beigeordneten gewählt worden ist und vor allem mit welcher Qualifikation er gewählt worden ist, können nachvollziehen, dass Herr Henseler ein ordentliches Verfahren nicht versteht. Aber dass

Sie, Herr Dr. Müser, sich vor seinen Karren spannen lassen, überrascht mich schon ein bisschen. Deswegen wäre es das Beste, wenn Sie Ihren Antrag zurückziehen würden, damit wir zu einem geordneten Verfahren zurückkommen können. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herzlichen Dank, Herr Peil. - Herr Uckermann.

(Zurufe: Oh! - Heiterkeit)

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ihrem Gelächter entnehme ich, dass Sie das scheinbar nicht besonders interessiert. Ich denke, der Auswahl eines Kämmerers, des wichtigsten Beamten in dieser Stadt, sollte doch ein bisschen mehr Aufmerksamkeit geschenkt und hier etwas intensiver diskutiert werden - mögen Sie hier auch lachen. Ich frage mich dagegen, was die vielen Bewerber tun, die auf diese öffentliche Ausschreibung hereingefallen sind.

Ich will das hier auch einmal der Öffentlichkeit klarmachen. Stellen Sie sich einmal vor, Sie lesen eine Anzeige, in der eine Spitzenstelle ausgeschrieben wird. Da Sie Experte auf diesem Gebiet sind, nehmen Sie das Wagnis auf sich und bewerben sich um diese Stelle. Zwei Wochen später stellen Sie fest, dass die ganze Sache schon gelaufen ist. Würden Sie sich da nicht veräppelt fühlen? - Wer wird denn in Zukunft so dumm sein, sich um eine Spitzenstelle in Köln zu bewerben?

(Beifall bei pro Köln)

Sie haben eben von einem geordneten Verfahren gesprochen. Ich nehme an, dass wir das morgen auch so in der Zeitung lesen werden. Sie alle verlassen sich doch darauf, dass die Presse Sie schützt, indem sie schreibt, dass hier ein geordnetes Verfahren abgelaufen ist. Deshalb nutze ich jetzt die Gelegenheit, klar zu sagen: Das ist kein geordnetes Verfahren, das ist eine Schande für die Stadt Köln.

(Beifall bei pro Köln)

Klar muss auch sein: Die Grünen haben Köln geschadet. Warum hatten Sie denn nicht den Mut, das vorher zu sagen? Sie hätten damit den Bewerbern jede Menge Zeit und Kosten, aber

auch die Blamage ersparen können. Denn eine solche Bewerbung bleibt ja nicht unbemerkt. Darunter waren Leute - unser Fraktionsvorsitzender, Herr Wiener, hat es gerade gesagt - wie Vorstandsmitglieder von Landesbanken etc. Wie stehen die denn jetzt da, wenn sie lesen, dass sie von einem IT-Programmierer ausgestochen worden sind?

Es mag ja sein, dass es hierfür eine Mehrheit gibt. Aber ich frage mich, warum man diese Leute nicht einmal eingeladen hat. Was ist eigentlich gegen eine solche Kommission einzuwenden? Ich hatte das Thema ja auch im Finanzausschuss angesprochen. Aber dort wurde es ganz schnell von Ihnen, Herr Börschel, unter den Tisch gekehrt - eben auch deshalb, weil Sie sich auf die hiesige Presse verlassen können, die immer nur die Scheinskandale aufdeckt. Das, was wir hier heute erleben, ist ein echter Skandal.

Ich habe auch noch einige Fragen an die Verwaltung. Ich hätte gerne gewusst, ob Herr Frank, wenn er jetzt von einem Spitzenposten bei den Grünen - er hat ja den Rang eines Geschäftsführers - in die Stadtverwaltung wechselt, irgendwelche Pensionsansprüche bei der Stadt Köln erwirbt; denn er ist ja nicht mehr der Jüngste. Ich habe nämlich den Eindruck, das ist eine Aktion Abendrot,

(Lachen von Bernd M. Schöppe
[pro Köln])

mit der man jemandem noch zu gewissen Altersprüfungen verhelfen will. Dazu sollte die Verwaltung Stellung nehmen.

Die Verwaltung sollte hier vor der Abstimmung auch sagen, ob es möglich ist, die Unterlagen von den Bewerbern, die vollkommen unberücksichtigt geblieben sind, offenzulegen. Diese Unterlagen sind im Amt des Oberbürgermeisters bei einer Mitarbeiterin gelagert worden. Ich glaube, sagen zu können, dass sie sich niemand mehr angeschaut hat außer der Fraktion pro Köln.

(Ulrich Breite [FDP]: Stimmt doch gar nicht!)

- Sie können sich ja gleich noch einmal melden. Dann können Sie auch etwas dazu sagen.

(Ulrich Breite [FDP]: Damit Sie noch einmal da reden können? So doof bin ich doch nicht!)

- Na ja, die Frage, ob Sie doof sind oder nicht, kann ich Ihnen nicht beantworten. Das müssen Sie schon selbst tun.

Auf diese beiden Fragen hätte ich gern eine Antwort von der Verwaltung. Das möchte auch die Öffentlichkeit wissen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Es gibt eine weitere Wortmeldung von Herrn Dr. Müser zu seinem Änderungsantrag.

Dr. Martin Müser (Freie Wähler - Kölner Bürger Bündnis): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich möchte nur noch einmal auf das Verfahren hinweisen. In § 71 der Gemeindeordnung heißt es:

Beigeordnete müssen die für ihr Amt erforderlichen fachlichen Voraussetzungen erfüllen und eine ausreichende Erfahrung für dieses Amt nachweisen.

Das sind zwei ganz harte Kriterien: Zum einen müssen die fachlichen Voraussetzungen erfüllt sein. Zum Zweiten muss eine ausreichende Erfahrung für dieses Amt nachgewiesen werden.

Für mich stellt sich nicht die Frage, ob Herr Frank für dieses Amt geeignet ist oder nicht. Ich stelle mir vielmehr die Frage, ob in das Verfahren, was wir hier praktizieren, überhaupt diese beiden Kriterien eingeflossen sind, also inwieweit die fachlichen Voraussetzungen beurteilt worden sind und inwieweit die ausreichende Erfahrung für dieses Amt berücksichtigt worden ist. Weder das eine noch das andere ist in meinen Augen der Fall gewesen. Für die Besetzung eines solchen Amtes wird jedoch von der Gemeindeordnung die Erfüllung dieser beiden Kriterien zwingend vorausgesetzt.

Das hat auch der Regierungspräsident angemahnt. Ich habe mit dem Regierungspräsidium darüber gesprochen, wie ein solches Verfahren aussehen könnte. Der Regierungspräsident - das hat auch die CDU eingefordert, zumindest in ihren Pressemitteilungen - sagt, dass es zwar Sache des Rates ist, wie das Auswahlverfahren durchgeführt wird, aber er sagt auch, dass die Prüfung des Ergebnisses seine Sache ist. Das heißt: Wenn wir das Auswahlverfahren nicht so gestalten, dass wir gegenüber dem

Regierungspräsidenten nachweisen können, dass diese harten Auswahlkriterien in die Bewertung des Kandidaten eingeflossen sind, werden wir in der Tat ein Problem bekommen. Das gilt es schon im Vorfeld zu vermeiden. Wenn wir, wie von uns vorgeschlagen, eine Berufungskommission einsetzen würden, wäre das ein durchaus übliches Verfahren und keine Lex Köln. Im öffentlichen Dienst, gerade im Universitätsbereich, ist dieses Verfahren sehr erprobt. Wir würden uns damit auf ein Verfahren stützen, das einer juristischen Prüfung standhält.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke, Herr Müser. - Ich sehe eine Wortmeldung von Herrn Rouhs. Allerdings hat sich Ihre Fraktion schon zweimal zu diesem Thema geäußert.

Manfred Rouhs (pro Köln): Es ist direkt dazu.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Direkt dazu. Wir wollen jetzt keine dritte Runde eröffnen.

Manfred Rouhs (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Der guten Ordnung halber darf ich feststellen, dass wir dem Antrag des Einzelmandatsträgers Müser zustimmen, ohne uns mit seinem politischen Gescherr gemein machen zu wollen, das sicherlich nicht besser ist als manch anderer in dieser Runde, der dem kölschen Politiklängel uneingeschränkt zugerechnet werden kann.

Meine Damen und Herren, bitte nehmen Sie doch einmal zur Kenntnis, dass diese Stadt nur aufgrund der Umstellung vom kameralistischen Buchhaltungssystem auf die doppelte Buchführung zum 1. August 2008 auf der Basis von Rechenricks gegenwärtig noch wirtschaftlich handlungsfähig ist. Wir brauchen im Amt des Stadtkämmerers jetzt eine Koryphäe, einen Mann mit Durchsetzungsvermögen, jemanden, der über den Parteien steht, einen, der völlig unbefleckt ist vom kölschen Postengeschacher des hiesigen Politiklängels, einen Experten, der es als seine größte persönliche Herausforderung ansieht, die Stadtfinanzen in den Griff zu bekommen.

Wägen Sie das doch einmal gegeneinander ab: auf der einen Seite diese gewaltige Aufgabe und auf der anderen Seite die Person von Herrn

Frank. Ich meine, da muss man doch in Verzweiflung geraten.

(Beifall bei pro Köln)

Herr Frank, ich empfehle Ihnen dringend: Kandidieren Sie nicht! Schlagen Sie das aus! Das wird für Sie die Blamage Ihres Lebens. Ich prognostiziere, mit Ihnen als Stadtkämmerer gehen wir 2011 in die Haushaltskonsolidierung und 2012 in den Nothaushalt. Es ist völlig unsinnig, Aufgaben an sich zu ziehen, von denen man, wenn man halbwegs Selbstkenntnis hat und in der Lage ist, sich einzuschätzen, genau weiß, dass man nicht den Hauch einer Chance hat, sie bewältigen zu können. Das wird eine Blamage für Sie, und das wird eine Blamage für diese Stadt. Für den kölschen Politiklängel wird es nicht zu einer Blamage kommen; denn der hat sich schon mit tausend anderen Geschichten derart blamiert, dass das kaum noch steigerungsfähig ist. Ich wundere mich wirklich, meine Damen und Herren, über Ihre Verantwortungslosigkeit.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Herr Dr. Müser hatte eben noch eine Frage gestellt. Bevor wir zur Abstimmung kommen, gebe ich jetzt dem Herrn Stadtdirektor Gelegenheit, sich dazu zu äußern.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Dr. Müser, ich knüpfe zunächst an Ihre Wiedergabe eines Gesprächs mit der Bezirksregierung an. In der Tat ist die Wahl von Beigeordneten ausschließlich Sache des Rates. Das ist in der Novelle der Gemeindeordnung mit Wirkung von Oktober 2007 nach einer ausführlichen politischen Diskussion noch einmal festgestellt worden. Deshalb ist die Antwort des Regierungspräsidenten völlig korrekt. Die Prüfung dieser Voraussetzungen ist nach § 71 Absatz 3 Gemeindeordnung Sache des Rates.

Zweiter Punkt. Sie hatten gefragt, ob es möglich sei, die Kandidaten einzuladen. Wenn Sie eine Berufungskommission einsetzen sollten, hätten Sie selbstverständlich die Möglichkeit, alle 35 Kandidatinnen und Kandidaten, eventuell auch die verfristeten vier, oder auch einen kleineren Kreis einzuladen. Auch das wäre Sache des Rates.

Des Weiteren wurde nach den Pensionsansprüchen gefragt. Das sind Pensionsansprüche nach B8.

(Zuruf von pro Köln: Schön, und was heißt das?)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Ich habe eine Nachfrage! Das ist ein wichtiges Thema!)

- Ihre Fraktion hat bereits dreimal von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, zu diesem Thema zu sprechen.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Das ist ein wichtiges Thema! Ich habe eine Nachfrage dazu! Eine Frage ist nicht vollständig beantwortet worden und eine Frage gar nicht!)

- Gut, eine Nachfrage lasse ich noch zu.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Kahlen, Sie haben eben gesagt: B8. Können Sie uns sagen, wie hoch das Grundgehalt ist?

(Unruhe)

- Sie alle scheinen das ja zu wissen. - Wir möchten gerne wissen, was das kostet. Heißt das, dass der Kandidat, der sich dafür bewirbt, dieses Amt sechs Jahre lang innehaben muss, um die volle Pension zu erhalten? Sie haben ja eben gesagt: Pensionsansprüche nach B8. Ich hätte nun gerne gewusst, ob Herr Frank, wenn er nach sechs Jahren

(Zuruf: Nach acht!)

- Entschuldigung! - wenn er nach *acht* Jahren endgültig aufs Altenteil geht, sofern er überhaupt so lange durchhält,

(Lachen bei pro Köln)

- der Mann scheint ja zäh zu sein, aber das wird für dieses Amt nicht reichen -

(Zuruf: Zur Sache!)

- ich stelle gerade eine konkrete Frage -, Pensionsansprüche erwirbt, für die andere 45 Jahre lang arbeiten mussten? Das entnehme ich nämlich Ihrer Antwort.

Zweite Frage: Was ist mit den Bewerbern, die sich auf eine Zeitungsannonce beworben haben und nach zwei Wochen in der Zeitung lesen mussten, dass die Sache schon gelaufen ist? Kann man erwarten, dass der eine oder die andere die Stadt Köln verklagt, auch in Sachen Antidiskriminierungsgesetz, Gleichstellung von Frauen und so weiter. Wie schätzt die Verwaltung dieses Risiko ein, und welcher Schaden kann der Stadt Köln dadurch entstehen?

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Stadtdirektor, bitte.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Uckermann, Pensionsansprüche richten sich nach der individuellen Situation im Einzelfall.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Wie ist die hier?!)

Dafür gibt es gesetzliche Regelungen. Ich habe sie zwar jetzt nicht zur Hand, aber ich kann sie Ihnen gerne nachreichen. Das alles ist öffentlich bekannt; das ist absolut kein Geheimnis; das alles ist nachweisbar. Entscheidend ist, dass für alle die gleiche Grundlage gilt. Das heißt, es gibt hier jetzt keine besondere Aktion, wie Sie eben unterstellt haben, oder irgendeine andere Besonderheit. Wichtig ist, dass die Person für die Dauer von acht Jahren in dieses Amt gewählt wird. Im Falle einer Verlängerung gibt es die Sonderheit einer Verpflichtung, dass derjenige, der dieses Amt für eine weitere Wahlperiode annimmt, auf eine Erhöhung seiner Pensionsansprüche verzichtet.

Sie hatten nach den Risiken von Konkurrentenklagen gefragt. Darüber kann man nur spekulieren; denn das hängt immer auch davon ab, ob die einzelnen Bewerberinnen und Bewerber eine Chance auf Erfolg darin sehen. Darüber zu spekulieren, ist nicht meine Sache.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Wir haben hier keine allgemeine Fragestunde, sondern wir diskutieren über einen Änderungsantrag. Deswegen lasse ich jetzt zu diesem Punkt keine weiteren Fragen mehr zu.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Änderungsantrag. Wer ist gegen den Änderungsantrag von Herrn Dr. Müser? - Das sind die SPD, die Grünen, die CDU, die FDP, die Linke. Wer enthält sich? - Herr Zimmermann. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Vorlage, ergänzt durch den Vorschlag, Herrn Frank für dieses Amt zu nominieren. Gibt es dazu noch Wortmeldungen? - Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Ich wollte noch einmal nachfragen, ob jetzt eine geheime Abstimmung stattfindet. Die FDP hatte ja vorhin geheime Abstimmung beantragt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Nein.

Markus Wiener (pro Köln): Dann beantragt die Fraktion pro Köln hiermit geheime Abstimmung.

(Zurufe: Wir sind doch schon in der Abstimmung!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wenn ein solcher Antrag gestellt wird, dann muss das entsprechend umgesetzt werden. Wir kommen jetzt also zur geheimen Abstimmung.

(Unruhe)

- Bis zum Aufruf der Wahl kann ein Antrag auf geheime Abstimmung gestellt werden. Dem müssen wir uns entsprechend der Geschäftsordnung fügen. Daran führt kein Weg vorbei.

Wir kommen jetzt zur geheimen Wahl. Ich bitte Sie, Ihre Wahl wie üblich durch ein Kreuz deutlich zu machen. Stimmzettel, die Zusätze oder mehr als ein Kreuz enthalten, sind ungültig, insbesondere dann, wenn Zusätze wie „Ja“ oder „Nein“ gemacht werden.

Ich bitte nun die Stimmzähler, ihre Plätze an den Wahlurnen einzunehmen und diese zu überprüfen.

Frau Kramp, ich bitte Sie, nun mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Namensaufruf und Wahlgang von 15.47 bis 16.14 Uhr - Jörg Frank

[Bündnis 90/Die Grünen] nimmt wieder an der Ratssitzung teil)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, wieder Platz zu nehmen. Ich verkünde jetzt das Ergebnis der Wahl einer Kämmerin beziehungsweise eines Kämmerers: Abgegebene gültige Stimmen 90, Enthaltungen 5. Ja-Stimmen 53, Nein-Stimmen 32. Damit ist Herr Jörg Frank gewählt.

(Beifall)

Herr Frank, ich gratuliere Ihnen ganz herzlich und frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, ich nehme die Wahl an! - Beifall - Gratulation durch Oberbürgermeister Jürgen Roters - Es werden Pressefotos gemacht - Weitere Gratulationen)

Nachdem wir diese erste Wahl hinter uns gebracht haben, stellen wir mit Blick auf die Uhr fest: Wir haben schon eine Menge Zeit verbraucht. Ich hoffe, dass wir jetzt etwas zügiger durchkommen.

Wir kommen zur nächsten Wahl:

17.16 Sparkasse KölnBonn

Weisung an die in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse KölnBonn durch den Rat der Stadt Köln entsandten Vertreter für Abstimmungen in der Zweckverbandversammlung 4997/2009

Es handelt sich hier um ein sehr kompliziertes Verfahren nach dem Sparkassengesetz und nach der Satzung des Zweckverbandes. Es setzt vor allen Dingen Abstimmungen zwischen den Vertretern der Träger voraus, entweder der Stadt Bonn oder der Stadt Köln. Der Rat der Stadt Bonn hat in bestimmten Punkten noch keine Entscheidung getroffen, sodass sich hier einige Veränderungen, was die einzelnen Vorschläge angeht, ergeben, die ich Ihnen gleich erläutern möchte.

Bevor wir dies im Detail tun, will ich noch auf Folgendes hinweisen. Mit Ausnahme des Punktes 6 der Vorlage, Wahl der sachkundigen Mitglieder des Verwaltungsrates und der Dienstkräfte im Verwaltungsrat der Sparkasse KölnBonn nach § 10 Absatz 2 Buchstabe b und c des Sparkassengesetzes sowie deren

Stellvertreter gemäß § 12 des Sparkassengesetzes, werden alle Wahlen als Mehrheitswahlen durchgeführt. Das heißt also, nur die unter Punkt 6 genannten Wahlen werden nach Hare-Niemeyer durchgeführt und fallen, wie beschlossen, in den Bereich der geheimen Wahlen. – Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Ich möchte für die Fraktion pro Köln in Erweiterung des FDP-Antrages auf geheime Abstimmung bei allen Abstimmungen nach Hare-Niemeyer beantragen, dass wir bei allen Tagesordnungspunkten unter 17, wo Wahlen stattfinden, geheim wählen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU] So ist das Leben!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dem kann man sich nicht entziehen. Im Einzelfall werden wir uns noch verständigen müssen, wenn nur eine einzige Person zur Wahl steht.

(Markus Wiener [pro Köln]: Trotzdem!)

Die unter Punkt 6 der Vorlage genannten Wahlen werden nach Hare-Niemeyer durchgeführt.

Bei der Wahl der sachkundigen Mitglieder des Verwaltungsrates sind die Voraussetzungen nach § 12 des Sparkassengesetzes zu beachten. Sachkundige Bürgerinnen oder Bürger müssen im Trägergebiet wohnen und den Vertretungen der Zwecksverbandsmitglieder angehören.

Im Übrigen möchte ich darauf hinweisen, dass mit der Wahl unter Ziffer 5 der Ihnen vorliegenden Vorlage – es geht um die Wahl des Vorsitzenden des Verwaltungsrates – gleichzeitig der Teilnehmer an der Versammlung des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes festgelegt ist.

Zu den einzelnen Vorschlägen sind mir Nennungen zugeleitet worden. Ich rufe die Punkte auf, die in der Vorlage genannt sind.

Zum Punkt 1, Vorsitzender der Versammlung, wird keine Weisung erteilt.

Zum Punkt 2, Stellvertreter des Vorsitzenden der Versammlung, liegt ein Vorschlag vor: Martin Börschel.

Bei dem Punkt 3, Verbandsvorsteher, wird keine Weisung erteilt, weil dort die nötigen Abstimmungen noch nicht erfolgt sind.

Das gleiche gilt für den Punkt 4, Stellvertreter des Verbandsvorstehers.

Wir kommen dann zum Punkt 5, Wahl des Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Sparkasse KölnBonn gemäß § 11 Absatz 1 des Sparkassengesetzes. Dort liegt der Vorschlag vor: Martin Börschel.

Wir kommen jetzt zu den Mitgliedern des Verwaltungsrates sowie deren Stellvertreter, wie gesagt: gewählt nach Hare-Niemeyer, unter Punkt 6 a.

Dazu liegt eine Liste vor, die ich Ihnen als Liste 1 präsentieren möchte:

1. Michael Zimmermann
2. Winrich Granitzka
3. Barbara Moritz
4. Ralph Sterck
5. Dr. Karl-Heinz Bentele
6. Prof. Mosler
7. Jörg Frank

Dazu die jeweiligen Stellvertreter:

- Für Michael Zimmermann Axel Kaske
für Winrich Granitzka Anne Henk-Hollstein
für Barbara Moritz Kirsten Reinhardt
für Ralph Sterck Reinhard Houben
für Dr. Karl-Heinz Bentele Götz Bacher
für Prof. Mosler Ursula Gärtner
für Jörg Frank Andreas Wolter

Wir kommen zu den Mitarbeitervertretern, und zwar denjenigen, die von Köln aus entsandt werden. Dort gibt es zwei Listen, die Liste 1, gebildet von SPD, CDU und Grünen. Dort sind genannt:

- Rudolf Mertens
Jürgen Didschun
Harald Biskup
Inge Mohr

In Stellvertretung

für Mertens Markus Pohl

für Didschun Michael Baedorf

für Biskup Renate Beauvoir-Nink

für Mohr Ingrid Dräger

Es gibt eine Liste 2 der FDP. Sie enthält nur einen Namen: Herrn Rolf Brief. – Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Wir benennen als Stellvertreter noch die Frau Mohr.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Sagen Sie bitte den Vornamen der Frau Mohr.

(Winrich Granitzka [CDU] Herr Oberbürgermeister, haben Sie nicht eben die Frau Mohr genannt? – Ralph Sterck [FDP] Ingeborg!)

– Ingeborg. Diese Frau Inge Mohr taucht jetzt zweimal auf, einmal auf der Liste von SPD, CDU und Grünen und dann als Stellvertreterin auf der Liste 2. Okay, das ist zulässig.

Dann kommen wir zum Punkt 7a. Da gibt es keine Weisung.

Punkt 7b, zweiter Stellvertreter des Vorsitzenden des Verwaltungsrates. Dazu liegt mir der Name Winrich Granitzka vor.

Zu den Punkten 8 und 9 werden keine Weisungen erteilt. Hier sind noch Abstimmungen mit dem Rat der Stadt bzw. mit dem Oberbürgermeister erforderlich.

Wir kommen daher zum Punkt 10a. Hier wird keine Weisung erteilt.

Punkt 10b betrifft den Ersatzvertreter. Hier ist genannt: Winrich Granitzka.

Das sind die Namen, über die wir gleich en bloc mit allen anderen Wahlen, die noch anstehen, in geheimer Wahl befinden werden. Gibt es dazu noch Fragen? – Herr Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Ich habe Ihre Schlussbemerkung nicht verstanden. Gibt es nur einen Stimmzettel? Oder gibt es mehrere Stimmzettel? – Also mehrere Stimmzettel. Es gibt zum Beispiel einen Stimmzettel für die Wahl der Arbeitnehmervertreter. – Wenn Sie vielleicht vor dem Wahlgang noch darstellen könnten, welche

Stimmzettel es gibt, wäre das ganz interessant. Ich habe nicht so schnell aufgepasst. Ist es Stimmzettel 3 oder der gelbe oder der grüne? Das wäre mir wichtig. – Danke schön.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Erstens gibt es Erläuterungen in der Wahlstation. Zweitens bezieht sich das auf die Punkte 6a und 6b. Natürlich gibt es dazu unterschiedliche Stimmzettel, weil es zwei verschiedene Punkte sind. Bei Punkt 6a gibt es nur eine Liste, die ich Ihnen genannt habe. Zum Punkt 6b gibt es zwei Listen, zum einen von SPD, Grünen und CDU, zum anderen die Liste der FDP. – Einverstanden?

Dann kommen wir zu den nächsten Wahlen:

**17.1 Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH
hier: Entsendung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat
5009/2009**

Ich schlage als Vertreter der Verwaltung Herrn Dr. Walter-Borjans vor. Außerdem ist Herr Hans-Peter Krücker vom Caritasverband für die Stadt Köln vorgeschlagen.

Es sind noch sechs Mitglieder zu benennen. In den einzelnen Vorlagen werden ein Vertreter der Verwaltung oder eine weitere Person vorgeschlagen. Ich gehe davon aus, dass Sie diese Person in der Art mitbeschließen, die ich vorlese. Findet es Ihre Zustimmung, wenn ich das gleich vorlese?

(Bernd M. Schöppe [pro Köln]: Ja!)

Gesetzt: Peter Krücker, Caritas. Vorschlag der SPD: Alfred Schultz, Dr. Ralf Heinen. Vorschlag CDU: Bernhard Ensmann, Hildburg Holländer. Vorschlag 3: Ossi Helling, Manfred Richter. Vorschlag 4, FDP: Katja Hoyer. Vorschlag 5, pro Köln: Bernd Schöppe. Gibt es dazu Anmerkungen? – Das ist nicht der Fall.

TOP 17.2 ist zurückgezogen.

**17.3 Kliniken der Stadt Köln gGmbH
hier: Entsendung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat
4063/2009**

Die Stadt Köln kann neun Vertreter unmittelbar entsenden. Die Verwaltung hat das Recht, einen davon vorzuschlagen. Frau Bredehorst ist als Fachbeigeordnete als Mitglied gesetzt. Die restlichen sieben Vertreter werden nach Hare-

Niemeyer ermittelt. Ich schlage als Vertreter der Verwaltung Herrn Körber vor.

Dann kommen wir zu den Ratsmitgliedern. Ich lese insgesamt die Besetzung vor. Verwaltungsvertreter: Beigeordnete Bredehorst. Vorschlag SPD: Michael Paetzold, Cornelia Schmerbach. Vorschlag CDU: Ursula Gärtner, Dr. Sonja Stupp. Grüne: Katrin Barion, Stefan Peil. Vorschlag 4, FDP: Bettina Houben. Vorschlag 5, pro Köln: Jörg Uckermann.

17.4 Flughafen Köln/Bonn GmbH hier: Vorschläge für die Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern 4065/2009

Es ist ein Weisungsbeschluss zu erteilen. Ich schlage als Vertreter der Verwaltung den Oberbürgermeister, mich, vor. Es sind noch zwei Vorschläge zu machen. Es findet das Verfahren nach Hare-Niemeyer Anwendung. Es gibt folgende Vorschläge zu den Mitgliedern. Vorschlag SPD: Martin Börschel. Vorschlag CDU: Winrich Granitzka. Vorschlag Grüne: Jörg Frank. Vorschlag 4, FDP: Sylvia Laufenberg. Vorschlag 5, pro Köln: Markus Wiener.

17.5 Wahl des Beirates bei der Unteren Landschaftsbehörde der Stadt Köln 4184/2009

Es sind 16 Mitglieder – ich bitte, sich das zu vergegenwärtigen – auf Vorschlag der Verbände zu wählen. Die Verbände haben hier ein Vorschlagsrecht. Es muss ein Mehrheitsbeschluss fallen. Wir haben die Möglichkeit, wie die Vorlage abzustimmen. Dann sind die Mitglieder in der jeweils vom Verband gewünschten Reihenfolge auf die vorhandenen Plätze gewählt. – Wir machen eine kleine Pause.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln] Herr Oberbürgermeister, machen wir einfach weiter!)

– Herr Zimmermann.

Michael Zimmermann (SPD): Herr Oberbürgermeister, es hat jetzt eine kleine Verwirrung gegeben. Wir haben eben versucht, zu vermitteln, dass wir als SPD, CDU, Grüne und FDP eine gemeinsame Liste machen. Es hat jetzt Verwirrung gegeben, weil es so ausgesehen hatte, als seien das unterschiedliche Listen. Wir gehen davon aus, dass die Vorschläge auf einer gemeinsamen Liste sind, bei allen Punkten. Es hat ein bisschen Verwirrung gegeben, weil jetzt

interpretiert wurde, es seien vier Listen, und dann gebe es die fünfte Liste.

Um es klarzustellen: Es soll eine Liste der genannten vier Fraktionen geben, in der alle Namen in der vorgelesenen Reihenfolge hintereinander stehen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Das war möglicherweise ein Missverständnis. Ich habe die Vorschläge so genannt, weil die Namen im Hinblick auf die jeweilige Zuordnung zu den Parteien damit verbunden sind. Es war nicht gemeint, dass das jeweils gesonderte Listen sind. Es ist vielmehr eine gemeinsame Liste für SPD, CDU, Grüne und FDP.

(Markus Wiener [pro Köln] Die Liste 5, pro Köln, bleibt!)

– Die Liste 5 ist von pro Köln. Das ist eine eigene Liste. –

Meine Damen und Herren, die Geschäftsführer von SPD, CDU, Grünen und FDP sind soeben an mich herangetreten, um zu verdeutlichen, dass sie eine – – Herr Zimmermann.

Michael Zimmermann (SPD): Wir beantragen eine kurze Unterbrechung der Sitzung, um die Verwirrungen zu klären, damit es keine Irritationen gibt. – Danke.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Für kurze Zeit wird die Sitzung unterbrochen.

(Unterbrechung
von 16.39 bis 16.47 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Kolleginnen und Kollegen, die Geschäftsführer von CDU, SDP, Grünen und FPD haben sich noch einmal verständigt auf Listen, die sie einreichen, nicht Einzelmeldungen. Somit gebe ich nochmals, von TOP 17.1 beginnend, die entsprechenden Erklärungen ab.

17.1 Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH hier: Entsendung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat 5009/2009

Von der Verwaltung wird vorgeschlagen: Dr. Norbert Walter-Borjans. Außerdem ist Herr Peter

Krücker vom Caritasverband genannt. Die gemeinsame Liste von SPD, CDU, Grünen und FDP enthält folgende Namen: Schultz, Heinen, Ensmann, Holländer, Helling, Richter. Die Liste 2, pro Köln - -

(Bernd M. Schöppe [pro Köln]: Liste 5!)

- Die Liste 5, pro Köln: Schöppe.

TOP 17.2 ist, wie schon gesagt, abgesetzt.

**17.3 Kliniken der Stadt Köln gGmbH
hier: Entsendung von Mitgliedern in den
Aufsichtsrat
4063/2009**

Dort sind neun Vertreter unmittelbar zu entsenden. Die Verwaltung hat das Recht, einen davon vorzuschlagen. Frau Bredehorst ist als Fachbeigeordnete als Mitglied gesetzt. Die übrigen sieben Vertreter werden nach Hare-Niemeyer ermittelt. Von der Verwaltung wird Herr Kahlen vorgeschlagen.

Für die Liste von SPD, CDU, Grünen und FDP werden vorgeschlagen: Paetzold, Schmerbach, Gärtner, Stupp, Barion, Peil und Houben. Liste 5: Uckermann.

**17.4 Flughafen Köln/Bonn GmbH
hier: Vorschläge für die Wahl von
Aufsichtsratsmitgliedern
4065/2009**

Als Vertreter der Verwaltung wird vorgeschlagen: Oberbürgermeister Roters. Es sind noch zwei Vorschläge zu machen. Vorschlag der Liste von SPD, CDU, Grünen und FDP: Börschel, Granitzka, Frank, Laufenberg. Liste 5: Markus Wiener.

**17.5 Wahl des Beirates bei der Unteren
Landschaftsbehörde der Stadt Köln
4184/2009**

Es sind 16 Mitglieder – an dieser Stelle hatten wir die Unterbrechung – auf Vorschlag der Verbände zu wählen. Die Vorschläge der Verbände finden Sie in der Vorlage. Es muss ein Mehrheitsbeschluss fallen. Wir können wie in der Vorlage abstimmen. Dann sind die Mitglieder in der jeweils vom Verband gewünschten Reihenfolge auf die vorhandenen Plätze gewählt. – Gibt es noch weitere Vorschläge? – Ansonsten verweise ich auf die Anlage. Es ist Aufgabe der Verbände, die zu entsenden, auf die die jeweiligen Wahlstimmen entfallen.

(Karl Jürgen Klipper [CDU]: Herr Oberbürgermeister, wie sieht es aus beim Wahlmarathon? Haben wir Liste 1 oder eine allgemeine Liste? Was steht drauf?)

- „Ja“ oder „Nein“. Es ist nur eine einzige Liste.

(Götz Bacher [SPD]: Es muss immer einer mehr vorgeschlagen werden! Das muss sein!)

**17.6 Wahl der Mitglieder sowie ihrer
Stellvertreter in die
Verbandsversammlung und Vorschlag
des Mitgliedes sowie seiner
Stellvertretung für den
Verbandsausschuss und die
Planungsausschüsse des
Zweckverbandes "Naturpark Rheinland"
4406/2009**

Wir müssen – das ist das Entscheidende – nur über Buchstabe b und c des Beschlussvorschlages beschließen.

Zuerst zu Buchstabe b, Verbandsausschuss. Dort haben wir folgenden Vorschlag:

Liste 1:
Götz Bacher
Stellvertreter: Dr. Matthias Welpmann

Liste 5, pro Köln:
Jörg Uckermann
Vertretung: Bernd M. Schöppe

Wir kommen dann zu Buchstabe c, Planungsausschuss.

Planungsausschuss Nord:
Mitarbeiter der Verwaltung: Herr Eppenich
Stellvertreter: Herr Dr. Bauer

Planungsausschuss Süd:
Herr Eppenich
Stellvertreter: Herr Dr. Bauer

TOP 17.7 ist abgesetzt.

**17.8 "koeln.de"
hier: Besetzung des "koeln.de-Beirates"
4523/2009**

Da haben wir wieder eine gemeinsame Liste 1:

Alfred Schultz

Dr. Sandra Kossmann

Kirsten Reinhardt

Felix Binsack

Vorschlag Liste 5:

Markus Wiener

Stellvertreter sind für die Liste 1

Jörg van Geffen

Klaus Koke

Jörg Frank

Herr Zarinfar.

Herr Wiener, bitte.

Markus Wiener (pro Köln): Wir nominieren noch Herrn Manfred Rouhs als Stellvertreter nach.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zum nächsten Punkt:

**17.9 Berufung der Mitglieder des Kunstbeirats für die Ratsperiode 2009 - 2014
3826/2009**

Ich stimme bei diesem Punkt nicht mit. Hier sind drei Beschlüsse zu fassen: Erstens die Geschäftsordnung des Kunstbeirates. Gibt es hierzu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen gegen die Geschäftsordnung des Kunstbeirates? – Enthaltungen? – Keine. Damit einstimmig so angenommen.

Zweitens die sachkundigen Bürgerinnen und Bürger. Hierüber findet eine Wahl statt. Laut Vorlage werden als sachkundige Bürgerinnen und Bürger genannt:

Herr Professor Brandlhuber

Frau Sandra von Halem

Frau Barbara Hess

Herr Dieter Horky

Herr Professor Dirk Löbber

Frau Anja Nathan-Dorn

Herr Professor Marcel Odenbach

Herr Dr. Gottfried Stracke

Gibt es weitere Vorschläge? – Bitte, Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Herr Jörg Uckermann für pro Köln.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Auch hier wird nach wie vor geheime Wahl verlangt? – Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Es müsste eigentlich noch eine Liste 1 vorliegen mit Namen von uns. Meine Kollegen, können Sie mir bitte helfen? Ich habe sie nicht gehört. Es wurden nur die Sachverständigen, diese Professoren genannt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Das kommt gerade. Das ist der dritte Punkt.

(Ulrich Breite [FDP]: Danke schön!)

Ad 3 sind die vier Vertreter und Vertreterinnen der stimmberechtigten Fraktionen im Ausschuss für Kunst und Kultur zu wählen. Dazu liegt folgende Liste vor: Liste 1: Anke Brunn, Frau von Oppenheim, Frau Domke. Liste 5 – –

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Da fehlt Friederike van Duiven!)

– Frau Friederike van Duiven ebenfalls in der Liste 1.

(Markus Wiener [pro Köln]:
Uckermann!)

Vorschlag 5: Herr Uckermann.

(Markus Wiener [pro Köln]: Genau!
Super!)

**17.10 Gebrüder Coblenz Stift e. V.
Entsendung von Beiratsmitgliedern
5008/2009**

Es sind drei Mitglieder samt Stellvertreter oder Stellvertreterin zu entsenden. Dabei muss es sich um Ratsmitglieder handeln. Genannt sind auf Liste 1: Monika Schultes, Bernd Ensmann. Gibt es weitere Vorschläge? Es sind drei Personen zu entsenden.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Karsten Kretschmer!)

– Karsten Kretschmer. Liste 5: Herr Schöppe.

Stellvertreter müssen ebenfalls benannt werden. Da haben wir einmal Frau Schmerbach und Herrn Kienitz. Dann brauchen wir noch einen.

(Karsten Kretschmer [Bündnis 90/Die Grünen]: Frau Thelen!)

– Frau Thelen. Pro Köln?

(Markus Wiener [pro Köln]: Jörg Uckermann!)

– Okay. Dann haben wir das auch.

17.11 Bestellung von Ratsmitgliedern in den Umlegungsausschuss der Stadt Köln 4911/2009

Es sind zwei Mitglieder samt Stellvertreter zu benennen.

Auf Liste 1 wird vorgeschlagen:

Herr Werner Böllinger
Frau Henk-Hollstein

als Stellvertreter
Herr Michael Zimmermann
Herr Herbert Gey.

Auf Liste 5: Manfred Rouhs.

Dann brauchen wir noch einen Stellvertreter.

(Markus Wiener [pro Köln]: Frau Judith Wolter!)

– Frau Wolter.

17.12 Benennung eines sachkundigen Einwohners in den Ausschuss Kunst und Kultur 4698/2009

Da steht an, Herrn Ludwig Theodor von Rautenstrauch in das zuständige Gremium zu entsenden. Herr Rautenstrauch nimmt aufgrund der besonderen Verdienste der Familie eine Sonderstellung ein. Ich schlage vor, Herrn Rautenstrauch als sachkundigen Einwohner in diesen Ausschuss zu wählen. In dem nunmehr vor hundert Jahren beschlossenen Schenkungsvertrag zwischen der Familie Rautenstrauch und der Stadt Köln hat sich die Familie unter anderem dazu verpflichtet, ein Mitglied der Familie auf deren Vorschlag hin in beratender Funktion an den Gremien in den Angelegenheiten des Rautenstrauch-Joest-Museums zu beteiligen.

Da es sich um die Besetzung eines Ausschusses handelt, stimme ich hier nicht mit. Gibt es Einwendungen dazu? – Das ist nicht der Fall.

17.13 GIZ Gründer- und Innovationszentrum GmbH im TechnologiePark Köln hier: Entsendung von Stellvertretern für den Aufsichtsrat 4914/2009

In Punkt 1 muss noch der Vertreter der Verwaltung benannt werden. Vorgeschlagen wird Frau Kröger. Die Liste 1 sieht vor Herrn Jörg van Geffen, Liste 5 Herrn Uckermann.

17.14 Antrag der SPD-Fraktion hier: Entsendung eines Ratsmitglieds in den Regionalrat des Regierungsbezirks Köln AN/1850/2009

Auf Antrag der SPD-Fraktion soll eine personelle Änderung im Zusammenhang mit der Entsendung eines Vertreters für den Regionalrat vorgenommen werden. Anstelle von Herrn Michael Zimmermann wird Herr Horst Noack zur Entsendung vorgeschlagen. Meine Frage geht an die Fraktion pro Köln: Kann in diesem Fall auf geheime Abstimmung verzichtet werden? Es geht um den Austausch eines Mitgliedes. – Wer ist dagegen, dass eine solche Veränderung vorgenommen wird, wer spricht sich gegen den Austausch zugunsten von Herrn Noack aus? – Niemand. Wer enthält sich? – Auch niemand. Damit ist einstimmig so beschlossen.

17.17 Denkmalschutz und Denkmalpflege Berufung sachverständiger Bürger 5118/2009

Ihre Anzahl haben wir in der letzten Sitzung auf drei festgesetzt. Es geht also um drei sachverständige Bürger. In der Vorlage werden Frau Prof. Dr. Barbara Schock-Werner, Herr MDg Reinhard W. Heinemann und Frau Dr. Heike Gregarek vorgeschlagen. Gibt es weitere Vorschläge? – Dann könnte ein Mehrheitsbeschluss ergehen. Können wir in diesem Fall ebenfalls auf geheime Abstimmung verzichten? – Das ist der Fall. Ist jemand gegen den Vorschlag, den ich gerade vorgelesen habe? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? – Ebenfalls nicht. Damit ist die Berufung sachverständiger Bürger so beschlossen. Herzlichen Dank.

17.18 Benennung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern für die Ausschüsse des Rates 4784/2009

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik kann Mitglieder der Behindertenorganisationen

und Selbsthilfegruppen in die für die Themen Soziales, Gesundheit, Verkehr, Kultur und so weiter zuständigen Ausschüsse entsenden. Für den Verhinderungsfall ist je ein persönlicher Vertreter zu bestimmen. Die Vorlage schlägt Ihnen jeweils ein beratendes Mitglied und eine Stellvertretung vor. Wir brauchen einen Mehrheitsbeschluss. Ich stimme nicht mit. In der Anlage sehen Sie die Namen. Verzichten Sie in diesem Fall ebenfalls auf geheime Abstimmung? – Das ist der Fall. Dann lassen wir über diese Liste abstimmen. Wer spricht sich gegen die unter TOP 17.18 genannten sachkundigen Bürger aus? – Das ist niemand. Wer enthält sich? – Ebenfalls niemand. Damit ist die Liste einstimmig so beschlossen. Ich bedanke mich ganz herzlich.

**17.19 Antrag der CDU-Fraktion
hier: Nachwahl eines Mitgliedes für
den Aufsichtsrat der Kölnmesse GmbH
AN/1953/2009**

Auf Antrag der CDU möge der Rat beschließen, Herrn Franz-Josef Knieps anstelle von Herrn Fritz Schramma in den Aufsichtsrat der Kölnmesse GmbH zu entsenden. Auch hier brauchen wir einen Mehrheitsbeschluss. Verzichten Sie auch in diesem Fall auf geheime Wahl? – Das ist der Fall. Ist jemand gegen diese Entsendung von Herrn Knieps anstelle von Herrn Schramma? – Das sehe ich nicht. Enthaltungen? – Ebenfalls nicht. Damit ist so beschlossen. Herzlichen Dank.

**17.20 Antrag der CDU-Fraktion
hier: Nachwahl eines Mitgliedes für
den Wahlausschuss zur Wahl des
Integrationsrates der Stadt Köln
AN/1957/2009**

Auf Antrag der CDU-Fraktion – auch hier geht es um einen Wechsel – möge der Rat beschließen, Herrn Stephan Pohl anstelle von Herrn Efan Kara in den Wahlausschuss zur Wahl des Integrationsrates zu entsenden. Ich stimme nicht mit. Wir brauchen auch hier einen Mehrheitsbeschluss. Verzichten Sie auch in diesem Fall auf geheime Wahl? – Das ist der Fall. Ist jemand gegen die Entsendung von Herrn Stephan Pohl in den Integrationsrat? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Die sehe ich auch nicht. Damit ist einstimmig so beschlossen.

**17.21 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Benennung eines Vertreters für
den Aufsichtsrat der KölnBäder GmbH
AN/1964/2009**

Auf Antrag der SPD-Fraktion möge der Rat beschließen, Herrn Götz Bacher anstelle von Herrn Michael Zimmermann in den Aufsichtsrat der KölnBäder GmbH zu entsenden. Es ist wieder ein Mehrheitsbeschluss. Ich gehe davon aus, dass keine geheime Wahl beantragt wird.

(Markus Wiener [pro Köln]: Doch!
Geheime Abstimmung!)

– Es ist ein Austausch, der hier vorgenommen werden soll. Wir haben bis jetzt bei jedem Austausch auf eine geheime – –

(Markus Wiener [pro Köln]: Wir
bestehen auf geheimer Abstimmung!)

Es wird auf geheimer Abstimmung bestanden. Dann geht kein Weg daran vorbei. Wir müssen den TOP 17.21 in den Wahlblock aufnehmen. Das wird insoweit vorbereitet.

**17.22 Benennung eines/einer Vertreters/in
für den Verwaltungsrat der Stadtent-
wässerungsbetriebe AöR
AN/1965/2009**

Hier soll ausgewechselt werden. Die SPD-Fraktion benennt als Vertreter für Frau Dagmar Paffen Herrn Dr. Alexander Fladerer. Es ist eine Vertretung, die noch beschlossen werden muss. Auch hier handelt es sich um einen Mehrheitsbeschluss. Offene Wahl? – Es kann also offen abgestimmt werden. Wer ist dafür, als Vertreter von Frau Dagmar Paffen Herrn Dr. Alexander Fladerer zu benennen? – Das ist, wie ich sehe, einstimmig. Gibt es Enthaltungen? – Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist einstimmig so beschlossen.

**17.23 Benennung von sachkundigen
Einwohnern
AN/1966/2009**

Langsam nähern wir uns dem Ende der Wahlbenennungen. Die SPD benennt folgende sachkundige Einwohnerinnen beziehungsweise Einwohner – wir haben über die Anzahl und die fraktionsmäßige Besetzung schon am 19.11. abgestimmt; bei der SPD musste noch die entsprechende Benennung nachgeholt werden –

für den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden Frau Helga Schlapka

für den Ausschuss für Kunst und Kultur Herrn Winfried Gellner und Herrn Till Kniola

für den Ausschuss für Schule und Weiterbildung Frau Hanne Kirchhoff und Frau Hildegard Fuhrmann

für den Gesundheitsausschuss Herrn Thomas Jentges

für den Jugendhilfeausschuss Herrn Dirk Detampel und Herr Klaus Schäfer

für den Stadtentwicklungsausschuss Herrn Michael Frenzel

für den Ausschuss für Umwelt und Grün Herrn Dietmar Donath und Herrn Wilfried Becker

für den Wirtschaftsausschuss Herrn Lothar Krögerrecklenfort

Auch hierzu ist ein Mehrheitsbeschluss zu fassen. Ich gehe davon aus, dass keine geheime Abstimmung erforderlich ist. Wer spricht sich gegen diese Benennung aus? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Benennung der SPD von sachkundigen Bürgern so beschlossen.

Damit kommen wir zum berühmten Wahlmarathon. Sie kennen dies von den letzten beiden Malen, in denen wir entsprechend vorgegangen sind. An jeder Wahlstation steht ein Mitarbeiter der Verwaltung als Wahlhelfer. An den Kabinen finden Sie die Listenvorschläge noch einmal aufgeführt. Die vorhandenen Stimmzettel sehen sechs Vorschläge vor. Sofern zu den einzelnen Gremien weniger Vorschläge gemacht werden, finden Sie einen entsprechenden Hinweis auf den jeweiligen Wahlkabinen.

Noch einmal zusammenfassend: Liste 1 ist die Liste von SPD, CDU, Grünen und FDP. Die Liste 5 ist die von pro Köln.

Außerdem werden Sie Stimmzettel vorfinden, bei denen Sie zwischen Ja und Nein wählen können. Das ist eben schon angesprochen worden, Herr Klipper. Das betrifft die Wahlen, bei denen es nur einen Vorschlag gibt.

Machen Sie Ihre Wahlentscheidung eindeutig durch ein Kreuz deutlich. Stimmzettel, die Zusätze oder mehr als ein Kreuz enthalten, sind ungültig, dies gilt insbesondere für Zusätze und Ähnliches. Wenn Sie sich bei der Wahl enthalten wollen, werfen Sie bitte den Stimmzettel ohne jede Kennzeichnung, also blanko, in die Wahlurne. Ungültige Stimmen und Stimmenthaltungen zählen bei der Berechnung nicht mit.

Wenn es keine weiteren Fragen dazu gibt, bitte ich Frau Kramp, mit dem Aufruf zu beginnen. – Es dauert noch einen kleinen Augenblick, bis die Wahlkabinen vorbereitet sind. Sobald dies geschehen ist, wird Frau Kramp die entsprechenden Aufrufe vornehmen.

(Namensaufruf und Wahlgang)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Wahlvorgang ist abgeschlossen. Ich frage, ob hier noch ein Ratsmitglied anwesend ist, das seinen Stimmzettel nicht abgegeben hat. – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann ist die Wahl damit abgeschlossen, und die Stimmzähler sind dabei, die entsprechenden Stimmen auszuzählen.

Wie vereinbart, werden wir jetzt in der Tagesordnung fortfahren:

1. Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.2 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "COP15 Copenhagen - global denken, lokal handeln - eine "Roadmap" für den Klimaschutz in Köln nach der UN-Abschlusskonferenz in Kopenhagen" AN/1963/2009

Herr Granitzka.

Winrich Granitzka (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir haben uns überlegt, in Anbetracht der Zeit – niemand konnte vorhersehen, dass wir das jetzt so haben –, die Aktuelle Stunde nicht zurückzuziehen – dafür ist das Thema zu wichtig –, aber das nicht so nebenbei behandeln zu lassen. Deshalb haben wir uns mit den großen Fraktionen geeinigt, dass wir in der nächsten Ratssitzung darauf zurückkommen werden, in welcher Form, werden wir sehen, möglicherweise mit einem gemeinsamen Antrag. Jedenfalls werden wir dieses Thema gemeinsam dann mit der nötigen Aufmerksamkeit besprechen können.

Wir ziehen insofern unseren Antrag auf Aktuelle Stunde zurück.

(Beifall bei CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. – Ich höre allgemeine Zustimmung. Gibt es jemanden, der sich dazu äußern möchte? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen gegen diesen Vorschlag? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Einstimmig ist also dieser Antrag der CDU in dem Sinne verschoben, wie es gesagt worden ist.

(Stadtdirektor Guido Kahlen: Die Verwaltung dankt!)

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 2 und hier zu TOP 2.1:

2. Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

2.1 Schenkung zur Ergänzung des Ratssilbers

hier: Stiftung eines Bechers und eines kompletten Ratssilbergedeckes von Herrn Konstantin Neven DuMont, Geschäftsführer Neven DuMont Schauberg Expedition der köln. Zeitung GmbH & Co. KG

Stiftung eines Bechers und eines kompletten Ratssilbergedeckes von Herrn Prof. Bruno Braun, Vorsitzender der Vorstände der TÜV Rheinland Group 4660/2009

Gibt es hierzu Wortmeldungen? – Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Die Fraktion pro Köln beantragt, dass beim Tagesordnungspunkt 2.1 getrennt abgestimmt wird, sodass man auch einzeln über die Schenkung von Herrn Konstantin Neven DuMont abstimmen kann. Denn pro Köln ist schon der Ansicht, dass wir von Herrn DuMont nichts geschenkt haben wollen. Herr DuMont steht in der unseligen Tradition genauso wie sein Vater und genauso wie seine ganze Familie, sich mit seinem Presseimperium immer den Mächtigen angedient zu haben. Er ist einer der Hauptverantwortlichen für das Klüngelsystem hier. Er hat durch seine Medien dieses System erst möglich gemacht.

(Zuruf von der FDP)

– Ich will hier erläutern, warum ich dagegen bin. Ich will erläutern, warum die Fraktion pro Köln gegen die Annahme dieser Schenkung ist. Das ist ein Skandal. Dass man hier nicht ausreden kann, dass man angepöbelt wird und der Sitzungsleiter nichts unternimmt, das ist auch ein

Skandal. Herr Oberbürgermeister, walten Sie Ihres Amtes. So geht es nicht.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir haben hier einen Änderungsantrag der Fraktion pro Köln.

(Markus Wiener [pro Köln]: Nein, das ist kein Änderungsantrag! Wir stellen den Antrag, getrennt darüber abzustimmen! Falls das nicht möglich sein sollte, werden wir trotzdem begründen, warum wir das ablehnen! Wir können uns natürlich zu jedem Tagesordnungspunkt äußern! Wo sind wir denn!)

– Ja, selbstverständlich.

(Martin Börschel (SPD): Das war jetzt die zweite Wortmeldung! – Markus Wiener [pro Köln]: Das ist doch ganz klar!)

– Das wird Ihnen gar nicht – –

(Markus Wiener [pro Köln]: Ich bin noch nicht fertig mit meinen Ausführungen!)

– Ja.

Markus Wiener (pro Köln): Wir wollen von Herrn DuMont nichts geschenkt bekommen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Das haben Sie schon gesagt.

Markus Wiener (pro Köln): Er ist eine Schande für diese Stadt.

(Beifall bei pro Köln)

Sein Vater ist eine Schande für diese Stadt, und das ganze System DuMont ist eine Schande für jeden ehrlichen und objektiven Journalismus und für Köln.

(Ralph Sterck [FDP]: Hast du schon in den Spiegel geguckt?)

– So ist das, Herr Sterck. Es ist klar, dass Sie das sehr gut finden; das ist mir schon klar: Weil Sie damit abgeschirmt werden, weil Ihr Treiben im Stadtrat dadurch abgeschirmt wird nach außen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Wiener, bitte zur Sache.

Markus Wiener (pro Köln): Weil Ihre Schweinereien nicht nach außen dringen. Jeder Besucher, der schon einmal in einer Ratssitzung war, weiß: Wenn er am nächsten Tag die Zeitung liest, meint er, er ist in einer anderen Ratssitzung gewesen.

Deswegen sind wir hier ganz klar gegen diese Schenkung. Wir brauchen von Herrn DuMont keine Geschenke. Wir brauchen von Herrn DuMont eine faire, objektive Berichterstattung. Das wäre seine Aufgabe. Deswegen spricht sich pro Köln ganz klar dagegen aus und wird diese Schenkung ablehnen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wer gegen den Antrag ist, hier eine Trennung der Schenkungen vorzunehmen, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, Grüne, CDU, FDP, Linke, Herr Müser, Herr Zimmermann. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung in der Sache. Wer spricht sich gegen den Vorschlag aus, die Schenkung anzunehmen? – Das ist pro Köln. Wer enthält sich? – Damit ist die Schenkung entsprechend angenommen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 2.2:

**2.2 Annahme einer Schenkung der Käthe-Flöck-Stiftung an Ki d S - Kinder- und jugendpädagogische Einrichtung der Stadt Köln
5213/2009**

Wer sich für diese Schenkung ausspricht, den bitte ich um das Handzeichen. Das ist einstimmig, wenn ich das richtig sehe. Gibt es Enthaltungen? – Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist das einstimmig angenommen.

Ich bedanke mich auf diesem Wege bei allen Schenkern für die großzügige Unterstützung

(Beifall bei CDU und FDP)

und kann damit auf das Votum des Rates zurückgreifen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 3:

3. Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu Tagesordnungspunkt 3.1.1:

**3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend „Haushaltsermächtigung 2010“
AN/1905/2009**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion Die Linken.Köln
AN/1969/2009**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Wenn erst die Antragsteller zu ihrem Antrag sprechen wollen, bin ich gerne bereit, zurückzutreten. Will einer der Antragsteller dazu sprechen?

(Andreas Köhler [CDU]: Nein!)

Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! An diesem Antrag der vier etablierten Parteien wird deutlich, dass sie kein Konzept haben,

(Markus Wiener [pro Köln]: Da gehören Sie doch dazu, Herr Detjen!)

wie sie mit den dramatischen Mindereinnahmen umgehen wollen. Ihre Konzeptlosigkeit tritt in dieser Ratssitzung immer wieder deutlich zutage. Einerseits treten sie in der Debatte um den Neubau des Schauspielhauses mit der Parole „Weiter so!“ auf, andererseits wollen sie Haushaltskürzungen durchsetzen.

In der Vorlage der vier Parteien steht: Grundlage der Fortzahlung soll der Haushaltsplanentwurf sein. Unser Antrag dagegen fordert: Grundlage der Auszahlung von 25 Prozent soll der alte Haushaltsplan sein. Das ergibt - das will ich hier deutlich machen - einige Differenzen, die ans Eingemachte gehen. Die Differenzen kommen dadurch zustande, dass im Haushaltsplanentwurf Mittel um 7 und 15 Prozent gekürzt worden sind. Dafür möchte ich Ihnen drei Beispiele nennen:

Erstes Beispiel: Jugendbeihilfe für Sportvereine. Die Sportvereine verlieren aufgrund der Kürzungen circa 70 000 Euro. Das heißt, sie bekommen nur noch 600 000 Euro für insgesamt

80 000 Jugendliche, die in den Sportvereinen Sport treiben. Das ist wirklich gar nichts.

Zweites Beispiel: Mitternachtssport. Der Mitternachtssport hat bisher insgesamt 79 000 Euro erhalten. Wenn man diese Summe um 10 Prozent kürzt, werden zahlreiche Veranstaltungen nicht mehr stattfinden können.

Drittes Beispiel: Pro Familia. Pro Familia wird bei einer Kürzung um 10 Prozent 29 000 Euro weniger bekommen. Die Frauen haben aber einen Rechtsanspruch auf Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen; die sind Pflichtaufgabe. Dazu kommt, dass, wenn die Mittel um 10 Prozent gekürzt werden, auch das Land die Mittel kürzen wird; denn 80 Prozent der Mittel für die Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen werden vom Land zur Verfügung gestellt. Da das anteilig berechnet wird, heißt das, dass auch die Mittel des Landes um einen entsprechenden Betrag gekürzt werden.

Die ganze Sache macht keinen Sinn. Deshalb fordere ich Sie auf, unserem Antrag zuzustimmen. Dann kann man in den nächsten Monaten in Ruhe darüber diskutieren, wo wir Prioritäten setzen wollen und wo nicht. So lautet unser Antrag.

Ich weiß nicht, ob der eine oder andere von Ihnen erfasst hat, welche Folgen der Beschluss hätte, mit dem wir Ihrem Antrag folgen würden. - Uns hat die Frau Beigeordnete Klein gesagt, wir hätten wenigstens erkannt, worum es geht.

(Lachen bei pro Köln)

Es geht dabei nämlich darum, pflichtige Aufgaben und entscheidende freiwillige Leistungen zu kürzen. Das geht ans Eingemachte, meine Damen und Herren.

Wir halten es für besser, den Beschluss heute so zu fassen, wie wir es in unserem Antrag vorschlagen, nämlich, dass Grundlage der alte Haushalt sein soll und nicht der neue. Dann kann man in Ruhe darüber diskutieren und abwägen. Wenn wir Ihrem Antrag folgen würden, würde das dazu führen, dass Strukturen zerschlagen würden. - Danke schön.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es hierzu Wortmeldungen?

Stadtkämmerer Dr. Norbert Walter-Borjans: Ich wollte eigentlich nur sagen: Frau Klein hat recht.

Auf Folgendes will ich hier aber noch hinweisen: Wir reden jetzt darüber, was wir den freien Trägern für das nächste Jahr zugestehen. Schon in diesem Jahr mussten wir die Mittel zwischen 5 und 15 Prozent reduzieren. Wie Sie alle dem Haushaltsplanentwurf entnehmen konnten, müssen wir diese Mittel im nächsten Jahr noch einmal um 7,5 bis 12,5 Prozent kürzen. Und dann reden wir immer noch über 230 Millionen Euro, die wir noch einsparen müssen. Also, es wird ein hartes Jahr.

Man kann natürlich auch mit dem, was man im ersten Quartal vorgibt, einen falschen Eindruck erwecken. Ein Weg, den man gehen könnte, wäre, zu sagen: Man legt in der Tat für das erste Quartal die Werte von 2009 zugrunde, weist dann aber - das ist mir sehr wichtig; darauf lege ich Wert - schriftlich darauf hin, dass es nicht viermal Mittel in dieser Höhe im Jahr 2010 geben wird. Man muss also denjenigen, die das glauben, klarmachen, dass sie mit dieser Annahme völlig falsch liegen und dass sie mit dieser ersten Rate haushalten müssen. Den Trägern muss klar sein, dass sie damit zwar gewisse Anpassungsmaßnahmen vornehmen können, aber eben auch, dass die zweite, dritte und vierte Rate anders ausfallen werden.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Das ist doch okay!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Ich denke, man muss hier noch einmal Folgendes klarstellen: Dieser Antrag beinhaltet nicht, die Haushaltsplanberatungen 2010 vorwegzunehmen. Das ist wichtig. Das darf auch weder im positiven noch im negativen Sinne weder hier im Rat, noch in den Verwaltungen noch bei den Trägern so ankommen.

Hier geht es ausschließlich darum, dass wir, weil wir noch keinen Haushalt verabschiedet haben und uns deshalb in vorläufiger Haushaltsführung befinden, die Liquidität der freien Träger im Rahmen der Subsidiarität sichern. Das ist das Anliegen. Deshalb haben das auch alle Fraktionen unterschrieben. Das bedeutet aus meiner Sicht, dass man das so übernehmen kann. Das heißt also, wir operieren im ersten Quartal auf der Basis des Ansatzes für 2009, aber eben mit der Maßgabe an die Träger, dass es um eine Liquiditätssicherstellung für ihre weitere Arbeit geht, und mit dem klaren Hinweis,

dass sie sicherlich mit Kürzungen zu rechnen haben. Wie diese dann priorisiert werden oder nicht, ist dann Sache der politischen Beratung.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Ensmann.

Bernhard Ensmann (CDU): Wir sprechen hier über eine Situation, die sich hier Jahr für Jahr wiederholt. Weil das Haushaltsjahr zu Ende ist, ist es sinnvoll, im ersten und vielleicht auch noch im zweiten Quartal Abschläge zu zahlen. Wir sprechen also nicht über eine völlig neue Situation. Alle Träger, mit denen ich in den letzten Wochen gesprochen habe, sind darauf eingestellt. Sie wissen um diese Problematik. Es ist nicht so, dass sie jetzt davon überrascht werden. Das jetzt auf der Basis des Ansatzes von 2009 zu machen, verschärft meines Erachtens die Situation insofern, als daraufhin Mittel nachgespart werden müssen, nämlich im zweiten, dritten oder vierten Quartal. Ich bin mir nicht sicher, ob das im Sinne der Träger ist. Diejenigen, die jetzt mit dem Thema beschäftigt sind, wissen das und stellen sich auch auf die Kürzungen, die für 2010 vorgesehen sind, ein. Natürlich kann man das auf der Basis des Ansatzes für 2009 machen; das ist nicht das Problem. Aber dann muss den Trägern klar und deutlich gesagt werden, dass das nachzusparen ist. Das wird möglicherweise härter, als es notwendig wäre, wenn wir den Beschluss jetzt so belassen würden. - Danke.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Helling hatte sich gemeldet.

Ossi Werner Helling (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! In Ergänzung zu der Äußerung von Herrn Ensmann, dass den Trägern die Haushaltssituation durchaus bewusst sei: Die Liga der freien Wohlfahrtsverbände geht ausdrücklich davon aus, dass sie, um die Liquiditätsprobleme lösen zu können, beispielsweise um nicht schon jetzt Personal entlassen zu müssen - das ist ja das, was wir alle nicht wollen -, wirklich einen ernsthaften Abschlag im ersten Quartal braucht, und zwar auf der Basis der Ansätze von 2009. Natürlich geht sie aber auch davon aus, dass für die übrigen Quartale tatsächlich mit anderen Summen zu rechnen ist, die politisch im Kontext der Haushaltsplanberatungen ausgehandelt

werden müssen. Insofern entspricht die jetzt angedeutete Lösung hundertprozentig den Wünschen der Wohlfahrtsverbände.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Beiden Anträgen können wir nicht zustimmen. Sie versuchen hier, die Bevölkerung zu beschwichtigen. Wir haben eben gehört, dass viele freie Träger jetzt vollkommen in der Luft hängen. Sie versuchen hier mit einem vorgezogenen Weihnachtsgeschenk, die Leute hinters Licht zu führen. Sie sollten den Leuten sagen, was Sache ist und wie es um diese Stadt wirklich bestellt ist, anstatt sich laufend neue Aufgaben an Land zu ziehen, die uns über Jahre und, wenn man sich das Konzept für das Opernhaus ansieht, sogar über Jahrzehnte finanziell binden. Sie sind einfach nicht bereit, den Leuten die Wahrheit zu sagen. Stattdessen versuchen Sie es über Gebührenerhöhungen - dazu folgt ja gleich anschließend noch ein ganzer Teil -, wohl in der Hoffnung, dass DuMont nicht darüber berichtet wird, weil das hier zu so später Stunde stattfindet. Es bleibt festzuhalten: Die Stadt Köln ist in einer ganz katastrophalen Lage. Selbstverständlich sind Ausgaben, die den Bürgern unmittelbar zur Verfügung gestellt werden, wie beispielsweise die Betreuung von Kindern und Jugendlichen, vorzuziehen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Detjen noch einmal.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Meine Damen und Herren! Ich glaube, die Politik muss nicht den Leuten sagen, wo die Wahrheit liegt. Das wissen die Leute schon selbst. Sie bilden sich selbst eine Meinung.

(Lachen bei pro Köln)

Wie gesagt, Herr Ensmann und Herr Helling haben Gespräche mit den Trägern geführt, auch ich habe mit ihnen gesprochen. Den Trägern geht es einfach um eine gewisse Planbarkeit. Wenn man ihnen die Mittel jetzt um diesen Betrag kürzt - ich habe ja Beispiele genannt -,

dann ist das einfach schwierig. Insofern würde es Sinn machen - dass das die Probleme nicht löst, ist mir völlig klar; wir sind uns einig, dass wir das weiter diskutieren müssen -, einen Schritt in diese Richtung zu gehen. Deshalb möchte ich mich beim Kämmerer und auch bei der SPD und den Grünen bedanken, dass wir diesen Weg gehen. - Danke.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Da ich keine weiteren Wortmeldungen sehe, kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Linken. Wer gegen diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Die FDP, pro Köln und die CDU. Wer enthält sich? - Damit ist der - -

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein! Wir stimmen in der Variante Kämmerer ab! Das haben wir ja gesagt! Wir übernehmen die Variante des Kämmerers! Der Antrag ist doch von Herrn Detjen zurückgezogen worden! - Gegenruf von Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Der ist nicht zurückgezogen! - Weiterer Gegenruf von Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Gut, dann müssen wir noch mal abstimmen!)

Der Kämmerer hat hier nur den Zusatz eingebracht, darauf hinzuweisen, dass dies mit den Kürzungen, die noch erfolgen werden, verrechnet wird.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Den Eindruck habe ich nicht! Wir unterstützen nicht den Linken-Antrag, sondern den Vorschlag des Kämmerers! Wir haben einen amtierenden Kämmerer; das reicht doch!)

Herr Dr. Walter-Borjans, können Sie noch einmal Ihren Antrag vortragen?

Stadtkämmerer Dr. Norbert Walter-Borjans: Um die Handlungsfähigkeit sicherzustellen, habe ich vorgeschlagen, auf der Basis von 2009 die erste Rate für das erste Quartal 2010 mit dem Hinweis

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Ja, das übernehmen wir!)

auszuzahlen, dass das unter dem Vorbehalt der Haushaltsverhandlungen steht, die aber jetzt schon erkennen lassen, dass es in den weiteren

Raten Einschnitte geben wird, und dass man sich darauf frühzeitig einstellen muss.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann frage ich jetzt die Linken, ob sie sich diesem Antrag anschließen.

(Ralph Sterck [FDP]: Herr Kämmerer, warum haben Sie denn den Plan so eingebracht? Dann hätten Sie für das erste Quartal mehr geben können! Das ist doch Ihr Haushaltsplanentwurf! - Andreas Köhler [CDU]: Ja, die Aussage ich doch hanebüchen!)

- Mir ist signalisiert worden, dass die Linke bereit ist, sich dem vom Kämmerer formulierten Vorschlag anzuschließen. Deswegen frage ich jetzt: Wer ist gegen diesen Antrag, der vom Kämmerer gerade formuliert worden ist? -

(Ralph Sterck [FDP]: Wenn der Kämmerer der Meinung ist, wir hätten mehr Geld zu verteilen, dann hätte er es in den Haushaltsplan einstellen können!)

FDP, pro Köln, CDU, Herr Dr. Müser. Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag mit der Mehrheit von SPD, Grünen, Linken und Herrn Zimmermann angenommen.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Nein! Das kann doch gar nicht sein! Der ist doch jetzt nur geändert worden!)

- Sie haben recht. Wir haben zunächst einmal den Änderungsantrag beschlossen. Jetzt muss über den geänderten Antrag abgestimmt werden. - Wer spricht sich gegen den jetzt in der Vorlage modifizierten Antrag aus? - Das sind die FDP, pro Köln, CDU, Herr Dr. Müser. Wer enthält sich? - Keiner. Damit haben dem so geänderten Antrag SPD, Grüne, Linke und Herr Zimmermann zugestimmt.

Zu Tagesordnungspunkt 3.1.2:

3.1.2 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Aufhebung und Wiedergutmachung des Ratsbeschlusses zum Ausbau des Godorfer Hafens“ AN/1741 /2009

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Herr Rouhs.

Manfred Rouhs (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Spät steht dieser Antrag auf der Tagesordnung. Wir hatten ihn zunächst als Dringlichkeitsantrag eingebracht, aber Sie waren damals der Auffassung, die Angelegenheit hätte Zeit, das sei nicht dringlich und könnte ruhig auch noch im Dezember behandelt werden. Aber mit jedem Tag, der ohne die Aufhebung des Beschlusses, den dieses Gremium hier zum Ausbau des Godorfer Hafens gefasst hat, ins Land zieht, werden im Kölner Süden Fakten geschaffen. Mit jedem Tag schränkt sich unser Handlungsspielraum ein Stück weit mehr ein.

Als der Beschluss zum Ausbau des Godorfer Hafens vom Rat gefasst worden ist, befanden wir uns in einer völlig anderen wirtschaftlichen Situation als heute. Deshalb würde den Fraktionen, die damals diesen Beschluss mitgetragen haben, jetzt kein Zacken aus der Krone fallen, wenn sie in dieser Frage einmal in sich gehen, die derzeitige Lage überprüfen, sich Gedanken darüber machen und vielleicht auch Informationen über die voraussichtlichen Auslastungskapazitäten der Häfen in Köln und andernorts einholen würden. Das lässt sich relativ leicht bewerkstelligen, weil man sich in einer ganzen Reihe von öffentlich zugänglichen Quellen darüber informieren kann, dass in allen Bereichen, sei es zu Lande, zu Wasser oder in der Luft, die Transportkapazitäten rückläufig sind. Man sollte überdenken, ob das derzeit noch bestehende Zeitfenster nicht genutzt werden kann, um dieses gegenwärtig wirtschaftlich vollkommen unsinnige Projekt zu stoppen. Wenn hier aber weiter Fakten geschaffen werden, indem die Natur unwiderruflich zerstört wird, gelangen Sie in eine Zwickmühle, aus der Sie nicht mehr herauskommen werden.

Wir befinden uns derzeit in der Situation, dass der Hafenausbau, obwohl er in absehbarer Zukunft nicht wirklich gebraucht wird, trotzdem Ressourcen verschlingt. Es handelt sich also um eine Angelegenheit, für die wahrscheinlich niemand von Ihnen oder zumindest nicht die Mehrheit in diesem Gremium - das unterstelle ich einmal, weil ich immer noch an das Gute im Menschen glaube und Ihnen eine gewisse Grundintelligenz attestieren will - gestimmt hätte, wenn er schon damals gewusst hätte, was für eine wirtschaftliche Entwicklung folgen würde und wie sich die Fakten verändern würden.

Ich bin mir natürlich auch über die Tatsache im Klaren, dass Sie sich damit schwertun werden, sich ausnahmsweise einmal eines unserer Anträge anzunehmen. Wir haben ja in der

Vergangenheit die uns durchaus gar nicht so unsympathische Erfahrung gemacht, dass gute Anträge, die wir hier eingebracht haben, einen vernünftigen Weg gefunden haben; sei es, indem Inhalte unserer Anträge plötzlich als Verwaltungsvorlagen hier eingebracht worden sind, oder sei es, indem eine der anderen Fraktionen unser Begehren im Kern schlicht abgekupfert und dazu eigene Anträge formuliert hat. Wenn das der einzige Weg ist, der Ihnen eine Perspektive zur Veränderung eröffnet, dann denken Sie doch einmal über die Möglichkeit nach, auch in diesem Fall diesen Weg zu wählen.

Der Hafenausbau ist sinnlos. Er zerstört die Natur, die diese Stadt braucht und die die Menschen dieser Stadt auch erhalten wollen. Sie haben mit dem Beschluss zum Hafenausbau einen Fehler gemacht. Seien Sie fair zu den Kölnern! Seien Sie ehrlich zu sich selbst und korrigieren Sie diesen Fehler! Der einfachste Weg dorthin wäre, wenn Sie unserem Antrag heute mehrheitlich zustimmen würden.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Antrag? - Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Es ist allgemein bekannt, dass der Ausbau des Godorfer Hafens seit über 20 Jahren hart umkämpft ist. Es ist auch allgemein bekannt, dass die Grünen, aber auch die FDP an der Seite der Bürgerinitiativen stehen und dass wir diesen Hafenausbau für ökonomisch und ökologisch sinnlos halten. Das bewahrheitet sich aufgrund der jüngsten Recherchen nachdrücklich.

Es ist aber auch bekannt, dass es zur Strategie von Rechtsextremisten gehört,

(Zuruf von pro Köln: Unerhört!)

sich in Parlamenten und Stadträten vorhandener Bürgerkonflikte zu bemächtigen

(Zurufe von pro Köln)

- Sie sind jetzt nicht dran. Halten Sie jetzt mal den Mund! - beziehungsweise Ideen, Anträge und Initiativen bei demokratischen Parteien zu klauen, um diese dann als ihre eigenen

auszugeben. Davon war schon fast jede Partei hier betroffen; dieses Mal sind wir es.

Wir machen deutlich, dass wir Ihnen auf so billige Art und Weise nicht auf den Leim gehen. Wir werden Ihren Antrag ablehnen, weil er keinen Beitrag dazu leistet zu dem, was die Bürgerinitiativen und die Bürger insgesamt vor Ort geleistet haben. Die Bürger dort wissen, mit welchen Partnern sie zusammenarbeiten können. Eine solche Trittbrettfahrerei kann man nur ablehnen. Allen ist bekannt, dass die Bürgerinitiativen vor Gericht einen juristisch signifikanten Erfolg erzielt haben. Zurzeit gibt es dort einen Baustopp. Ich denke, auf dieser Grundlage können wir zuversichtlich in das Jahr 2010 blicken. Die Bürgerinitiativen sind stark genug, und sie werden auch weiterhin unsere Unterstützung erhalten. Dafür brauchen die keine Rechtsextremisten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD, der FDP und der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Schöppe.

Bernd M. Schöppe (pro Köln): Werte Damen und Herren! Werter Herr Oberbürgermeister! Wertes Publikum auf der Tribüne! Herr neu gewählter Kämmerer, ich finde es schon recht eigentümlich, dass gerade Sie sich hier zum Thema Godorfer Hafen zu Wort melden und sagen, wie schlimm es doch wäre, dass gerade wir einen solchen Antrag stellen. Seien Sie doch einmal ehrlich, Herr Kämmerer: Sie haben sich mit der Zustimmung zum Hafenausbau Ihren Posten erkaufte.

(Zuruf: Der Kämmerer sitzt aber da vorn! - Lachen bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

- Ich rede jetzt vom neu gewählten Herrn Kämmerer. Entschuldigung, Herr Kämmerer, aber wir haben ja eben einen neuen gewählt. - Diesen neuen Kämmerer gäbe es jetzt nicht, wenn die Grünen sich anständig gegen den Hafen positioniert hätten. Aber nein, der Hafen war Ihnen nicht so wichtig. Wichtiger war, dass Herr Frank seinen Posten als Kämmerer bekommt. Was mit den Kölnern vor Ort passiert, war Ihnen egal.

Wir haben hier einen ganz klaren, sachlichen Antrag gestellt zu einem Thema, das angeblich

Sache der Grünen ist. Ich habe hier schon letztes Mal das nette Flugblatt von Herrn Klipper thematisiert, in dem er den Grünen und der FDP Heuchelei vorwarf.

(Zuruf von Claus Ludwig
[Die Linke.Köln])

Vollkommen richtig, Herr Klipper. Wo Sie recht haben, haben Sie recht. Die Herrschaften stellen das heute ja wieder unter Beweis. Entweder ist man gegen den Ausbau des Godorfer Hafens - dann muss man unserem Antrag zustimmen -, oder man ist es nicht. Herr Frank, stattdessen erzählen Sie hier irgendwelche Märchen; das ist wirklich unter aller Sau. - Entschuldigung, aber das kann man wirklich nicht anders ausdrücken.

(Beifall bei pro Köln)

Sie haben hier wieder einmal unter Beweis gestellt, was Wählerbetrug ist. Ich sitze ja nicht nur in diesem Gremium hier, sondern auch in der Bezirksvertretung Rodenkirchen. Auch dort habe ich erfahren, was Wählerbetrug heißt. Dort hieß es auch immer: Wir Grünen sind zu allen Veranstaltungen der Hafenausbaugegner gegangen; wir waren da; wir Grünen sind ja für die Umwelt. - Und was passiert dann? Die Grünen in der Bezirksvertretung tun sich mit der SPD zusammen, also mit der Partei, die seit Jahr und Tag den Hafenausbau favorisiert. Der Grund dafür liegt klar auf der Hand: Herr Frank musste Kämmerer werden. Auf dem gleichen Wege ist in Rodenkirchen übrigens auch Herr Petschel Bezirksbürgermeister geworden. Das heißt, die Leute in Rodenkirchen haben in der Hoffnung, etwas gegen den Hafenausbau tun zu können, die Grünen gewählt. Die Grünen konnten dadurch zwei Leute mehr in die Bezirksvertretung entsenden. Die Grünen haben sich nun „zum Dank“ mit der SPD zusammengetan, nur um gemeinsam mit ihr den Bezirksbürgermeister und Herrn Frank als Kämmerer zu wählen. Eine solche Aktion ist doch unmöglich.

Die einzig ehrliche Fraktion in dieser Angelegenheit ist hier die Fraktion pro Köln beziehungsweise meine Wenigkeit in der Bezirksvertretung Rodenkirchen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Eigenlob stinkt!)

Sie glauben nicht, wie viele Anträge und Anfragen ich dort schon zu diesem Thema gestellt habe. Schauen Sie einmal in die

Protokolle und Niederschriften; es ist unmöglich, sie alle hier aufzuzählen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Sie sind nicht glaubwürdig!)

- Glaubwürdig? Das sehen wir ja an Ihnen, was Glaubwürdigkeit heißt. Ich habe von Ihnen keine ehrliche Positionierung gegen den Hafen gehört. Stattdessen haben Sie sich von den Hafengebührenern zum Kämmerer wählen lassen.

In diesem Sinne werbe ich weiterhin für die Zustimmung zu unserem Antrag: für Ehrlichkeit, für anständige Politik in unserer Stadt und gegen Klüngel und Korruption, wie wir sie hier heute in Person von Herrn Frank persönlich kennengelernt haben.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Houben.

Reinhard Houben (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Schöppe, einen solchen Blödsinn, wie er eben von Ihnen vorgetragen wurde, habe ich ja schon lange nicht mehr gehört.

(Beifall bei der FDP und dem
Bündnis 90/Die Grünen)

Sie treten hier populistisch, relativ primitiv und dämlich auf

(Zuruf von pro Köln: Pfuil!)

und glauben noch, die Leute würden Ihnen auf den Leim gehen. Wenn sich bestimmte Fraktionen hier um dieses Thema gekümmert haben, dann ist das neben den Grünen auch die FDP, und zwar auch in Rodenkirchen. Das wissen Sie ganz genau.

(Lachen bei pro Köln)

- Herr Wiener, da können Sie lachen, wie Sie wollen. Ich sitze leider vor Ihnen, und Ihr permanentes Gebrabbel ist wirklich sehr störend. Nehmen Sie sich doch mal ein bisschen zurück.

(Beifall bei der FDP sowie von Teilen
der SPD)

Inhaltlich sind die Positionen ausgetauscht. Ich glaube, die Wähler wissen, welche Fraktionen für

welche Positionen stehen. Sie brauchen sich hier nicht populistisch dick zu machen. Sie sind in der Frage nicht glaubwürdig. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es noch Wortmeldungen dazu? - Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Vorredner, ich hatte an sich immer eine hohe Meinung von der FDP; aber nachdem wir jetzt ihren Vorsitzenden kennengelernt haben, muss ich schon sagen: Bei Ihnen liegen anscheinend die Nerven blank.

(Beifall bei pro Köln)

Das war heute Ihr erster Auftritt.

- Jetzt zeigen Sie den Leuten den Mittelfinger, oder was tun Sie da? Ich kann das von hier oben nicht genau sehen. Aber wenn das die Form ist, mit der Sie die Auseinandersetzung führen, dann muss ich Ihnen sagen: Darauf lassen wir uns nicht ein.

(Beifall bei pro Köln)

Es ist hier erst laut geworden, nachdem unser zukünftiger Pensionär im Amt des Kämmerers, der sich jetzt noch dieses Pöstchen gesichert hat, hier einen absolut schleimigen Vortrag gehalten hat, den man nicht ernst nehmen kann.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich bitte Sie, sich in Ihrer Wortwahl zu mäßigen.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister, ich passe mich nur dem Niveau hier an. Sie wissen, normalerweise - -

(Unruhe - Zuruf: Rausschmeißen!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich würde Sie bitten, sich zu mäßigen.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister, ich werde dem nachkommen; das wissen Sie. Ich möchte Sie aber auch bitten, dass die demokratischen Regeln eingehalten werden. Wir werden laufend

von den Leuten, die da rechts sitzen - Freie Demokraten nennen die sich -, beschimpft. Ich bitte Sie, darauf zu achten, dass es auch uns möglich ist, hier vorzutragen. Ansonsten wäre ich nicht ans Rednerpult gekommen, sondern hätte es vom Platz aus getan.

Ich lasse es mir nicht bieten, dass mich Leute wie Herr Frank oder irgendwelche Altstalinisten hier als einen Extremisten bezeichnen. Das müssen die erst einmal belegen.

(Beifall bei pro Köln)

Die Bürger haben die Dinge sehr wohl erkannt und deshalb uns gewählt, trotz aller Hetze von Ihnen, Herr Frank, gemeinsam mit dem Hause DuMont. Wir nehmen diesen Wählerauftrag ernst. Das werden Sie heute noch erleben. - Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Da ich keine Wortmeldungen mehr sehe, kommen wir jetzt zur Abstimmung über diesen Antrag der Fraktion pro Köln. Wer ist gegen den Antrag von pro Köln? - Das sind die SPD, die Grünen, die CDU, die FDP, Herr Müser, Herr Zimmermann, die Linke. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Zu Tagesordnungspunkt 3.1.3:

3.1.3 Antrag der Fraktion Die Linke.Köln betreffend „Sofort Gesamtschulkonzept für Köln erstellen“ AN/1909/2009

Wie zu Beginn beschlossen, werden wir diesen Tagesordnungspunkt mit den Punkten 3.1.4 und 10.28 gemeinsam beraten, die ich jetzt ebenfalls aufrufe:

3.1.4 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Einrichtung einer weiteren Gesamtschule als eine ‚Schule für Alle‘ in Köln“ AN/1903/2009

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der FDP-Fraktion AN/1968/2009

10.28 Errichtung einer neuen Gesamtschule in Köln-Nippes 5018/2009

Zu TOP 10.28 gibt es eine Änderungsvorlage der Verwaltung, die Ihnen jetzt Frau Beigeordnete Dr. Klein erläutern wird.

Beigeordnete Dr. Agnes Klein: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Zur Vorlage der Verwaltung, die Ihnen vorliegt, gibt es unter Punkt 6 eine Zusetzung. Der letzte Satz lautet nun: Der Rat der Stadt Köln erklärt verbindlich, dass der Maßnahme unter den jeweils herrschenden Haushaltsbedingungen die für ihre ordnungsgemäße Durchführung und Finanzierung erforderliche Priorität eingeräumt wird.

Wir sind in einem Schreiben der Bezirksregierung, das wir den Fraktionen gestern zugestellt haben, darauf hingewiesen worden. Diesen Hinweis haben wir aufgenommen. Wir waren uns da nicht so ganz sicher; denn wir hatten uns ja in Zusammenhang mit dieser Vorlage auch rechtlich beraten lassen. Das gilt im Übrigen auch für den Antrag, den wir unter den Vorbehalt des heutigen Ratsbeschlusses gestellt haben. Wir gehen zwar davon aus, dass auch unsere ursprüngliche Vorlage rechtssicher ist; aber um in rechtlicher Hinsicht wirklich ganz sicher zu gehen, würden wir Ihnen empfehlen, diesen Zusatz mitzuschließen.

(Ralph Sterck [FDP]: Aber da gab es doch noch mehr Hinweise vom Regierungspräsidenten!)

- Es gab auch noch einen Hinweis bezüglich des Ganztagsbetriebs. Ich glaube, das ist das, was Sie meinen. Diesen Hinweis haben wir nicht aufgenommen, weil wir als Fachverwaltung von einer Gesamtschule im Ganztagsbetrieb ausgehen, also von einer Ganztags- und nicht von einer Halbtagschule.

(Beifall bei der SPD)

Das liegt im Übrigen genau auf der Linie, die wir bereits im Grundschulbereich und auch im 1 000-Schulen-Programm der Landesregierung nachvollzogen haben. Wir haben jetzt im Grundschulbereich eine Versorgungsquote von 52 Prozent im Ganztags- und im weiterführenden Bereich von 57 Prozent im gebundenen Ganztags. Sie sehen also, alle Schienen in der Stadt Köln sind auf den Ganztagsschulbetrieb ausgerichtet. Weil es für uns fachlich nicht vertretbar ist, gerade bei einer neuen Schule, einer Gesamtschule, von einem Halbtagsbetrieb auszugehen, haben wir diesen Hinweis der Bezirksregierung nicht aufgenommen.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es Wortmeldungen dazu? Die Reihenfolge ergibt sich entsprechend der Größe der Fraktionen.

(Özlem Demirel [Die Linke.Köln]: Nein, entsprechend der Anträge!)

Gibt es zunächst einmal Wortmeldungen zum Antrag selbst? Wer will den Antrag begründen? - Frau Demirel.

Özlem Demirel (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! 2006 fehlten 796 Plätze, 2007 fehlten 706 Plätze, 2008 fehlten 903 Plätze und 2009 fehlten 867 Plätze an Gesamtschulen. Angesichts der vielen Ablehnungen von Anträgen auf einen Gesamtschulplatz lässt sich feststellen, dass die Stadt Köln in den vergangenen Jahren dem Wunsch vieler Eltern, ihr Kind auf eine Gesamtschule zu schicken, nicht gerecht werden konnte.

Obwohl die Gesamtschule ihrem konzeptionellen Ziel, Chancengerechtigkeit zu schaffen und die Selektion im Bildungssystem zu beenden, nicht ausreichend gerecht werden kann, solange weiterhin ein mehrgliedriges Schulsystem besteht, so wird dennoch durch die besondere Nachfrage nach Gesamtschulplätzen die Akzeptanz und Bedeutung dieser Schulform deutlich. Die Linke startete im Sommer eine Postkarten- und eine Unterschriftenaktion und setzte sich für eine Elternbefragung ein.

Es freut uns heute umso mehr, dass sich die SPD und die Grünen nun endlich entschlossen haben, unsere Forderung zu unterstützen, eine weitere Gesamtschule einzurichten. Vor einem halben Jahr hatten sie ja einem Antrag der Linken mit demselben Anliegen noch die Zustimmung verweigert. Aber, meine Damen und Herren, die Einrichtung einer einzigen weiteren Gesamtschule wird nicht ausreichen. Das kann nicht das Ende der schulpolitischen Umstrukturierung in Köln sein. Wir müssen dafür sorgen, dass der Wunsch aller Eltern, die ihr Kind auf eine Gesamtschule schicken möchten, berücksichtigt werden kann. Dafür ist ein umfassendes und langfristig angelegtes Konzept nötig.

Nach Auswertung der Ergebnisse der Elternbefragung müssen wir davon ausgehen, dass auch zum Schuljahresbeginn 2011/2012

570 Gesamtschulplätze in Köln fehlen werden. Schon bei fünfzügigen Schulen à 25 Schülerinnen und Schülern pro Klasse wären demnach fünf weitere Gesamtschulen nötig. Um dem Elternwillen gerecht zu werden, muss die Verwaltung Wege aufzeigen, wie der tatsächliche Bedarf an Gesamtschulplätzen gedeckt werden kann.

So beinhaltet Punkt 2. unseres Antrags die Aufforderung an die Verwaltung, ein Konzept vorzulegen, wie der gesamte Bedarf an Gesamtschulplätzen mittelfristig gesichert werden kann. In diesem Zusammenhang bitten wir die Verwaltung, sowohl die Erweiterung bestehender Gesamtschulen als auch die Errichtung neuer Schulen zu prüfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, allein in diesem Jahr gingen Tausende Schülerinnen und Schüler, Studierende und Auszubildende mehrmals auf die Straße. Sie positionierten sich für die Abschaffung des mehrgliedrigen Schulsystems, für eine gebührenfreie Bildung für alle, für mehr Chancengerechtigkeit und für bessere Lernbedingungen. Die Symptome dieses kranken Bildungssystems treten immer deutlicher zutage. Der Bildungsstreik verdeutlichte, dass es so nicht weitergehen kann.

Die Elternbefragung zeigt auch eines ganz deutlich: Zwei Drittel aller Eltern sprechen sich für das längere gemeinsame Lernen aus. 72 Prozent möchten den gemeinsamen Unterricht, also die Inklusion, mit entsprechenden Ressourcen. 82 Prozent aller Eltern möchten ihr Kind auf eine Schulform schicken, auf der es die Möglichkeit erhält, das Abitur zu erlangen, sei es auf eine Gesamtschule oder ein Gymnasium.

Befürworter der Trennung nach der vierten Klasse sehen diese realen Wünsche und Sorgen der Eltern aber nicht. Die Linke, die Schülervertretungen sowie viele Eltern sprechen sich für das längere gemeinsame Lernen, für eine Schule für alle bis zur zehnten Klasse, aus, weil auch das für mehr Chancengerechtigkeit und bessere Perspektiven für jeden Einzelnen sorgt. Das wesentliche Merkmal von Konservatismus ist, einfach an bestehenden alten Strukturen festzuhalten. Das macht nicht immer Sinn, meine Herren von der CDU, sondern ist verbohr.

(Andreas Köhler [CDU]: Wir haben auch Damen!)

- Ja, neuerdings haben Sie mehr Damen; das habe ich auch gesehen. - An alten Strukturen festzuhalten, ist nur dann vernünftig, wenn die betreffenden Strukturen sinnvoll sind. Die gegliederte Schulstruktur ist aber für die allermeisten Schülerinnen und Schüler nicht sinnvoll. Sinnvoll ist sie nur für eine kleine Gruppe, die sich Elite nennt.

Noch ein Satz zum Schreiben der Bezirksregierung und der darin enthaltenen Absage für den Ganzttag. Die CDU-FDP-Landesregierung betreibt seit geraumer Zeit Wahlwerbung mit ihrer Ganzttagsoffensive. Deshalb finde ich es heuchlerisch, dass sie ausgerechnet für die Gesamtschule einen Ganztagsbetrieb untersagt. Vermutlich betreibt sie ihre Ganzttagsoffensive nur deshalb, weil eine erfolgreiche Umsetzung von G8 nur über den Ganztagsbetrieb an Gymnasien möglich ist.

72 Prozent der Eltern haben sich für den GU ausgesprochen. Das heißt, es ist wichtig, dass wir in Köln insbesondere an den weiterführenden Schulen mehr gemeinsamen Unterricht anbieten. GU sollte ein integraler Bestandteil sein.

Es freut mich, dass sich die Mühe der Linken in Köln gelohnt hat und wir hier endlich eine weitere Gesamtschule einrichten werden. - Danke schön.

(Beifall von der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Nächster Redner ist Herr Philippi für die SPD.

Franz Philippi (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie alle kennen inzwischen die Ergebnisse der Elternbefragung, die zu Beginn dieses Schuljahres in den dritten Klassen der Kölner Grundschulen durchgeführt worden ist. Um bei den Tatsachen zu bleiben, Frau Demirel: Die Befragung erfolgte auf Initiative der SPD und der Grünen im Schulausschuss. Das war keine Initiative der Linken.

(Martin Börschel [SPD]: Das stimmt!)

Im Kern lässt sich das Ergebnis wie folgt zusammenfassen: Die Eltern wollen den Ganzttag, die Eltern wollen längeres gemeinsames Lernen, und die Eltern wollen den gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Handicap. Diese Aussagen - das ist wichtig - sind nicht nur das Resultat einer

Stichprobe nach dem Zufallsprinzip. Aufgrund einer Beteiligung beziehungsweise einem Rücklauf von 56 Prozent aller befragten Eltern - relativ gleichmäßig verteilt über unsere neun Stadtbezirke - sind diese Aussagen als repräsentativ einzuordnen.

Ich habe das schon im Schulausschuss gesagt, will es aber auch hier noch einmal wiederholen: Ich möchte das Ergebnis durchaus als bildungspolitischen Urknall bezeichnen. Die Eltern hier in Köln bringen die Schullandschaft in Bewegung, während die Landesregierung unverdrossen am herkömmlichen dreigliedrigen Schulsystem festhält.

(Beifall von Jörg Detjen
[Die Linke.Köln])

In Düsseldorf herrscht in schulpolitischer Hinsicht Chaos. An der Spitze steht eine fachlich restlos überforderte Ministerin. Kopfnotendiskussion, Turbo-Abitur, Lehrermangel, Unterrichtsausfall, Pannen beim Zentralabitur, umständliche Verfahren bei der Besetzung von Schulleiterstellen - das sind nur einige Stichworte in diesem Zusammenhang.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle nicht verhehlen, dass wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten über die Ergebnisse dieser Elternbefragung sehr erfreut sind. Sie stimmen im Kern vollkommen überein mit den bildungspolitischen Vorstellungen der NRW-SPD, die wir in unserem Programm „Die beste Bildung für alle“ dargelegt haben.

Unser vorliegender Antrag ist schlussendlich die zwingende Konsequenz aus dem, was die Eltern möchten. Jedes Jahr - das ist gerade schon gesagt worden - müssen circa 800 Aufnahmeanträge an Kölner Gesamtschulen abgelehnt werden. Die Eltern stimmen mit den Füßen ab. Besonders nachgefragt sind die Plätze im Stadtbezirk Nippes und Umgebung. Die dortige Bezirksvertretung hat ihren Willen klar geäußert; sie wünscht sich die Errichtung einer integrierten Schule bereits zum Schuljahr 2010/2011. Mit unserem Antrag von SPD und Grünen unterstützen wir dieses Ansinnen. Wir freuen uns sehr, dass die Fachverwaltung mit der Beschlussvorlage unter Punkt 10.28 einen gut fundierten Errichtungsbeschluss in sehr kurzer Zeit hinbekommen hat. Dafür herzlichen Dank an Sie, Frau Dr. Klein, und an Ihre Mitarbeiter!

(Beifall bei der SPD)

Nun hat sich der Regierungspräsident mit einer Pressemitteilung zu Beginn dieses Monats zu Wort gemeldet. Dort heißt es - ich zitiere -:

Mit großer Sorge beobachtet auch die Bezirksregierung die Kölner Schullandschaft.

Er gibt den Hinweis, die Kölner Schulpolitik sollte ihr Augenmerk stärker auf den Ausbau des Ganztags an den weiterführenden Schulen lenken.

(Martin Börschel [SPD]: So ein Pharisäer!)

Daraus kann ich nur schließen, dass die beträchtlichen Anstrengungen zur Einführung und Weiterentwicklung des Ganztagsbetriebs im Sekundarbereich in unserer Stadt offensichtlich an Herrn Lindlar vollkommen vorbeigegangen sind.

(Beifall bei der SPD)

140 Millionen Euro haben wir in diesem Jahr in diesen Zweck investiert. 23 weiterführende Schulen gehen 2009 und 2010 in den Ganztagsbetrieb. Bei einer Beteiligung des Landes von 100 000 Euro pro Schule entspricht das einem Verhältnis von 1 zu 70.

Anders als zuletzt in der Stadt Bonn zielt unser Antrag, wie eben von der Dezernentin klagemacht, auf die Errichtung einer neuen Gesamtschule im Ganztagsbetrieb ab. Das ist zum einen die logische Schlussfolgerung aus dem Willen der Eltern. Die bisherige Haltung des Regierungspräsidenten, keine Gesamtschule im Ganztagsbetrieb zu genehmigen, ist absurd.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Der Ganztagsbetrieb - um das zu wissen, muss man kein Lehrer sein - ist ein wesentlicher Baustein des Gesamtschulkonzeptes. Deshalb appellieren wir an den RP: Geben Sie Ihre Blockadehaltung bezüglich des Ganztagsbetriebs auf! Respektieren Sie den Willen der Kölner Eltern und genehmigen Sie die neue Schule im Stadtbezirk Nippes im Ganztag!

Ich sage immer: Wer ein neues Auto kaufen will, bestellt sein Fahrzeug auch nicht ohne Räder.

(Beifall bei der SPD sowie von Jörg Detjen [Die Linke.Köln])

Von daher lehnen wir den Antrag der FDP natürlich ab; denn darin ist von Ganztag nicht die Rede.

Zum Antrag der Linken sei noch gesagt, dass sich Punkt 1. dieses Antrags aus unserer Sicht erledigt hat. Punkt 2. des Antrags, der die Erstellung eines Konzepts fordert, würden wir gerne, wenn der Antragsteller einverstanden ist, als fünften Punkt in unseren Antrag übernehmen.

Meine Damen und Herren, die Kölner Eltern haben sich eindrucksvoll zu Wort gemeldet und ihren Willen dokumentiert. Lassen Sie uns gemeinsam durch die Beschlussfassung unseres Antrags den Wünschen der Eltern nachkommen. Stimmen Sie für unseren Antrag! Stimmen Sie für die beste Bildung der Kinder und Jugendlichen im Stadtbezirk Nippes! - Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke, Herr Philippi. - Nächster Redner ist Herr Thelen von den Grünen.

Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Mein Vorredner hat es schon gesagt: Die Elternbefragung hat die Schullandschaft in Bewegung gebracht. Es war aber auch allerhöchste Zeit, und zwar aus drei Gründen:

Erstens. Aufgrund des gegliederten Schulsystems in Deutschland erreichen nur 40 Prozent eines Jahrgangs einen höheren Bildungsabschluss; das sind zu wenige Abschlüsse. Zum Vergleich: In anderen Ländern, die strukturgleich mit unserem Land sind, erreichen 60 Prozent eines Jahrgangs einen höheren Bildungsabschluss.

Zweitens. Das gegliederte Schulsystem in Deutschland entspricht nicht den humanitären Forderungen der UN-Konvention auf eine inklusive Bildung und führt zu einer für eine demokratische Gesellschaft problematischen ethnischen und sozialen Trennung.

Drittens. Das gegliederte Schulsystem in Deutschland verletzt eklatant den berechtigten Willen der Eltern, die beste Schule für ihr Kind wählen zu können. - Da meine Vorredner schon deutlich ausgeführt haben, dass vielen Eltern dieser Wunsch nicht erfüllt wird, übergehe ich meine Anmerkungen zu diesem Punkt.

Angesichts der Zahlen der letzten Elternbefragung ist festzustellen, dass die Gesamtschule hauptsächlich mit dem Gymnasium konkurriert. Ich nenne die Zahlen jetzt nicht; sie sind Ihnen allen bekannt. Der Wille der Eltern, für ihre Kinder eine Schule auswählen zu können, auf der sie den höchsten Bildungsabschluss erreichen, muss natürlich auch mit der Realität konform gehen. Sie müssen darüber nachdenken, auf welcher Schule die Chance für das eigene Kind am besten ist, den höchsten Bildungsabschluss zu erreichen, beziehungsweise auf welcher Schule ihr Kind am besten gefördert wird. Alle international und national vorliegenden Daten zeigen, dass das auf integrativen Schulen und nicht an separierenden Schulen der Fall ist. Jürgen Baumert und Manfred Prenzel, die beiden Bildungsforscher, die die PISA-Studie in Deutschland begleitet und betreut haben, haben nachgewiesen, dass integrative Schulformen mit leistungsheterogenen Gruppen sowohl zu mehr höheren Bildungsabschlüssen führen als auch zur Korrektur von gesellschaftlicher Ungleichheit beitragen.

Ich möchte an dieser Stelle gerne eine persönliche Anmerkung anfügen: Meine Kinder sind auf die Montessori-Grundschule in Ossendorf gegangen.

(Martin Börschel [SPD]: Sehr vernünftig!)

Auf dieser Schule ist es üblich, dass in einer Klasse vier Jahrgänge unterrichtet werden. Das heißt, eine solche Klasse ist eine absolut leistungsheterogene Gruppe. Meine Kinder haben dort besonders viel gelernt, und zwar nicht trotz der Heterogenität, sondern wegen der Heterogenität.

Die internationalen Studien zeigen auch, dass die deutschen Grundschulen - diese sind ja Gesamtschulen; das sollte man in diesem Zusammenhang nicht vergessen - im Vergleich besser abschneiden, als die weiterführenden Schulen bei den PISA-Studien.

Mit Blick auf die mir noch verbleibende Redezeit muss ich jetzt leider meine Ausführungen zum Mythos homogener Lerngruppen überspringen, werde das aber nachholen, wenn mir zum Schluss noch Zeit bleibt.

Der Bildungsforscher Baumert hat aufgrund empirischer Studien festgestellt, dass Schulkarrieren in Abhängigkeit vom

Anregungsniveau der jeweiligen Schulform verlaufen. Ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis:

Das anregungsärmere Entwicklungsmilieu in Hauptschulen bremst ..., das anregungsreichere in mittleren und höheren Schulen befördert.

Ich meine sogar, dass das eine triviale Feststellung ist. Es müssten allerdings noch Untersuchungen dazu gemacht werden.

Abschließend zur Frage nach der gesellschaftspolitisch sinnvollsten Schulform. Das kann doch eigentlich nur eine Schulform sein, die die gesellschaftliche Integration fördert und sie auch gewährleistet. Wo kann das besser geschehen als beim gemeinschaftlichen Lernen und Leben in jungen Jahren? Dadurch wird unseres Erachtens das Entstehen von Parallelgesellschaften und von sozialen Schichtungen am besten verhindert. Das lässt sich an einer Zahl eindrucksvoll belegen: An Gesamtschulen machen 33 Prozent der Schüler und Schülerinnen mit Migrationshintergrund Abitur, während es an Gymnasien nur 14 Prozent sind.

Die Forderung nach dem gemeinsamen Unterricht von Behinderten und Nichtbehinderten sollte nicht nur aus humanitären Gründen stattgegeben werden. Ein solcher Unterricht erfüllt sozusagen kostenlos ein indirektes Erziehungsziel - denken Sie einmal darüber nach -, nämlich die Erziehung zu Mitmenschlichkeit, Rücksichtnahme, Feinfühligkeit. Solches wird am ehesten gelernt durch die konkrete Anforderung eines Zusammenlebens von Behinderten und Nichtbehinderten und nicht mithilfe des nachweislich nicht sehr erfolgreichen moralischen Zeigefingers.

(Beifall von Jörg Detjen
[Die Linke.Köln])

Alles spricht demnach für die unverzügliche Einrichtung einer neuen Gesamtschule im Stadtbezirk Nippes in der von der Verwaltung und unserem gemeinsamen Antrag vorgeschlagenen Form. Wir würden, wie von Herrn Philippi schon ausgeführt, Punkt 2. aus dem Antrag der Linken übernehmen.

Ein letztes Wort an die Kolleginnen und Kollegen von FDP und CDU: In 11 von 16 Bundesländern, und zwar Ländern mit unterschiedlichsten politischen Konstellationen, befindet sich das

gegliederte Schulsystem in Auflösung. Deshalb bitte ich Sie: Stimmen Sie unserem gemeinsamen Antrag und der Verwaltungsvorlage zu! - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Begründung der vorliegenden Anträge? - Frau Gebauer für die FDP.

Yvonne Gebauer (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Elternbefragungen wohin das Auge blickt, landauf, landab, ein legitimes Mittel, mit dessen Hilfe sich die Kommune ein Meinungsbild verschaffen kann. Dabei kann man natürlich anhand der Fragestellungen bereits eine bestimmte Antwort bei den Eltern provozieren, also das Ergebnis vorherbestimmen. Auch bei der anschließenden Auswertung des Fragebogens hat man einigen Spielraum, um das, was man als Antwort erwartet hat, entsprechend zu verkaufen.

Das Verfahren, welches hier mit der Beschlussvorlage der Verwaltung sein Ziel zu erreichen versucht, ist mehr als kritisch zu betrachten. Die Arbeit der Ratsmitglieder im Fachausschuss wurde durch die Art und Weise des Verfahrens unterlaufen und ad absurdum geführt. Die Auswertung der Elternbefragung erschien als Tischvorlage im Schulausschuss. Es gab keine Möglichkeit, die Vorlage in Ruhe zu analysieren, zu bewerten und in einer der nächsten Sitzungen entsprechende Nachfragen zu stellen. Auch hat es sich die Verwaltung nicht nehmen lassen, bereits vor der Schulausschusssitzung zusammen mit dem Oberbürgermeister eine Pressekonferenz über die angeblichen Ergebnisse abzuhalten. Meine Damen und Herren, dies ist kein guter Stil.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ein solches Prozedere ist gegenüber allen Ratsmitgliedern, die sich mit ehrenamtlicher Arbeit zum Wohle dieser Stadt einsetzen, nicht angemessen.

Nun zum FDP-Ersetzungsantrag. Meine Fraktion und ich sprechen uns nicht generell gegen die Einrichtung einer weiteren integrativen Gesamtschule in Köln aus; denn wir wollen nicht, dass aufgrund eines vermeintlichen Elternwillens

eine ideologische Debatte über Schulformen auf dem Rücken unserer Kinder ausgetragen wird.

(Martin Börschel [SPD]: Ja, genau!
Dann lassen Sie es doch auch!)

Der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln geht es vielmehr darum, dass jedes Kind seinen Begabungen entsprechend den bestmöglichen Schulabschluss mithilfe einer individuellen Förderung erreicht. Hierzu leisten auch die Gesamtschulen ihren Beitrag.

Leider soll hier und heute auf Biegen und Brechen die Einrichtung dieser Gesamtschule verabschiedet werden, ohne dass die entscheidenden Fragen im Fachausschuss mit der Verwaltung geklärt werden konnten, so zum Beispiel die Tatsache, dass 80 Prozent der abgewiesenen Schüler an Kölner Gesamtschulen im vergangenen Jahr eine Hauptschulempfehlung hatten. Ich bin sehr gespannt, wie der kommissarisch eingesetzte Schulleiter mit der Leistungsheterogenität umgehen wird.

Es erstaunt mich doch sehr, auch nach den Ausführungen der Dezernentin Frau Dr. Klein, dass die Verwaltung die Beschlussvorlage in dieser Form zur Abstimmung bringen möchte. Gleich unter Punkt 1. heißt es nämlich - ich zitiere -:

Die Gesamtschule ist gemäß § 9 Schulgesetz NRW als Ganztagschule zu führen ...

Gleichzeitig fordert die Verwaltung unter Punkt 3.

Die Bezirksregierung wird gebeten, die Genehmigung für die neue Gesamtschule als gebundene Ganztagschule zu erteilen...

Dies geschieht, obwohl laut Landesverfassung und Landeshaushaltsordnung keine weiteren Gesamtschulen im Ganztage mehr genehmigt werden und obwohl in Anlage 3 der Beschlussvorlage klar und deutlich steht, dass die Bezirksregierung in einem Gespräch mit der Verwaltung am 3. Dezember 2009 in aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht hat, dass ein Antrag auf Errichtung einer Gesamtschule keine Aussicht auf Genehmigung hat, wenn der Ganztage zur Bedingung gemacht wird.

(Martin Börschel [SPD]: Aber Frau Kollegin, das steht doch nicht in der Verfassung!)

- Wir können das gleich im Anschluss regeln; ich zeige Ihnen den entsprechenden Vermerk.

(Martin Börschel [SPD]: Ach, du meine Güte! Das ist die Ideologie Ihres Regierungschefs!)

Doch dies ist noch zu toppen, nämlich durch den Antrag von SPD und Grünen, die unter Punkt 1. fordern, die Verwaltung zu beauftragen, die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, dass die beantragte neue Gesamtschule als Ganztagschule zu führen ist. Die Verwaltung vermag ja manches oder auch nicht; aber sie zu einem Organ für eine Lex Colonia in Sachen Gesamtschule zu befördern, das ist schon sehr vermessen.

(Beifall bei der FDP sowie von Teilen der CDU)

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, unser FDP-Antrag respektiert den Elternwunsch,

(Zuruf: Nein, tut er nicht!)

verhält sich aber im Gegensatz zu den weiteren Anträgen sowie zu der Verwaltungsvorlage konform mit dem Landeserlass; denn nur so gibt es die Chance auf eine Umsetzung. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Nächster Redner ist Herr Dr. Schlieben für die CDU.

Dr. Helge Schlieben (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu den Beiträgen, die wir hier heute gehört haben, und auch zu den verschiedenen Vorlagen gäbe es eine Menge zu sagen, aber mit Blick auf die vorgerückte Zeit - inzwischen hat schon die *Tagesschau* begonnen - und meine fünfminütige Redezeit möchte ich mich auf vier wesentliche Punkte fokussieren, die mir persönlich, aber auch der CDU-Fraktion als die wichtigsten erscheinen.

Erster Punkt: die Zahlenbasis der Elternbefragung. Sie alle wissen, dass wir 34 000 Grundschulkindern in Köln haben. Bei dieser Elternbefragung sind 8 500 Drittklässler beziehungsweise deren Eltern wohlgermerkt von 34 000 Grundschulkindern befragt worden. Das entspricht 25 Prozent der 34 000

Grundschulkindern. 4 886 Eltern haben geantwortet; das heißt, das sind bezogen auf diese 8 500 Drittklässler 56 Prozent. Bezieht man diese Zahl aber auf alle Grundschulkindern sind es nur 14,4 Prozent. Ich will damit sagen: Diese Zahlenbasis als Grundlage für eine weitreichende Entscheidung, egal, in welche Richtung, heranzuziehen, ist zumindest hinterfragenswert oder erwähnenswert.

(Winrich Granitzka [CDU]: Von wegen Urknall!)

Zweiter Punkt: Verfahren und Zeitplan. Von Kollegin Gebauer ist gerade zu Recht gesagt worden, dass im Ausschuss für Schule und Weiterbildung diese wichtige Vorlage einfach nur als Tischvorlage vorgestellt wurde, ob bewusst oder unbewusst, sei einmal dahingestellt. Das heißt, eine intensive Vorbereitung und Diskussion im Fachausschuss ist nicht möglich gewesen; man könnte fast sagen, der zuständige Fachausschuss wurde übergangen. Das werfe ich der Schuldezernentin an dieser Stelle vor.

(Beifall bei der CDU)

Der Zeitplan zur Realisierung ist nach unserer Einschätzung völlig unrealistisch. Wenn denn heute - davon ist ja auszugehen - der Einrichtungsbeschluss gefasst wird, muss danach die Genehmigung durch die Bezirksregierung erfolgen. Diese muss zügig erteilt werden, am besten noch im Januar; denn schon am 1. Februar muss das Anmeldeverfahren beginnen. Die Bezirksregierung wird zunächst einmal prüfen müssen - der Regierungspräsident hat das ja bisher nur oberflächlich getan -, ob diese Schule als Halbtags- oder als Ganztagschule genehmigungsfähig ist; dazu werde ich gleich noch etwas sagen. Das Anmeldeverhalten der Eltern wird aber natürlich von genau dieser Information abhängen. Also: Auch das ist übers Knie gebrochen und für uns nicht nachvollziehbar.

Dritter Punkt: der Standort. Der vorgeschlagene Standort an der Hauptschule Brehmstraße bietet keinerlei Zukunftsperspektive. Das Gebäude ist zu alt und zu klein, und es bietet keine Erweiterungsmöglichkeit. Alternative Schulgebäude in dieser Größenordnung stehen nach meiner Kenntnis in Nippes nicht zur Verfügung. Das ist eine erzwungene Übergangslösung, die eine Zumutung für die Schülerinnen und Schüler, für deren Eltern und letztendlich auch für die Lehrerinnen und Lehrer darstellt.

Die Konsequenz ist - das muss man hier auch deutlich sagen -: Wir brauchen einen Neubau mit einem Invest von 50 Millionen Euro. Das ist unausweichlich. Herr Oberbürgermeister, Sie waren neulich in der neuen schönen Schule in Rodenkirchen zu Besuch. Diese Schule hat 50 Millionen Euro gekostet. Kleiner Hinweis: Sie konnte über das PPP-Modell realisiert werden, aber das lehnt Rot-Rot-Grün ja leider mittlerweile ab. Vielleicht wäre das Modell aber eine Möglichkeit, die dafür erforderlichen 50 Millionen Euro aufzubringen.

Ich komme jetzt zu dem für mich wichtigsten und zugleich auch dem traurigsten Punkt, nämlich der Interpretation der Befragungsergebnisse. Dafür nehme ich mir jetzt die noch verbleibenden 1:45 Minuten Zeit.

23 Prozent der Befragten - in Zahlen: 1 100 Eltern - haben einen Gesamtschulwunsch formuliert. Sie haben uns hier schön vorgerechnet, der Platzbedarf würde 2 050 Plätze betragen, zurzeit gebe es 1470 Plätze, und es bestehe damit ein Fehlbedarf von 570 Plätzen. So weit, so gut. Ich hatte gehofft, dass die Vorlage das konkretisiert, das war aber nicht der Fall. Deshalb habe ich gemeinsam mit meiner Fraktion noch einmal nachgerechnet und bin auf ganz andere Zahlen gekommen, die ich Ihnen jetzt mitteilen will:

59 Prozent der befragten Eltern - in Zahlen: 2 880 Eltern - formulieren einen Gymnasialwunsch. Das sind 2,5-mal so viele Eltern wie die Eltern, die einen Gesamtschulwunsch formuliert haben.

(Martin Börschel [SPD]: Sie wissen doch, wie viele Kinder von den Gesamtschulen abgelehnt werden!)

Der Platzbedarf beträgt also laut Elternwunsch für das Gymnasium 5 300 Plätze. Leider haben wir in Köln nur 3 800 Plätze im Gymnasialbereich. Das bedeutet: Der Fehlbedarf an Gymnasialplätzen in unserer Stadt Köln beträgt 1 500 Plätze. Wenn wir von 30 Schülerinnen und Schülern pro Klasse ausgehen, fehlen also in der Stadt Köln 50 Klassen an den Gymnasien. Deshalb frage ich hier den Oberbürgermeister als Chef der Verwaltung und die Schuldezernentin: Wo ist die Vorlage, um den Willen der Eltern abzubilden, die ihre Kinder auf ein Gymnasium schicken wollen? Wo ist die Vorlage, die Platz für 50 neue Klassen an den Gymnasien schafft? Wo ist die Vorlage, die diesen 1 500 Schülerinnen und Schülern ihren Gymnasialwunsch erfüllt?

(Beifall bei der CDU und der FDP - Andreas Köhler [CDU]: Bravo!)

Ebenso wie Frau Gebauer möchte ich noch auf den Ganztagswunsch eingehen. 67 Prozent der befragten Eltern haben den Wunsch nach der Ganztagschule geäußert, davon 77 Prozent an der Gesamtschule, 65 Prozent am Gymnasium und 62 Prozent an der Realschule. Im Hinblick darauf, dass die Landesregierung von 1993 bis 2005 - das war übrigens die rot-grüne Landesregierung - den gebundenen Ganztagsbetrieb nur an den Gesamtschulen zugelassen hat, war die Gleichung bisher klar: Gesamtschule = Ganztagschule und Ganztagschule = Gesamtschule. Das haben wir aber jetzt geändert. Wir sagen: Bei der Anzahl von 23 Realschulen und Gymnasien kann man auch einmal eine andere Schule für den Ganztagsauswahl als eine Gesamtschule.

(Beifall bei der CDU und der FDP - Andreas Köhler [CDU]: Bravo!)

Letzter Punkt: Sie streuen hier und heute den Eltern Sand in die Augen, wenn Sie sagen: Wir errichten eine Gesamtschule. Das können wir zwar machen, auch mit Zustimmung der CDU; es wird aber dennoch keine Gesamtschule im Ganztagsbetrieb geben. Denn die wird der Regierungspräsident nicht genehmigen - das können Sie gut oder schlecht finden.

(Martin Börschel [SPD]: Schlimm genug!)

Deshalb kann hier beschlossen werden was will. Eine Gesamtschule im Halbtagsbetrieb wird eben nicht den Willen von 77 Prozent der Eltern abbilden.

(Zuruf von Susana dos Santos Herrmann [SPD])

Meine Damen und Herren, das ist eine unseriöse Vorlage. Deshalb werden wir sie ablehnen. Damit wollen Sie Schulpolitik durch die Hintertür betreiben. Das machen wir nicht mit. Wir bleiben dabei: Wir wollen das gegliederte Schulsystem mit allen Schulformen. Wir sprechen uns gegen eine Ideologie aus, die den Elternwillen nicht abbildet und das Umfrageergebnis nicht konkret wahrnimmt. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU, der FDP und bei pro Köln - Dr. Ralf Heinen [SPD]: Darf ich eine Zwischenfrage stellen, Herr Dr. Schlieben?)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Dr. Heinen wollte Ihnen zwar noch eine Zwischenfrage stellen, aber wir wollen zunächst diese Runde beenden. Bitte melden Sie sich später noch einmal. - Nun Herr Uckermann, bitte.

(Jörg Uckermann [pro Köln] kommt zum Rednerpult - Karl Jürgen Klipper [CDU]: Sollen wir Ihnen einen Roller geben, damit es schneller geht?)

Jörg Uckermann (pro Köln): Ja, gerne, Herr Klipper. Wir können auch die Plätze tauschen. Wenn ich mich auf Ihren Platz setze, bin ich schneller am Rednerpult. Das wäre gar kein Problem.

(Beifall und Lachen bei pro Köln)

Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir haben hier jetzt lange zugehört. Es sollte in dieser Debatte um Bildung gehen, es sollte um Ausbildung gehen, es sollte darum gehen, wie wir unsere Kinder und Jugendlichen fit für die Zukunft machen können. Angesichts dieser Debatte beschleicht mich allerdings eher das Gefühl, dass es Ihnen hier gar nicht um die beste Bildung, sondern nur um Politik geht.

Als ich das Eingangsreferat der Ex-SED-Rednerin gehört habe, hatte ich das Gefühl, es geht hier um die SES, um die sozialistische Einheitsschule.

(Beifall bei pro Köln)

Wir von der Fraktion pro Köln sind für Vielfalt, aber wir sind auch für individuelle Förderung. Und in dieser Hinsicht hat sich die Gesamtschule eben nicht für alle bewährt. Ein Kind beziehungsweise ein Jugendlicher, der eine gute handwerkliche oder technische Ausbildung machen will, muss an eine Schule gehen können, auf der er in zehn Schuljahren die Kenntnisse erwerben kann, die ihn befähigen, einen entsprechenden Beruf zu erlernen.

Nun haben wir eben gehört, wo diese neue Gesamtschule eingerichtet werden soll, nämlich in einer ehemaligen Hauptschule. Wenn man den Eltern sagen würde: Passt mal auf, euer Kind geht jetzt auf diese ehemalige Hauptschule, aber diese Schule ist jetzt in eine andere Schulform umgewidmet worden. Das Kind kann statt dem Hauptschulabschluss das Abitur machen. Ich wäre bei der Betrachtung dann auch dafür.

(Beifall von Bernd M. Schöppe
[pro Köln])

Aber das Ganze wird noch schlimmer. In diesem Einzelfall kann man das ja noch irgendwie verstehen, aber Sie versuchen ja, ein ganzes Schulsystem komplett umzukrempeln. Das ist doch das, was Sie im Kern wollen. Das halte ich für problematisch, insbesondere wenn wir hören, was die Grünen wollen. Sie wollen uns verkaufen, dass durch Heterogenität das Lernen gefördert würde. Genau das stimmt nicht. Diese Heterogenität sorgt laufend für Unruhe. Sie sorgt dafür, dass die Lehrer nicht mehr speziell auf ihre Schüler eingehen können, weil die Klassen so unterschiedlich besetzt sind. Im schlimmsten Fall ist es so, dass 80 Prozent der Schüler den Lehrer nicht verstehen können, weil sie eine andere Muttersprache haben. Das ist Realität in dieser Stadt. Wenn Sie das jetzt generell ausweiten wollen, dann kommt von unserer Seite ein ganz klares Nein. Heterogenität fördert aus unserer Sicht fast ausschließlich das Aggressivitätsniveau auf dem Schulhof. Über dieses Thema werden wir ja gleich noch debattieren.

Fassen wir zusammen: SPD, Grüne und Linke wollen die Massenschule. Ich frage mich, nach 40 Jahren SPD-Regierung in Nordrhein-Westfalen: Was hat uns das alles gebracht? Die SPD ist doch die Hauptverantwortliche für die derzeitige Situation in unserem Schulwesen. In fünf Jahren lässt sich das von einer anderen Regierung nicht so schnell umkrempeln. Das, was Sie hier jetzt wollen, ist doch im Prinzip das, was die DDR mit ihrer Schulpolitik nicht geschafft hat. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Dr. Heinen, Sie wollten noch eine Frage stellen.

(Dr. Ralf Heinen [SPD]: Das machen wir in der nächsten Runde!)

Die beginnt jetzt. - Sie wollen Herrn Ott den Vortritt lassen. Bitte, Herr Ott.

Jochen Ott (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es ist schon sehr interessant, wie bestimmte Fraktionen hier versuchen, alle wissenschaftlichen Erkenntnisse der letzten Jahre einfach beiseite zu schieben und so zu tun, als würden sie keine Rolle spielen. Es ist

auch interessant, wie sie versuchen, die Ergebnisse der internationalen Vergleichsstudien wie PISA und andere zu ignorieren. Es ist weiterhin interessant, wie hier durch Diskreditierung versucht wird, alte Binsenweisheiten, die sich klar als falsch herausgestellt haben, wieder in den Vordergrund zu rücken.

Der alte Küchenspruch: Wenn ein fauler Apfel im Körbchen liegt, werden auch alle anderen Äpfel faul, mag zwar auf dieses Obst zutreffen, kann aber mitnichten auf Kinder übertragen werden. Alle wissenschaftlichen Studien zeigen, dass Kinder dann am besten lernen können, wenn verschiedene Kinder zusammen kommen, weil sie sich dann nämlich gegenseitig befruchten. Das ist das Entscheidende, um Kinder in ihren Leistungen voranzubringen. Diese Leistungen können sie jedoch nicht erreichen, wenn sie frühzeitig aussortiert werden.

(Widerspruch bei der CDU)

Verehrte Damen und Herren von der CDU, auch wenn es Ihnen schwerfällt, das zuzugeben. Es ist doch beschämend, feststellen zu müssen, dass viele Kinder, die mit einer Sonderschulempfehlung auf die Gesamtschule gekommen sind, später das Zentralabitur mit einem Notendurchschnitt von zwei oder sogar eins bestehen. Das zeigt doch, dass vielen Kindern die Möglichkeit genommen wird, sich weiterzuentwickeln, wenn sie frühzeitig in verschiedene Schulformen aussortiert werden. Deshalb muss Schluss sein mit dieser Politik!

(Beifall bei der SPD)

Wenn in Nordrhein-Westfalen neun Kinder nach unten befördert werden, aber nur ein Kind nach oben gefördert wird, dann war nicht nur die sozialdemokratische Schulpolitik der Vergangenheit falsch - das muss ich leider hier so feststellen -, sondern dann ist auch die aktuelle Schulpolitik der schwarz-gelben Regierung falsch. Wir müssen neue Wege gehen. Wenn wir diesen Mut nicht aufbringen, versündigen wir uns an den Kindern in unserem Land.

(Beifall bei der SPD)

Herr Schlieben, Sie haben uns ja eben Ihre persönlichen Rechenergebnisse präsentiert. Ich frage mich, ob Sie bereit sind, eine weitere Schlussfolgerung zu ziehen: Könnten wir uns darauf verständigen, dass es, wenn nur 1 Prozent der Eltern für ihr Kind einen Platz an

einer Hauptschule anstrebt, eine wahnsinnige Fehlallokation von Mitteln ist, Millionen von Euro in die Attraktivierung von Hauptschulen zu stecken, obwohl gar kein Kind mehr dorthin gehen soll?

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, alle Kinder in unserer Stadt, die auf eine Hauptschule gehen, wissen, dass sie de facto keine Chance haben, mit einem Hauptschulabschluss einen vernünftigen Ausbildungsplatz zu bekommen.

(Zuruf von Jörg Uckermann [pro Köln])

Dass wir weiterhin ideologische Kämpfe auf Kosten der Kinder austragen, ist ein Skandal. Dagegen wehrt sich die SPD-Fraktion mit aller Macht.

(Beifall bei der SPD)

Last but not least habe ich große Hoffnung. Die Gesellschaft hat sich verändert. Viele Menschen wissen, dass das einseitige dreigliedrige Schulsystem des 19. Jahrhunderts heute nicht mehr tragfähig ist. Selbst in Lindenthal, wo sich die große Mehrheit der Eltern dafür entschieden hat, ihr Kind eher auf ein Gymnasium schicken zu wollen, haben zwei Drittel aller Eltern gesagt, dass sie den gemeinsamen Unterricht wollen. Das zeigt, dass viele Eltern - auch konservative - wesentlich weiter sind. Ihnen geht es um ein modernes Schulsystem, in dem jedes Kind nach seinen Fähigkeiten gefördert wird.

Wir tragen in Köln die große Verantwortung, den Elternwillen in die Tat umzusetzen, indem wir dafür sorgen, dass auch Kindern, die in dem Stadtbezirk wohnen, in dem es bisher keine Gesamtschule gibt, eine Perspektive eröffnet wird.

Ich finde es sehr beschämend, dass hier von vornherein versucht wird, den Regierungspräsidenten, der letztlich die Entscheidung trifft, ob diese Schule im Ganztage betrieben wird oder nicht, als den „Göttlichen“ darzustellen oder seine Entscheidung gar mit der Verfassung gleichzusetzen.

Herr Philippi hat vorhin gesagt, wer ein Auto kauft, will das ganze Auto haben. Die Eltern dieser Stadt haben zum Ausdruck gebracht: Wir wollen unser Kind auf eine Gesamtschule schicken. Deshalb wollen wir eine weitere vernünftige Gesamtschule in dieser Stadt einrichten. Wir wissen natürlich auch, dass das allein nicht ausreichen wird, sondern dass sich

alle Schulen weiterentwickeln müssen. Dazu gehört auch, dass die Kinder tatsächlich gefördert werden; und dafür müssen alle Schulformen in Bewegung gebracht werden. Es kann nicht sein, dass Kinder in eine bestimmte Schulform aufgenommen werden und dort nach ein oder zwei Jahren „abgefüllt“, wie es heute heißt, werden. Wir müssen dafür sorgen, dass alle Kinder nach ihren Möglichkeiten gefördert werden, damit sie den bestmöglichen Schulabschluss erreichen können. Dafür steht die SPD. Auch darüber werden die Menschen im nächsten Jahr bei anderen Wahlen entscheiden können.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Demirel, bitte.

Özlem Demirel (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich wollte vorhin schon einige Fragen an Herrn Schlieben stellen, aber er war ja nicht bereit, Fragen zuzulassen.

(Karl Jürgen Klipper [CDU]: Nein, Sie waren zu spät! Sie haben geschlafen!)

Deshalb möchte ich jetzt ein eigenständiges Statement zu seinem Redebeitrag vortragen.

Herr Schlieben hat darauf hingewiesen, es hätten sich viele Eltern gewünscht, dass ihr Kind ein Gymnasium besucht, und gefragt, warum wir nicht mehr Gymnasien einrichten. Ich weiß nicht, ob Ihnen bekannt ist - ich denke aber schon; denn sie waren ja in der letzten Ratsperiode Mitglied im Schulausschuss -, dass es einen Rechtsanspruch auf einen Gymnasialplatz gibt.

Die Sachlage, die wir in den letzten Jahren in Zusammenhang mit den Schulempfehlungen der Grundschulen zu beachten hatten, ist doch folgendermaßen: Wenn die Grundschulempfehlung „Gymnasium“ lautet, dann hat das Kind einen Anspruch darauf, auf eine Schule dieser Schulform zu gehen. Wenn auf der Empfehlung „Realschule“ steht, dann kann das Kind an einer Realschule aufgenommen werden. Dasselbe gilt auch für die Hauptschule. Das Problem ist: Für die Gesamtschule gilt dieser Rechtsanspruch eben nicht.

(Zuruf von der CDU: Ihre Frage!)

- Ich brauche jetzt keine Frage mehr zu stellen. Wir sind ja schon in der zweiten Runde. - Für die Aufnahme an einer Gesamtschule gibt es nämlich keinen Rechtsanspruch. Darum wurde in Köln in den vergangenen Jahren der Elternwille nicht beachtet.

„Eine Schule für alle“, wie ich sie mir wünsche, muss nicht unbedingt eine Gesamtschule sein. Warum können wir uns nicht darauf einigen, eine Schule zu schaffen, die allen offen steht, aber mit derselben Förderung, mit derselben Ausstattung und mit denselben Ressourcen, die den Gymnasien im Moment zur Verfügung gestellt werden?

(Widerspruch bei der CDU)

Warum soll eine solche Schule nicht allen Kindern offen stehen? Das ist doch die Kernfrage. Mir geht es hier doch nicht darum, das Gymnasium als Schulform anzugreifen. Sie wollen, dass eine zahlenmäßig kleine Elite gefördert wird,

(Zuruf: 41 Prozent eines Jahrganges!)

und das ist nicht mehr lange tragbar.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Thelen, bitte.

Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Verehrter Helge Schlieben, ich muss dir leider vorwerfen, ein unseriöses Zahlenspiel betrieben zu haben.

(Ralph Sterck [FDP]: Es ist nicht unseriöser als die Verwaltungsvorlage!)

Man kann doch nicht einfach die Ergebnisse der nur unter den Eltern der Drittklässler durchgeführten Umfrage gleichsetzen mit einer solchen, die unter allen Jahrgängen, die es in der Grundschule gibt, gemacht wird. Es war sehr vernünftig, nicht alle Eltern der Grundschulkinder zu befragen; denn das jeweilige Kind muss doch erst einmal eine gewisse Schulkarriere absolvieren, ehe man den Eltern die Frage stellen kann, welche weiterführende Schulform sie sich für ihr Kind wünschen. Das war also sehr sinnvoll. Mit 56 Prozent ist die Rücklaufquote wirklich sehr hoch, sodass man, nicht nur, weil die Verwaltung das sagt, feststellen kann, dass

die Ergebnisse der Elternbefragung repräsentativ sind. - Das zu diesem Punkt.

Nun zu deiner Anmerkung bezüglich des verständlichen Wunsches der Eltern, dass ihr Kind möglichst den höchsten Bildungsabschluss, das Abitur, erreichen soll. Helge, leider hast du meinen Ausführungen nicht genau zugehört. Ich habe vorhin gesagt: Der Wunsch der Eltern ist das eine, aber selbstverständlich müssen sie auch überlegen, ob ihr Kind begabt genug ist, um diesen Schulabschluss erreichen zu können. Deshalb ist es sinnvoll, eine Schulform zu wählen, in der das am ehesten möglich ist. Und das ist nach allen Studien - auch Jochen Ott hat das bestätigt - die Gesamtschule. Das zum Zweiten.

Zum Dritten, dem Kotau vor der Landesregierung. Ja, liebe Leute, wenn die Landesregierung zumindest im Bereich Ganztags offensichtlich eine für die Gesamtschulen falsche Schulpolitik betreibt, dann müssen wir uns davon absetzen und uns dagegen wehren. Es gibt viele Wege, das zu tun; sei es über öffentlichen Druck, sei es über die Gerichte als letztem Mittel.

Abschließend noch etwas zum Mythos der homogenen Leistungsgruppen. Ich bin der Ansicht, dass alle, die hier im Saal sitzen, schon einmal Mathematikunterricht genossen haben

(Ulrich Breite [FDP]: Einige nicht!)

- einige nicht; da hast du möglicherweise recht, Uli -, und zwar in sogenannten leistungshomogenen Gruppen. Liebe Leute, glaubt ihr wirklich, dass es leistungshomogene Gruppen gibt? Das ist doch ein Märchen; solche Gruppen gibt es einfach nicht. Das Problematische daran ist, dass die Schulen, die denken, dass sie mit leistungshomogenen Gruppen arbeiten, den Lehrern vorgeben, dass alle Schüler dieser Gruppe in der gleichen Zeit das gleiche Lernziel zu erreichen haben. Das ist lernpsychologisch und lerntheoretisch völliger Unsinn. Die Grundschulen haben in den internationalen Vergleichsstudien auch deshalb besser abgeschnitten als die weiterführenden Schulen, weil die Lehrer an den Grundschulen wissen, dass sie eine heterogene Schülergruppe vor sich haben, für die sie differenzierte Lernangebote und -möglichkeiten schaffen. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Ulrich Breite [FDP]: Sage mal was zur Heterogruppe! - Heiterkeit)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Manderla, bitte.

Gisela Manderla (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Spätestens in der zweiten Runde dieser Debatte ist klar geworden, worum es Ihnen geht, meine Damen und Herren von der SPD, nämlich um Wahlkampf für die Landtagswahl.

(Beifall bei der CDU)

Es ist doch sehr interessant, dass der Regierungspräsident von Düsseldorf, der ja bekanntlich der SPD angehört, genau das möchte, was Sie hier in Köln heute beschließen wollen, dass aber die politische Mehrheit in Düsseldorf genau das ablehnen wird.

(Martin Börschel [SPD]: Deswegen muss man es auch ändern! Genau so ist es, Frau Kollegin!)

Die CDU-Fraktion will dem Willen der Eltern Rechnung tragen. Deshalb werden wir in der Februar-Sitzung des Rates eine Initiative starten, mit der wir erreichen wollen, dass der Fehlbedarf von 1 500 Plätzen in der gymnasialen Stufe behoben wird.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Die Eltern haben in der Befragung ganz klar gesagt: Wir wollen die bestmögliche Ausbildung und den bestmöglichen Schulabschluss für unser Kind. Das ist der legitime Wunsch der Eltern.

(Zuruf von der Linken.Köln)

Dass die Eltern wollen, dass ihr Kind Abitur machen soll, ist doch verständlich; denn in unserem Land sind Bildung und Wissen die wichtigste Ressource, die wir haben. Das müssen wir stärken. Wir müssen alles dafür tun, dass alle Kinder das größtmögliche Wissen erlangen können. Diese Initiative werden wir Ihnen im Februar vorstellen.

(Martin Börschel [SPD]: Aber die passt doch nicht zu Ihrer Politik, Frau Manderla!)

- Selbstverständlich passt sie zu unserer Politik, Herr Börschel. - Sie passt auch zu einer Allensbach-Umfrage aus dem Jahr 2009, die besagt, dass die Eltern sich weniger für Schulstrukturfragen interessieren als für bessere

pädagogische Bedingungen. Dafür haben wir in den letzten Jahren gekämpft in diesem Land.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben gekämpft für weniger Stundenausfall und für den Ganzttag, den wir hier in Köln wunderbar umgesetzt haben.

(Martin Börschel [SPD]: Gerade Sie! 100 000 Euro! Eins zu 70! - Lachen bei der SPD)

- Es war die Initiative der CDU-Fraktion, die den Ganzttag hier in Köln gefordert hat, Herr Börschel.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Lassen Sie mich abschließend noch etwas zum Antrag der FDP-Kollegen sagen. Wir glauben, dass Sie hier zwar die richtige Initiative ergreifen, aber wir wissen ganz genau, dass keine Gesamtschule mehr als Ganzttagsschule genehmigt wird. Deshalb müssen wir leider, obwohl wir Ihnen politisch sehr nahe sind, Ihren Antrag heute ablehnen.

(Ralph Sterck [FDP]): Da steht doch gar nicht „Ganzttag“ drin, Frau Manderla! Schauen Sie noch einmal in unseren Antrag! Lesen Sie sich das noch einmal durch!

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Houben, bitte.

Reinhard Houben (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich habe das Vergnügen, dass sich die betreffende Schule in meinem Wahlkreis befindet.

(Martin Börschel [SPD]: Ach deswegen strahlen Sie so, Herr Houben!)

Herr Dr. Heinen und ich können das vielleicht am ehesten beurteilen; denn wir kennen diese Schule. Es ist immer hilfreich, wenn man die Örtlichkeit, über die man spricht, kennt; denn nur dann kann man das wirklich beurteilen, Herr Börschel.

(Martin Börschel [SPD]: Ich bin ganz Ihrer Meinung!)

Sie führen mit dieser Vorlage die Eltern und die Schüler eindeutig hinter die Fichte; denn diese Schule ist zurzeit überhaupt nicht geeignet für einen Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Kindern. Herr Dr. Heinen und ich wählen in dieser Schule. Deshalb kennen wir die dort herrschenden Rahmenbedingungen. Es reicht nicht, dort mal kurz den Anstreicher durchzuschicken, wie es in der Vorlage vorgesehen ist, um dann wieder vernünftigen Unterricht abhalten zu können. Diese Schule ist in einem mittelmäßigen Zustand. Der Rohbau als solcher ist in Ordnung, aber alles andere ist, wie bei vielen anderen Kölner Schulen auch, leider in einem sehr schlechten Zustand: Toiletten mit Graffiti, zum Teil zerstörte Scheiben, abgeplatzter Lack. Diese Schule ist eher ein Fall für eine Totalsanierung.

(Martin Börschel [SPD]: Und das in Ihrem Wahlkreis, Herr Houben!)

Deshalb ist es einfach unehrlich, den Eltern, die ihr Kind in diese Schule schicken wollen, vorzumachen, das sei ab sofort möglich. Das ist nur dann möglich, wenn eine Sanierung während des Unterrichts stattfindet. Ich weiß nicht, ob das unbedingt empfehlenswert ist, Frau Dr. Klein.

Erlauben Sie mir eine zweite Bemerkung. Herr Ott, Sie haben hier ja eben das hehre Lied vom Schüler, der zu fördern ist, gesungen. In der Vorlage steht, dass an dieser Schule im Moment noch circa 60 bis 70 Schülerinnen und Schüler lernen, die nächstes Jahr ihren Hauptschulabschluss machen. Diese sollen an nun andere Schulen „verlagert“ werden. - Hat man eigentlich einmal diese Schülerinnen und Schüler gefragt, was sie dazu sagen, dass sie ihre Schule jetzt verlassen müssen? So etwas stört mich. Das ist ein Umgang mit Schülern, den ich schon bemerkenswert finde. Einerseits betonen Sie die hehren Ziele des Förderns, andererseits verschieben Sie diese Schüler einfach mal so an relativ nahe gelegene andere Schulen - und das ein halbes Jahr, bevor diese Schüler, die es sowieso schon nicht so leicht haben, ihren Hauptschulabschluss machen sollen. Ich weiß nicht, ob das unser Ziel sein kann.

(Martin Börschel [SPD]: Darf ich Ihnen eine Frage stellen?)

- Nein, Herr Börschel, im Moment leider nicht.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist Ihr eigener Antrag, Herr Houben! In Ihrem Antrag steht, dass die Hauptschule

geschlossen werden soll! Kennen Sie Ihren eigenen Antrag nicht?)

- Doch, ich kenne Ihren Antrag und ich kenne auch unseren Antrag. Lassen Sie mich doch einmal zu Ende ausführen. Herr Oberbürgermeister, zähmen Sie doch einmal Ihren Parteikollegen ein bisschen. Er ist ja heute unerhört erregt.

(Beifall bei der FDP - Heiterkeit)

Ich wusste gar nicht, dass ich Sie so erregen kann, Herr Börschel.

(Heiterkeit - Martin Börschel [SPD]: Da sehen Sie mal! Das gelingt Ihnen längst nicht immer!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zur Sache, bitte.

Reinhard Houben (FDP): Zurück zur Sache. - Herr Ott, ich kann keine Veränderung in der deutschen Schullandschaft erkennen. In Hamburg haben Schwarze und Grüne kürzlich zwar durchgesetzt, dass die Schüler künftig sechs Jahre gemeinsamen Unterricht haben werden. Aber den Gegnern dieser Schulreform ist es gelungen, mehr als 182 000 Unterschriften zu sammeln. 182 000 Stimmen in einer Großstadt wie Hamburg!

(Jochen Ott [SPD]: Interessant in welchem Stadtteil die zustande gekommen sind!)

Das sollten Sie vielleicht einmal in Ihre gesamtpolitischen und landespolitischen Überlegungen einbeziehen.

Letzte Bemerkung: Herr Ott, im Laufe Ihres Diskussionsbeitrages beschlich mich das Gefühl, dass Sie es lieber sähen, wenn Ihr Antrag am Ende hier abgelehnt würde; denn damit hätten Sie ein Landtagswahlkampfthema.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist eine Frechheit! - Jochen Ott [SPD]: Das ist eine Unverschämtheit!)

Dann könnten Sie nämlich sagen: Die bösen Vertreter von CDU und FDP sanktionieren eine Politik, die in Düsseldorf gemacht wird. Damit wollen Sie dann im Stadtbezirk Nippes besonders erfolgreich Wahlkampf machen. Das halte ich für unglaubwürdig.

Deswegen machen wir Ihnen den einzigen Vorschlag, trotz aller Bedenken bezüglich der Räumlichkeiten, die ich bereits angeführt habe: Unser Antrag ist der einzige, der zurzeit konform geht mit den Gesetzen und Verordnungen des Landes Nordrhein-Westfalen. Wenn Sie halbwegs ehrlich den Eltern gegenüber treten wollen, dann können Sie nur sagen: Wir können jetzt diese kleine Lösung schaffen,

(Martin Börschel [SPD]: Das ist natürlich dreist, Herr Houben!)

aber wenn wir die Wahl gewinnen - ich bin da nicht so optimistisch wie Sie -, werden wir diese Schule auf Ganztage umstellen. Im Moment können Sie das nicht. Deswegen: Führen Sie die Eltern und die Schüler nicht hinter die Fichte! - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Houben. - Nächster Redner ist Herr Rouhs.

Manfred Rouhs (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich habe nicht genug Redezeit und nicht genug Geduld, um mich mit all dem auseinanderzusetzen, was hier zum Thema zum Besten gegeben worden ist.

(Zuruf von Reinhard Houben [FDP])

Ich beschränke mich deshalb auf eine Auswahl und befasse mich mit dem blödsinnigsten und mit dem besten Redebeitrag, die zu diesem Thema gehalten worden sind.

Der beste Redebeitrag kam nach meiner Auffassung von Frau Gebauer; diesen werde ich in der Sache auch nicht toppen können. Sie hat eine hohe Kompetenz an den Tag gelegt, ist aber trotzdem zu einer falschen Quintessenz gekommen. Darauf komme ich gleich zu sprechen.

Der blödsinnigste Beitrag kam natürlich von Herrn Ott, der versucht hat, die Symbiose von Parteipolitik und Wissenschaft zu zelebrieren. Gerade bei Ihrer Partei, Herr Ott, wirkt das befremdlich. Das geht garantiert schief. Sie rufen mir ein Stück weit Winston Churchill in Erinnerung, der einmal geäußert hat: Glaube keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast. Mit Blick in die Zahlenwerke, die Sie uns hier

präsentiert haben, aus denen natürlich jede Fraktion ihre jeweils gefälligen Schlussfolgerungen zieht, trifft diese Äußerung durchaus zu.

Es mag ja sein, dass es in dieser Stadt eine beachtliche Zahl von Eltern gibt, die der Auffassung sind, dass ihre Sprösslinge das Zeug haben, das Abitur beziehungsweise die Mittlere Reife zu erlangen, und dass die Gesamtschule die Schulform ist, die am ehesten geeignet ist, den Kindern den Weg zu einem derartigen Abschluss zu ebnen. Aber warum ist das so? Das liegt doch zu einem gehörigen Teil an der Tatsache, dass viele Eltern davon ausgehen - unabhängig davon, ob das sachlich zutreffend ist oder nicht -, dass die Leistungsanforderungen, die an den einzelnen Schüler gestellt werden, um einen solchen Bildungsabschluss zu erreichen, an der Gesamtschule niedriger sind als an der Realschule oder am Gymnasium.

(Jochen Ott [SPD]: Falsch!)

Den Eltern kommt es schwerpunktmäßig darauf an, dass ihr Nachwuchs einen möglichst hohen Bildungsabschluss in der Tasche hat, um damit erst am Ausbildungs- und später am Arbeitsmarkt aktiv werden zu können.

Die PISA-Studien, die hier bemerkenswerterweise noch gar nicht erwähnt worden sind, haben indes bewiesen, dass uns im Ergebnis hohe Schulabschlüsse nominell auf dem Papier überhaupt nicht weiterhelfen. Wo in Deutschland haben denn die Schulen bei den PISA-Studien am besten abgeschnitten? Das war doch für uns hier in Nordrhein-Westfalen peinlicherweise ausgerechnet in Bayern. Die besten Werte hatten die Schulen aus dem dreigliedrigen Schulsystem. Diesen Fakt müssen wir anerkennen und sagen: Auf den Stand, auf dem die Bayern schon sind, wollen wir hier in Nordrhein-Westfalen auch kommen, so peinlich es für uns ist, das zuzugeben.

(Beifall von Markus Wiener [pro Köln])

Meine Damen und Herren, überlegen Sie sich doch einmal, was das Ergebnis schulischer Ausbildung sein soll. Wir stützen uns doch auf die Leistungen von Generationen vor uns, von denen ein ganz erheblicher Teil einen Volksschulabschluss gemacht hat, auf dessen Basis dann ins Berufsleben durchgestartet wurde. Wenn ein solcher Volksschüler bei seinem künftigen Arbeitgeber sein Ausbildungsbegehren artikuliert und der Arbeitgeber in den Volksschulabschluss schaute,

dann konnte er, wenn die Noten halbwegs akzeptabel waren, davon ausgehen, dass der Sprössling Lesen, Schreiben und Rechnen konnte. Hand aufs Herz: Das werden Sie heute nicht von jedem behaupten können, der eine Gesamtschule durchlaufen hat, wenn er den entsprechenden Abschluss vorlegt.

(Beifall bei pro Köln)

Aber genau darauf kommt es an. Ein Meister, der einen Hauptschüler mit einem ordentlichen Hauptschulabschluss vor sich hat, muss genau wissen, dass er aus ihm einen guten Handwerker machen kann, dass er mit ihm etwas anfangen kann. Ein Abteilungsleiter muss wissen, dass er einen Schulabgänger, der sich mit dem Abschluss der Mittleren Reife bewirbt und dessen fachspezifischen Noten halbwegs stimmen, ausbilden kann, dass er aus ihm etwas machen kann und dass derjenige später im Beruf etwas leisten kann. Derjenige, der ein Abitur vorweisen kann, muss in der Lage sein, an der Universität sofort ins Studium einzusteigen, statt erst im großen Umfang vorbereitende Seminare besuchen zu müssen, um auch nur rudimentäre Kenntnisse von Formen und Methoden wissenschaftlicher Arbeit zu erlangen, die ihm auf dem Weg zum Abitur leider Gottes nicht vermittelt worden sind. Genau da hakt es, meine Damen und Herren. Da schaltet die Gesamtschule lediglich gleich, sie differenziert nicht. Sie stellt zwar schöne Schulabschlüsse aus, die aber im wirklichen Leben nicht allzu viel wert sind.

Deshalb, Frau Gebauer, obwohl Sie hier viel Richtiges vorgetragen haben, geht der Antrag Ihrer Fraktion in die falsche Richtung. Sie versuchen damit, ein Stück weit Populismus zu betreiben, wenn Sie sagen: Die Gesamtschule in Nippes finden wir ganz toll; auch wir befürworten wir sie. - Das kann ich zwar unter wahltaktischen Gesichtspunkten nachvollziehen, hilft aber langfristig den Eltern, deren Kinder dort eingeschult werden, nicht wirklich weiter. Deren Kinder brauchen nämlich nicht nur einen Schulabschluss, sondern auch eine bestimmte Qualifikation.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Es gibt noch eine Wortmeldung von Frau Dr. Klein.

Beigeordnete Dr. Agnes Klein: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren!

Ein paar Fakten veranlassen mich, noch einmal ans Rednerpult zu gehen. Ich will Ihnen noch einige Dinge für die Beratung und Beschlussfassung auf den Weg geben.

Zum Zahlenwerk: Das ist repräsentativ. Wir haben diese Befragung wissenschaftlich begleiten lassen; das haben wir auch in der Erhebung so dargestellt. Es handelt sich also nicht um die Zahlen der Verwaltung, sondern das Verfahren ist extern wissenschaftlich begleitet worden.

Zu den Schülerinnen und Schülern mit einer Gymnasialempfehlung: Wir können allen diesen Schülern einen Platz anbieten. Der Trend geht in Richtung Gymnasium. Wir werden sicherlich im Rahmen der Schulentwicklungsplanung gemeinsam mit der Jugendhilfeplanung im kommenden Jahr die Frage zu beantworten haben, wie viele zusätzliche Plätze an den Gymnasien wir zur Verfügung stellen müssen. Köln ist - das ist eine gute Nachricht - eine wachsende Stadt. Das heißt, wir werden in den nächsten Jahren mehr Schülerinnen und Schüler haben. Im Moment ist das noch eine Aufgabe für die Kitas. Aber die stetig wachsende Anzahl von Kitakindern wird bald unsere Schulen bevölkern.

Zur Immobilie: Ich habe sie selbst besichtigt, Herr Houben. Ich komme ja viel an Schulen herum und kann sagen: Das ist eine Schule, die in einem guten baulichen Zustand ist. Sie ist besser als viele andere Schulen in der Stadt.

(Reinhard Houben [FDP]: Das ist ja schon peinlich genug!)

Wir investieren sehr viel in die Schulen. Das ist eine Schule, die einen vernünftigen Standard hat; sie hat eine gute Turnhalle. Wir werden sie natürlich nicht bis zu den Sommerferien vollständig behindertengerecht umbauen können. Dafür müssten wir sie entkernen, und dann würden ganz andere Summen in Rede stehen.

In der Vorlage wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass vom Schulleiter, der kommissarisch eingestellt werden müsste, eine Konzeption entwickelt werden soll, die den gemeinsamen Unterricht ermöglicht. Natürlich wird im Rahmen der Gebäudekubatur in der Brehmstraße schon einmal damit angefangen, aber der vollständige Ausbau des GU wird erst dann erfolgen, wenn der Standort komplett behindertengerecht hergerichtet worden ist. Man kann aber auch unter den jetzt bestehenden Rahmenbedingungen in dieser Immobilie, auch

im Hinblick auf die Haushaltssituation der Stadt Köln, einen vernünftigen Unterricht anbieten.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Dr. Klein.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die verschiedenen Anträge.

Zuerst stelle ich den weitestgehenden Antrag der FDP unter TOP 3.1.4 zur Abstimmung. Wer ist gegen diesen Antrag der FDP? - Das sind die SPD, die Grünen, die CDU, die Linke und pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist das mehrheitlich abgelehnt.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Antrag von SPD und Grünen unter TOP 3.1.4, ergänzt um Punkt 2. des Antrags der Linken, der als Punkt 5. in diesen Antrag aufgenommen wird. Wer ist gegen diesen Antrag? - FDP, pro Köln, CDU. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von Herrn Dr. Müser ist der Antrag so angenommen.

(Beifall bei der SPD)

Eine Frage an die Fraktion Die Linke: Wollen Sie Ihren Antrag unter TOP 3.1.3 aufrechterhalten?

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Nein!)

- Sie halten Ihren Antrag nicht aufrecht. Dann wird er auch nicht zur Abstimmung gestellt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Vorlage unter Punkt 10.28 der Verwaltung in der modifizierten Form, wie sie von Frau Dr. Klein vorgetragen worden ist. Wer ist dagegen? - Das sind CDU, FDP, pro Köln. Wer enthält sich? - Herr Dr. Müser. Damit ist die Vorlage so angenommen.

(Beifall bei der SPD)

Ich bitte die Stimmzählerinnen und Stimmzähler, sich jetzt noch einmal in den Wahlraum zu begeben.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.5 auf:

**3.1.5 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Gewalt- und Amokprävention an Kölner Schulen“
AN/1873/2009**

Gibt es Wortmeldungen? - Frau Manderla.

Gisela Manderla (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In Anbetracht der Uhrzeit und der Tatsache, dass wir einen Wahlmarathon hinter uns haben, den eine kleine Gruppe verursacht hat, um sich zu profilieren, und nach einer heißen Wahlkampfdebatte versuche ich es kurz zu machen und hoffe, dass unser Antrag Ihrer aller Zustimmung findet.

Wir alle haben noch die erschütternden Berichte über Amokläufe an Schulen in Deutschland im Kopf. Wir wollen nicht, dass es solche Bilder auch von Kölner Schulen gibt. Wir alle haben noch den Vorfall in Weiden im Gedächtnis. Das Problem Amok ist also kein stadtfernes Problem mehr, sondern es ist schon bis zu uns nach Köln vorgedrungen.

Die Chancen für eine Gewalt- und Amokprävention an Kölner Schulen liegen im rechtzeitigen Erkennen von Auffälligkeiten und im frühzeitigen Melden von Gewalt und Drohungen an Schulen. Ich weiß nicht, ob Sie den Zeitungsartikel im *Stadt-Anzeiger* gelesen haben, in dem es um ein Mädchen ging, das monatelang drangsaliert wurde und dem, obwohl die Mutter Polizistin ist, lange Zeit niemand Glauben schenken wollte. Wenn Gewalt an Schulen verhindert werden soll, muss sichergestellt sein, dass Hinweise frühzeitig weitergegeben werden; denn nur dann können die Institutionen Vorsorgemaßnahmen treffen und den Extremfall durch einzelfallbezogene Intervention verhindern.

Oft bestehen aber Hemmungen und Ängste bei den Schülern. Sie wollen sich nicht offiziell melden. Sie wollen sich nicht outen. Sie haben Angst, sich an Lehrer, die Eltern, das Jugendamt oder die Polizei zu wenden. Es besteht die Gefahr, dass entsprechende Hinweise unterbleiben. Ein Problem dabei ist, dass es bisher kein einheitliches System gibt. Eltern in Leverkusen zum Beispiel haben sich jetzt mit der Polizei, der Feuerwehr und Vertretern der Schulen getroffen, um gemeinsam zu überlegen, was grundsätzlich zu tun ist. Ich denke, das sollten wir in Köln auch machen. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, Gefahrensituationen vorzubeugen oder Auffälligkeiten zu melden, beispielsweise per SMS oder E-Mail. Damit ließen sich die persönlichen Hemmungen des Einzelnen überwinden.

Wie Sie vielleicht wissen, hat sich in Winnenden vor kurzem die „Stiftung gegen Gewalt an Schulen“ gegründet. Diese Stiftung hat

beschlossen, ein anonymes „Notruf-Formular“ auf der Internetseite des Aktionsbündnisses einzurichten. Dieser niedrigschwellige Notruf wird rund um die Uhr erreichbar sein. Außerdem sollen Schulpsychologen, Handreichungen und Elternseminare finanziert werden.

Es gibt an den Kölner Schulen sicherlich schon diverse Angebote, die in diese Richtung zielen. Auch die Bezirksregierung hat Empfehlungen für organisatorische Maßnahmen zur Vorbeugung und Abwehr von Gefahren- und Ausnahmesituationen an Schulen herausgegeben. Viele Schulen verfügen bereits über eigene Krisenteams oder können das Krisenteam des Schulpsychologischen Dienstes in Anspruch nehmen. Schon anhand dieser Aufzählung wird erkennbar, dass hier Parallelstrukturen bestehen, die im Schulalltag zwar praktikabel sein mögen, im Extremfall aber ganz schnell an ihre Grenzen stoßen, weil sie teilweise so unübersichtlich sind, dass es schnell zu einem Durcheinander kommen kann. Aus diesem Grund schlagen wir in unserem Antrag vor, eine Zentrale für Krisen- und Gewaltprävention einzurichten. Der Fokus unseres Antrages liegt auf der Prävention und nicht auf der geregelten Ablaufplanung im Extremfall.

Meine Damen und Herren, wie anfangs gesagt, wünschen wir uns sehr, dass Sie im Sinne der Kinder unserer Stadt handeln und diesem Prüfantrag, wie wir ihn nennen, Ihre Zustimmung nicht verweigern. Wir haben ganz bewusst beantragt, ein inhaltliches und organisatorisches Rahmenkonzept zu erstellen, um prüfen zu können, inwieweit gegebenenfalls auch bereits bestehende Angebote zu einem schlüssigen Gesamtkonzept zusammengeführt und bedarfsgerecht ergänzt werden können. Hier - das möchte ich ausdrücklich betonen - darf die aktuelle Haushaltssituation der Stadt kein K.o.-Kriterium sein. Wir sehen diesen Prüfauftrag als einen ersten Schritt an und möchten die Verwaltung bitten, uns in der Ratssitzung im März das Ergebnis der Prüfung mitzuteilen, damit wir dann ein solches Rahmenkonzept für unsere Stadt gemeinsam erarbeiten können. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Dr. Heinen.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Frau Manderla! Die wirksamsten Mittel und Maßnahmen zuerst - ich werde sie jedoch erst zum Schluss meiner Rede nennen.

Der CDU-Antrag fordert eine zentrale Anlaufstelle für Schüler, Eltern und Lehrer, die bei Anzeichen von Gewalt und Amokdrohungen Meldungen entgegennimmt. Damit nimmt sie sich eines Problems an, das leider seit Jahren an unseren Schulen zu beobachten ist. Insofern ist das eine begrüßenswerte Idee.

Sie muss sich aber auch einpassen in die Vielzahl von Hilfsangeboten, die Schulaufsichtsbehörden, Schulträger, Jugendämter und die Polizei entwickelt haben. Ein wichtiges Projekt sei in diesem Zusammenhang besonders erwähnt: Vor zwei Jahren wurden die „Notfallpläne für die Schulen in NRW - Hinsehen und Handeln“ durch das Schulministerium NRW vorgelegt. Damit wurde eine originär NRW-Landesaufgabe gestartet, die ein dreistufiges Konzept für alle Schulen in NRW und damit auch für die Kölner Schulen verbindlich festschreibt. Damit einher - Sie haben es schon erwähnt, Frau Manderla - geht die Einrichtung von sogenannten Krisenteams, eine Kooperation aus Polizei, Schulträgern, dem Schulpsychologischen Dienst, hier: der Stadt Köln, der Jugendhilfe, der Familienberatung und nicht zuletzt der Schulen über deren Lehrer und Fachkräfte. Diese Krisenteams sollen das leisten, was auch Teil Ihres Antrags ist, nämlich dass aus dem schulischen Umfeld Warnsignale aufgegriffen werden, um im Verbund - jetzt zitiere ich aus der Begründung Ihres Antrags -

... durch frühzeitige, einzelfallbezogene Intervention und Betreuung besorgniserregenden Entwicklungen entgegenzuwirken.

Obwohl es sich um eine Landesaufgabe handelt, hat der Rat der Stadt Köln dieses Jahr erhebliche zusätzliche Mittel aufgebracht, damit die Schulsozialarbeit, die einen wichtigen Beitrag genau für diese Krisenteams leistet, an den Schulen personell verstärkt werden kann. Dreh- und Angelpunkt aber ist die Schule selbst. Leistungsdruck, soziale Schieflagen, Versagensängste sind vielfach an der Tagesordnung. Dem muss durch individuelle Förderung und längeres gemeinsames Lernen entgegengewirkt werden. Darüber haben wir ja schon im vorhergehenden Antrag gesprochen; das eine hängt mit dem anderen zusammen.

Aber wir sind auch aufgefordert, im Detail weiter an Verbesserungen zu arbeiten; deswegen meine Bemerkung zu Beginn, dass das eine gute Idee sei. Aufbauend auf diese Krisenteams müssen wir zusammen mit der Stadt einen Weg gehen, wobei die Stadt in diesem integrierten System nur ergänzend wirken kann. Das heißt auch: Vorrang hat die Prävention. Sie kann vor Ort am besten wahrgenommen werden. Nicht nur die Schulleiter und Schulleiterinnen stehen in der Pflicht, Krisenteams zu bilden und diese als Anlaufstelle an der Schule zu etablieren. Die Umsetzung muss auch kontrolliert werden, und hier ist die Schulaufsicht am Zuge. Dass das landesweit nicht geschieht, ist allen Schulen bekannt. Falls es jemand noch nicht wusste, so weiß er es aufgrund dieser Aussage jetzt.

Die wirksamsten Mittel und Maßnahmen zuerst, wie ich anfangs gesagt habe. Das heißt, es gilt, für alle Städte und Kreise in NRW die Krisenteams an Schulen für verbindlich zu erklären, statt die Problemlösung wieder, wie wir es so oft feststellen müssen, zu kommunalisieren.

Wir sind gern bereit, einen gemeinsamen Weg zu erarbeiten und beantragen daher die Verweisung zur weiteren Diskussion in den Fachausschuss Schule. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Nächste Rednerin ist Frau von Bülow.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der CDU sieht auf den ersten Blick logisch und sinnvoll aus; denn natürlich will jeder und jede von uns alles tun, die Schülerinnen und Schüler, aber auch die Unterrichtenden vor Gewalt an Schulen zu schützen.

Dennoch weist der Antrag - mein Vorredner hat es schon dargelegt - in die falsche Richtung. Er fordert eigentlich Überflüssiges; denn wenn es um die Prävention von Gewalt an Schulen geht, vor allem um die Amokprävention, dann muss der Ort der Prävention die Schule selbst sein, unterstützt vom Schulpsychologischen Dienst und, wo vorhanden, von der Schulsozialarbeit. Unterstützt aber auch von der Polizei und der Bezirksregierung. Jede Schulleitung ist bereits jetzt aufgefordert, in Zusammenhang mit dieser

Thematik eng mit der Polizei vor Ort zusammenzuarbeiten.

Fast überflüssig ist es auch, zu betonen, dass alle Schulen Amokalarmpläne und spezielle Alarmordner haben. Im Falle von möglichen Ankündigungen von Amokläufen arbeiten Schulen und Polizei bereits jetzt eng zusammen. Die Polizei schätzt das Gefährdungspotenzial ein und bespricht mit der Schulleitung die weitere Vorgehensweise. Eine absolute Sicherheit vor Ort kann und wird es nicht geben, so sehr wir uns das wünschen - mit oder ohne eine Zentrale für Krisen- und Gewaltprävention. Im heutigen *Kölner Stadt-Anzeiger* lautet dann auch die Überschrift zu dem Thema: „Das Wichtigste ist Prävention“.

(Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

Auch heute schon sind die Lehrkräfte sensibilisiert, Schüler und Schülerinnen nicht nur hinsichtlich ihrer Leistungen zu fördern, sondern auch Verhaltensauffälligkeiten und -abweichungen wahrzunehmen. In Schulen gibt es - das klang schon an - Beratungslehrer, und es werden Krisenteams gebildet. Problemlösungen innerhalb der Schule sollen das Ziel sein und nicht eine Kriseninterventionsstelle außerhalb des Geschehens, die mit den Besonderheiten vor Ort überhaupt nicht vertraut ist. Jeder Amokalarm hat eine lange Vorgeschichte. Wichtig ist es, solche Alarmsignale frühzeitig und vor Ort wahrzunehmen. Dafür ist es wichtig, alle Lehrerinnen und Lehrer vor Ort zu schulen, damit sie tatsächlich präventiv gezielt auf Problemfälle eingehen können. Vor Ort ist man am besten in der Lage, die Sachverhalte einzuschätzen.

Eltern, Schülerinnen und Schüler sowie Unterrichtende können sich mit den verschiedensten Ansprechpartnern, die ich schon genannt habe, bereits jetzt schon jederzeit in Verbindung setzen und in möglichen Gefährdungsfällen den Kontakt zur Schule suchen - und sie tun das auch. Wenn, wie der CDU-Antrag meint, Hemmungen bestehen, sich an Eltern, Schule oder Polizei zu wenden, dann ist genau an diesem Punkt anzusetzen. In den Schulen, also vor Ort, muss alles daran gesetzt werden, das nötige Vertrauen aufzubauen. Vertrauen stellt einen guten Schutz vor Gewalt dar. Das Problem darf nicht nach außen delegiert werden, sondern muss, wie gesagt, vor Ort, in den Schulen angegangen werden.

Allerdings ist es nach wie vor so, dass an einigen Schulen die Amokalarmsignale nicht alle Klassenräume und Einzelgebäude erreichen. In einigen Schulen steht auch noch die Umsetzung der Forderung aus, dass die Schultüren von innen mit der Raumnummer gekennzeichnet werden, damit gefährdete Menschen ihre Position telefonisch präzise durchgeben können. Das muss schnell nachgebessert werden. Schulen, die wünschen, dass alle Türen von Klassenräumen mit einem Knäuf versehen werden, sind bei der Umsetzung zu unterstützen.

Ein Letztes noch: Die Polizei selbst warnt in ihren Fortbildungen, die sie vor Ort für Unterrichtende anbietet - Schulen können Termine dafür jederzeit abfragen; diese Fortbildungen dienen dazu, die Unterrichtenden sicherer zu machen -, das Thema nicht dauernd präsent zu halten und es nicht so hoch zu hängen. Wenn täglich die Nummer der Anlaufstelle präsent ist, wachsen zum einen Verunsicherung und Angst bei Schülern und Schülerinnen, andere Schüler und Schülerinnen werden jedoch dadurch angeregt, bestimmte Dinge nachzuahmen. Beispielsweise wird die Bereitschaft, aus unterschiedlichsten Motiven falschen Alarm zu geben, damit erhöht. Aus diesen Gründen lehnen wir den Antrag der CDU ab.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Thema? - Frau Gebauer für die FDP.

Yvonne Gebauer (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau von Bülow, ich muss Sie leider korrigieren: Die Überschrift lautete, fettgedruckt: „Wenig Schutz vor Amokläufen“.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, der Kommentar trug eine andere Überschrift!)

- Es geht hier nicht um den Kommentar. Dieser beinhaltet ja die eigene Meinung von Herrn Frangenberg. - Meine Damen und Herren, diesen Titel halte ich persönlich für einen absoluten Fehlgriff. Hier werden Ängste geschürt. Der Amoklauf wird hier als denkbare Standardsituation zugrunde gelegt. Es wird weder den Schulen noch uns als Stadt und auch nicht dem Land gelingen, durch die verschiedensten Maßnahmen, die richtig, wichtig

und auch nötig sind, einen Amoklauf zu verhindern. Ein künftiger, potenzieller Amokläufer wird solche Maßnahmen kennen und in seinen Tatplan mit einbeziehen.

Es sei mir an dieser Stelle erlaubt, einen Vergleich zu ziehen. Es gibt Einbrecher, die schreckt weder die Außensicherung eines Gebäudes noch der Bewegungsmelder im Inneren noch deren sofortige Aufschaltung zur Polizei oder schlicht und einfach ein Hund ab. All diese Maßnahmen erschweren möglicherweise einen Einbruch, ohne diesen letztendlich verhindern zu können. Erst recht verhält sich das so bei potenziellen Amokläufern, die eben keine rationalen Überlegungen anstellen.

Wir werden, wie auch der ehemalige Leiter des Schulpsychologischen Dienstes der Stadt Köln heute in der Tagespresse berichtet, Amokläufe nicht vollständig ausschließen können. Wir alle können lediglich dazu beitragen, mithilfe von Aufklärung, intensiver Prävention und Befähigung zur Erkennung von Bedrohungen diese schlimmste Art von Gefährdung für Leib und Leben auf ein absolut mögliches Minimum zu begrenzen. Ich möchte allerdings an dieser Stelle ausdrücklich davor warnen, jedes Kind und jeden Jugendlichen, die sich auffällig verhalten, gleich in die Rolle des potenziellen Amokläufers zu drängen.

(Beifall bei der FDP)

Hier sehe ich eine Schwachstelle in diesem Antrag. Es ist eine Sache, wie ein Kind das Verhalten eines Mitschülers erlebt. Es ist eine weitere, wie das Kind das Erlebte seiner Mutter oder seinem Vater weitergibt. Es hängt wiederum vom ganz persönlichen Verhalten der Eltern ab, wie sie die ihnen geschilderte Situation an die einzurichtende Stelle weitergeben. Die Schüler sind bei der Präventionsarbeit die wichtigsten Personen. Gerade beim Schüler muss es uns gelingen, Vertrauen zu schaffen, damit er sich öffnen kann - eine sensible Aufgabe, die viel Fingerspitzengefühl erfordert. Ob eine zentrale Stelle für Krisen- und Gewaltprävention, die den betreffenden potenziellen Amokläufer gar nicht kennt, dieser Aufgabe gerecht werden kann, erscheint zumindest fraglich. Doch wie beim Moses-Fenster, besser bekannt unter dem Begriff Baby-Klappe, muss gelten: Wenn nur ein Menschenleben gerettet beziehungsweise ein Amoklauf verhindert werden kann, so hat auch diese Maßnahme ihre Berechtigung.

(Beifall bei der FDP)

Wir als FDP-Fraktion bleiben skeptisch, was den gedanklichen Ansatz und den Erfolg dieser Stelle betrifft. Wir meinen, dass individuell angesetzt werden muss und dass deshalb ein konsequenter Einsatz von Schulsozialarbeitern und Schulpsychologen an den Schulen vor Ort die sinnvollere Maßnahme ist. Wir werden uns auch in Zukunft für den weiteren Ausbau dieser Stellen stark machen. Gleichwohl werden wir aus dem genannten Grund dem CDU-Antrag folgen. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es noch Wortmeldungen dazu? - Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wenn man diese Debatte hier verfolgt hat, muss man das Gefühl haben, es sei lebensgefährlich, auf eine Kölner Schule zu gehen. Das haben wir bisher so nicht wahrgenommen. Wir hören aber laufend, dass die Eltern ein mulmiges Gefühl haben, ihre Kinder in die Schule zu schicken. Schulhofgewalt ist ein Thema. Wenn Kindern in der Schule die Jacke oder die Turnschuhe „abgezogen“ werden, so ist das eine Form, wie man sie noch nie hatte.

Sie reden hier über Amoklauf, ein Wort, das übrigens der Fremdsprache entlehnt ist; das kennen wir im Deutschen gar nicht. Wir von der Fraktion pro Köln fragen uns ernsthaft, ob die hier anwesenden Parteien wirklich an die Ursachen herangehen wollen oder ob sie Politik aus der Zeitung für die Zeitung machen wollen. Sie müssen wirklich an die Ursachen herangehen, nämlich das Heterogene, dass man sich auf dem Schulhof nicht mehr verständigen kann, weil da ein Sprachenwirrwarr herrscht, und dass es keinerlei gemeinsame Werte mehr gibt, auf die man zurückgreifen kann.

(Zurufe: Gar nicht!)

- Natürlich. Das muss hier angesprochen werden. Multikulti fördert Gewalt.

(Beifall bei pro Köln)

Das alles haben wir früher nicht gehabt.

(Horst Thelen [Bündnis 90/Die Grünen]:
Das ist Volksverhetzung! - Unruhe)

- Was Volksverhetzung? Ich habe mich wohl verhört.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich bitte Sie, sich zurückzuhalten.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Natürlich, das ist dummes Zeug! Setze
Dich wieder hin!)

Jörg Uckermann (pro Köln) Sie wollen
Kämmerer werden?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr
Uckermann!

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Dummdösiges Zeug ist das, was du da
erzählst! - Claus Ludwig [Die
Linke.Köln]: Sie nutzen die Bühne hier,
um ihren rassistischen Dreck zu
verbreiten!)

Jörg Uckermann (pro Köln): Das ist ja eine
Frechheit, Herr Oberbürgermeister, dass mir hier
vorgeworfen wird, ich würde hier rassistischen
Dreck verbreiten. Ich lasse mir doch nicht von
Stalins Erben sagen, dass ich hier rassistischen
Dreck verbreite.

(Beifall von pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich bitte
beide Seiten, sich zu mäßigen.

(Zuruf von Özlem Demirel
[Die Linke.Köln])

Jörg Uckermann (pro Köln): Das lasse ich mir
doch von Ihnen nicht sagen. Schauen Sie mal in
Ihr Herkunftsland. Wir wollen die Zustände, die
dort herrschen, hier nicht haben.

(Beifall bei pro Köln)

Das ist eben so. Das ist hier ein Thema. Darum
sagt die Fraktion pro Köln - -

(Zuruf von Götz Bacher [SPD])

- Ach, Herr Bacher, kümmern Sie sich um die
Sanitäreanlagen, da sind Sie besser aufgehoben,
statt hier dumm dazwischenzureden.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr
Uckermann, ich bitte, jetzt zur Sache zu
sprechen.

Jörg Uckermann (pro Köln): Ich spreche ja zur
Sache. Ich möchte hier einen Änderungsantrag
formulieren, wenn man mich denn ausreden
lässt.

(Peter Kron [SPD]: Das sollte man mit
dem Zahlen einer Geldstrafe ahnden!
Das ist viel besser!)

- Ja, Herr Kron, gerade Sie müssen das hier laut
sagen. Sie saufen da aus der Flasche; das ist
doch eines Ratsmitgliedes unwürdig.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich bitte
Sie, sich jetzt zurückzuhalten.

Jörg Uckermann (pro Köln): Schauen Sie sich
das doch einmal an!

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Sprechen
Sie bitte jetzt zur Sache und unterlassen Sie die
persönlichen Angriffe.

Jörg Uckermann (pro Köln): Ich lasse mir von
dem Typ dahinten nicht sagen, dass ich einer
rechtsradikalen Vereinigung angehöre. Das lasse
ich mir doch nicht gefallen.

(Anhaltende Unruhe - Beifall bei
pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich erteile
Ihnen damit einen Ordnungsruf. Das ist nicht die
Sprache, die wir in diesem Hause hier pflegen.

Jörg Uckermann (pro Köln): Ja, bitte, dann
sagen Sie das auch einmal Ihren Kollegen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich bitte
Sie, sich jetzt zu mäßigen und zur Sache zu
sprechen.

Jörg Uckermann (pro Köln): Natürlich, wenn Sie
mich einmal lassen würden. Sorgen Sie doch
mal für Ruhe, damit ich hier ausreden kann.

Wir stellen folgenden Änderungsantrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Einsatz von Wachdiensten in das Sicherheitskonzept für Schulen miteinzubeziehen.

Wir wollen, dass Eltern wieder ruhigen Gewissens ihre Kinder in die Schule schicken können. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es noch Wortmeldungen? - Frau Demirel, bitte halten Sie sich kurz.

Özlem Demirel (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Ich werde auch nur einen Satz sagen: Wir werden den Antrag der CDU ablehnen, zumal er sich erübrigt hat. Ich weiß nicht, ob Sie mitbekommen haben, dass die von Ihnen erwähnte Stiftung selbst eine Anlaufstelle einrichtet, bei der man sich per E-Mail, Telefon oder SMS melden kann. Es gibt auch einen Spendenaufruf dieser Stiftung. Deswegen würde ich der CDU empfehlen: Spenden Sie an diese Stiftung! Das bringt mehr als dieser Antrag hier im Rat.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Damit ist die Debatte über diesen Tagesordnungspunkt beendet. Wir kommen zur Abstimmung. Wir haben zwei mündlich gestellte Anträge.

Der weitergehende Antrag ist gerade von der Fraktion pro Köln gestellt worden. Darüber stimmen wir zuerst ab. Wer ist gegen diesen Antrag von pro Köln? - SPD, Grüne, CDU, FDP, Herr Dr. Müser, Herr Zimmermann und die Linke. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Des Weiteren wurde von der SPD mündlich der Antrag auf Verweisung des CDU-Antrags in den Schulausschuss gestellt. Wer ist gegen diesen Antrag? - Dagegen sind die Linken. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag der CDU in den Schulausschuss verwiesen. Deshalb ist es nicht mehr erforderlich, über den Antrag abzustimmen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.6 auf:

3.1.6 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Google-Street-View muss Datenschutz und Persönlichkeitsrechte der

Bürgerinnen und Bürger in Köln lückenlos wahren“ AN/1858/2009

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen AN/1967/2009

Gibt es zur Begründung des Antrags Wortmeldungen? - Bitte schön, Herr Görzel.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Dieser Tage fahren durch Nordrhein-Westfalen und, wie ich erfahren habe, auch durch Köln schicke Autos mit aufmontierten Videokameras. Diese Videokameras nehmen unsere Nachbarschaften, unsere Straßen,

(Markus Wiener [pro Köln]: Haben Sie etwas zu verbergen?)

unsere Häuser, unsere Schlafzimmer, unsere öffentlichen Gebäude und unsere Schulen auf. Kurz: Diese Videokameras nehmen das gesamte öffentliche Leben in Köln und darüber hinaus in Nordrhein-Westfalen auf.

Als Liberaler habe ich bei derartigen Maßnahmen eines privaten Unternehmens erhebliche Bauchschmerzen. Sie alle wissen, dass es das ureigenste Recht eines jeden Bürgers ist, nämlich das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, zu entscheiden, welches Bild von ihm im Internet veröffentlicht wird und welches nicht.

(Beifall bei der FDP)

Bei allem Verständnis für das große Interesse der Öffentlichkeit und die Neugier der Menschen: Der Bürger hat das Recht, selbst zu entscheiden, ob sein Haus im Internet zu sehen sein soll oder nicht. Gerade hier stößt die an sich interessante Maßnahme von Google auf erhebliche rechtsstaatliche und bürgerrechtliche Bedenken.

Wir als Liberale halten die Informationen von Google hierüber für völlig unzureichend. So ist der Webseite von Google nicht zu entnehmen, wo genau gerade Aufnahmen gemacht werden. Vor diesem Hintergrund bitten wir die Verwaltung mit diesem Antrag, Maßnahmen zu ergreifen, die die Bürger in die Lage versetzen, ihre ureigensten, in der Verfassung verbrieften Rechte wahrzunehmen und Widerspruch gegen diese Videoaufnahmen von Eigentum und von Menschen einzulegen.

Wir bitten die Verwaltung, sich mit Google in Verbindung zu setzen und das Unternehmen darauf hinzuweisen, dass wir es für selbstverständlich erachten, dass die Bilder nicht im Original eins zu eins ins Internet gestellt werden. Ich möchte nicht, dass ein Bild von einem Kind, das gerade die Schule verlässt, im Internet zu sehen ist. Ich möchte nicht, dass vor einem Haus ein Auto mit seinem Kennzeichen erkennbar ist. Ich möchte auch nicht, dass erkennbar ist, ob mein Haus eine Sicherheitsanlage hat oder nicht.

Sie mögen jetzt denken: Ja, warum ist das denn alles so schlimm? Die Daten, die Google erhebt, werden möglicherweise hier in Deutschland gepixelt. - Aber in den Vereinigten Staaten - ich habe beruflich sehr viel mit den Vereinigten Staaten auch in Zusammenhang mit Datenschutz zu tun - kennt man derart strenge Datenschutzvorschriften nicht. Nun stellen Sie sich bitte Folgendes vor: Google Deutschland verkauft oder übermittelt die Daten an die Muttergesellschaft in den Vereinigten Staaten. Ein deutsches Versicherungsunternehmen, das ein Tochterunternehmen in den USA hat, kann dann per Mausklick feststellen, ob Sie Ihr Haus den Versicherungsbedingungen gemäß gesichert haben. Das heißt, all unsere Daten, die objektiv auf den ersten Blick gesichert sind, sind bei genauerer Betrachtung erheblichen Risiken ausgesetzt, die Kreise, die das nichts angeht, nutzen können.

Wir möchten deswegen die Verwaltung bitten, das Widerspruchsformular auf die Webseite der Stadt Köln zu setzen. Wir möchten die Verwaltung ferner bitten, mit Google Kontakt aufzunehmen und darauf zu dringen, dass insbesondere öffentliche Gebäude, die nicht von öffentlichem Interesse sind, nicht ins Internet gestellt werden.

Ich möchte mich bei den Kollegen der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD für den richtigen Hinweis bedanken, dass die Landesregierung, insbesondere das Innenministerium, derzeit Maßnahmen ergreift, um die Position des Datenschutzbeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen zu stärken. Sie wissen sicherlich, dass am heutigen Tag der Landtag über das Haushaltsgesetz berät. Dabei soll genau dieser Punkt aufgegriffen werden. Dennoch sollten wir diesen Antrag hier heute beschließen, wenn es denn in der Sache weiterhilft.

Schlussendlich noch eine Ergänzung von unserer Seite: Wir schlagen vor, dass der

Antragstext nach „Google“ um folgende drei Wörter ergänzt wird: „und ähnliche Anbieter“. Denn Google ist ja nicht das einzige Unternehmen, das solche Dienste anbietet, es gibt weitere Anbieter, die das tun.

Unter dem Gesichtspunkt der Bürgerrechte und des Datenschutzes und aus Gründen der informationellen Selbstbestimmung bitte ich Sie, unserem Antrag zuzustimmen. - Ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Neubert, bitte.

Michael Neubert (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich selbst nutze intensiv Informationen aus dem Internet, zum Beispiel auch Google-Earth-Karten in Vorbereitung auf Reisen, insbesondere wenn ich zum ersten Mal einen Ort aufsuche. Trotz der immer grenzenloseren technischen Möglichkeiten müssen diesem Fortschritt jedoch gewisse Grenzen gesetzt werden. Grenzen sind hier die Wahrung der Rechte des Einzelnen am eigenen Bild und die Einhaltung der Bestimmungen des Datenschutzes. Bei technischen Weiterentwicklungen muss immer zwischen dem Nutzen für die Allgemeinheit einerseits und den Bürgerrechten des Einzelnen andererseits abgewogen werden.

Insoweit ist die von der FDP in ihrem Antrag beabsichtigte Zielsetzung sehr unterstützenswert. Allerdings muss die Verwaltung nun im Einzelnen prüfen, welche der vorgeschlagenen Maßnahmen tatsächlich umgesetzt werden können, vor allen Dingen auch, welche von der Stadt umgesetzt werden können.

(Zuruf: Das steht da aber nicht!)

- Darf ich noch zu Ende ausführen? Sie können sich ja dann in der nächsten Runde zu Wort melden. - An der einen oder anderen Stelle habe ich Zweifel, ob das, was gefordert wird, überhaupt umsetzbar ist.

Es ist allerdings schon interessant, dass dieser Antrag von der FDP gestellt worden ist; denn für derartige Vorgänge sind die Datenschutzbeauftragten der Länder zuständig. In diesem Fall hat Hamburg stellvertretend die Federführung übernommen, aber NRW hätte

sich jederzeit in die Verhandlungen mit einbringen können. Zuständig für den Bereich Datenschutz Nordrhein-Westfalen ist der Innenminister Ingo Wolf, Ihr Parteifreund. Nicht nur, dass er in dieser Frage offenbar keinerlei Handlungsdruck sieht, statt seine Aufgabe ernst zu nehmen, hat er zugelassen, dass gerade dieser wichtige Bereich personell Federn lassen musste. Die FDP ist offensichtlich in das alte Schema verfallen: Öffentlich Wasser predigen, heimlich Wein trinken.

Ich komme nun zum Änderungsantrag von SPD und Grünen. Zusätzlich zu den von der FDP geforderten Maßnahmen fordern wir die Landesregierung auf, die Position des Landesbeauftragten für den Datenschutz zu stärken, damit er seine Aufgaben auch zum Wohl der Kölnerinnen und Kölner adäquat ausüben kann, gerade auch in einer Zeit, in der durch die rasant fortschreitende Technisierung immer mehr Möglichkeiten geschaffen werden, den Datenschutz zu umgehen.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke, Herr Neubert. - Nächster Redner ist Herr Dr. Elster.

Dr. Ralph Elster (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Eigentlich wollte ich eine richtig schöne Rede halten und mich dabei an dem orientieren, was die FDP hier vorgetragen hat. Aber jetzt ist doch deutlich geworden, dass diese Rede in technologischer Hinsicht blanker Unsinn war.

Wenn man über das Internet redet, redet man über das weltweite Netz. Das heißt, es wird immer derselbe Inhalt geliefert, ob man nun von Amerika aus die Internetseite aufruft oder von Deutschland aus. Wenn Gesichter einmal in den Vereinigten Staaten gepixelt worden sind, sieht man sie auch hier in Deutschland gepixelt. Ob dann eine Versicherung von den Vereinigten Staaten oder von Nordschweden aus sich die Bilder ansieht, ist für den Inhalt völlig egal. Das zeigt, dass Sie von der Materie, die Ihr Antrag behandelt, überhaupt keine Ahnung haben.

(Beifall bei pro Köln)

Sie kommen dazu noch populistisch daher. Wir haben vorhin von Herrn Houben gehört, es sei wichtig, nicht populistisch zu agieren. Aber das, was Sie hier beantragt haben, ist blanker

Populismus. So fordern Sie beispielsweise unter dem zweiten Führungspunkt, dass „ein besonderes Augenmerk auf die Einhaltung der straßen- und straßenverkehrsrechtlichen Vorschriften durch Google-Fahrzeuge“ gelegt werden soll. Meine Damen und Herren, dieser Satz ist zum einen sprachlich Unsinn, und zum anderen beschreibt er eine Binsenweisheit. Denn natürlich ist die Ordnungsverwaltung der Stadt Köln dafür zuständig, genau das zu tun, was mit diesem Satz beschlossen werden soll. Dieser Führungspunkt ist obsolet. So könnten wir jetzt den Antrag Führungspunkt für Führungspunkt durchgehen.

Sie haben hier eben behauptet, es würden zurzeit Google-Fahrzeuge durch die Kölner Straßen fahren. Das stimmt nicht, liebe FDP. Das geschah vor einem Jahr.

(Zuruf: Quatsch, gar nicht wahr!)

Das heißt, Ihr Antrag ist auch noch verfristet. Mit Google-Fahrzeugen werden im Augenblick kleinere Städte abgefahren.

Aber ich will jetzt gar nicht Google das Wort reden, sondern der IT- und Medienstadt Köln. Wenn Sie einen solchen Antrag hier in den Rat einbringen, dann geht es nicht nur um das Thema Datenschutz, sondern auch um das Thema Wirtschaftspolitik. Wir wollen, dass in der IT- und Medienstadt Köln die Internettechnologie weiter ausgebaut wird, Arbeitsplätze schaffen und moderne Technologien ansiedeln. Das alles ist nicht möglich, wenn wir Google aus der Stadt weisen. Das ist unseriös und nichts anderes als blanker Populismus.

(Beifall bei pro Köln)

So bleiben auch die anderen Führungspunkte nichts anderes als populistische Formulierungen, die niemandem nützen. Damit erweisen Sie nicht nur dem Datenschutz einen Bärendienst, sondern auch der IT- und Medienstadt Köln.

Ich will den Bereich, den Sie im Antrag thematisieren, gedanklich erweitern, nämlich um die Internetseite *fdp-koeln.de*. Meine Damen und Herren, gehen Sie einmal auf diese Seite und schauen Sie sich die dort vorgehaltenen interessanten Informationen an. Von den Wahlkämpfen der letzten Jahre gibt es jede Menge Aufnahmen von städtebaulich interessanten Gebäuden, zum Beispiel vom Historischen Rathaus, vor dem natürlich Menschen stehen. Deren Gesichter sind *nicht* gepixelt.

(Winrich Granitzka [CDU]: Nein, das ist ja unglaublich!)

- Das ist ja unglaublich, auf diesen Aufnahmen sind ja die Gesichter der Menschen klar zu erkennen.

Ich habe auf Ihrer Internetseite nirgendwo den Hinweis gefunden, dass man sich bei Ihnen melden kann, wenn der Bildausschnitt des Gesichts gepixelt dargestellt werden soll.

(Ralph Sterck [FDP]: Die können sich ja melden!)

- Herr Sterck, Sie sollten die Verwaltung bitten, dass sie auch Kontakt zu Ihnen aufnimmt, um die Gesichter gepixelt darstellen zu lassen.

(Beifall bei pro Köln - Zuruf von Manfred Wolf [FDP])

- Herr Bürgermeister Wolf, bitte hören Sie noch einen Augenblick zu.

(Manfred Wolf [FDP]: Sie reden so einen Unsinn! Sie bekommen nicht einmal Applaus von der eigenen Fraktion, sondern nur von den Braunen da! - Unruhe)

- Dann hole ich mir jetzt den Applaus von der eigenen Fraktion.

Ich empfehle Ihnen, meine Damen und Herren von der FDP, aber natürlich auch von den Grünen und der SPD, den Besuch in unserem Stadtmuseum. Dort werden im Moment in einer Ausstellung Originalaufnahmen des Fotografen August Sander gezeigt. Gehen Sie einmal dorthin und schauen Sie sich an, welche wunderschönen Fotos August Sander in den 20er- und 30er-Jahren des letzten Jahrhunderts gemacht hat, und zwar nicht nur von den Kölner Straßen und Plätzen, sondern auch von den Menschen, die sich auf diesen Straßen und Plätzen aufhielten. Wir können froh sein, dass es Ihre Partei damals noch nicht gegeben hat; denn dann gäbe es diese Ausstellung heute nicht.

(Beifall bei der CDU und pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Dr. Elster. - Gibt es noch weitere Wortmeldungen? - Herr Wolter, bitte.

Andreas Wolter (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren!

Viele Bürgerinnen und Bürger beschleicht ein ungutes Gefühl, wenn ohne ihr Wissen Einblick in ihren privaten Lebensbereich genommen wird. Herr Dr. Elster, das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ist vielen Menschen sehr wichtig. Meiner Meinung geht der FDP-Antrag darauf ein. Google fährt durch die Straßen der Republik und macht aus Höhe von 2,50 Metern Aufnahmen von Straßen, Häusern, Gärten, Kinderplanschbecken, ja selbst über Zäune, Hecken und Mauern hinweg Aufnahmen vom Kaffeetisch. Wir sagen: Privater Lebensraum muss vor Google-Street-View geschützt werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Angst vieler Menschen, dass Kriminelle diese Informationen für ihre Zwecke nutzen, besteht zu Recht. Bis zu einer Verknüpfung von Daten mit Adressen für gewerbliche Zwecke ist es dann nur noch ein kurzer Schritt. Das haben Sie, glaube ich, nicht verstanden, Herr Dr. Elster. Profile von Straßen und Stadtvierteln lassen Rückschlüsse auf die Sozialstruktur zu. Google macht das nicht in erster Linie für den Nullachtfünfzehn-Internetnutzer, sondern um damit Kasse zu machen.

Wir sind der Meinung, das ist ein weiteres Puzzlestück hin zur totalen Überwachung. Wer diese kostenlosen und auch nützlichen Daten nutzt, muss wissen, dass er sich vom bürgerlichen Konzept der Privatsphäre verabschiedet. Demnächst weiß Google, wo Sie sich aufhalten und was Sie gerade sehen.

Wenn es etwas gibt, von dem Sie nicht wollen, dass es irgendjemand erfährt, sollten Sie es vielleicht ohnehin nicht tun.

So Google-Chef Eric Schmidt auf die Frage zu den Daten, die Google über die Internetnutzer besitzt.

Wir leben aber in einem freien Land, wo niemand gegen seinen Willen überwacht und kontrolliert werden darf.

(Zuruf von pro Köln: Ha, ha, ha!)

Deshalb müssen wir die Datenschutzbehörden des Landes stärken. Die Menschen müssen vor der kompletten Durchleuchtung durch gewerbliche Anbieter geschützt werden. Der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit muss in seiner Arbeit deutlich gestärkt werden. Deshalb haben wir diesen Ergänzungsantrag gestellt.

Leider ist das Datenschutzgesetz nicht so ausgestaltet, dass wir selbst die Aufnahmen verhindern können. Wenn es die Rechtslage zugelassen hätte, hätten wir gerne generelle Regelungen über die Straßenordnung oder die Sondernutzungen getroffen. Nicht nur Google, sondern auch andere kommerzielle Akteure werden aktiv; das haben Sie ja auch in der Ergänzung zu Ihrem Antrag klargemacht. Somit bleibt jedem Einzelnen nur die Möglichkeit des Minimalrechts des Einlegens von Widerspruch. Dazu fordern wir die Einwohnerinnen und Einwohner Kölns ausdrücklich auf - ich selbst habe es schon getan.

Wir sind der Meinung, dass Daten von sensiblen Einrichtungen wie Schulen, Kindergärten, Frauenhäusern - diese Aufzählung ließe sich noch fortsetzen - nicht veröffentlicht werden dürfen, da hier durch Google massiv in das Persönlichkeitsrecht eingegriffen wird. Die Stadt Köln soll deshalb für alle in ihrem Eigentum befindlichen Gebäude ebenfalls Widerspruch einlegen. Das soll - so steht es auch im Antrag der FDP - auch für die städtischen Beteiligungsunternehmen gelten. Insbesondere die GAG sollte ihn für ihre Gebäude einlegen. Wir halten das für dringend geboten. In diesem Zusammenhang halten wir es für sinnvoll, dass vonseiten der Stadt auch andere Wohnungsgenossenschaften und die Kirchen gebeten werden, sich diesem Verfahren anzuschließen. Wir stimmen mit unserem Ergänzungsantrag der FDP gerne zu. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Wolter. - Nächster Redner ist Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Sie müssen sich schon überlegen, was Sie hier tatsächlich wollen. Hier war die Rede von Überwachung. Es geht aber nicht um Überwachung, sondern um den freien Zugang zu Informationen für jeden Einzelnen. Das heißt, wer diesem Antrag zustimmt, muss beispielsweise auch gegen Navigationsgeräte sein. Wenn ich wissen will, wo sich eine Schule oder ein Frauenhaus befindet, gebe ich das in das Navigationsgerät ein. Es geht hier nicht um

einen Live-Stream, um zu schauen, wo was los ist. Das zum einen.

Des Weiteren, liebe Freunde von der FDP, wäre es am „besten“, wenn Sie hier in Köln den Verkauf von Videokameras und Ähnlichem verbieten würden. Denn jeder kann auf der Domplatte fotografieren und diese Bilder dann ins Netz stellen.

Wo ist also das Problem? Sie haben vollkommen recht, es gibt medienrechtliche Gesetze, die festschreiben, dass man ein Recht auf das eigene Bild hat. Ich gehe davon aus, dass es in unserem Rechtsstaat möglich ist, dass der Einzelne, der sein Recht in dieser Hinsicht verletzt sieht, sich anwaltliche Hilfe nehmen kann, um sein Recht durchzusetzen. *Aber* es ist eben auch wichtig, moderne Informationssysteme zu haben.

Vor diesem Hintergrund stellen wir jetzt einen Ersetzungsantrag. Wir beauftragen die Verwaltung, die Möglichkeit zu prüfen, für das Abfotografieren von Straßenzügen in der Stadt Köln eine Gebühr zu erheben.

(Beifall bei pro Köln)

In diesem Zusammenhang sei das Beispiel der Stadt Ratingen erwähnt. Dort muss Google für 1 Kilometer abfotografierte Strecke 20 Euro zahlen. Das ist alles, was die Kommune tun kann. Alles Weitere kann der Bürger selbst tun, indem er sich juristische Hilfe nimmt. - Vielen Dank.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich bedanke mich. - Da ich jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr sehe, kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der FDP.

Wie gerade gehört, hat die Fraktion pro Köln einen Ersetzungsantrag gestellt mit der Maßgabe, eine Verwaltungsgebühr zu erheben. Da das der weitestgehende Antrag ist, stimmen wir darüber zuerst ab. Wer ist gegen diesen Antrag von pro Köln? - Das sind SPD, Grüne, CDU, FDP, Linke, Herr Dr. Müser und Herr Zimmermann. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall.

Als Nächstes stimmen wir über den Änderungsantrag von SPD und Grünen ab, der einen Zusatz zum Antrag der FDP darstellt.

(Zurufe von der FDP: Den haben wir übernommen!)

- Sie haben den schon übernommen?

Volker Görzel (FDP): Ja, den haben wir dankenswerterweise übernommen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann stimmen wir über den FDP-Antrag in der durch den Änderungsantrag von SPD und Grünen modifizierten Fassung ab. Wer ist gegen den Antrag der FDP

(Manfred Wolf [FDP]: Plus die Ergänzung!)

einschließlich der Ergänzung, wie eben vorgetragen? - Dagegen sind die CDU und pro Köln. Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag der FDP einschließlich der mündlich vorgetragenen Ergänzung angenommen.

(Beifall bei der FDP)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.7 auf:

3.1.7 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Resolution für ein Minarettverbot“ AN/1893/2009

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Frau Wolter.

Judith Wolter (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Das Minarett ist in erster Linie kein religiöses, sondern ein politisches Symbol. Es hat nichts mit freier Religionsausübung zu tun. Stattdessen steht es für die vom Islam beanspruchte Vormachtstellung über diejenigen, die nicht der Gemeinschaft der Muslime angehören. Jedes Minarett ist ein Herrschaftszeichen gegenüber der nichtmuslimischen Mehrheitsbevölkerung in Deutschland und Europa. Es ist ein Symbol für die Islamisierung.

Die Entscheidung der Schweizer für das Minarettverbot ist daher überaus begrüßenswert. Sie ist als Zeichen für ein friedliches Miteinander verschiedener Religionen und Kulturen und gegen eine Vormachtstellung einer bestimmten Religion, wie sie der Islam für sich in Anspruch nehmen möchte, zu verstehen. Die fast 60 Prozent der Schweizer Bürger, die für dieses Minarettverbot gestimmt haben, sind ganz gewiss keine Rassisten und Ausländerhasser; im

Gegenteil: Sie sind mündige Bürger, die sich besorgt zeigen über die Gefahren für ihre Demokratie, ihre Identität und ihre Heimat.

Es ging bei dieser Entscheidung weder um fremdenfeindliche Ressentiments noch um eine Einschränkung der Religionsfreiheit. Jede Religion hat im Rahmen unserer Religionsfreiheit das Recht auf spirituelle Gebetsräume. Die Architektur allerdings ist eine baurechtliche Angelegenheit. Es ist notwendig, darauf zu achten, dass wir nicht Parallel- und Gegengesellschaften errichten lassen. So sagt beispielsweise der Zentralrat der Ex-Muslime:

Das Nein zu Minaretten ist eigentlich ein Signal gegen Islamismus, Scharia und Kopftuchzwang. Das Minarett steht da nur als Symbol für eine begründete Furcht vor dem politischen Islam ... Es sei gut, dass die Schweizer Bürger in diese Entwicklung eingegriffen haben und deutlich Nein gesagt hätten.

(Beifall bei pro Köln)

Ein solches Zeichen ist im Sinne unseres Grundgesetzes auch hier in Köln dringend geboten; denn auch hier sind Kopftuchzwang, Ehrenmorde und Zwangsehen leider inzwischen an der Tagesordnung. Die Islamisierung geht inzwischen so weit, dass nichtmuslimische Kinder im Kindergarten und in der Schule kein Schweinefleisch mehr essen dürfen aus Rücksicht auf die muslimischen Mitschüler. Demnächst wird es womöglich auch hier Scharia-Gerichte geben, die anstelle unserer Gerichte Recht sprechen. Diese Entwicklung gilt es aufzuhalten.

In Deutschland würde eine Volksabstimmung ähnlich ausgehen wie in der Schweiz. Das haben verschiedene Umfragen gezeigt. Sie behaupten doch immer von sich selbst, Sie seien die Demokraten. Wenn Sie die Bedeutung dieses Begriffs auch nur noch dunkel in Erinnerung haben, können Sie unserem Antrag nur zustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich bedanke mich. - Gibt es Wortmeldungen? - Frau Mucuk-Edis.

Gonca Mucuk-Edis (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und

Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie von pro Köln fordern in der Begründung Ihres Antrags demokratisch legitimierte Institutionen auf allen Ebenen unseres politischen Systems auf, das von Ihnen geforderte - wohlgermerkt baurechtliche - Minarettverbot in Deutschland voranzutreiben, um sich nicht mitschuldig zu machen an der Diskriminierung der Christen und Juden in Deutschland. - Das muss man erst einmal sacken lassen. Wenn hier der Begriff Diskriminierung gebraucht wird - wenn überhaupt -, so kann in diesem Kontext doch nur von der Diskriminierung muslimischer Bürgerinnen und Bürger die Rede sein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Tagtäglich sind muslimische Frauen, die ein Kopftuch tragen, ohne dazu gezwungen zu werden, unterschiedlichsten Formen von Diskriminierung, sowohl offen als auch latent, ausgesetzt. Als Muslim ist man gezwungen, sich permanent für seinen Glauben zu rechtfertigen, vor allem, wenn man seinen Glauben auch öffentlich auslebt.

Der antimuslimische Rassismus, den Sie von pro Köln betreiben, spaltet unsere Gesellschaft und löst Ängste aus. Die vorhandenen Ängste der Bürgerinnen und Bürger müssen wir zweifelsohne ernst nehmen; das steht außer Frage. Aber entscheidend ist, wie wir dies tun. Aufklärungsarbeit, um die Stereotypen und die Vorurteile, die Sie permanent aufzubauen versuchen, aber auch die Stärkung des interreligiösen wie auch des interkulturellen Dialogs sollten der Weg sein,

(Beifall bei der SPD sowie von Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

statt in dieser Frage der Schweiz nachzueifern. Im Grundgesetz - das müssen Sie wissen, Frau Wolter - ist nach Artikel 4 das Recht auf freie Religionswahl und -ausübung garantiert. Wenn den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes dieses Recht entzogen werden soll, ist das ganz eindeutig nicht verfassungskonform. Das lässt unsere Verfassung nicht zu. Aber das dürfte Ihnen von pro Köln und pro NRW nicht unbekannt sein; denn den Verfassungsschutz kennen Sie ja.

(Zuruf von Markus Wiener [pro Köln])

Sie sind seit 2004 im NRW-Verfassungsbericht unter dem Verdacht, eine rechtsextremistische Bewegung zu sein, aufgeführt und werden vom Verfassungsschutz beobachtet.

(Beifall bei der SPD sowie von Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen - Jörg Uckermann [pro Köln]: Bleiben Sie einmal bei der Sache!)

- Das ist ganz genau die Sache. Das muss hier einmal betont werden, nämlich dass Sie nicht verfassungskonform sind.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Das haben Sie nicht zu beurteilen! Das lasse ich mir von Ihnen nicht sagen! Hetze!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Würden Sie bitte ruhig sein.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Nein!)

Ich bitte Sie, sich zurückzunehmen.

Gonca Mucuk-Edis (SPD): Als ich mir die Begründung Ihres Antrags durchgelesen habe, schoss mir sofort eine Frage durch den Kopf: Wodurch genau soll eigentlich ein Minarett, was ja neutral betrachtet lediglich den Teil eines Gebäudes und somit ein Stück Architektur darstellt, antisemitisch und antichristlich sein? Woran machen Sie das fest? Ist es die Höhe des Minaretts? Ist es die Bauweise? Ist es die Farbe? Ich verstehe nicht, wie Sie darauf kommen. Was stört Sie eigentlich an Minaretten?

(Beifall bei der FDP)

Ist es vielleicht die Ähnlichkeit zu Kirchtürmen? Es besteht nämlich tatsächlich nicht nur eine optische Ähnlichkeit, sondern auch eine Ähnlichkeit in der Funktionalität; denn das Minarett dient ebenso wie der Kirchturm dazu, die Gläubigen zum Gebet aufzurufen. Die optische Ähnlichkeit ist kein Zufall. Experten führen den Ursprung des Minaretts auf die zweckentfremdete Nutzung von frühchristlichen Kirchtürmen und Leuchttürmen im syrischen Raum zurück. In der Frühzeit des Islam rief der Muezzin den Ezan, also den Aufruf zum Gebet, nicht von einem Minarett aus, sondern meist vom Dach der Moschee aus. So viel zu den Gemeinsamkeiten.

Abschließend noch einige Fakten zu den Muslimen in Deutschland. Laut der Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“, die im Auftrag des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge erstellt wurde, leben in Deutschland circa 4 Millionen Muslime. In NRW ist jeder Dritte ein Muslim. 45 Prozent aller Muslime sind

deutsche Staatsbürger, ob Ihnen das passt oder nicht. Lediglich ein Drittel bezeichnet sich als stark gläubig. Mehr als die Hälfte ist Mitglied in deutschen Vereinen. Diese Studie zeigt aber auch eindeutig - das widerlegt Ihre permanente Falschaussage in Bezug auf Kopftuch tragende Frauen -: Lediglich die erste Generation trägt verstärkt das Kopftuch, in der zweiten Generation nimmt die Anzahl der Kopftuchträgerinnen stetig ab und liegt bei lediglich 17 Prozent. 70 Prozent aller Musliminnen tragen kein Kopftuch, genauso wie auch ich kein Kopftuch trage.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Kommen Sie bitte zum Schluss.

Gonca Mucuk-Edis (SPD): Die Bewertung der Minarette ist immer auch von modischen Strömungen abhängig. Vor 100 Jahren zum Beispiel galten Minarette als sehr schick. Damals hat ein Dresdner Industrieller eine Zigarettenfabrik in Moscheeform bauen lassen und sie nach der türkischen Stadt Yenidze benannt. Sie wird auf der Webseite der Stadt Dresden als Sehenswürdigkeit beworben. Diese Fabrik hat übrigens einen Schornstein in Form eines Minaretts - - Ich muss hier abrechnen; denn ich habe die Zeit überzogen.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Nächster Redner ist Herr Möring.

Karsten Möring (CDU): Herr Oberbürgermeister, gestatten Sie mir zu Beginn einen Rat: Vielleicht machen Sie sich einmal schlau bei Ihrem Kollegen Bezirksbürgermeister in Ehrenfeld bezüglich des Umgangs mit Teilen der Fraktion pro Köln in Zusammenhang mit deren Verhalten hier im Rat.

(Beifall bei der CDU, der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Meine Damen und Herren, es gehört schon ein gehöriges Stück Chuzpe dazu, ein Problem, das es zweifellos gibt, nämlich das des Zusammenlebens von Muslimen und

Nichtmuslimen in Deutschland, nur auf Symbole zu reduzieren, über die man sich dann aufregt.

(Beifall bei der FDP)

Wenn man ein Problem diskutieren und lösen will, muss man an den Kern gehen, statt sich an Symbolen aufzuhalten. Minarette als Symbole zu bezeichnen, ist sicherlich richtig. Aber es gehört schon ein ganzes Stück Paranoia dazu, darin eine Diskriminierung von Juden und Christen in unserem Land zu sehen.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP)

Sie als antisemitische und antichristliche Bauwerke zu bezeichnen, ist unglaublich. Ich sage das umso lieber, als wir in der Diskussion um die Kölner Moschee eine Position vertreten haben, die sich sehr wohl gegen die Höhe und gegen die Art dieses Moscheebaus gerichtet hat. Aber das hatte nichts mit der Frage zu tun, ob man ein Minarettverbot ernsthaft diskutieren sollte. Sicherlich gibt es sinnvolle Möglichkeiten, an Ort und Stelle über die Frage, wie ein Baugebiet und ein Gebäude gestaltet werden sollten, zu diskutieren. Dafür gibt es das Baurecht. Es ist völlig unsinnig, eine Regelung zu fordern, die ein Minarettverbot mithilfe des Baurechts schaffen soll.

Man kann darüber streiten, ob der Bau von Minaretten Teil der Religionsfreiheit ist oder nicht. Aber wir brauchen keine Diskussion über Symbole, sondern eine Diskussion, die die Probleme löst. Dazu ist dies nicht nur kein Beitrag; im Gegenteil: Das ist ein Beitrag, der die Probleme verdrängt und gleichzeitig die Möglichkeit schafft, populistische Hetze zu betreiben. Das lehnen wir ab und diesen Antrag auch.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Helling, bitte.

Ossi Werner Helling (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich möchte hier schwerpunktmäßig nicht über die unsägliche Medienkampagne der Schweizer Volkspartei reden, die in einem Plakat gipfelte, auf dem Minarette, die Batterien von Raketen mit Atomsprengköpfen ähnelten, und auf dem im Vordergrund stehend eine bis auf die

Augenschlitze schwarz gekleidete muslimische Frau dargestellt waren. Jeder von Ihnen, der ein bisschen etwas von Werbepsychologie versteht, weiß, dass in der Schweiz die Gleichsetzung von muslimischen Gemeinden mit der Aggressionspolitik des islamistischen Fundamentalismus bewusst erfolgte und hetzerisch war.

Ich möchte hier auch nicht schwerpunktmäßig auf die zunächst klammheimliche und jetzt offen ausbrechende Freude der Rechtsextremisten von pro Köln eingehen, die das Schweizer Vorbild nun zum Anlass nehmen, von einem europaweiten Zusammenschluss aller rechtsextremistischen Wirrköpfe zu träumen, und dies als eine zweite Auflage der Antiislamisierungskampagne hochstilisieren.

Ich möchte eher anhand des Beispiels der Schweizer Volksabstimmung über einige Probleme im Spannungsfeld von Volksentscheiden, Verfassungen und Grundrechten sprechen.

Meine Damen und Herren, seit der Aufklärung und der französischen Revolution hat sich Europa in einem sicherlich schwierigen Prozess voller Brüche herausgebildet beziehungsweise es bildet sich immer noch heraus zu einem säkularen, transnationalen, multireligiösen und multiethnischen Projekt. Ein wesentlicher Baustein dieses Europas sind die in fast allen Verfassungen der Einzelstaaten verankerten Grundrechte. Eines dieser Grundrechte ist die Religionsfreiheit, die nachweislich in Europa so geschützt ist wie nirgendwo anders auf der Welt, vielleicht noch wie in den USA.

Die Grundrechte der Verfassung sind Fundament unserer Demokratie. Demokratie aber ist mehr als blanke Statistik. Demokratie ist auch mehr als eine Abstimmungsprozedur. Insofern sind Entscheidungen, egal, ob sie von Parlamenten getroffen werden oder über Volksentscheide zustande kommen, nicht immer automatisch verfassungskonform. Gerade in jüngster Zeit haben wir in Deutschland des Öfteren zur Kenntnis nehmen müssen, dass das Bundesverfassungsgericht mit Mehrheit gefasste Entscheidungen des Deutschen Bundestages, zum Beispiel Entscheidungen zur inneren Sicherheit, wegen Kollision dieser Beschlüsse mit den Grundsätzen unserer eigenen Verfassung aufgehoben hat.

Eine Bevölkerung, die per Plebiszit fundamentale Menschen- und Freiheitsrechte missachtet, ist ganz sicher kein Leuchtturm einer ausgelebten

Demokratie. Eine verfassungsmäßige Prüfung des Schweizer Volksentscheids ist deshalb wünschenswert und unbedingt notwendig; wahrscheinlich muss diese im europaweiten Rahmen stattfinden.

In Deutschland kommt es jetzt darauf an - das haben einige meiner Vorredner schon gesagt -, die begonnenen Diskussionen um Religionsfreiheit und Moscheebau einerseits und um Integrationsfragen andererseits weiter fortzusetzen. Ich glaube, wir in Köln sind sowohl mit unseren Anstrengungen zum interreligiösen Dialog als auch mit unserem durch sehr viele Menschen in dieser Stadt erarbeiteten Integrationskonzept auf einem guten Weg, sowohl auf die Stärken als auch die Schwächen der Integration von Migranten, sei es im Kindergarten, in der Schule, im Gesundheitswesen oder im Arbeitsleben, konkret einzugehen.

Meine Damen und Herren, ich bin sicher, dass wir, wenn es in Köln eine Abstimmung in Sachen Bauverbot für Minarette gäbe, keine Angst haben müssten, dass es hier zu Grundrechte gefährdenden Mehrheiten kommen würde. Ich bin sicher, die Kölner Bevölkerung ist demokratisch und auch Grundrechte liebend genug, das Grundrecht auf Religionsfreiheit einschließlich der Sakralbauten hochzuhalten. Ich glaube, wir müssen uns diesbezüglich keine Sorgen machen. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen -
Zuruf von Manfred Rouhs [pro Köln])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich bedanke mich. - Bitte schön, Herr Görzel.

Volker Görzel (FDP): Ganz herzlichen Dank. - Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Dies ist meine zweite Rede im Rat der Stadt Köln. Als ich vor vielen Jahren mein kommunalpolitisches Interesse entdeckt habe, hätte ich es mir niemals vorstellen können, zu einem solchen Antrag in einem gewählten Parlament öffentlich Stellung nehmen zu müssen.

(Beifall bei der FDP)

Ich könnte darauf hinweisen, dass Sie in Ihrem Antrag eine satzungsrechtswidrige Klausel formuliert haben, indem Sie den Oberbürgermeister auffordern, Recht und

Gesetz, an das er nach Artikel 1 Absatz 3 Grundgesetz gebunden ist, zu missachten.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Das steht nicht auf der Tagesordnung!)

- Doch. Lesen Sie bitte Ihren Antrag, Herr Uckermann.

Ich könnte darüber sprechen, dass Ihr Antrag Artikel 4 des Grundgesetzes in keiner Weise berücksichtigt. Wir kommen nachher wahrscheinlich noch zu einem ähnlich gearteten Antrag mit der gleichen Zielrichtung, bei dem Sie auch die Hosen herunterlassen.

Ich könnte darüber sprechen, dass Ihr Antrag nicht mit europäischem Recht und schon gar nicht mit der Europäischen Menschenrechtskonvention im Einklang steht. Aber ich will all diese formellen Bedenken zur Seite stoßen.

Angst essen Seele auf! - Liebe Mitglieder der Fraktion pro Köln, ich bin Ihnen dankbar für diesen Antrag; denn mit diesem Antrag offenbaren Sie Ihr wahres Gesicht. Nicht nur, dass ich heute Ihre Kommentare ertragen muss, die Sie hier praktisch in jeder Minute zur Kenntnis geben, Sie zeigen auch der Öffentlichkeit, in welche Stoßrichtung Ihr Antrag geht. Sie offenbaren damit allerdings auch, dass Sie selbst Angst haben; denn aus Ihrem Antrag spricht Angst, ja, Paranoia. Sie scheinen nicht in der Lage zu sein,

(Jörg Uckermann [pro Köln]: „Sehr sachlich“!)

hier so aufzutreten, wie es von einem gewählten Volksvertreter erwartet wird, nämlich sich selbstbewusst und objektiv einem Problem zu nähern.

Wir als Liberale sind nicht auf einem Auge blind. Aber indem Sie Ihre eigenen Ängste benutzen, um bei anderen Menschen Ängste zu schüren, tragen Sie zur Spaltung unserer Gesellschaft bei.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, nicht nur, dass die Gesellschaft gespalten werden soll, mit diesem Antrag wird sich aufgrund seiner Tenorierung angemaßt, zu wissen, welche die richtige Religion und welche die falsche ist; das steht meines Erachtens im Mittelpunkt des Antrags. Sie stellen die Menschenwürde, das Zentrum unseres Weltbildes, infrage, indem Sie sich das Recht

herausnehmen, zu urteilen, diese eine Religion sei es nicht wert, sich in der Öffentlichkeit zeigen zu dürfen; das beinhaltet Ihr Antrag. Sie betreiben Symbolpolitik, indem Sie Symbole mit einer Religion gleichsetzen. Sie zeigen Ihre Missachtung gegenüber Menschen, die eine religiöse Überzeugung haben und die in einer Gesellschaft leben wollen, in der nicht nur jeder seine Meinung frei äußern darf, sondern in der jeder auch seine Religion frei ausüben und die Symbole derselben im öffentlichen Raum zeigen darf. Ihr Antrag ist daher nicht mit dem Leitbild der Menschenwürde unserer Gesellschaft in Einklang zu bringen.

Im Übrigen macht mir - um das Thema Angst abzurunden - Ihr Antrag auch in einer gewissen Weise Angst; denn sowohl die Wortwahl als auch die Tenorierung und insbesondere Ihre Begründung, Frau Wolter, lassen mich Schlimmes befürchten und lassen mich fragen, ob die Minarette von heute nicht die religiösen Symbole von morgen sein könnten.

Aus formellen Gesichtspunkten, aus Gründen des Verstoßes gegen die Menschenwürde und wegen des Umstands, dass hier offensichtlich gedanklich ein Grundstock gesetzt werden soll, der, wenn er denn umgesetzt würde, nichts Gutes verheißen ließe, möchte ich Sie alle bitten, diesem Antrag nicht zuzustimmen. - Ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Görzel. - Frau Demirel, bitte.

Özlem Demirel (Die Linke.Köln): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Seit dem 11. September 2001 werden immer wieder unsägliche Debatten geführt, Debatten um Kopftuchverbote, Gesinnungstests, Ehrenmorde und vieles mehr. Unter dem Motto „Jeder Moslem ein potenzieller Terrorist“ wurden Rasterfahndungen durchgeführt, Ängste geschürt und Vorurteile aufgebaut. Genau hierauf bauen die Beisicht, Wieners & Co. ihre populistische Politik auf. Ihr neuester Antrag thematisiert das Minarettverbot in der Schweiz. Sie planen dazu eine europaweit vernetzte Kampagne und wollen das als Top-Wahlkampfthema von pro NRW für die Landtagswahlen ausschlagen.

(Zuruf von pro Köln: Richtig!)

Auch wenn pro Köln und pro NRW immer wieder unterstreichen, keine neofaschistische Organisation zu sein und nichts mit Nazis wie den Republikanern, der DVU oder dergleichen gemein zu haben, ist es längst kein Geheimnis mehr, was sich tatsächlich hinter pro Köln verbirgt, nämlich altbekannte Kader, die versuchen, sich wie der Wolf mit dem Schafspelz zu tarnen.

(Zuruf von pro Köln: PKK!)

Die Biografien der Protagonisten sind eindeutig. Anzeigen im rechtsextremen Blatt *Junge Freiheit* liefern klare Indizien für die menschenverachtende Ideologie von pro Köln.

(Die Rednerin zeigt ein Schriftstück)

Hier sehen Sie die Anzeige von pro Köln für die Landtagswahl in der *Jungen Freiheit*, ein ganz klar rechtsextremistisches Blatt.

(Zuruf von pro Köln: Pfu!)

Noch deutlicher wird es auf der Homepage von pro Köln. Hier kündigen Sie an, dass am 4. Dezember eine Veranstaltungsreihe mit dem Titel: „Es kommt zusammen, was zusammengehört“ mit Markus Beisicht von pro Köln und Stephan Stritter von den Republikanern stattfinden wird.

(Zuruf von pro Köln: Oh!)

Sie schreiben auf Ihrer Homepage - ich zitiere -:

(Jörg Uckermann [pro Köln]:
Zur Sache!)

Darauf könne jetzt im entscheidenden Moment aufgebaut werden, auch im Hinblick auf künftige bundesweite Kooperationsmöglichkeiten. „Gerade nach der Schweizer Volksabstimmung über das Minarettverbot sollte allen seriösen rechtsdemokratischen Gruppierungen in Deutschland klar sein, welche große Chancen es für uns gibt, wenn wir uns einig sind und geschlossen auftreten.“

(Zuruf von pro Köln: Genau!)

Das sind neue Töne, die darauf schließen lassen, was uns in den kommenden Jahren erwarten wird.

(Zuruf von pro Köln: Jawohl!)

Meine Damen und Herren, die Debatte um das Minarettverbot hat aber noch weiter reichende Ausmaße. Ähnlich wie in den unsäglichen Debatten zum Moscheebau in Köln wird nun auch dieses Thema als *das* Top-Thema der Integrationsproblematik benannt. Das Besondere daran ist, dass die Integrationsprobleme nicht einmal ansatzweise angerissen werden, sondern dass es einfach nur darum geht, eine gesellschaftliche Spaltung herbeizuführen. Renommiertere Politiker wie Bosbach bekleckerten sich in diesen Debatten auch nicht gerade mit Ruhm. Die wahren Probleme sind andere. Solange Debatten auf kultureller, ethischer oder religiöser Basis geführt und vorangetrieben werden, bekommen die Rechtsextremen Butter aufs Brot geschmiert. Wer von Integration redet, darf zu sozialer und rechtlicher Gleichstellung nicht schweigen.

Unverschämter ist der Ton des Antrags von pro Köln, den wir hier alle gemeinsam zu missbilligen haben. Unverschämter ist er insbesondere deshalb, weil Sie damit allen Moscheegängern Antisemitismus vorwerfen. Dabei waren Sie doch diejenigen, die Holocaust-Leugner zu einer europaweiten Konferenz eingeladen haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, pro NRW tritt zu den Landtagswahlen an. Wir alle hier in Köln haben die große Verantwortung, dafür Sorge zu tragen, dass pro Köln und pro NRW sich nicht ausweiten können und dass keine rechtsextremen Gruppierungen, egal, wie sie heißen, in den Landtag einziehen können. Lassen Sie uns das gemeinsam verhindern. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln, bei Teilen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Unverschämter war hier der Ton und der Inhalt des Beitrags von Frau Demirel.

Mich wundert es, dass die CDU hier ruhig zuhört, wenn Herr Bosbach für seine mehr als richtigen Ausführungen zu den Schweizer Vorgängen angegriffen wird. Mich wundert auch, dass die CDU ruhig zuhört, dass die konservative Zeitung *Junge Freiheit*, in der regelmäßig CDU-

Bundestagsabgeordnete Artikel schreiben und Interviews geben, als eine rechtsextreme Zeitung verunglimpft wird. Aber die Selbstverleugnung der Kölner CDU geht halt ziemlich weit.

(Beifall bei pro Köln)

Ich bin froh, dass ich in der Vergangenheit noch eine andere CSU kennengelernt habe. Leider gibt es die in der Form auch nicht mehr. Deshalb gibt es die pro-Bewegung. Wir füllen das Vakuum, das Sie verursacht haben. Deswegen sind wir ja auch so gefährlich für Sie. Das ist der Punkt.

(Beifall bei pro Köln)

Ich will aber jetzt zum eigentlichen Thema zurückkehren. Die Vorredner haben auch sehr sinnvolle Punkte herausgearbeitet, beispielsweise dass es hier natürlich auch um Symbole geht. Ganz klar: Minarette sind die Symbole der Islamisierung, sie sind die Symbole einer muslimischen Landnahme, und sie sind natürlich auch - wir haben ja von einer Vorrednerin die Entstehungsgeschichte der Minarette gehört - ein Machtsymbol, wie alle seriösen Islamwissenschaftler bestätigen. Dort, wo früher Kirchen standen, wurden diese in Minarette umfunktioniert. Damit wird symbolisiert, dass hier jetzt der Islam und die Scharia herrschen. Fahren Sie doch einmal nach Griechenland und schauen sich auf den Inseln, die unter muslimisch-türkischer Herrschaft gestanden haben, an, wie den Kirchen Minarette als Siegesymbol aufgepflanzt worden sind.

Man muss nicht immer den türkischen Ministerpräsidenten Erdogan bemühen, der einmal, wie Ihnen allen bekannt sein dürfte, gesagt hat:

Die Moscheen sind unsere Kasernen,
die Minarette unsere Bajonette, ... und
die Gläubigen unsere Soldaten

um zu wissen, dass ein Großteil der Bevölkerung Angst hat, und zwar zu Recht. Angst haben nicht nur viele Einheimische, sondern auch viele europäische Zuwanderer, die sich sehr gut bei uns integriert haben. Im Ruhrgebiet leben viele polnischstämmige Menschen, die sich dort wunderbar integriert haben, die dort ganz natürlich zum deutschen Gemeinwesen gehören und die beleidigt wären, wenn man ihnen vorwerfen würde, sie wären keine richtigen Deutschen. Das nenne ich ein wunderbares Beispiel für eine gelungene Integration. Gerade auch bei diesen Menschen herrscht Angst vor

einer islamischen Landnahme und einer aggressiven islamischen Zuwanderergruppe, die sich sehr oft in Parallelgesellschaften und Ghettos abschottet. Das betrifft gerade auch die türkische Bevölkerung, die hier in unserem Land Großmoscheen mit Minaretten baut, die weithin sichtbar zeigen: Das hier ist unser Land. Das ist Scharia-Land. Hier gelten unsere Werte und Normen.

In diesem Sinne sind Minarette ein Symbol, weil mit ihnen eine tiefgreifende Veränderung unseres Landes einhergeht. Das halten wir für sehr gefährlich. Wir haben dieses Thema bewusst gewählt; denn wir sind der Meinung, Politik muss sich auch mit Symbolen auseinandersetzen. Ich kann nur immer wieder davor warnen, die Ängste und Sorgen der Bevölkerung nicht ernst zu nehmen. Sie betreiben hier Wählerbeschimpfung, wenn Sie 60 Prozent der Schweizer, die sich für ein Minarettverbot ausgesprochen haben, im Prinzip als Geistesranke, die Paranoia haben, bezeichnen so wie Sie auch uns von pro Köln als Geistesranke, die Paranoia haben, hinstellen.

(Beifall bei Teilen der SPD und
der Linken.Köln)

Mich wundert, dass das hier im Rat unwidersprochen, ohne dass es dafür eine Rüge gibt, gesagt werden darf. Ich weiß nicht, ob das der zukünftige Umgangston sein soll, wenn hier erlaubt wird, Ratskollegen als Geistesranke zu beschimpfen. Aber es ist sicherlich Aufgabe des Oberbürgermeisters, in Zukunft dagegen einzuschreiten.

Wenn sich heute einer hier entlarvt hat, dann haben Sie sich entlarvt, nämlich durch die Beschimpfung der Bevölkerung, die in dieser Sache mehrheitlich eine andere Meinung vertritt als Sie. Wir sind die Stimme der schweigenden Mehrheit. Darauf sind wir stolz.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, kommen wir jetzt zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion pro Köln. Wer gegen diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind SPD, Grüne, CDU, FDP, Dr. Müser, Herr Zimmermann und die Linke. Wer Enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Beifall bei der SPD sowie von Teilen
des Bündnisses 90/Die Grünen)

Wir kommen zurück auf das Wahlergebnis, das Ergebnis dieses Wahlmarathons. Ich darf Ihnen die Ergebnisse vorlesen:

17.1 Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH
hier: Entsendung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat
5009/2009

Es gab 91 Stimmen, eine war ungültig; es gab drei Enthaltungen. 82 Stimmen waren für den Vorschlag 1, 5 Stimmen für den Vorschlag 2. Als Mitglieder sind gewählt: Walter-Borjans, Herr Krücker, aus der Liste: Schulz, Heinen, Ensmann, Holländer, Helling, Richter.

17.3 Kliniken der Stadt Köln gGmbH
hier: Entsendung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat
4063/2009

Anzahl der abgegebenen Stimmen 91, Enthaltungen 3, Anzahl der gültigen Stimmen 88, Vorschlag 1 83, Vorschlag 5 5. Damit sind gewählt: Kahlen, Bredehorst war gesetzt, dann Paetzold. Schmerbach, Gärtner, Stupp, Barion, Peil, Houben.

Wir sind gehalten, aus dem Kreis derjenigen, die jetzt zum Thema Kliniken gewählt worden sind, den Vorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden zu wählen. Ich bitte um einen Vorschlag, wer den Vorsitz übernehmen soll.

(Michael Zimmermann [SPD] Herr Paetzold!)

– Herr Paetzold. – Und Stellvertretung?

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Herr Peil!)

– Herr Peil. – Da es sich um einen Mehrheitsbeschluss handelt, gehe ich davon aus, dass nicht geheim abgestimmt werden muss, sondern dass wir das öffentlich machen können. – Wer für den Antrag ist, Herrn Paetzold zum Vorsitzenden zu wählen, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD, Grüne, CDU, FDP, Herr Dr. Müser und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? – Bei Enthaltung der Linken und Gegenstimmen von pro Köln ist Herr Paetzold zum Vorsitzenden gewählt.

Jetzt wählen wir den Stellvertreter. Wer ist für Herrn Peil als Stellvertreter? – SPD, Grüne, CDU, FDP, Dr. Müser, Herr Zimmermann, Die Linke. Wer enthält sich? – Wer ist dagegen? –

Das ist die Fraktion pro Köln. Damit haben wir den Vorstand gewählt.

17.4 Flughafen Köln/Bonn GmbH
hier: Vorschläge für die Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern
4065/2009

Da haben wir 91 abgegebene Stimmen, 4 Enthaltungen, 87 gültige Stimmen. Vorschlag 1 82 Stimmen. Damit sind im Flughafen-Aufsichtsrat OB Jürgen Roters, Martin Börschel und Winrich Granitzka.

17.5 Wahl des Beirates bei der Unteren Landschaftsbehörde der Stadt Köln
4184/2009

Es ist so gewählt wie Vorlage. 91 Stimmen wurden abgegeben, 2 Enthaltungen. 84 votierten wie Vorlage.

17.6 Wahl der Mitglieder sowie ihrer Stellvertreter in die Verbandsversammlung und Vorschlag des Mitgliedes sowie seiner Stellvertretung für den Verbandsausschuss und die Planungsausschüsse des Zweckverbandes "Naturpark Rheinland"

Es gab 91 abgegebene Stimmen, 2 Enthaltungen, 84 für Vorschlag 1, 5 für Vorschlag 5. Damit sind Götz Bacher als Mitglied und Dr. Matthias Welpmann als Stellvertreter gewählt, daneben aus dem Bereich der Verwaltung Herr Eppenich und als Stellvertreter Herr Dr. Bauer in den Planungsausschuss Nord und Herr Eppenich und als Stellvertreter Dr. Bauer in den Planungsausschuss Süd.

17.8 "koeln.de"
hier: Besetzung des "koeln.de-Beirates"
4523/2009

Es gab 91 abgegebene Stimmen, 3 Enthaltungen. 83 haben dem Vorschlag 1 zugestimmt. Vorschlag 5 hat 5 Stimmen bekommen. Damit sind gewählt: Alfred Schultz, Sandra Kossmann, Kirsten Reinhardt, Felix Binsack und stellvertretend Jörg van Geffen, Klaus Koke, Jörg Frank und Herr Zarinfar.

17.9 Berufung der Mitglieder des Kunstbeirats für die Ratsperiode 2009 - 2014
3826/2009

Anzahl der abgegebenen Stimmen 90, Enthaltungen 4, Anzahl der gültigen Stimmen 86,

Jastimmen 81, Neinstimmen 5. Brandhuber, Halem, Hess, Horky, Löbbert, Nathan-Dorn, Odenbach und Stracke sind damit gewählt, als beratende Mitglieder Brunn, von Oppenheim, van Duiven und Domke.

**17.10 Gebrüder Coblenz Stift e. V.
Entsendung von Beiratsmitgliedern
5008/2009**

Es gab 91 abgegebene Stimmen, 3 Enthaltungen. Vorschlag 1 83 Stimmen, Vorschlag 5 5. Gewählt sind Schultes, Ensmann und Kretschmer und als Stellvertreter Schmerbach, Kienitz und Thelen.

**17.11 Bestellung von Ratsmitgliedern in den
Umlegungsausschuss der Stadt Köln
4911/2009**

Es gab 91 abgegebene Stimmen, 6 Enthaltungen, 85 gültige Stimmen. Auf Vorschlag 1 entfielen 80 Stimmen, auf Vorschlag 5 5. Damit sind gewählt: Böllinger und Henk-Hollstein sowie für die Stellvertretung Zimmermann und Gey.

**17.12 Benennung eines sachkundigen
Einwohners in den Ausschuss Kunst
und Kultur
4698/2009**

Abgegebene Stimmen 90, Enthaltungen 2, Jastimmen 83, Neinstimmen 5. Gewählt ist Herr Ludwig Theodor von Rautenstrauch.

**17.13 GIZ Gründer- und Innovationszentrum
GmbH im TechnologiePark Köln
hier: Entsendung von Stellvertretern
für den Aufsichtsrat
4914/2009**

91 abgegebene Stimmen, 2 Enthaltungen, 89 gültige Stimmen, 84 für Vorschlag 1, 5 für Vorschlag 5. Gewählt ist Jörg van Geffen. Stellvertreterin für Herrn Stüttem ist Frau Kröger.

**17.16 Sparkasse KölnBonn
Weisung an die in die
Verbandsversammlung des
Zweckverbandes Sparkasse KölnBonn
durch den Rat der Stadt Köln
entsandten Vertreter für
Abstimmungen in der
Zweckverbandsversammlung
4997/2009**

Abgegebene Stimmen 91, Enthaltungen 4, Jastimmen 82, Neinstimmen 5. Nach Punkt 5 der Vorlage hatten wir den Vorsitzenden des Verwaltungsrates zu wählen. Es wurde Martin

Börschel gewählt. Abgegebene Stimmen 91, Enthaltungen 4, Jastimmen 82, Neinstimmen 5.

Punkt 6 der Vorlage, sachkundige Mitglieder des Verwaltungsrates. Dort haben wir Zimmermann, Granitzka, Moritz, Sterck, Bentele, Mosler und Frank sowie in der Vertretung Kaske, Henk-Hollstein, Reinhardt, Houben, Bacher, Gärtner und Wolter. Abgegebene Stimmen 90, ungültige Stimmen 3, Enthaltungen 4, Jastimmen 77, Neinstimmen 6.

Aus der Mitarbeiterschaft haben wir als Mitglieder Mertens, Didschun, Biskup und Brief sowie als Vertretungen Pohl, Baedorf, Beauvoir-Nink und Mohr.

Punkt 9 der Vorlage, zweiter Stellvertreter des Vorsitzenden des Verwaltungsrates im Giroverband. Dort ist gewählt Granitzka. Es gab 91 abgegebene Stimmen, 4 Enthaltungen, 82 Jastimmen und 5 Neinstimmen.

Punkt 10 der Vorlage, Ersatzvertreter. Es wurde ebenfalls Herr Granitzka gewählt. Abgegebene Stimmen 91, Enthaltungen 5, Jastimmen 81, Neinstimmen 5.

**17.21 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Benennung eines Vertreters für
den Aufsichtsrat der KölnBäder GmbH
AN/1964/2009**

Gewählt ist Götz Bacher.

(Andreas Köhler [CDU]: Bravo!)

Nehmen Sie die Wahl an? –

Damit sind wir mit den Wahlen unter TOP 17 durch. Wir machen weiter mit den Anträgen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.8 auf:

**3.1.8 Antrag der Fraktion Die Linke.Köln
betreffend "Verhandlungskommission
zwecks Rückabwicklung des
Mietvertrages über die Messehallen-
Nord"
AN/1910/2009**

Wird das Wort gewünscht? – Herr Ludwig.

Claus Ludwig (Die Linke.Köln): Meine Damen und Herren! Seit rund zwei Monaten steht fest, dass der sogenannte Mietvertrag über die Messehallen-Nord rechtswidrig und nichtig ist. Zwei Monate hatte die Stadtspitze Zeit, Schritte einzuleiten, diesen Vertrag loszuwerden und die

Kostenbelastung für die Stadt zu reduzieren. Bisher ist von Ergebnissen und Aktivitäten nicht viel zu hören. Das kann zweierlei bedeuten. Das eine ist: Es ist nicht viel passiert. Das wäre schlecht. Es kann zum anderen auch bedeuten – vielleicht läuft das ja –: Man verhandelt eifrig hinter den Kulissen. Aber auch das wäre nicht so gut, wenn wir nichts davon hören. Denn mit Geheimverhandlungen und Geheimverträgen muss endlich Schluss sein. Alle Fakten, alle Verträge und alle Unterlagen bezüglich dieses Messegeschäftes müssen auf den Tisch. Die Debatte über die Abwicklung dieser Katastrophe muss demokratisch und öffentlich geführt werden.

Wenn wir in der Vergangenheit als Linke im Rat oder außerparlamentarisch in Bürgerinitiativen gesagt haben, dass die Stadt sofort aus dem sittenwidrigen Vertrag aussteigen kann und muss, dann haben Sie hier im Rat meistens eher entnervt reagiert: Das sei nicht möglich, sei unzulässig, vollkommen unrealistisch. Tatsache ist, dass seit dem Urteil klar ist, dass unsere Forderungen nicht nur politisch geboten und gerecht waren, sondern sogar die einzig mögliche rechtliche Handlungsoption aufgezeigt haben. Das Urteil bietet der Stadt alle Möglichkeiten, da herauszukommen.

Dazu ist auch zu sagen, dass der Esch-Oppenheim-Fonds vollständig in der Defensive ist. Wir haben, obwohl die Mietverträge nicht als rechtswidrig eingestuft wurden, eine massive Mietreduzierung bei MMC. Das Gleiche bahnt sich für die Mietverträge für einige Karstadt-Häuser an. Wir haben in den letzten Tagen den kompletten Offenbarungseid der Oppenheim-Spitze erlebt. Die BaFin untersucht, ob die Herren Krockow, Christopher von Oppenheim & Co. überhaupt eine Bank führen können, ob sie das dürfen, oder ob ihnen das grundsätzlich abgesprochen werden muss. Gerade heute Abend – das wird morgen erscheinen – meldet der *Stadtanzeiger*, dass die Herren Krockow, Christopher von Oppenheim, Baron von Ullmann & Co. sich bei ihrer eigenen Bank zu extrem günstigen Konditionen sehr viel Geld geliehen haben, 680 Millionen Euro. Das ist eher kein Konsumentenkredit. Damit haben die ihre privaten Geschäfte betrieben, zum Beispiel in ihre eigenen Immobilienfonds investiert. Diese 680 Millionen Euro können sie jetzt nicht mehr zurückzahlen. Denn die haben sie von ihrer eigenen Bank ohne Sicherheiten bekommen.

Um das Ganze zu rekonstruieren: Die leihen sich von ihrer eigenen Bank ohne Sicherheiten Geld und treiben damit ihre private Bereicherung

voran. Das heißt, diese Leute sind in jeder Hinsicht politisch, moralisch, wirtschaftlich delegitimiert und erledigt. Die geschlossenen Immobilienfonds sind als Form von Korruption und als Plünderung von öffentlichen Geldern bloßgestellt worden.

Insofern wäre es kein großes Problem, diese in die Defensive gedrängten Leute mit der Alternative zu konfrontieren, dass dieses Mietgeschäft faktisch nicht mehr existiert und dass die Stadt klar sagen kann, welche Bedingungen es gibt, um mit den Messehallen weiterzumachen.

Aus linker Sicht könnte man die Hallen entschädigungslos in öffentliches Eigentum übernehmen. Ich denke, da machen Sie nicht mit. Darüber brauchen wir auch nicht so lange zu debattieren. Weil wir diese Grundsatzdiskussion gar nicht haben wollen, können wir Ihnen einen einfachen und praktikablen Vorschlag machen, den Sie alle mittragen sollten. Denn Sie alle sollten ein Interesse daran haben, den Vertrag zu beenden. Sie alle sollten, wenn Sie zum Wohle der Stadt da sein würden, ein Interesse daran haben, die Belastung für die Stadt grundlegend und massiv zu verringern.

Insofern schlagen wir ganz bescheiden und realpolitisch vor, eine Verhandlungskommission zu benennen, die sich aus den Spitzen der Stadt, der Messe GmbH und so weiter zusammensetzt und die neu aushandelt. Wir können uns vorstellen, dass die Hallen sozusagen gekauft werden, und zwar zum Restpreis. Man hat den größten Teil schon über Mietzahlungen bezahlt. Wir alle wissen, dass die Baukosten um die 140 Millionen Euro gelegen haben. Das ist der Preis. Rechnet man davon die bisherige Miete ab, kann die Stadt übernehmen und durch Kommunalkredite gut finanzieren.

Das wäre eine gute Maßgabe für eine Verhandlungskommission. Darüber sollten wir in Gespräche treten. Ich denke, das ist ein ganz realer Vorschlag. Wir fänden es sehr bedenklich, wenn Sie diesem Vorschlag nicht zustimmen könnten und somit keine Schritte gehen, um die Belastung der Stadt zu reduzieren und die rechtlich gebotene Situation herzustellen. – Danke.

(Beifall bei LINKEN)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es dazu die Stellungnahme des Kämmerers?

Stadtkämmerer Dr. Norbert Walter-Borjans: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Ludwig, lassen Sie mich am Anfang zwei Dinge korrigieren.

Erstens. Ich habe auf die Vorschläge, die Sie bisher gemacht haben, nicht entnervt reagiert. Das will ich auch jetzt nicht tun.

Zweitens. Sie haben gesagt, die Verträge seien rechtswidrig und nichtig. Das sind sie nicht. Das hat der Gerichtshof nicht festgestellt. Vielmehr sind wir aufgerufen, vor dem Hintergrund, dass diese Verträge mit dem europäischen Recht nach Ansicht des Gerichtshofes nicht vereinbar sind, Konsequenzen zu ziehen. Wir sind nicht untätig geblieben. Das haben wir auch nicht in Geheimverhandlungen gemacht. Was wir gemacht haben, ist, zunächst einmal zu respektieren, dass der Gesprächspartner auf der europäischen Ebene die Bundesregierung ist. Aus diesem Grunde haben wir sehr schnell, nämlich noch im November, Kontakt zum Bundeswirtschaftsministerium aufgenommen. Wir waren in Bonn, wir waren in einer Videokonferenz mit Berlin zusammengeschaltet. Wir sind am 3. Dezember als Begleiter der eigentlichen Gesprächspartner aus dem Bundeswirtschaftsministerium, mit unserem Rechtsbeistand und mit Vertretern des Landeswirtschaftsministeriums in Brüssel gewesen.

Das war ein sehr konstruktives Gespräch in einer sehr konstruktiven und guten Atmosphäre mit zwei Ergebnissen, die man vielleicht schon nennen kann. Das Erste ist, dass die Kommission sehr wertgeschätzt hat, dass wir nicht dagesessen und gewartet und geguckt haben, wann die auf uns zukommen und was sie von uns erwarten. Vielmehr sind wir aktiv geworden.

Das Zweite, was deutlich geworden ist, ist, dass die Kommission vor dem Hintergrund dieses Richterspruches einen Respekt erwartet, also keinen Umgang dergestalt, dass man das auf die leichte Schulter nimmt. Deswegen ist die Kommission daran interessiert, dass wir nicht alles, was wir miteinander besprechen, jede Einschätzung der Gesprächsatmosphäre, auf dem freien Markt austauschen. Es ist sehr klar geworden, dass man um eine praktikable Lösung bemüht ist. Das heißt, keiner geht davon aus, dass die Verträge aufzulösen und die Hallen abzureißen sind. Auf der anderen Seite geht man aber auch ganz klar davon aus, dass man nicht einfach Verträge auflöst und zu denselben

Konditionen wieder abschließt. Vielmehr muss jetzt ein Weg gefunden werden, der praktikabel ist und der auch das Interesse der Messe an Stabilität aufnimmt und zur Kenntnis nimmt und mit dem wir diesem Richterspruch Genüge tun können.

Vor diesem Hintergrund bitte ich darum, nicht eine Verhandlungskommission aufzusetzen. Was jetzt zu machen ist, ist, vor dem Hintergrund dieses Spruches mit Fingerspitzengefühl nach Lösungen zu suchen. Dazu gehören die Dinge, die Sie in den Punkten 2 bis 4 beschrieben haben, ohne Weiteres. Natürlich ist mit dem, was Sie Immobilienfonds nennen, was eine GbR ist, zu reden. Natürlich muss man jetzt mit dem Vermieter darüber reden, wie man mit dem Mietvertrag umgeht, welche Konsequenzen, die von der Kommission hingenommen werden, zu ziehen sind.

Ich finde es völlig richtig, dass Sie sagen: Wir wollen über die Gesprächsergebnisse zeitnah und regelmäßig informiert werden. Aber es gibt im Übrigen als eine Option die Möglichkeit, die Hallen anzukaufen. Es gibt zwei Möglichkeiten, den Vertrag aufzulösen. Nach unserer Ansicht ist es im Augenblick die praktikablere Lösung, dass man auflöst und eine andere Form der vertraglichen Vereinbarung findet. Die andere Option ist, über einen Ankauf zu sprechen.

Wenn das Realität werden könnte, müsste man sicher abschätzen können, wie der Wert der Hallen ist. Was aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt aus meiner, aus Sicht der Verwaltung absolut kontraproduktiv wäre, wäre eine große Verhandlungskommission, die jeden Schritt erst noch miteinander und dann mit dem Vertragspartner ausfechten muss. Es würde keinen Sinn machen – das haben wir hier schon mehrfach zur Diskussion gehabt; das ist immer wieder abgelehnt worden –, auf der Grundlage irgendwelcher ominöser Wertgutachten, die es irgendwo geben soll, die uns nicht zur Verfügung stehen und die uns wahrscheinlich auch nicht zur Verfügung gestellt werden, zu reden. Es ist nicht sinnvoll, im Vorhinein Wertgutachten zu machen. Worauf es jetzt ankommt, ist, dass wir die Gespräche aufnehmen. Wir haben sehr deutlich gemacht, dass wir alles tun werden, um die Kommission nicht in die nächste Stufe zu setzen, das heißt wieder in eine Stufe, in der sie klagen würde und wo dann mit den Konsequenzen zu rechnen wäre, die immer wieder durch die Öffentlichkeit gegeistert sind, die mit Zwangsgeldern und anderen Dingen zu tun haben.

Darum geht es: keine Kommission. Eine Berichterstattung finden wir richtig. Das sollte man vielleicht auch so machen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Dr. Walter-Borjans. – Gibt es Ergänzungen? – Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Ich will das hier abkürzen und mit einem Vorschlag verbinden. Wir stimmen dem Kämmerer vollständig darin zu, dass es sich um eine sehr sensible Angelegenheit handelt und dass Handelnde die Bundesrepublik, vertreten durch ihre Regierung, ist und es nicht um ein Verfahren geht, das ausschließlich zwischen der EU und der Stadt Köln zu laufen hat. Insofern ist eine Reihe von Vorschlägen im Antrag der Linken nicht zielführend. Deshalb müssen wir uns darauf konzentrieren, dass die Gespräche nicht auf dem Marktplatz stattfinden können, dass sie mit der entsprechenden Sensibilität weitergeführt werden. Sie finden längst statt. Auch mit dem Fonds werden sie geführt.

Deshalb folgender Vorschlag: Wir sollten – erstens – im Finanzausschuss im nichtöffentlichen Teil eine regelmäßige Berichterstattung über den Verlauf der Verhandlungen vonseiten der Verwaltung, vonseiten des Kämmerers erhalten. Wir sollten – zweitens – die Prüfvorschläge 2 und 3 aus dem Antrag in den Finanzausschuss verweisen. Die sind zum Teil längst in Rede. Aber man kann im Finanzausschuss damit entsprechend umgehen, wenn man den weiteren Verlauf kennt.

Mein Vorschlag lautet also: regelmäßige Berichterstattung im Finanzausschuss und Verweis von Ziffern 2 und 3 in den Finanzausschuss.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dazu Herr Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Wir können damit leben. Wir können so verfahren. Das findet unsere Zustimmung.

Zwei Anmerkungen, Herr Walter-Borjans. Ich freue mich, dass es zumindest eine kleine Verhandlungskommission gibt. Sie haben von

einer großen gesprochen, die es nicht geben sollte. Aber die ganz kleine gibt es, nämlich in Ihrer Person. Insofern sind wir damit auch zufrieden.

(Lachen bei CDU und Bündnis 90/Die Grünen)

Sie sollten es nicht so machen wie der Oberbürgermeister Schramma damals, der mit der Messe nicht gesprochen hat. Ich gehe davon aus – das merkt man am Tonfall –, Sie reden sehr eng mit der Messe. Insofern bin ich eigentlich ganz zufrieden.

Zweite Anmerkung. Bitte sorgen Sie dafür, dass das eine oder andere Ratsmitglied sich das Wertgutachten der Sparkasse einmal ansieht und dass Sie auf jeden Fall gut unterrichtet sind. – Danke schön.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Detjen. – Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Rouhs.

Manfred Rouhs (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich habe extra meine Kampfstrickjacke angezogen und habe mir bis morgen früh um 3 Uhr nichts weiter vorgenommen.

(Beifall bei pro Köln)

Wenn Sie hier schon in medias res gehen und sich mit uns auseinandersetzen wollen – Sie haben ja erklärt, dass Sie das wollen –, dann sollen Sie auch bekommen, was Sie brauchen. Dafür garantieren wir.

Im Übrigen gibt es zwei Möglichkeiten, Politik zu machen. Man kann Politik mit oder ohne Scheuklappen machen. Wir haben uns von Anfang an dafür entschieden, Politik ohne Scheuklappen zu machen. Das schließt selbstverständlich ein, dass wir gute und vernünftige Anträge positiv bescheiden, unabhängig von der Frage, ob sie vielleicht von unvernünftigen Leuten eingebracht werden. Das bedeutet, dass wir überhaupt kein Problem damit haben, diesem Antrag der Fraktion Die Linke zuzustimmen, auch im Ausschuss, auch dem, was im Weiteren aus diesem Antrag werden wird.

Das unterscheidet uns von Ihnen. Denn es ist geradezu absurd, wie Sie es umgekehrt handhaben und krampfhaft darauf aus sind,

selbst dann, wenn Sie mit den Inhalten, die von meiner Fraktion eingebracht werden, im Einzelnen vielleicht sogar konform gehen, die Anträge trotzdem ablehnen, nur weil der Antragsteller eine Fraktion ist, die zwar demokratisch genauso legitimiert ist wie jede andere, deren Inhalten Sie aber aus prinzipiellen Gründen nicht zustimmen wollen, weil Sie die Fraktion als solche ablehnen.

Allerdings habe ich genau zugehört, als Herr Ludwig den Antrag, an dessen Qualität sich dadurch nichts ändert, vorgetragen hat und den Kern seiner politischen Gesinnung noch einmal hat deutlich werden lassen. Herr Ludwig sprach nämlich davon, dass er am liebsten begehrt hätte, die Hallen, wie sie da stehen, in Volkseigentum zu übernehmen, entschädigungslos. Er glaubt wohl im Ernst, auf diese Art und Weise sei der Allgemeinheit etwas Gutes getan. Worauf das hinauslaufen würde, ist sehr leicht nachvollziehbar. Am Ende haben wir dann ein Komitee, vielleicht sogar ein kleines Zentralkomitee, das entscheidet, was mit den Messehallen gemacht werden soll. Es wird dann von oben nach unten eine Verwaltung eingesetzt, die mit privatwirtschaftlichen Prinzipien nichts zu tun hat. Die soll dann dafür sorgen, dass der Messebetrieb läuft.

Wie so etwas im wirklichen Leben scheitert, haben wir uns nach einem 40-jährigen Experiment auf einem Teil des Gebietes unseres Landes ansehen können, wo 17 Millionen Menschen Gefangene solcher Ideologen gewesen sind. Dieses Konzept hat das eigene Scheitern wahrlich unter Beweis gestellt.

Aber Ansätze dieses Konzeptes sind nicht in dem Antrag enthalten. Da muss an die Adresse der Linksfraktion attestiert werden, dass Sie den Finger durchaus an der entscheidenden Stelle auf die Wunde legen. Denn es ist in der Tat nötig – hier muss ich den Vertretern der Verwaltung widersprechen, die meinen, dass vonseiten der Stadt Köln von Anfang an aktiv alles getan worden wäre, um Recht und Gesetz zur Geltung zu verhelfen –, dass in Köln die entscheidenden Schritte unternommen werden, um dafür zu sorgen, dass die Verträge rückabgewickelt werden. Nichts anderes ergibt sich aus den Entscheidungen, die auf europäischer Ebene getroffen worden sind. Wenn das Zustandekommen der Verträge mit zwingenden rechtlichen Vorschriften nicht vereinbar ist, dann müssen an deren Stelle andere vertragliche Vereinbarungen treten, denen das Merkmal der Rechtskonformität zukommt. Wer sollte ein Mandat haben, um Verhandlungen über solche

Verträge zu führen, wenn nicht wir als Rat der Stadt Köln und wenn nicht die Verwaltungsbeamten, die wir mit den entsprechenden Aufträgen versehen müssen?

Deshalb, meine Damen und Herren, ist dieser Antrag richtig und vernünftig. Deshalb hat meine Fraktion kein Problem damit, über politische und weltanschauliche Grenzen hinweg diesem guten und vernünftigen Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung über diesen Antrag, und zwar den weitergehenden Antrag von SPD und Grünen, Stichwort: regelmäßige Berichterstattung im Finanzausschuss und Verweisung von Ziffern 2 und 3 in den Finanzausschuss. Wer ist gegen diesen mündlichen Antrag von Grünen und SPD? – Ich sehe keine Gegenstimme. Wer Enthaltung? – Keine Enthaltung. Damit ist er einstimmig in den Finanzausschuss verwiesen.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

3.1.9 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Gesundheitlicher Verbraucherschutz in Köln" AN/1889/2009

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion Die Linken.Köln AN/1958/2009

Stellungnahme der Verwaltung vom 15.12.2009 5199/2009

Gibt es Wortmeldungen? – Bitte schön, Herr Bartsch.

Bürgermeister Hans-Werner Bartsch (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch wenn es schon spät ist: Verbraucherschutz geht uns alle an, ist eine wichtige Sache. Niemand möchte Gefahr laufen, vergammelte oder gesundheitlich bedenkliche Ware einzukaufen oder Fleisch vorgesetzt zu bekommen, das diesen Namen nicht verdient. Wir erinnern uns noch gut an die Rapsölvergiftungen in Spanien oder den Glühweinskandal in Österreich. Das sind Missbräuche an Lebensmitteln, die

vorgekommen sind, aber weiterhin noch vorkommen werden. Warum ist das so? Das Interesse, mit Waren viel Geld zu verdienen, ist nicht immer mit den Interessen des Verbrauchers, eine gute Qualität geliefert zu bekommen, zu vereinbaren. Dort, wo gegensätzliche Interessen aufeinander treffen, hat der Staat als Regulativ Kontrollaufgaben wahrzunehmen. Der Verbraucher muss geschützt werden. Er muss sich darauf verlassen können, dass diese Aufgaben ernst genommen werden.

Auf Bundes- und Landesebene wird diese Aufgabe ernst genommen. Dafür gibt es entsprechende rechtliche Bestimmungen und Verordnungen. Es gibt also klare Regeln. Aber wie ist die Situation hier in Köln? Nimmt die Stadtverwaltung diese Aufgaben tatsächlich auch ernst? Wichtig ist: Der gesundheitliche Verbraucherschutz ist dann effektiv, wenn regelmäßig und in nicht allzu langen Abständen Betriebskontrollen und Probenuntersuchungen durchgeführt werden. Hersteller und Händler dürfen nicht das Gefühl bekommen, dass es Freiräume gibt, die sie für sich nutzen können.

Es muss also kontrolliert werden. In den Aufgabenbereich der Lebensmittelüberwachung in Köln fallen rund 12.500 Betriebe, vom Kiosk über Einzel- und Großhandel bis hin zur Bäckerei und zum Imbissbetrieb. Jährlich müssen 20.000 Kontrollen durchgeführt werden. Mit dem vorhandenen Personalstand – zwölf Lebensmittelkontrolleure und drei Assistenten – sind aber lediglich 8.000 Kontrollen pro Jahr zu realisieren. Dabei haben die Lebensmittelkontrolleure im Landesdurchschnitt rund 500 bis 600 Betriebe zu überwachen. In Köln liegt diese Zahl derzeit bei 1.000 Betrieben.

Das bedeutet, die Stadt Köln setzt erheblich zu wenig Personal ein, um diese wichtigen Aufgaben durchzuführen. Damit können wir dem hohen Anspruch auf Qualitätssicherung in der Lebensmittelherstellung und -verarbeitung sicher nicht gerecht werden. Im NRW-weiten Vergleich hat damit Köln in Sachen Personalausstattung bei der Lebensmittelüberwachung die rote Laterne übernommen, und das bei deutlich gestiegenen gesetzlichen Anforderungen, steigenden Verbraucherbeschwerden – im letzten Jahr waren es 900 Fälle – sowie einer steigenden Fluktuation bei den Händlern, was mehr Aufwand durch wechselnde Ansprechpartner bedeutet.

Zudem muss beachtet werden, dass weiteres Personal durch Erweiterung der

Grenzkontrollstelle am Flughafen Köln–Bonn und der Benennung der Stadt Köln als so genannter benannter Eingangsort für Futter- und Lebensmittel aus Drittländern in die EU notwendig werden wird.

Dies, meine Damen und Herren, lässt nicht den Schluss zu, Verbraucherschutz ist in Köln in guten Händen oder wird im notwendigen Maße ernst genommen. Dass dies so nicht bleiben darf, werden Sie mir sicherlich zugestehen.

Problematisch ist daher auch, dass der Oberbürgermeister bzw. die Verwaltung in Kenntnis dessen offensichtlich nicht beabsichtigen, diese Situation wesentlich zu verändern. Sonst wäre die Mitteilung des Oberbürgermeisters an den Ausschuss für Umwelt und Grün am 03.12.2009 anders zu verstehen. Ich zitiere:

Aufgrund der Betriebszahl von durchschnittlich 1.000 Betrieben pro Lebensmittelkontrolleur ist auch weiterhin nur in geringem Umfang eine stichprobenartige Überwachung möglich und nicht in der Kontrollfrequenz, wie nach der Risikobewertung vorgegeben.

(Winrich Granitzka (CDU): Hört, hört!)

Meine Damen und Herren, eine solche Aussage ist ernüchternd. Sie zeigt auch, dass es Köln nicht geschafft hat, die rechtlich vorgesehenen Kontrollen zu erfüllen. Zudem werden keine Perspektiven aufgezeigt, wie das Problem gelöst werden könnte, und das vor dem Hintergrund, dass bereits Anfang 2007 die Personalprobleme im Rahmen einer fachaufsichtlichen Prüfung durch das Land festgestellt wurden.

Es stellen sich also die Fragen: Warum hat es Köln bis heute nicht geschafft, diese Situation nachhaltig zu verbessern? Sind überhaupt entsprechende Maßnahmen eingeleitet worden? Was ist Köln der Verbraucherschutz eigentlich wert?

Eine bloße Stellenzusetzung ist nicht ausreichend. Die Stellen müssen auch besetzt werden. Eine vorausschauende Personalplanung muss erkennbar werden. Dies ist zurzeit leider noch nicht erkennbar. Die Reaktion der Verwaltung: Sie verweist auf Fachkräftemangel, da bisher zu wenig Lebensmittelkontrolleure ausgebildet worden wären. Merkwürdig ist nur, warum alle anderen Städte und Kreise das besser machen können als Köln.

Die CDU-Fraktion ist daher der Meinung, dass ein solcher Zustand unhaltbar ist und weder den Bürgerinnen und Bürgern noch den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Lebensmittelüberwachung zuzumuten ist. In Sorge um die Gesundheit der Kölner und Kölnerinnen fordern wir daher von Ihnen, Herr Oberbürgermeister, dieses Problem so schnell wie möglich anzugehen und zu beseitigen.

Meine Damen und Herren, wir bitten Sie, unserem Antrag zuzustimmen. Den Zusatzantrag von den Linken können wir schadlos übernehmen oder anfügen. Wir sind zwar der Meinung, dass die Personalausreibungen in dieser Form eigentlich schon berücksichtigt werden. Aber wenn das gewünscht wird, können wir das ruhig mittragen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Zimmermann.

Michael Zimmermann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Angesichts der fortgeschrittenen Stunde möchte ich einfach nur eine Frage stellen, und zwar an die zuständige Beigeordnete. Die CDU unterstellt in diesem Antrag, dass die erforderlichen Lebensmittelkontrollen entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Verbraucher in Köln nicht durchgeführt werden, das heißt, dass wir gegen die gesetzlichen Bestimmungen verstoßen.

(Hans-Werner Bartsch [CDU]: Nicht ausreichend!)

– Nicht ausreichend durchgeführt werden. – Es gibt gesetzliche Bestimmungen. Meine Frage lautet: Werden diese gesetzlichen Bestimmungen in Köln eingehalten? Wenn die Beigeordnete das mit Ja beantwortet, ist der Antrag für uns im Grunde erledigt. Wenn sie es anders beantwortet, werden wir entsprechend anders stimmen müssen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Bredehorst, bitte.

Beigeordnete Marlis Bredehorst: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren!

Ich weiß nicht, ob ich die zuständige Beigeordnete bin, weil ich nicht die für Organisation zuständige Beigeordnete bin. Aber ich bin natürlich für die Lebensmittelkontrollen die fachlich richtige Beigeordnete. Lassen Sie mich, bevor ich die Frage beantworte, Herr Zimmermann, drei Sätze zu der Rede von eben sagen.

Unter Oberbürgermeister Schramma hatte Köln lange Zeit die rote Laterne. Sie wissen, dass ich 2007 diesen Bereich übernommen und relativ schnell dafür gesorgt habe, dass wir eine Beschlussvorlage in diesem Rat vorgelegt haben. In dieser Beschlussvorlage sind die Missstände, die wir damals hatten, offengelegt worden: dass wir hier in Köln viel zu wenig Lebensmittelkontrolleure hatten. Wir haben ein Stufenkonzept vorgelegt. Sie selbst wissen, dass man Lebensmittelkontrolleure nicht einfach auf der Straße bekommen kann. Es gibt keine fertig ausgebildeten, weil alle Städte zu wenig haben. Man muss ausbilden. Man kann natürlich nur so viel ausbilden, dass man nebenbei auch noch arbeiten kann. Insofern haben wir gesagt, wir können höchstens fünf auf einmal ausbilden. Im Moment bilden wir sogar sieben aus. Wir haben ein Stufenkonzept vorgelegt, das besagt, dass im Jahre 2012 die Sollstärke erreicht ist. Sie wird auch erreicht sein. Wir sind völlig im Soll. Sie, liebe Damen und Herren von der CDU, zumindest einige von Ihnen, haben in der alten Ratsperiode diesem Beschlussvorschlag zugestimmt. Das heißt, der ganze Rat hat mit großer Mehrheit 2007 diesem Stufenkonzept zugestimmt. Wir bewegen uns ganz normal im Rahmen dieses Stufenkonzeptes.

Zur Frage von Herrn Zimmermann. Selbstverständlich werden hier Recht und Gesetz eingehalten.

(Andreas Köhler [CDU]: Das war gar nicht die Frage!)

Ich darf noch eines zum Zusatzantrag sagen. Der erste Teil beschreibt die Frage der Ausschreibung. Natürlich machen wir viel mehr, als in dem Antrag steht. Zu der Frage der aus der DDR kommenden Hygieneinspektoren: Die sind als Lebensmittelkontrolleure natürlich nicht geeignet. Man kann solche Leute ausbilden. Aber Bewerber, die wir ausbilden können, haben wir genug. – Vielen Dank.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Houben.

Reinhard Houben (FDP): Herr Oberbürgermeister! Herr Bürgermeister Bartsch! Wir können Ihrem Antrag durchaus zustimmen. Nur muss ich Ihre breiten Ausführungen politisch als Kritik an der letzten Führung der Kölner Verwaltung bewerten. Oder habe ich das falsch verstanden? – Danke schön.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Der Eindruck, den der Vorredner gerade vorgetragen hat, drängt sich einmal förmlich auf. Man hat den Eindruck, dass die antragstellende Fraktion primär daran interessiert ist, sich in der Presse damit wiederzufinden. Tatsächlich eine Verbesserung für die Bevölkerung ist aus dem Beschlusstext nicht zu entnehmen. Darum haben wir uns erlaubt, diesen Antrag zu konkretisieren, damit für die Leute etwas Anständiges herkommt.

(Beifall bei pro Köln)

Wir möchten die Verwaltung beauftragen, zu prüfen, ob es möglich ist, eine Liste mit den Gammelfleischverkäufern insbesondere im Internet zu veröffentlichen. Das Land Berlin bzw. die Kommunen in Berlin haben das gemacht. Insbesondere die Dönerbuden, die solche Gammelfleischsachen anbieten, werden im Internet veröffentlicht. Allein diese abschreckende Maßnahme verhindert, dass Leute überhaupt auf die Idee kommen, Gammelfleisch anzubieten. Eine mit 50 Euro bewehrte Ermahnung ist den Leuten egal. Aber im Internet veröffentlicht zu werden, schreckt viel mehr ab.

Von daher meinen wir, das Thema ist wichtig. Es sollte nicht ein beliebiger Beschluss sein. Es soll etwas Konkretes dabei herkommen. Wir bitten Sie um Zustimmung.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Stahlhofen.

Gisela Stahlhofen (Die Linke.Köln): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich muss doch noch eingreifen. Wir

haben zwar zwölf Lebensmittelkontrolleure, drei Kontrollassistenten, einen Fleischkontrolleur. Ich hoffe, dass Sie in der Weihnachtszeit nicht allzu gierig auf Thüringer Bratwürste sind. Ich wäre da ein bisschen vorsichtig.

Wir haben sieben Auszubildende. Das heißt letztendlich, wenn man das weiterdenkt, dass alle Auszubildenden, die die Prüfung bestehen, übernommen werden müssen und alle Mitarbeiter im Dienst bleiben müssen, damit wir auf das Soll von 23,5 Mitarbeitern kommen. Es darf aber auch keiner Urlaub nehmen, es darf keiner krank werden oder gar auf eine Fortbildung gehen. Darum ist es wichtig, dass wir eine Reserve schaffen. Wir haben recherchiert, dass landesweit scheinbar ein bedauerlicher Mangel zu verzeichnen ist. Aber die Website der Stadt Köln zeigt keine ausgeschriebene Stelle an. Auch die Internetseiten des Bundesverbandes der Lebensmittelkontrolleure e. V. oder vom Landesverband NRW oder Bezirksverband Köln zeigen keine Stellenausschreibung. Eine überregionale Suche würde sich absolut empfehlen.

Zu jenen Inspektoren haben Sie schon etwas gesagt. Trotz alledem ist das eine Voraussetzung, um Lebensmittelkontrolleure darüber zu qualifizieren.

Das war's. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei LINKEN)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Welpmann.

Dr. Matthias Welpmann (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Der Kernvorwurf, der hier potenziell im Raum steht, ist der eines Organisationsverschuldens der Stadt. Das hat Herr Zimmermann gerade schon angesprochen. Wenn die Stadt Köln nach dem Bekanntwerden der nicht ausreichenden Besetzung der Stellen in diesem Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes im Jahre 2007 nicht gehandelt hätte und nicht ein Stufenkonzept beschlossen hätte, um diese Defizite in einem strukturellen Prozess abzubauen, dann hätten wir heute in der Tat eine politische Diskussion zu führen. Das würden wir vonseiten der Grünen durchaus vehement tun. Wir waren im Jahre 2007 maßgeblich daran beteiligt, dass das Thema überhaupt auf die Agenda kam. Aber nach dem Ratsbeschluss im Dezember 2007

haben wir, wie Frau Bredehorst eben dargestellt hat, mit der Abarbeitung dieser Missstände begonnen und machen das jetzt so schnell es geht. Es ist offensichtlich, dass man bei 15 oder 16 fertig ausgebildeten Lebensmittelchemikern nicht 20 gleichzeitig neu ausbilden kann. Das kann man nur in einem strukturierten Prozess über einen gewissen Zeitraum machen. 2012 werden wir voraussichtlich die Sollstärke erreicht haben, und damit wird das Problem erledigt sein.

Damit sehen wir: Hier ist aktuell kein Handlungs- oder Diskussionsbedarf. Wir können die Verwaltung nur auffordern, das Konzept weiter durchzuführen und die Stellen, die dort geschaffen werden, zu behalten. Insofern ist die Anmerkung von Frau Stahlhofen völlig richtig. Ab 2012 haben wir dann einen optimalen Zustand. Bis dahin müssen wir uns mit einer etwas geringeren Stärke zufrieden geben. Aber wir sehen keine Alternative. – Danke.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. – Dann kommt Herr Granitzka, bitte.

Winrich Granitzka (CDU): Herr Oberbürgermeister! Ich möchte der Dezernentin eine Frage stellen. Frau Bredehorst, ist das Zitat, das mein Kollege gebracht hat, richtig? Es lautete:

Aufgrund der Betriebszahl von durchschnittlich 1.000 Betrieben pro Lebensmittelkontrolleur ist auch weiterhin nur in geringem Umfang eine stichprobenartige Überwachung möglich und nicht in der Kontrollfrequenz, wie nach der Risikobewertung vorgegeben.

Erstens. Wenn Sie jetzt von einem Stufenplan reden: Müssen wir noch bis 2012 Gammelfleisch auf dem Teller haben?

Zweitens. Was heißt „auch weiterhin“? Wie lange sollen wir das der Kölner Bevölkerung noch zumuten?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Bredehorst.

Beigeordnete Marlis Bredehorst: Die Schlussfolgerung, die Sie ziehen, Herr Granitzka, ist falsch. Wir müssen kein

Gammelfleisch auf dem Teller haben. Das wissen Sie auch. Ich kann aber auch sagen – das wissen Sie auch, Sie waren schon im damaligen Rat Ratsmitglied und haben den Beschluss 2007 selbst mitgetragen –: Dort ist offengelegt worden, dass wir im Moment noch nicht in voller Frequenzstärke prüfen können, wie es eigentlich gemacht werden sollte. Das heißt aber nicht, dass nicht geprüft wird.

(Andreas Köhler [CDU]: Aber nicht ausreichend geprüft!)

Das heißt überhaupt nicht, dass keine Kontrollen gemacht werden.

(Andreas Köhler [CDU]: Das war auch die Frage von Herrn Zimmermann!)

– Sehen Sie, Herr Köhler, deswegen haben Sie damals auf meinen Vorschlag hin einen Stufenplan verabschiedet. Genau dieses ist es.

Ich bin froh, dass wir bis dahin so geschickt unsere Menschen einsetzen, auch die Auszubildenden – es ist im Übrigen in der gesamten Verwaltung üblich, dass die Auszubildenden schon Verwaltungstätigkeiten machen, auch in diesem Bereich –, dass in der letzten Zeit tatsächlich große Skandale in Köln nicht passiert sind.

(Winrich Granitzka [CDU]: Nicht wahrgenommen wurden!)

– Das stimmt nicht. – Es wird natürlich kontrolliert. Es wird mit Sachverstand kontrolliert. Ich bitte Sie zurückzunehmen, dass hier Gammelfleisch auf den Tisch kommt.

(Winrich Granitzka [CDU]: Ich habe hier einen Stock tiefer Gammelfleisch gegessen!)

– Das stimmt nicht.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das können Sie gar nicht beurteilen, wenn Sie nicht kontrollieren!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen dann zur Abstimmung über diesen Antrag.

Wir haben zunächst einen weitergehenden Antrag der Fraktion pro Köln mit der Zielsetzung, eine Liste von „Gammelfleischbetrieben“ zu veröffentlichen. Wer ist gegen diesen Antrag? –

SPD, Grüne, CDU, FDP, Herr Dr. Müser, die Linke ebenfalls.

Dann kommen wir zum eigentlichen Antrag. Ich frage Die Linke, ob Sie das jeweils als einheitlichen Antrag zusammenfassen möchten, wie das vonseiten der CDU vorgeschlagen wurde. –

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Ist okay!)

Dann stimmen wir über den Antrag der CDU mit den Ergänzungen ab, die von der Fraktion Die Linke gekommen sind. Wer ist gegen den Antrag, den ich gerade genannt habe? – Pro Köln, die Grünen, die SPD. Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Bernd M. Schöppe [pro Köln]: Woher wollen Sie das wissen?)

Wir kommen dann zum nächsten Tagesordnungspunkt:

**3.1.10 Antrag der Fraktion pro Köln
betreffend "Reduzierung der
Dezernate"
AN/1900/2009**

Ist dazu eine Wortmeldung vorgesehen? – Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Unser Antrag wäre vor der Wahl von Herrn Frank zum neuen Stadtkämmerer noch etwas sinnvoller gewesen. Aber die Reihenfolge wurde verändert. Wir hatten ursprünglich beantragt, aufgrund der Haushaltsmisere Geld einzusparen und statt einen neuen Finanzdezernenten zu wählen, der ab 2011, wenn der Nothaushalt verkündet wird, sowieso nicht mehr viel machen kann, sondern im Prinzip nur noch die Vorgaben des Regierungspräsidenten und des Haushaltssicherungskonzeptes umsetzen muss, das Amt durch den Wirtschaftsdezernenten weiterführen zu lassen. Dafür haben wir auch einen weitaus besser qualifizierten Mann in der Stadtregierung.

Der Antrag ist jetzt insofern nicht mehr umzusetzen. Ich würde ihn aber umformulieren: dass man bei nächster Gelegenheit, wenn es durch Wahlen wieder möglich ist, die Dezernentenstellen Wirtschaft und Finanzen zusammenlegt. Ich bitte um Ihre Zustimmung. Ich vermute allerdings, dass Sie uns die verweigern werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist gegen den Antrag von pro Köln? Das sind SPD, Grüne, CDU, die Linke und die FDP. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zu TOP 3.1.11:

**3.1.11 Antrag der Fraktion pro Köln
betreffend "Einhaltung des
Tierschutzgesetzes"
AN/1901/2009**

Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Fraktion pro Köln nimmt sich eines Themas an, das durchaus vielen nicht bekannt ist, aber in Köln ein großes Problem ist. Es geht um das Schächten in Privatwohnungen. Konkret heißt es in unserem Antrag:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, im Vorfeld des islamischen Opferfestes im Jahr 2010 verstärkt Maßnahmen zu ergreifen, die das Schlachten (hier: Schächten –

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Sie haben doch vorhin gegen den Antrag zur Lebensmittelkontrolle gestimmt!)

– Dann haben Sie das falsch verstanden. Ich habe selber einen Antrag gestellt.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Sie haben nichts verstanden!

– Nein, Sie haben nichts verstanden. Wir haben den Antrag gestellt, dass die Gammelfleischdönerbuden, die auffällig geworden sind, im Internet veröffentlicht werden. Das hat abschreckenden Charakter. Der Bürger kann sich informieren. Damit haben wir etwas für die Leute getan.

Jetzt mache ich hier weiter, wenn es erlaubt ist, Herr Detjen.

– Schlachten ... durch Ausbluten) insbesondere in Privatwohnungen verhindern.

Konkret muss man sich das so vorstellen: Jedes Jahr werden in Köln zu diesem sogenannten Opferfest im Sanitärbereich von Privatwohnungen – Badewanne, Dusche oder sonst wo – Tiere geschlachtet. Das geschieht auf die brutale Art, dass dort dem lebenden Tier, einem Schaf oder einem Hammel, mit einem Messer die Kehle durchgeschnitten wird. Das Tier blutet komplett aus. Es ist sogar so, dass das der jüngste Sohn im Alter von sechs Jahren in einer Familie zu tun hat. Das ist eine Art religiöser Pflicht. Diese enorme Tierquälerei, für die jeder andere angezeigt und entsprechend bestraft würde, ist in Köln leider Realität.

Es ist Aufgabe der Stadtverwaltung, diese Tierquälerei zu verhindern, zumal das gesetzlich schon verboten ist.

(Beifall bei pro Köln)

Es hat noch einen weiteren Effekt. Das geronnene Blut dieser Tiere richtet Schäden am Abwassersystem an. Das schädigt uns alle. Die Gebühren hat die Allgemeinheit zu tragen. Das ist ebenfalls nicht hinnehmbar.

Eben hatten wir die Frage: Was ist Religionsfreiheit? Hier muss man die Frage stellen: Darf man im Namen der Religionsfreiheit kriminell sein? Unsere Gesetze gelten für alle. Zuwanderer, die das nicht akzeptieren, haben in diesem Land dauerhaft keinen Platz. – Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es Wortmeldungen dazu? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist gegen den Antrag der Fraktion pro Köln? – Das sind SPD, Grüne, CDU, FDP und die Linke. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

3.1.12 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Ablehnung der geplanten Gebührenerhöhungen" **AN/1904/2009**

Verbunden werden damit die TOPs 6.2.1, 6.2.3 und 6.2.4, wie zu Beginn der Sitzung beschlossen:

6.2.1 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)

Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage sowie die Entsorgung von Schmutzwassergruben **4256/2009**

6.2.3 3. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungssatzung - StrReinS -) **4687/2009**

6.2.4.3. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallgebühren in der Stadt Köln (Abfallgebührensatzung - AbfGS -) **4701/2009**

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.Köln **AN/1906/2009**

Herr Rouhs.

Manfred Rouhs (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Im Zusammenhang mit Gebührenerhöhungen bei städtischen Unternehmen machen immer wieder seltsame Ansichten die Runde, die mit Erfahrungen kollidieren, die in Privatunternehmen gemacht werden. Das betrifft beispielsweise die öffentlichen Bäder. Dort heißt es in einschlägigen Berechnungen, die kluge Verwaltungsleute machen: Wenn wir die Gebühren um 15 Prozent erhöhen, haben wir um 15 Prozent mehr Einnahmen.

Das ist kein Automatismus. Wir haben eine Situation, in der sich zunehmend insbesondere Familien mit geringem Einkommen den Besuch solcher öffentlichen Einrichtungen kaum noch leisten können und im Falle von Gebührenerhöhungen schlicht gezwungen sind, beispielsweise die Nutzung der Bäder zu reduzieren. Wir haben andere Bereiche, in denen die öffentliche Hand eine monopolartige Situation hat. Sie schafft hier Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt mit der Folge, dass die Stadt als solche als Ort für den eigenen Aufenthalt unattraktiv gemacht wird. Es gibt indessen keine Kommune, die im luftleeren Raum existiert. Je mehr Schritte wir unternehmen, um Köln unattraktiv zu machen, desto eher wird bei Bürgerinnen und Bürgern die Überlegung anzutreffen sein, ob sie auf Dauer wirklich in Köln bleiben wollen, oder ob sie aus der Stadt vergrätzt werden.

Ich gebe zu, in unserer Nachbarschaft sind andere Orte, die das viel weiter treiben, als Köln das tut, und die damit die entsprechenden negativen Erfahrungen gemacht haben. Im Regelfall löst das Unattraktiv-Machen einer Kommune eine Abwärtsspirale aus, die dazu führt, dass unter dem Strich die hehren Berechnungen der Verwaltungsleute – von wegen, man möge damit mehr Geld einnehmen – gar nicht aufgehen, sondern weniger in der Kasse ist.

Deshalb, meine Damen und Herren, sind wir der Auffassung, dass die jetzt geplante Gebührenerhöhungsrunde auf Milchmädchenrechnungen beruht und dass wir alles in unserer Macht stehende unternehmen sollten, um diese Gebührenerhöhungen zu verhindern. Meine Fraktion hat zudem in der Vergangenheit mehr als einmal Mittel und Wege aufgezeigt, um Gelder einsparen zu können, um damit die Stadt und infolgedessen auch die stadtnahen Unternehmen wirtschaftlich flüssig machen zu können. Wenn diese Wege tatsächlich beschritten werden würden, hätten wir alle die Gelegenheit, dafür zu sorgen, dass unsere Heimatstadt Köln noch attraktiver für die Menschen ist, die hier leben. Das sollte ein Stück weit auch unser Mandat und unsere Pflicht sein.

Ich bitte Sie deshalb, auch wenn ich mir darüber im Klaren bin, dass das hier auf keinerlei Gehör treffen wird, um Zustimmung für diesen Antrag. Es gilt auch hier der Satz: Wenn Sie den Antrag nur ablehnen, weil er von pro Köln gestellt wird, dann schauen Sie, ob Sie in die entsprechenden Apparate nicht hineinkommunizieren und über das nachdenken, was da passiert, und es am Ende vielleicht klammheimlich mit Rücksicht darauf, dass pro Köln existiert und den entsprechenden öffentlichen Druck auf Sie ausübt, doch realisieren.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es Wortmeldungen zu diesem Antrag? – Herr Detjen.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Zu dem Themenkomplex! – Götz Bacher [SPD]: Der Reihenfolge nach!)

– Wir gehen der Reihenfolge nach vor. Die Tagesordnungspunkte 6.2.1, 6.2.3 und 6.2.4 sind mit aufgerufen. Das behandeln wir in einem einzigen Komplex zusammen. Deswegen geht

meine Aufforderung an die SPD, sich zu äußern.
– Herr Bacher.

Götz Bacher (SPD): Ich muss deutlich machen, dass ich nicht zu diesem Antrag spreche.

Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Köln befindet sich in der schwersten Finanzkrise der Kölner Nachkriegsgeschichte: Mit diesen Worten haben Sie, verehrter Herr Oberbürgermeister, im November Ihre Rede zur Einbringung des Haushalts 2010 begonnen. Mit genau diesen Worten möchte ich meine Bewertung zu den heute anstehenden Gebührenentscheidungen beginnen.

Der städtische Etat schimmert alles andere als weihnachtlich. Die wertvollen Strukturen unserer Stadtgesellschaft sind ernsthaft bedroht. In dieser Situation, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, ist Populismus, ist jede Form von Geberlaune gänzlich fehl am Platze. Ich muss sogar sagen: unverantwortlich. Sie alle wissen, die aktuell vorgeschlagenen Gebührenerhöhungen entsprechen in vollem Umfang den überaus strengen Vorgaben des Kommunalabgabenrechts.

(Markus Wiener [pro Köln]: Die erwirtschaften doch Gewinne!)

Die populistisch vorgenommene Verknüpfung zwischen möglichen Unternehmensgewinnen und den Gebührenzahlungen der Bürgerinnen und Bürger ist absolut falsch und bewusst irreführend. Für jede Form der Gebührenerhebung – das wissen auch Sie – gilt bereits kraft Gesetzes das sogenannte Kostenüberschreitungsverbot. Jegliche Gewinnerzielung zulasten der Gebührenzahler ist nach Recht und Gesetz ausdrücklich ausgeschlossen. Um das hier noch einmal ganz klar zu sagen: Hier ist niemand, der sich zulasten der Gebührenzahler rechtswidrig die Taschen voll macht.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Nein, aber unanständig!)

Wie Sie den Aussagen der Vorlagen entnehmen können, wenn Sie sie denn gelesen haben, Herr Uckermann, beruhen alle Gebührensteigerungen auf Kostensteigerungen. Bei den Abfallgebühren sind dies in erster Linie die gestiegenen Verbrennungsentgelte. Über Jahre hinweg haben wir Gebührenzahler von den hohen Verbrennungsentgelten für gewerblichen Müll kommentarlos profitiert. Nun hinterlässt die

Finanzkrise auch hier ihre Spuren. Die wegbrechenden Erlöse belasten diesen Gebührenhaushalt schon allein – hören Sie einmal zu – mit 7,2 Millionen Euro. Darüber hinaus werden subventionierte Leistungen wie zum Beispiel die Biotonne immer besser nachgefragt, Gott sei Dank. Aber auch dies führt zu einer weiteren Kostensteigerung von 1,9 Millionen Euro. Last, but not least muss man in diesem Zusammenhang auch noch einmal darauf hinweisen, dass in Köln mit Abstand die meisten Zusatzleistungen aller großen Städte in Nordrhein-Westfalen in den Abfallgebühren enthalten sind. 43 Prozent der Gebühren werden in Köln nicht für die eigentliche Müllabfuhr gezahlt, sondern für andere uns allen bisher wichtige Ziele wie insbesondere die Sauberkeit des Stadtbildes.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Dafür ist doch die Stadt da! Dann muss sie auch dafür zahlen!)

Meine Damen und Herren, muss die Initiative gegen eine Gebührenerhöhung etwa so zu verstehen sein, dass man sich von Leistungen wie der Biotonne oder dem Ziel eines sauberen Köln künftig verabschieden soll?

(Zuruf von pro Köln: Das stimmt doch nicht!)

Wenn dem nicht so ist, wenn den Gebührenzahlern weiterhin unverändert alle Leistungen der AWB zur Verfügung stehen sollen, ohne von diesen hierfür eine angemessene Gegenleistung einzufordern, dann müssen Sie städtische Haushaltsmittel in die Hand nehmen, Haushaltsmittel, die hierfür nicht zur Verfügung stehen und mit deren Einsatz man dem Gebührenzahler letztlich einen Bärendienst erweisen würde. Als Bürger unserer Stadt profitiert gerade der Gebührenzahler von all den vielen städtischen Angeboten und Strukturen.

Was sich für ihn als Ersparnis im Kleinen auswirkt, bildet in der Summe einen wichtigen Baustein im städtischen Etat, mit dem sich Kindergärten, Schulen, Grünanlagen und Bürgerzentren, aber auch Kultur- und Sporteinrichtungen finanzieren – um hier nur einige Beispiele zu nennen.

1 Prozent Reduktion bei den Abfallgebühren führen beispielsweise zu einer Belastung des städtischen Haushaltes von rund 1,5 Millionen Euro. Würde man dem Vorschlag der CDU-Fraktion folgen, auf Gebührenerhöhungen bei der Abfallentsorgung gänzlich zu verzichten,

würde dies demzufolge den städtischen Etat – man höre und staune – mit 20 Millionen Euro zusätzlich belasten, mit 20 Millionen Euro, die im Kampf gegen den Kahlschlag verloren sind. Das kann doch wirklich niemand ernsthaft wollen.

Ich darf Sie bitten: Verlassen Sie die populistische Ecke und zeigen Sie Mitverantwortung für diese Stadt, um unser Köln in der schwersten Krise nicht zu Fall zu bringen! Helfen Sie mit, alle verfügbaren Finanzquellen auszuschöpfen, stimmen Sie mit uns für die Vorschläge der Verwaltung! Denn nur so können wir den Weg in das Nothaushaltsrecht verhindern, können wir verhindern, dass uns für lange Zeit jede Entscheidungshoheit für Köln und seine Bürger genommen wird. – Ich bedanke mich ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Schönen Dank, Herr Bacher. – Dann frage ich die CDU. – Herr Klipper.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Bacher, Sie haben hier schon bessere Märchen erzählt.

(Beifall bei CDU)

Die Märchen waren unterhaltsamer, sie waren interessanter. Was Sie jetzt vorgetragen haben, war ein allgemeines Gesusele, ohne dass Sie hereinkommen. Ich komme gleich auf die Zahlen zu sprechen.

Herr Oberbürgermeister, ich wollte auf eine Aussage zurückkommen, die Sie in Ihrer ersten Rede gemacht haben. Sie haben gesagt, die Verwaltung solle professioneller werden, sie solle transparenter und sozial gerechter werden. Ich möchte auf die letzten zwei Punkte eingehen. Was Sie hier uns, dem Rat, vorgelegt haben, ist eine Vermischung zwischen einer Quasisteuererhöhung und einer Gebührenerhöhung. Ich möchte Ihnen das an einem Beispiel darstellen. Wir haben in der StEB – Seite 5 der Vorlage für den Wirtschaftsplan – in der Gesamtdarstellung einen Jahresüberschuss 2009 – man höre und staune – von 38 Millionen Euro. Darin enthalten ist eine Belastung aufgrund des Hochwasserschutzes – worauf sich die Stadt verlassen hat – von ungefähr 14 Millionen Euro. Damit die Stadt damit nicht belastet wird, muss das an die Stadt

ausgeschüttet werden. Das heißt, im Endeffekt wird die Stadt damit gar nicht belastet, sondern der Gebührenzahler. Das nenne ich eine versteckte kommunale Steuer, die nicht gerechtfertigt ist, Herr Oberbürgermeister.

(Beifall bei CDU)

Diese verdeckte kommunale Steuer erheben Sie und verschleiern das, weil Sie das nirgendwo aufbringen. Dieser Gewinn von 38 Millionen Euro --

(Martin Börschel [SPD]: Was würden Sie denn tun?)

– Ich habe gesagt, ich mache erst einmal transparent.

Zweitens lasse ich nicht diese Art von Hochwasserschutz über die Gebühren laufen. Das muss man ehrlich sagen. Da muss man einen besonderen Schluss machen.

(Martin Börschel [SPD]: Sie würden die Gewerbesteuer nehmen?)

– Herr Börschel, erzählen Sie mir nicht diese Story. Wenn Sie in die Defensive geraten, können wir versuchen, Sie richtig anzugreifen.

(Martin Börschel [SPD]: Gewerbesteuer! Grundsteuer! Hundesteuer! Vergnügungsteuer! Kölschsteuer!)

Ich sage zunächst, weswegen diese Sache nicht transparent ist.

Der zweite Punkt ist: Sie machen eine Zuführung zur Rückstellung. Das heißt, Sie geben diesen Betrag in Höhe von über 16 Millionen Euro nicht an die Bürger zurück, obwohl es keinerlei Verpflichtungen gibt, diese Rückstellungen zu bilden. Ich habe eben nachgefragt: Weder im Gesetz noch im Steuerrecht noch in den einzelnen städtischen Gesellschaften werden diese Rückstellungen gemacht. Hier bilden Sie Rückstellungen, das heißt belasten diesen Bereich mit über 16 Millionen Euro,

(Martin Börschel [SPD]: Herr Klipper, was ist der Plan?)

die Sie dem Gebührenzahler entziehen. Deswegen nenne ich das eine verdeckte Steuer, die Sie hier erheben. Daher ist es nicht gerechtfertigt, die Gebühren zu erhöhen.

Herr Oberbürgermeister, diese Sache mag vielleicht rechtlich in Ordnung sein, weil es andere Berechnungen dafür gibt.

(Martin Börschel [SPD]: Ihre Verträge! Es sind Ihre Verträge!)

Aber moralisch haben Sie diesbezüglich kein Recht. Sie können nicht in dieser Stadt, die sich in der größten Finanzkrise befindet, einen normalen 4-Personen-Haushalt mit Gebühren und weiteren Kosten für die zweite Miete mit über 150 Euro belasten. Dafür sind Sie auch durch diese versteckten Steuern mitverantwortlich.

(Beifall bei CDU)

Hier wird gesagt, für die AWB sei das unabweislich.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Herr Klipper, Sie zitieren aus der Aufsichtsratssitzung!)

– Gar nicht. Ich zitiere aus einer anderen Vorlage, die bekannt ist, nämlich aus dem Wirtschaftsplan.

Im Wirtschaftsplan heißt es: Die durch die allgemeine Wirtschaftskrise ausgelösten Nachfragerückgänge nach Sekundärrohstoffen führen auch beim Altpapier zu drastisch gesunkenen Marktpreisen. Trotz der allmählich wieder anziehenden Preise und vor dem Hintergrund einer für das Jahr 2010 noch offenen Vertragssituation müssen wir von einer deutlichen Reduzierung der Altpapiererlöse ausgehen. Im Vergleich zu 2009 wird dies zu verringerten Erlösen von 4 Millionen Euro führen. Da diesem Erlösrückgang keine ebenfalls zurückgehenden Kosten gegenüberstehen, entspricht der Rückgang beim Altpapier einer Ergebnisbelastung in gleicher Höhe.

Diese 4 Millionen Euro haben Sie den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt in Rechnung gestellt. Das halte ich für unmoralisch. Das ist eine wirtschaftliche Belastung, Herr Oberbürgermeister, die nicht durch die Gebührenzahler zu tragen ist.

(Beifall bei CDU und pro Köln)

Wenn Sie, Herr Oberbürgermeister, sagen, das wäre im Plan gewesen – wir haben voriges Jahr schon einmal die Gebühren nicht erhöht –, dann darf ich Ihnen sagen, dass der Plan trotz keiner Gebührenerhöhung 2009 in der Wirklichkeit um ungefähr 1,7 Millionen Euro überschritten wurde.

(Andreas Köhler [CDU]: Hört, hört!)

Auch hier zeigen die effektiven Zahlen ein besseres Ergebnis, einen Gewinn von 1,7 Millionen Euro. Auch das wird den Bürgern dieser Stadt aufgelastet, ohne Rückerstattung.

Nur aus den Gründen, die ich in den fünf Minuten nennen konnte, lehnen wir sämtliche Gebührenerhöhungen in diesen drei Bereichen ab. Denn das wäre gegenüber den Bürgern in dieser Situation ungerecht. – Danke.

(Beifall bei CDU und pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Brust.

Gerhard Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Klipper, ich will gleich mit dem Letzten anfangen, dem Altpapier. Der Vertrag zum Altpapier ist von Ihrem ehemaligen Oberbürgermeister Schramma seinerzeit mit der AWB geschlossen worden.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das hat nichts damit zu tun, dass Sie die Gebühren hineinpacken!)

– Das hat wohl damit zu tun. Denn dieser Vertrag legt fest, dass das Risiko ausschließlich bei der AWB liegt.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Man muss es aber nicht auf die Gebühren drauflegen!)

– Hören Sie doch einfach zu. – Der Vertrag legt das so fest. Der ist zur Zeit von Herrn Schramma geschlossen worden. Das hat dazu geführt, dass im vorigen und auch noch in diesem Jahr die AWB Zusatzgewinne aufgrund von hohen Papierpreisen gehabt hat. Es wird aber dazu führen, dass im nächsten Jahr, wenn der Papierpreis im Keller ist, die Bürger durch die Mindereinnahmen nicht belastet werden.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Natürlich! Das steht drin!)

– Nein. Dann können Sie das nicht lesen.

(Winrich Granitzka [CDU]: Bei einem Betriebsergebnis von 13 Millionen!)

– Mehr- oder Mindererlöse beim Altpapier belasten weder in die eine noch in die andere Richtung den Kölner Bürger. Das Risiko liegt ausschließlich bei der AWB. Dadurch erklärt sich der relativ hohe Gewinn im vergangenen Jahr.

Wenn Sie den Plan richtig gelesen haben, werden Sie festgestellt haben, dass das im nächsten Jahr erheblich weniger sein wird.

(Winrich Granitzka [CDU]: Dann soll der Bürger dafür zahlen?)

Ich will grundsätzlich zu den Ausführungen der CDU kommen. Sie behaupten, im nächsten Jahr hätte eine Durchschnittsfamilie mit Mehrbelastungen bei Nebenkosten und Leistungen für Bäder und so weiter von 155 Euro zu rechnen.

(Winrich Granitzka [CDU]: Ohne Bäder!)

– Dann ist das noch unsinniger.

(Heiterkeit und Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen und SPD)

Wenn Sie uns Ihre Rechnung offenlegen würden, könnte ich Ihnen nachweisen, wo der Rechenfehler liegt. Es kann nämlich gar nicht sein, was Sie sagen. Denn jeder Bürger weiß, dass der Hauptteil der Nebenkosten die Energiekosten und die Wasserkosten sind. Die Wasserkosten sind seit über zehn Jahren konstant, nicht gestiegen. Die Energiepreise sind im nächsten Jahr niedriger, sowohl bei Gas als auch bei Strom. Die RheinEnergie hat angekündigt, zum 01.01. den Strompreis um 1,1 Cent zu senken.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Aber gleichzeitig zu erhöhen!)

– Nein, es wird nicht erhöht.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Zum 1. April! Das ist schon gesagt worden! Hören Sie doch zu!)

– Bisher ist bekannt, dass die RheinEnergie zum 01.01. die Strompreise senken wird.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Und zum 01.04. wieder erhöhen! Das ist im Aufsichtsrat bekannt gegeben! Das wissen Sie auch!)

– Nein. – Es ist auch bekannt, dass die RheinEnergie in diesem Jahr zweimal große Senkungen beim Gaspreis vorgenommen hat. Sie wird den Gaspreis zum 01.01. etwas erhöhen. Aber trotzdem wird der Preis pro Kubikmeter Gas zum 01.01.2010 um etwa einen halben Cent niedriger sein als vor einem Jahr.

(Winrich Granitzka [CDU]: Das wird gar nicht eingerechnet!)

Wie Sie, wenn die Kosten für Gas und Strom sinken, zu höheren Nebenkosten kommen wollen, ist mir völlig schleierhaft. Sie können uns die Rechnung einmal offenlegen.

(Winrich Granitzka [CDU]: Das machen wir gern! Es sind die Zahlen der Unternehmen, die wir genommen haben!)

– Dann haben Sie falsch gerechnet. Es kann nicht sein, dass bei sinkenden Energiepreisen höhere Nebenkosten herauskommen. Das ist einfach unmöglich.

Kommen wir zu den Gebühren bei Straßenreinigung und Abfall. Es war eines der Hauptanliegen des alten OBs gewesen, eine saubere Stadt zu haben.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das ist bezahlt worden!)

Von daher haben wir gemeinsam verschiedene Zusatzleistungen beschlossen wie kostenlose Biotonne, Einführung des Holsystems, Einführung Elektroschrott oder die Einführung der Beseitigung von wildem Müll in Grünanlagen. Alleine diese vier Leistungen machen heute etwa 25 Prozent des gesamten Aufkommens bei der Abfallentsorgung aus. Davon haben die Bürger in den letzten Jahren nichts gemerkt. Warum? Weil gleichzeitig zufällig die Verbrennungspreise bei der AVG gesunken sind. Als ich vor fünf Jahren in den Rat kam, lag der Verbrennungspreis bei 245 Euro pro Tonne. Er ist auf 171 Euro gesunken. Diese Differenz hat uns in die Lage versetzt, die Zusatzleistungen von 25 Prozent ohne wesentliche Gebührenerhöhungen zu finanzieren. Jetzt haben wir die Situation, dass der Verbrennungspreis wieder etwas ansteigt, auf 179 Euro.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Deswegen erhöhen wir um 12,78 Prozent!)

Das führt dazu, dass wir die zusätzlichen Leistungen, die wir eingeführt haben, dem Bürger jetzt teilweise in Rechnung stellen müssen, aber immer noch nicht zu 25 Prozent, sondern nur zu 10 bis 12 Prozent. Das sind aber Leistungen, die wir hier gemeinsam beschlossen haben,

(Winrich Granitzka [CDU]: Wildkrautbeseitigung!)

mit Ihrer Fraktion und mit Ihrem OB.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Aber nicht bei einem Gewinn von 13 Millionen!)

Leistungen zu bestellen und nachher nicht zu bezahlen, das ist für dieses Haus unwürdig.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen – Winrich Granitzka [CDU]: Die machen ohne Gebührenerhöhung einen Gewinn von 13 Millionen und können die Wildkräuter immer noch beseitigen!)

– Es sind keine 13 Millionen.

Weil meine Redezeit gleich zu Ende ist, möchte ich Herrn Schaaf bitten, auf das einzugehen, was Sie zum Thema Abwasser gesagt haben, um das genauer darzulegen. Nur zwei Sachen kurz dazu. Die Linke behauptet, man könne die US-Lease-Gewinne nutzen, um die Gebühren zu senken. Tatsache ist, die Kölner Bürger haben seit 1997 sinkende Abwassergebühren gehabt, weil damals der Barwertvorteil von 40 Millionen aus dem US-Lease-Geschäft vollständig benutzt worden ist,

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das war erst im Jahre 2001!)

um die Gebühren zu senken.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Sie wissen, dass wir 1997 kein Cross-Border-Leasing hatten! 2001!)

Ab dieser Zeit sind die Gebühren gesunken. In diese Senkungen war in den Folgejahren auch schon der Barwertvorteil von 40 Millionen eingerechnet.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Auch schon der, den es noch gar nicht gab?)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Führen Sie jetzt bitte keine Dialoge.

Gerhard Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Der Herr Schaaf kann Ihnen das näher erläutern.

(Zurufe)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Lassen Sie bitte Herrn Brust in Ruhe zu Ende reden.

Gerhard Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Noch ein Letztes, weil von der Linken und anderen

gesagt worden ist, dass die Gebührensteigerung mit zu großen Referaten zusammenhängt. Auch das ist einfach Unfug. Ich habe eben schon dargelegt, die Verbrennungspreise sind im nächsten Jahr immer noch erheblich niedriger als vor fünf Jahren. Wenn wir diese Senkung der Verbrennungspreise nicht gehabt hätten, müssten wir heute die Gebühren wesentlich stärker erhöhen.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen – Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das stimmt doch nicht! Schauen Sie sich einfach die Zahlen an!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich bedanke mich bei Ihnen. – Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am meisten war zu hören, dass es bei den Gebühren zu Senkungen kommen würde, dass die Bürgerinnen und Bürger entlastet werden. Kommen wir zu den Tatsachen zurück. Die Abfallgebühren sollen durchschnittlich um 12,78 Prozent steigen. Bei den Straßenreinigungsgebühren ist die Steigerung im Mittel auf 11,07 Prozent kalkuliert. Es sind also Steigerungen, die die Bürgerinnen und Bürger zu verkraften haben. Da kann man nicht mit Zahlen jonglieren. Man muss bei der Wahrheit bleiben.

(Beifall bei FDP und CDU)

Man muss es putzig nennen, wie die durchschnittliche Steigerung heruntergerechnet wird. Man nimmt einen Zehnjahresdurchschnitt. Darin enthalten sind die Jahre 2001 bis 2004. Damals gab es eine Nullsteigerung. Denn damals gab es noch den politischen Beschluss von der damaligen Mehrheit aus CDU und FDP, einen Gebührendeckel zu machen. Der ist eingehalten worden. Die AWB existiert immer noch. Die StEB existiert immer noch. Es hat geklappt. Die Bürgerinnen und Bürger sind nicht stärker belastet worden.

(Beifall bei FDP und CDU)

Man kann keinem Bürger und keiner Bürgerin verständlich machen, dass Gewinne erwirtschaftet werden, welche an die Stadt fließen, wie Herr Klipper gesagt hat, das Gleiche bei der AWB zu den Stadtwerken, und gleichzeitig die Gebühren über 10 Prozent steigen. Das kann man den Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr verständlich machen,

insbesondere wenn hier deutlich wird, was Herr Bacher ganz selbstverständlich gesagt hat: dass in den Gebühren Zusatzleistungen enthalten sind, die mit dem Gewinn selbstverständlich verrechnet werden können, weil es sonst die Stadt zu tragen hätte.

Weil man den Bürgerinnen und Bürgern das nicht mehr verständlich machen kann, auf der einen Seite Gewinne zu erwirtschaften und auf der anderen Seite das Geld aus dem Portemonnaie der Bürgerinnen und Bürger durch Gebührensteigerungen zu holen, sind wir der Meinung, dass hier eine Verrechnung stattfinden muss. Darum haben wir zu TOP 6.2.1 und TOP 6.2.3 den Antrag gestellt, dass die Gewinne dazu genutzt werden sollen, die Bürgerinnen und Bürger zu entlasten. Herr Brust, man würde Ihre Rede besser verstehen, wenn Sie sagen würden: Nehmen wir das Geld, um die Bürgerinnen und Bürger zu entlasten, und drehen wir nicht das Wort mit irgendwelchen Zahlen herum. Das hilft den Menschen nicht, und es bringt auch keine Entlastung.

Auch Die Linke hat dazu einen Antrag gestellt. Ich würde mich freuen, wenn Sie unseren unterstützen. Wir unterstützen den Antrag der Linken. Das haben Sie völlig richtig gesehen. Wir müssen den Bürgerinnen und Bürgern ein Zeichen, eine Botschaft geben, gerade auch in schweren Zeiten, dass die städtischen Gesellschaften und Unternehmen dazu beitragen, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht weiter belastet werden. – Danke schön.

(Beifall bei FDP und sowie bei Teilen von CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Detjen.

(Markus Wiener [pro Köln]: Hallo, da ist auch noch eine Meldung!)

– Ja, kommt gleich.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Meine Damen und Herren! Ich möchte eine etwas differenzierte Darstellung entwickeln. Es geht mir um zwei Sachen. Erst einmal möchte ich feststellen, dass unsere städtischen Beteiligungsunternehmen, insbesondere die AWB und die StEB, sehr gute Arbeit machen. Herzlichen Dank an die StEB, dass es gelungen ist, dieses Cross-Border-Leasing rückabzuwickeln, und das noch dazu mit Vorteil. Das war nicht so einfach. Das war eine

gute Aufgabe. Ich kann mich gut daran erinnern: Genau vor einem Jahr habe ich gesagt, ich kann mir nicht vorstellen, dass wir dort einfach glatt herauskommen. Wir sind glatt herausgekommen, und die StEB hat sogar einen kalkulatorischen Gewinn gemacht, den sie jetzt eingestellt hat. Das ist die Grundvoraussetzung.

Ansonsten meine ich, dass die Berechnungen der einzelnen Unternehmen völlig richtig sind. Nur – darum geht es mir – machen diese Unternehmen Gewinne, sowohl die StEB wie auch die AWB. Es ist nicht einsehbar, dass diese Gewinne nicht in die Hand genommen und dem Gebührenzahler zurückgegeben werden. Darum geht es mir in der Betrachtung. Wir können nicht einfach – Herr Bacher hat es dargestellt – Einnahmen aus Gebühren in den Haushalt schieben. Das ist nicht okay. Darum geht es mir in diesem Diskussionsprozess. Dass damit auch zusammenhängt, dass in den Gebühren versteckte Leistungen enthalten sind, die mit den Gebühren gar nichts zu tun haben, kommt dazu. Aber diese Sache müssen wir einfach entwickeln.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir gesagt haben, die Gewinne beim Cross-Border-Leasing müssen den Gebührenzahlern zugutekommen, dann müssen sie ihnen auch komplett zugutekommen, nicht nur der Barwertvorteil von 40 Millionen Euro, lieber Gerd, sondern auch der kalkulatorische Gewinn, der sonst noch entstanden ist. Aus diesem kalkulatorischen Gewinn wird sogar in die Rentenversicherung eingezahlt. Das hätte normalerweise aus den normalen Kosten gemacht werden müssen. Der Haushalt der Stadt Köln bekommt auch noch 14 Millionen Euro.

Man kann also sehen: Es gibt einen Gewinn. Dieser Gewinn muss in die Gebührenkalkulation eingestellt werden. Das ist der entscheidende Gedanke, den sowohl die FDP in ihrem Antrag hat – den wir unterstützen werden –, der aber auch in unserem Antrag enthalten ist. Das heißt aber noch lange nicht, dass wir alle Gebühren subventionieren wollen. Das ist nicht unser Ansatz. Wir meinen nur den Gewinn, der entstanden ist. Das ist der Ansatz der FDP und der Linken in diesen gemeinsamen Anträgen. Das sollte man ein bisschen differenziert betrachten. Das ist nicht Populismus, sondern es ist einfach eine Darstellung von dem, was eins zu eins real da ist. Deswegen gibt es diese beiden Anträge zu dem Thema. Gewinn aus den städtischen Unternehmen in diesem Bereich muss den Gebührenzahlern gutgerechnet

werden. Ich hoffe, wir finden dafür eine Mehrheit.
– Danke schön.

(Beifall bei LINKEN und FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: So weit Herr Detjen. – Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich muss meine Freude zum Ausdruck bringen, dass jetzt anscheinend auch die CDU, die FDP und sogar die Linkspartei auf den Pro-Köln-Kurs eingeschwenkt sind. Herzlichen Dank!

(Beifall bei pro Köln)

Bestimmt kann man das erklären. Da können Sie lachen, Herr Breite.

(Ulrich Breite [FDP]: Sehr lachen!)

Das ist kein Problem. Wir haben schon in der vorletzten Ratssitzung in weiser Voraussicht den entsprechenden Antrag gestellt. Uns ist es mit der Gegenöffentlichkeit, die wir aufbauen, gelungen, Sie alle anscheinend zu überzeugen, bei uns mitzumachen. Dafür erst einmal herzlichen Dank!

Nun möchte ich auf die Sachen eingehen, die hier vorgetragen worden sind. Es war so viel vom städtischen Etat die Rede, und es war von den vielen Gesellschaften die Rede, die wir nach und nach aus der Verwaltung ausgegliedert und in eine privatwirtschaftliche Organisationsform überführt haben. Hier drängt sich mir immer mehr der Eindruck auf, dass man eine Art Schattenhaushalt aufbaut. In Dortmund zum Beispiel ist das nicht gelungen. Dort gibt es keinen so umfangreichen Stadtwerkekonzern. Sie erbringen viele Leistungen, die bei uns privatrechtlich erbracht werden, innerhalb der Verwaltung. In Dortmund gibt es jetzt Neuwahlen, weil ein Haushaltsloch aufgetreten ist, von dem man den Bürgern nichts gesagt hat.

Ich hätte es fair gefunden, wenn Sie vor der letzten Kommunalwahl ganz klar gesagt hätten, welche enormen Belastungen auf die Bürger in Köln zukommen. Was sind das denn für Belastungen? Es sind die Belastungen, in das Schwimmbad zu gehen, in Museen zu gehen, es sind die Belastungen bei der Miete. Die Stadt Köln ist mehr und mehr für die zweite Miete verantwortlich. Wer spaltet denn hier die Gesellschaft, wenn ganze Teile beispielsweise

die KVB nicht mehr nutzen können? Mir sind genug Bürger bekannt, die das Geld dafür nicht mehr haben. Denen sind die Preise zu hoch. Die werden um 3 Prozent erhöht. Das können wir alles nicht zulassen.

Wenn ich dann höre, dass zum letzten Mal vor zehn Jahren erhöht worden sei, dann stellt sich für mich die Frage: Gibt es denn hier einen Automatismus? Ich habe das Gefühl, hier arbeitet man nach dem Prinzip: Man nehme. Da bin ich lieber in Geberlaune, Herr Bacher,

(Beifall bei pro Köln)

und lasse den Leuten das Geld, das sie so sauer erarbeitet haben, in der Tasche.

Hier war auch von Rechnungen die Rede. Ich habe das Gefühl, hier wird Ihre schlechte politische Arbeit den Leuten in Rechnung gestellt.

(Beifall bei pro Köln)

Diese Zeche zahlen die Leute jetzt. Um es auf den Punkt zu bringen: Erst wird der Wähler an die Urne gelockt und dann hinter die Fichte. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Schaaf, bitte.

Otto Schaaf (StEB): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal herzlichen Dank für die Möglichkeit, hier einige Dinge zu erläutern. Ich kann natürlich nur für die Abwassergebührensatzung sprechen. Bei der Abwassergebührensatzung geht es konkret darum, dass wir Ihnen vorschlagen, die Gebühr, bezogen auf den einzelnen Bürger, um 20 Cent pro Monat zu erhöhen bzw. für den 4-Personen-Haushalt um 10 Euro pro Jahr. Das ist das, was sich an konkreter Belastung, an Auswirkungen im Durchschnitt ergibt.

Ich muss auch ganz klar sagen – das ist vorhin schon angeklungen –: Gebühren haben wir nach dem Kommunalabgabengesetz zu berechnen. Das heißt mit anderen Worten: Natürlich gibt es Verbindungen zum handelsrechtlichen Ergebnis. Das ist keine Frage. Aber diese ganzen Sachen sind absolut nicht identisch. Das möchte ich Ihnen an einem praktischen Beispiel deutlich machen, das schon genannt worden ist, und

zwar konkret dem Ergebnis, das wir aus der Auflösung der US-Lease-Verträge gewonnen haben. Sie wissen, dass wir Anfang des Jahres infolge der Auflösungen 24 Millionen Euro des ursprünglichen Barwertvorteils erhalten konnten. Das schlägt sich natürlich in dem handelsrechtlichen Ergebnis nieder; das schlägt sich einmalig nieder. Tatsache ist aber auch, dass der Rat, der im Jahre 2000 die US-Leasing-Geschäfte beschlossen hat, zum damaligen Zeitpunkt ebenfalls festgelegt hat, dass die 40 Millionen Barwertvorteil, die es ursprünglich gegeben hat, in vollem Umfang gebührendämpfend einzusetzen waren. Das ist geschehen, meine Damen und Herren. In den Folgejahren hat es entsprechende Berechnungen bzw. Einbeziehungen dieses Barwertes in die Gebührekalkulation gegeben. Das hat auch dazu geführt, dass wir in den Jahren von 2000 bis 2006 die Gebühren konstant halten konnten.

Wir haben in den letzten Jahren Gebührensteigerungen gehabt, die im Ergebnis allerdings dazu führen, dass wir immer noch unterhalb des Belastungsniveaus des Jahres 1995 liegen. Auch das sollte berücksichtigt werden, wenn wir über Gebühren reden.

Ich will noch ein Wort zur Frage der Rückstellungen sagen. Es ist natürlich so, dass wir in diesem Jahr Sondereffekte haben, konkret den Sondereffekt, dass wir aus der Auflösung der US-Leasing-Verträge diesen besonderen Zufluss im Jahresüberschuss haben. Das ist völlig korrekt. Es ist auch richtig und aus meiner Sicht auch notwendig, dass wir im Sinne einer vorsorgenden Wirtschaftsplanung in diesen Bereichen Dinge abdecken, die als künftige Belastungen für uns sichtbar sind. Die Belastungen Pensionszahlungen und Renten sind für uns sichtbar. Wir haben entsprechende Gutachten erstellen lassen, die das ausweisen. Das ist der Grund, warum wir hier entsprechende Vorsorge treffen.

Alles das, was jetzt als Gewinn ausgewiesen ist, ist definitiv kein Geld, das wir auf der Sparkasse haben, das wir schlichtweg nur abholen müssten. Alles das, was aus dem Gewinn herausgenommen wird, für welchen Zweck auch immer, müssen wir über eine zusätzliche Nettokreditverschuldung aufbringen. Das heißt, wir erhöhen die Kreditaufnahme und verlagern damit die Probleme und die Rückzahlungen in die Zukunft hinein. Auch das bitte ich bei der Abwägung zu berücksichtigen. – Danke schön.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Schaaf. – Herr Klipper.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Ich habe an Herrn Schaaf zwei oder drei Fragen. Herr Schaaf, Sie haben auf der Seite 5 stehen – das habe ich eben schon erwähnt –: 38 Millionen Euro. Sie haben eine Rückstellung von rundgerechnet 16 Millionen Euro gebildet, und zwar für eine Pensionsrückstellung für die ZVK. Stimmen Sie mit mir überein, dass dies erstens handelsrechtlich nicht erforderlich ist, dass zweitens die Bildung dieser Rückstellung vom Wirtschaftsprüfer nicht gefordert ist und dass drittens aufgrund des BilMoG, das Sie angegeben haben, nach meiner Auffassung falsch – entschuldigen Sie bitte den Fachausdruck –, diese Rückstellung nicht erforderlich ist? Gleichzeitig schütten Sie 9 Millionen Euro oder 14 Millionen Euro an die Stadt aus, genau die Höhe, die die Stadt vorher aufgrund eines Vertrages für den Hochwasserschutz zu zahlen hatte. Unter dem Strich bedeutet das, Herr Schaaf, dass Sie den Gebührenzahlern rundgerechnet erstens die 14 Millionen Euro für den Hochwasserschutz aufdrücken und zweitens den Betrag von 16 Millionen Euro für die Rückstellungen vorenthalten. Stimmen Sie mit mir darin überein?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Schaaf, bitte.

Otto Schaaf (StEB): Herr Klipper, ich will das gerne klarstellen. Die 16 Millionen Euro für pensionsbedingte Rückstellungen sind Rückstellungen, die im Rahmen der Anwendung des Bilanzmodernisierungsgesetzes möglich sind.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Nein, die sind nicht möglich! Das steht gar nicht drin!)

– Es ist richtig, dass es keine Forderung des Gesetzes gibt. Es geht aber auch darum, dass wir im Sinne einer vorsorgenden Geschäftsführung Risiken, die wir in der Zukunft sehen, abzudecken versuchen, wenn Mittel da sind, um das leisten zu können.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Diese Frage habe ich nicht gestellt!)

Das ist der Zusammenhang, also keine gesetzliche Forderung – da stimme ich Ihnen zu –, aber eben aus den Grundsätzen der Vorsorge heraus so vorgesehen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das hat der Wirtschaftsprüfer verlangt?)

Dieses Geld verbleibt natürlich im Bereich des Gesamtbilanzvolumens der Stadtentwässerungsbetriebe. Das heißt, diese 16 Millionen Euro werden nicht ausgekehrt, sondern sie werden, wenn sie benötigt werden, in den kommenden Jahren jeweils entsprechend aufgelöst.

Zu den 14 Millionen Euro, die in der Vorlage als entsprechende Ausschüttung für die Deckung der anderen Aufgaben der StEB genannt sind, sprich: insbesondere für Hochwasserschutz und Gewässerunterhaltung und Gewässerausbau. Das ist in der Tat ein Vorschlag, der mit dieser Vorlage zum Wirtschaftsplan noch nicht abschließend beschlossen wird, sondern der Beschluss dazu, das so zu machen, ist im Zusammenhang mit dem Jahresabschluss 2009 zu treffen. Dort werden wir das Ergebnis endgültig feststellen. Da wird es eine entsprechende Entscheidung des Rates zur Verwendung der Überschüsse geben. So ist es vorgesehen. Wir haben es deshalb in die Vorlage zum Wirtschaftsplan hineinbringen müssen – wir sprechen jetzt nicht über die Gebührensatzung, sondern über den Wirtschaftsplan –, weil wir mit dieser Prämisse den Wirtschaftsplan 2010 kalkuliert haben. Das ist der Hintergrund.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Schaaf. – Herr Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Wegen der ZVK: Herr Klipper, es geht auch um einen Tarifvertrag, den die StEB einhält, hier sogar relativ spät und nicht zu früh.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das steht drin! Das ist drin enthalten!)

Herr Schaaf, was mich interessiert: Sie buchen jetzt 16 Millionen Euro in die Rückstellung. Aber irgendwann werden Sie das Geld an die ZVK überweisen. Also gibt es dort einen Mittelfluss. Mich würde interessieren, wann und wie das stattfinden soll.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Schaaf noch einmal.

Otto Schaaf (StEB): Es ist so, dass die Mittel, die der ZVK zufließen, jährlich festgesetzt werden, aus entsprechenden Berechnungen heraus. Die werden wir über die nächsten Jahre entsprechend auflösen

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: 20 Jahre!)

und in die ZVK-Beiträge einbeziehen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Klipper noch.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister, ich hätte die Bitte, dass die Fragen, die ich stelle, wirklich genau beantwortet werden. Denn sonst diskutieren wir immer hin und zurück. Ich habe gefragt, ob der Wirtschaftsprüfer verlangt hat, eine solche Rückstellung zu bilden. Denn dann wäre es eine Pflicht. Ich könnte auch noch die Frage stellen, ob das steuerlich – –

(Martin Börschel [SPD]: Das kann er gar nicht! Das wissen Sie genau!)

– Hier wird eine Rücklage gebildet, Herr Börschel, die zulasten der Bürger geht. – Das ist doch der entscheidende Punkt. Wir hätten sonst einen um 14 Millionen Euro höheren Gewinn. Dieser höhere Gewinn wäre an die Bürger auszuzahlen. Das ist der Grund, weswegen wir verlangen, dass es keine Erhöhung gibt. Ich hätte die Bitte, dass hier genau geantwortet wird. Dann könnten wir das hier alles sehr verkürzen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Schaaf noch einmal.

Otto Schaaf (StEB): Ich will das gerne beantworten. Es ist in der Tat keine Anforderung des Wirtschaftsprüfers

(Andreas Köhler [CDU]: Punkt!)

in Abhängigkeit vom Testat. Das ist eine ganz klare Sache. Ich habe deutlich gemacht, dass wir im Sinne des Vorsorgegedankens handeln und dass das das Motiv hierfür ist. Wenn wir diesen Überschuss nicht in die Rücklage einstellen würden und dieses Geld beispielsweise als Jahresüberschuss im Unternehmen verbleiben würde – es verbleibt ja im Unternehmen –, dann senkt das letztendlich die Nettokreditaufnahme. Wir haben die Alternative: auskehren mit

Kreditaufnahme oder beibehalten ohne Kreditaufnahme.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann gibt es keine weiteren Wortmeldungen mehr. Wir kommen zu den Abstimmungen. – Herr Klipper.

(Zurufe von SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Ich darf Ihnen den Vorschlag unterbreiten, den wir vonseiten der CDU zur Abstimmung stellen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ja, das haben Sie angekündigt.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Das habe ich gesagt, und das würde ich auch ganz gerne machen. – Wir möchten zur Abstimmung stellen, dass die bisherigen Gewinne so weit genutzt werden, dass keine Gebührensteigerungen in den drei Bereichen, über die wir diskutieren, erforderlich sind.

(Manfred Richter [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist der Antrag von FDP und Linken?)

– Nein, das ist etwas anderes. Wir wollen die stabilisieren, gegebenenfalls noch senken.

Ulrich Breite (FDP): Ich glaube, Herr Oberbürgermeister, das können wir so übernehmen. Ich glaube, Herr Detjen hat völlig Recht; eigentlich haben wir das. Aber wenn Sie von der Linken das gerne so hinein haben wollen, können wir das – das kann ich für meine Anträge sagen; vielleicht bekommen wir die CDU auch dazu – für ein Votum übernehmen. – Danke schön.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich darf nochmals fragen: Der CDU-Antrag wird in die Anträge aufgenommen, die die FDP und auch Die Linke gestellt haben? – Ja, nehmen wir das so.

(Andreas Köhler [CDU]: Lasst uns doch abstimmen!)

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wir müssen zunächst einmal über den Antrag der Fraktion pro Köln unter TOP 3.1.12 abstimmen. Der war

der allgemeine. Er muss noch beschieden werden. Wer ist gegen den Antrag der Fraktion pro Köln? – Das sind SPD, Grüne, CDU und FDP, Herr Dr. Müser und Die Linke. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Jetzt kommen wir zu den Beschlussvorlagen, und zwar jeweils getrennt, einmal TOP 6.2.1, Entwässerung, 6.2.3, Straßenreinigung, und 6.2.4, Abfallgebühren. Zu TOP 6.2.1, zu den Entwässerungsgebühren, gibt es einen Antrag von CDU, FDP und Linken. – Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Wir haben einmal einen Änderungsantrag zu TOP 6.2.1 von der FDP, in dem ich die Anregungen der CDU übernommen habe. Nachher haben wir zu TOP 6.2.3 einen Antrag der FDP, in dem wir ebenfalls die Anregungen übernommen haben. Zu TOP 6.2.4 gibt es den Punkt von den Linken, in dem die Anregungen der CDU übernommen worden sind. Das sind also drei Änderungen zu den drei Sachverhalten.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Es sind jeweils drei Änderungen. Wir müssen also einzeln abstimmen.

(Ulrich Breite [FDP]: Bitte!)

Wir stimmen zunächst zu TOP 6.2.1 über den Änderungsantrag von FDP, CDU und Linke ab. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag? – Wer enthält sich? – Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Beschlussvorlage. Wer ist gegen die Beschlussvorlage der Verwaltung? – Das sind CDU, FDP, pro Köln und Linke sowie Herr Dr. Müser. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist diese Beschlussvorlage so angenommen mit den Stimmen von Grünen, SPD, Oberbürgermeister und Herrn Zimmermann.

Dann kommen wir zu Tagesordnungspunkt 6.2.3, Straßenreinigung. Hier haben wir eine vergleichbare Situation wie eben, einen gemeinsamen Änderungsantrag von FDP, CDU und Linken. Wer gegen diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer enthält sich? – Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Beschlussvorlage. Wer ist gegen die Beschlussvorlage der Verwaltung zu

Tagesordnungspunkt 6.2.3? – Das sind CDU, FDP, Die Linke, pro Köln und Herr Dr. Müser. – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Vorlage so angenommen.

Wir kommen zu den Abfallgebühren, TOP 6.2.4. Es gibt die gleiche Konstellation. Es gibt einen Änderungsantrag von FDP, Linken und CDU. Wer gegen den Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD, Grüne, Herr Zimmermann und der Oberbürgermeister. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen zur Beschlussvorlage. Wer ist gegen die Beschlussvorlage der Verwaltung? – Das sind CDU, FDP, pro Köln, Herr Dr. Müser und Die Linke. Wer enthält sich? – Damit ist auch diese Vorlage angenommen, und wir haben diesen Tagesordnungspunkt abgeschlossen. Danke schön.

(Beifall bei Teilen von SPD)

Ich wage gar nicht zu sagen, dass wir uns auf Mitternacht zubewegen.

Wir kommen zu TOP 3.1.13:

3.1.13 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Reduzierung der Zahl der Vorstandsmitglieder bei der KVB" AN/1907/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Herr Uckermann.

(Andreas Köhler [CDU]: Ich hoffe, wir bekommen gleich ein Mitternachtssüppchen!)

– Das Kölsch wartet.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir haben es gerade miterleben dürfen: Die erste Orgie von Gebührenerhöhungen ist eingeleitet worden. Ich gehe davon aus, wenn das hier so weitergeht, kommen auf die Bürger schlechte Zeiten zu. Eben wurde mit salbungsvollen Worten begründet, warum das alles so sein müsse. Wir von der Bürgerbewegung pro Köln sind immer bereit, auf sachlicher Ebene bei ganz speziellen Punkten der Stadt Köln beim Sparen zu helfen.

(Beifall bei pro Köln)

Wollen wir uns heute einmal mit den Kölner Verkehrsbetrieben befassen. Die KVB werden im Volksmund auch Kölner Versorgungsbetriebe genannt. Die Frage ist: Wen versorgen die? Anscheinend ehemalige Ratsmitglieder, Mitarbeiter, die früher einmal ein Praktikum bei einer Fraktion gemacht haben: Die werden dort Vorstandsmitglied. Selbstverständlich wollen wir einen guten öffentlichen Personennahverkehr, eine gute Versorgung mit Bussen und mit Bahnen. Früher wurde das innerhalb der Verwaltung absolviert. Es war ein Amt innerhalb der Stadtverwaltung. Es wurde von einem Amtsleiter mit A 16 geleitet und einem entsprechenden Stellvertreter.

Dann wollte man aus Kostengründen eine andere Betriebsform haben, eine privatrechtliche Betriebsform. Man hat die Aktiengesellschaft gewählt. Man hat einen Vorstand mit vier Personen installiert. An den Aufgaben der KVB hat sich aber nichts geändert. Das heißt, tatsächlich ist es für den Bürger teurer geworden. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass sich mancher Rentner, dass sich manche kinderreiche Familie nicht mehr erlauben können, mit der KVB zu fahren, halten wir es von der Fraktion pro Köln für wichtig, dass die KVB strukturell spart, und zwar beim Beuteschema; hier sollten wir von vier auf zwei reduzieren. Ein Unternehmen dieser Art kommt mit zwei Vorstandsmitgliedern aus. Das ist keine Kleinigkeit. Wir können ruhig sagen, dass wir pro Vorstandsmitglied 500 000 Euro einsparen können. Das ist ein Betrag, der sich sehen lassen kann.

Des Weiteren: Was vielen Kölnerinnen und Kölnern immer wieder übel aufstößt, sind die anscheinend hohen, überdurchschnittlichen Altersversorgungsansprüche. So soll es sein, dass man, wenn man zwei Perioden, also zweimal fünf Jahre bei der KVB Vorstandsmitglied war, eine komplette Altersversorgung erhält. Das ist in der Tat zutiefst sozial ungerecht und dem arbeitenden Bürger nicht zu vermitteln.

Von daher haben wir einen Antrag eingebracht, dass der Rat der Stadt Köln die entsandten Mitglieder im Aufsichtsrat der Kölner Verkehrsbetriebe beauftragt, einen Beschluss herbeizuführen, der die Anzahl der Vorstandsmitglieder von vier auf zwei reduziert sowie die Altersversorgung angepasst – also nicht wie jetzt mit der Leibrente von 800 Euro, und das mit Mitte 50 –, die erst mit der Erreichung des allgemeinen Renteneintrittsalters ab dem 67. Lebensjahr ausbezahlt wird. Ich bitte

Sie, diesem Beschlussvorschlag zuzustimmen. – Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es hierzu Redebeiträge, Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag von pro Köln auf Reduzierung der Zahl der Vorstandsmitglieder. Wer ist gegen diesen Antrag von pro Köln? – Das sind SPD, Grüne, CDU, FDP, Herr Zimmermann und Die Linke. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

3.1.14 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion betreffend "Kein Dauerstau auf der Rheinuferstraße" AN/1960/2009

Herr Granitzka.

Winrich Granitzka (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich schlage vor, dass wir diesen Dringlichkeitsantrag jetzt nicht behandeln,

(Lachen bei pro Köln)

sondern ihn im Hauptausschuss am 11. Januar besprechen.

(Beifall bei SPD)

Das ist in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit, aber auch der Wichtigkeit des Themas angemessener. Wenn wir uns darauf verständigen könnten, würde ich ihn jetzt zurückziehen.

(Andreas Köhler [CDU]: Nicht zurückziehen, sondern in den Hauptausschuss verschieben!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wer stimmt gegen den Antrag der CDU-Fraktion auf Verschiebung in die Sitzung des Hauptausschusses? –

(Jörg Uckermann [pro Köln] meldet sich zu Wort – Manfred Rouhs [pro Köln]: Er möchte dagegensprechen!)

– Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Meine Damen und Herren, wir haben uns heute eine Stunde mit der Tagesordnung befasst. Diese Zeit hätten wir uns sparen können. Es wurde uns vorgejammert, wie dringend das alles wäre.

(Zuruf von Yvonne Gebauer [FDP])

– Gehen Sie doch nach Hause! Das ist eben in einer Demokratie so. Ich kann hier nicht ausreden. Herr Oberbürgermeister, unterbinden Sie einmal das Gegacker hier, damit ich ausreden kann.

(Beifall bei pro Köln – Henk van Benthem [CDU]: Kann man so etwas zulassen?)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Uckermann, kommen Sie zur Sache!

(Zurufe)

Jörg Uckermann (pro Köln): Benehmen Sie sich doch! Von Ihnen haben wir noch nie etwas gehört. Sie haben hier sachlich anscheinend nichts beizutragen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Uckermann, ich darf Sie bitten, jetzt zur Sache zu sprechen.

Jörg Uckermann (pro Köln): Sie nehmen „Sitzungsgeld“ wohl ernst? Wenn Sie das Sitzungsgeld bekommen, gehen Sie nach Hause.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Uckermann, ich bitte Sie, jetzt zur Sache zu sprechen. Es geht um die Antwort auf den Redebeitrag.

Jörg Uckermann (pro Köln): Ich habe zur Sache gesprochen. Die Sache ist in der Tat dringend. Es ist ein vernünftiger Antrag. Das belastet uns hier seit Jahren. Es ist vorgejammert worden, dass es im Januar zu spät sein kann. Wir alle haben ein Interesse, dass wir diese Planungsfehler korrigieren, dass wir das halbwegs heilen können. Dann muss das heute Abend hier geschehen. Wir brauchen nicht lange zu sprechen. Man kann direkt darüber

abstimmen. Wir sind dafür, dass endlich Planungssicherheit herrscht. – Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. – Wer ist gegen den Antrag der CDU-Fraktion auf Verschiebung des Dringlichkeitsantrages in den Hauptausschuss im Januar? – Das ist die Fraktion pro Köln. – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist das so beschlossen.

Dann kommen wir zu TOP 3.2.1:

**3.2.1 Ausweisung des Nippeser Tälchen als Naturdenkmal
Einleitung eines Verfahrens zur Änderung der ordnungsbehördlichen Verordnung über Naturdenkmale des bauplanungsrechtlichen Innenbereiches (NDI) der Stadt Köln
0202/2009**

Gibt es hierzu Wortmeldungen?

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Wie im Umweltausschuss!)

Ich lasse darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen gegen den Vorschlag wie im Ausschuss für Umwelt und Grün? – Gibt es Enthaltungen? – Dann ist gegen die Stimmen der CDU entsprechend beschlossen.

Wir kommen zu TOP 3.2.2:

**3.2.2 Sparkasse Köln/Bonn
Schließung von Sparkassenfilialen
5233/2009**

Herr Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass es hier eine Vorlage der Verwaltung gibt, die wir ablehnen werden. Denn wir werden die drei Beschlüsse der Bezirksvertretungen, Geschäftsstellen der Sparkasse nicht zu schließen, unterstützen. Aus Zeitgründen möchte ich das nicht lange begründen. Ich möchte Ihnen nur einen Satz von der Seniorenvertretung aus dem Stadtbezirk Köln-Chorweiler vorlesen. Die schreiben in einem Brief an Sie, Herr Oberbürgermeister:

Besonders ältere Mitbürger scheuen sich, Bankgeschäfte online zu tätigen,

wobei noch nicht einmal jeder einen PC besitzt. Auch da ist eine Beratung nur vor Ort möglich.

Deshalb haben sie gefordert, Geschäftsstellen nicht zu schließen.

In diesem Falle also Ablehnung der Vorlage der Verwaltung, die meint, dass das etwas Unrechtmäßiges ist.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. – Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt? – Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Wir schließen uns der Linkspartei an. Ich will nur kurz etwas dazu sagen. Man könnte anfangen, nochmals groß zu rekapitulieren, wo die Sparkasse Geld verschwendet hat: Oppenheim-Esch, Messehallen und so weiter. Ich will das alles nicht machen.

(Andreas Köhler [CDU]: Dann tu es halt nicht!)

Dadurch sind Hunderte Millionen verschwendet worden. Auf der anderen Seite muss man jetzt auf Kosten der normalen Leute sparen. Das Filialnetz wird ausgedünnt, Filialen werden geschlossen. Hier sind wir strikt dagegen. Es kann nicht sein, dass immer nur auf Kosten der Kleinen gespart wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. – Wer ist gegen den Beschlussvorschlag einschließlich Deckungsvorschlag vom 16.12.2009? – Das sind Die Linke, Herr Dr. Müser, Herr Zimmermann und pro Köln. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Beschluss so zustande gekommen.

Damit kommen wir zu Tagesordnungspunkt 4, hier zu TOP 4.1:

4. Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend "Aufwendungen und Entschädigungen Aufsichtsratsmitglieder" für

AN/1754/2009

Dazu liegt Ihnen eine Antwort der Verwaltung vor.

Markus Wiener (pro Köln): Die Antwort, die vorliegt, besagt, dass keine Antwort vorliegt, dass bei den städtischen und stadtnahen Unternehmen Antworten angefordert wurden, die zum Teil eingetroffen seien, zum Teil noch nicht. Deswegen liege uns keine Antwort vor.

Meine konkrete Bitte an die Verwaltung ist, uns die Antworten, die schon eingetroffen sind, in Kürze per Post an die Fraktion zuzustellen und nicht zu warten, bis die letzte Antwort von irgendeinem Nachzüglerunternehmen kommt. Ist das möglich? Das ist meine ganz konkrete Frage. Wenn ja, dann setzen Sie es bitte um.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Dr. Walter-Borjans.

Beigeordneter Dr. Norbert Walter-Borjans: Ich bitte davon abzusehen, dass wir einzelne Antworten an alle verschicken. Das ist eine Frage, die sich auf die Gesamtheit bezogen hat. Es geht auch nicht darum, einzelne Nachzügler dazu zu bringen, die Geschwindigkeit insgesamt nicht zu verlangsamen. Wir werden dem nachgehen, dass wir die Antworten zeitnah erhalten, damit wir sie Ihnen in der Summe übermitteln können.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Wie schätzt die Verwaltung das ein: Werden wir das zur nächsten regulären Ratssitzung vorliegen haben? Ich denke, das müsste auf jeden Fall machbar sein.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Dr. Walter-Borjans.

Beigeordneter Dr. Norbert Walter-Borjans: Das ist eine hypothetische Frage. Die Anforderung ist raus. Ich will mich darum bemühen, dass wir das zum nächsten Mal bekommen. Garantieren kann ich es im

Augenblick nicht. Ich setze mich dahinter, dass wir zu einer der nächsten Sitzungen das vorlegen. Wenn es zur nächsten Sitzung klappt, wäre das eine schöne Sache.

Bürgermeisterin Elfie Scho-Antwerpes: Liebe Kollegen und Kolleginnen, wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt 4.2:

4.2 Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln betreffend "Mitbestimmung bei den Kliniken der Stadt Köln gGmbH" AN/1937/2009

Antwort der Verwaltung vom 16.12.2009 5185/2009

Herr Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Frau Bürgermeisterin! Ich wollte nur kurz mitteilen, dass wir dem Oberbürgermeister den Personalüberleitungstarifvertrag der Stadt Köln mit den Kliniken der Stadt Köln und den Beschäftigten zustellen werden. In § 12 dieses Vertrages ist geregelt, dass die Beschäftigten drei Mandate im Aufsichtsrat bekommen und das entsprechend geregelt werden muss. Wir werden das einfach zustellen.

Bürgermeisterin Elfie Scho-Antwerpes: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen dazu. Die Antwort der Verwaltung liegt Ihnen vor. Damit ist dieser Punkt erledigt.

Der Tagesordnungspunkt 4.3 ist auf die nächste Sitzung vertagt.

Tagesordnungspunkt 5 entfällt.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 6, hier zu TOP 6.1, speziell 6.1.1:

6. Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 AG Zoologischer Garten Köln Satzungsänderung 2700/2009

Es gibt keine Wortmeldungen dazu. Dann können wir abstimmen. Wer ist gegen diese Satzungsänderung? – Ich sehe keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? – Nein. Dann ist das hiermit einstimmig angenommen.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

6.1.2 10. Satzung zur Änderung der Betriebssatzung für die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln 4309/2009

Gibt es dazu Anmerkungen? – Das ist nicht der Fall. Dann möchte ich darüber abstimmen lassen. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das hiermit einstimmig angenommen.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

6.1.3 8. Satzung zur Änderung der Satzung der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln 4585/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Nein. Dann möchte ich darüber abstimmen lassen. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das einstimmig angenommen

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

6.1.4 3. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Köln 4408/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Nein. Dann möchte ich darüber abstimmen lassen. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das hiermit einstimmig angenommen.

Der Tagesordnungspunkt 6.1.5 ist zurückgezogen.

Wir kommen dann zu Tagesordnungspunkt 6.2:

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches

Tagesordnungspunkt 6.2.1 haben wir erledigt.

Daher kommen wir zum Punkt 6.2.2:

6.2.2 Honorarordnung für die Fachstelle für Hochbegabung Köln 4600/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Nein. Dann möchte ich darüber abstimmen lassen. Wer ist dagegen? – Die Linke. Gibt es Enthaltungen? – Ich sehe keine. Dann ist das gegen die Stimmen der Linken mehrheitlich angenommen. Die

Tagesordnungspunkte 6.2.3 und 6.2.4 sind ebenfalls bereits erledigt.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

**6.2.5 Änderung der
Zweitwohnungssteuersatzung
4852/2009**

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich sehe keine. Dann möchte ich darüber abstimmen lassen. Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Dann ist das gegen die Stimmen von Linken und pro Köln mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

**6.2.6 Vergnügungssteuersatzungen
4857/2009**

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Nein. Dann möchte ich darüber abstimmen lassen. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das gegen die Stimmen der FDP und pro Köln mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 6.3, hier zu TOP 6.3.1.:

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

**6.3.1 1. Ordnungsbehördliche
Rechtsverordnung für 2010 über das
Offenhalten von Verkaufsstellen in den
Stadtteilen Innenstadt, Deutz, Neustadt-
Süd, Severinsviertel, Godorf,
Rodenkirchen, Braunsfeld, Lindenthal,
Marsdorf, Sülz/Klettenberg, Weiden,
Ehrenfeld, Neuhrenfeld, Ossendorf,
Vogelsang, Longerich, Nippes,
Chorweiler, Worringen, Poll, Porz-City,
Porz-Eil, Porz-
Lind/Wahn/Wahnheide/Urbach, Brück,
Kalk, Rath/Heumar, Dellbrück,
Höhenhaus, Holweide, Mülheim
4902/2009**

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Nein. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das gegen die Stimme von Herrn Zimmermann mehrheitlich angenommen.

Tagesordnungspunkt 6.4 braucht nicht behandelt zu werden.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 7:

**7. Unterrichtung des Rates über die vom
Kämmerer/Fachbeigeordneten
genehmigten Mehraufwendungen,
Mehrauszahlungen und -verpflichtungen
für das Haushaltsjahr 2009 gem. § 83
Absatz 1 und § 85 Absatz 1 GO NRW in
Verbindung mit der Haushaltssatzung
2008/2009
4122/2009**

Es gibt keine Wortmeldungen dazu. Dann möchte ich darüber abstimmen lassen. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt 8: Es gibt keine überplanmäßigen Ausgaben.

Tagesordnungspunkt 9: Auch hierzu liegt nichts vor.

Damit kommen wir zu Tagesordnungspunkt 10, hier zu TOP 10.1:

10. Allgemeine Vorlagen

**10.1 Kommunalwahl 2009 - Wahlprüfung
In der Wahlprüfungssache betreffend
den Wahleinspruch des
Herrn Jürgen Schuiszill, Köln,
Einspruchsführer,
gegen die Gültigkeit der
Oberbürgermeister-, Rats- und
Bezirksvertretungswahl in Köln am 30.
August 2009
4577/2009**

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich sehe keine. Dann möchte ich darüber abstimmen lassen. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist es einstimmig angenommen.

Wir kommen zu TOP 10.2:

**10.2 Kommunalwahl 2009 - Wahlprüfung
In der Wahlprüfungssache betreffend
den Wahleinspruch des
Herrn Kai A. Hamm, Köln,
Einspruchsführer,
gegen die Gültigkeit der
Oberbürgermeister-, Rats- und
Bezirksvertretungswahl in Köln am 30.
August 2009
4578/2009**

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich sehe keine. Dann möchte ich abstimmen lassen. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? Dann ist das einstimmig angenommen.

Wir kommen zu TOP 10.3:

**10.3 Kommunalwahl 2009 - Wahlprüfung
In der Wahlprüfungssache betreffend
den Wahleinspruch des
Herrn Karl-Heinz Daniel, Köln,
Einspruchsführer,
gegen die Gültigkeit der
Oberbürgermeister-, Rats- und
Bezirksvertretungswahl in Köln am 30.
August 2009
4579/2009**

Gibt es Wortmeldungen dazu? – Ich sehe keine. Dann möchte ich abstimmen lassen. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das einstimmig angenommen.

Wir kommen zu TOP 10.4:

**10.4 Kommunalwahl 2009 - Wahlprüfung
In der Wahlprüfungssache betreffend
den Wahleinspruch der
Frau Daniela Müller, Köln,
Einspruchsführerin,
gegen die Gültigkeit der
Oberbürgermeister-, Rats- und
Bezirksvertretungswahl in Köln am 30.
August 2009
4580/2009**

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich sehe keine. Dann möchte ich darüber abstimmen lassen. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das einstimmig angenommen.

Wir kommen zu TOP 10.5:

**10.5 Kommunalwahl 2009 - Wahlprüfung
In der Wahlprüfungssache betreffend
den Wahleinspruch des
Herrn Markus Hock, Köln,
Einspruchsführer,
gegen die Gültigkeit der
Oberbürgermeister-, Rats- und
Bezirksvertretungswahl in Köln am 30.
August 2009
4581/2009**

Gibt es dazu Wortmeldungen? –

(Martin Börschel [SPD]: Frau Frebel nimmt an der Abstimmung nicht teil!)

– Frau Frebel nimmt an der Abstimmung nicht teil. Vielen Dank. – Sonst gibt es keine Wortmeldung dazu? – Dann möchte ich abstimmen lassen. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das einstimmig angenommen.

Wir kommen zu TOP 10.6:

**10.6 Kommunalwahl 2009 - Wahlprüfung
In der Wahlprüfungssache betreffend
den Wahleinspruch der
Frau Annemarie Ferdinand, Köln,
Einspruchsführerin,
gegen die Gültigkeit der
Oberbürgermeister-, Rats- und
Bezirksvertretungswahl in Köln am 30.
August 2009
4582/2009**

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich sehe keine. Dann möchte ich abstimmen lassen. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das einstimmig angenommen.

Wir kommen zu TOP 10.7:

**10.7 Kommunalwahl 2009 - Wahlprüfung
In der Wahlprüfungssache betreffend
den Wahleinspruch des
Herrn Franz Abels, Köln,
Einspruchsführer,
gegen die Gültigkeit der
Oberbürgermeister-, Rats- und
Bezirksvertretungswahl in Köln am 30.
August 2009
4583/2009**

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine Wortmeldungen dazu. Dann möchte ich darüber abstimmen lassen. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das gegen die Stimmen von pro Köln mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zu TOP 10.8:

**10.8 Kommunalwahl 2009 - Wahlprüfung
Feststellung der Gültigkeit der
Oberbürgermeister-, Rats- und
Bezirksvertretungswahl in Köln am 30.
August 2009 gemäß § 40 Absatz 1
Buchstabe d) in Verbindung mit §§ 46a,
46b Kommunalwahlgesetz
4584/2009**

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich sehe keine. Dann möchte ich darüber abstimmen lassen. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das einstimmig angenommen.

Wir kommen zu TOP 10.9:

**10.9 Einführung des bundesweiten
Digitalfunk bei der Berufsfeuerwehr
Köln
2969/2009**

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich sehe keine. Dann möchte ich darüber abstimmen lassen. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das einstimmig angenommen.

Wir kommen zu TOP 10.10:

10.10 Rheinpark - Bewässerung hier: Planungsaufnahme und außerplanmäßige Auszahlung im Teilfinanzplan 1301 / Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen 3878/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich sehe keine. Dann möchte ich abstimmen lassen. Wer ist dagegen? – Enthält sich jemand? – Dann ist das einstimmig angenommen.

Wir kommen zu TOP 10.11:

10.11 Fortführung der Drogentherapeutischen Ambulanz des Gesundheitsamtes ab dem 01.01.2010 3927/2009

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Wie Gesundheitsausschuss!)

– Wie Gesundheitsausschuss. – Gibt es dazu noch Wortmeldungen?

(Zuruf)

– Wie Finanzausschuss. Was denn jetzt?

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Das ist identisch!)

Mir wird soeben gesagt: Wie Alternative 1 aus dem Finanzausschuss. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich sehe keine. Dann möchte ich abstimmen lassen. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das einstimmig angenommen.

Wir kommen zu TOP 10.12:

10.12 Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln hier: Abgabe einer Verpflichtungserklärung 4549/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine. Dann möchte ich abstimmen lassen. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? Dann ist das einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt 10.13 ist zurückgezogen.

Wir kommen zu TOP 10.14:

10.14 Einrichtung eines Referates für Lesben, Schwule und Transgender 3864/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine. Dann möchte ich darüber abstimmen lassen. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das gegen die Stimmen von pro Köln mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zu TOP 10.15:

10.15 Wirtschaftsplan 2010 der Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB) 4270/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine. Dann möchte ich darüber abstimmen lassen. Wer ist dagegen? – CDU, FDP, pro Köln und Dr. Müser. Wer enthält sich? – Dann ist das gegen die Stimmen von FDP, pro Köln, Herrn Müser und der CDU mehrheitlich angenommen.

Dann kommen wir zu TOP 10.16:

10.16 Resolution zur "Barrierefreien Gestaltung des Bahnhofes Deutz/Messe" hier: Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik aus der Sitzung am 04.09.2008 4380/2009

(Martin Börschel [SPD]: Wie Alternative!)

– Wie Alternative. – Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine. Dann möchte ich darüber abstimmen lassen. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das einstimmig angenommen.

Wir kommen zu TOP 10.17:

10.17 Wohnraumberatung durch "wohn mobil" in Trägerschaft von PariSozial gGmbH/DPWV 4593/2009

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Fassung Finanzausschuss!)

– Wie Anlage 3 Finanzausschuss. – Gibt es dazu noch Wortmeldungen? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das einstimmig angenommen.

Wir kommen zu TOP 10.18:

10.18 Mitteilung über Kostenerhöhungen gemäß § 24 Absatz 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 1201, Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV bei Finanzstelle 6604-1201-4-1000 Venloer Straße, Umgestaltung sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes 4720/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich sehe keine. Dann möchte ich abstimmen lassen. Wer ist gegen diese Vorlage? – Wer enthält sich? – Dann ist das einstimmig angenommen.

Wir kommen zu TOP 10.19:

10.19 Konzept "Straßenkarneval in Köln - Mehr Spaß ohne Glas"
1. Befristetes Verbot, Glas und Glasflaschen in stark frequentierten Innenstadtbereichen (Altstadt, Zülpicher Viertel und Ringe) mitzuführen und zu verkaufen
2. Verstärkte Alkoholprävention für Jugendliche
3035/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Bitte schön, Herr Wolter.

Andreas Wolter (Bündnis 90/Die Grünen): Wir haben den Dringlichkeitsantrag aus der Bezirksvertretung Nippes. Wir bitten darum, dass diese Vorlage in den AVR kommt, damit wir uns damit noch befassen können. Ansonsten wollen wir der Vorlage natürlich ausdrücklich zustimmen. Aber das ist ein gesonderter Punkt, den wir im AVR behandeln möchten. Wir finden richtig, was da kommt. Aber das möchten wir nicht mit dieser Vorlage hier beschließen.

Bürgermeisterin Elfie Scho-Antwerpes: Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? –

(Andreas Köhler [CDU]: Das sind drei Punkte! Dann müssen wir über die einzelnen drei Punkte extra abstimmen, weil wir bei dem ersten Punkt dagegen gestimmt haben!)

– Es geht um das befristete Verbot?

(Andreas Köhler [CDU]: Ja!)

Dann lasse ich über die Ziffer 1 zuerst abstimmen. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das gegen die Stimme von Herrn Zimmermann mehrheitlich so angenommen.

Ich lasse über die Ziffer 2, verstärkte Alkoholprävention für Jugendliche, abstimmen. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Ziffer 3: Die Verwaltung wird den Ausschüssen „Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales“, „Gesundheit“, „Jugendhilfe“ sowie der Bezirksvertretung Innenstadt jeweils einen kurzen Erfahrungsbericht über den Zeitraum von Weiberfastnacht bis Karnevalsdienstag sowie den 11.11.2010 vorlegen. Ich möchte darüber abstimmen lassen. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das einstimmig angenommen.

(Andreas Köhler [CDU]: Haben wir jetzt getrennt abgestimmt?)

– Ja, haben wir. Beim ersten Punkt hat nur Herr Zimmermann dagegen gestimmt.

Wir kommen zu TOP 10.20:

10.20 Handlungskonzept Demographischer Wandel - Bericht - 1754/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich sehe keine. Dann möchte ich darüber abstimmen lassen. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das einstimmig angenommen.

Wir kommen zu TOP 10.21:

10.21 Teilplan 1201 - Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV (ab 2010: Teilplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV): Baubeschluss für die Erneuerung von 6 Fahrtreppenanlagen an den Stadtbahnhaltestellen Lohsestraße und Florastraße
4814/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich sehe keine. Dann möchte ich darüber abstimmen lassen. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das einstimmig angenommen.

Wir kommen zu TOP 10.22:

10.22 Sanierung des Opernhauses und Neubau des Schauspielhauses am Offenbachplatz 4007/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Herr Uckermann.

(Zurufe)

– Dann sollte man sich melden. Eva Bürgermeister.

Dr. Eva Bürgermeister (SPD): Frau Bürgermeisterin! Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin froh, dass wir nach vielen Wochen der Verzögerung und Ungewissheit angesichts der Enttäuschung im bisherigen Prozess und nach intensiven Debatten in den letzten Tagen hier und heute endlich die Gelegenheit haben, die Sanierung der Oper und den Neubau des Schauspielhauses zielgerichtet auf den Weg zu bringen. Nachdem das Projekt aus vielerlei Gründen zuletzt schon fast gänzlich in Frage stand, ist es der Verwaltung unter Führung von Herrn Oberbürgermeister Roters in überschaubarer Zeit gelungen, trotz der schwierigen Rahmenbedingungen eine gut abgewogene und mit den Dezernaten abgestimmte Lösung aufzuzeigen. Ich darf kurz einen Satz aus der Verwaltungsvorlage zitieren, der den gefundenen Weg meiner Ansicht nach sehr treffend analysiert. Es heißt dort nämlich:

Der Beschlussvorschlag ist das Ergebnis einer sorgfältigen Abwägung der kulturpolitischen Notwendigkeiten eines Oberzentrums Köln, der Anforderungen eines künstlerisch anspruchsvollen, modernen Bühnenbetriebs und der zu fordernden finanziellen Disziplin aufgrund der Haushaltslage.

Meine Damen und Herren, angesichts dieser Interessenlage und auch mit Blick auf die zusätzlich bestehenden ganz erheblichen und von keinem Beteiligten in Zweifel gezogenen zeitlichen Zwänge durch die nahende Interimsphase halten wir den Vorschlag der Verwaltung für den einzig richtigen Weg. Die bauliche Neugestaltung des Schauspielhauses, die Freistellung der Oper und die Reduzierung der Anzahl der Baukörper werden das gesamte innerstädtische Quartier städtebaulich aufwerten. Endlich kann es gelingen, das Hinterhofdasein

auf der Rückseite von Oper und Schauspielhaus aufzubrechen.

Weiterhin bietet das neu zu schaffende Ensemble die Chance, in bester Innenstadtlage öffentlichen Raum mit echter Aufenthaltsqualität zu schaffen.

Kulturpolitisch erfüllt der Vorschlag alle notwendigen Voraussetzungen für einen modernen Opern- und Schauspielbetrieb, ein Umstand, der auch von den Bühnen immer wieder eingefordert worden war.

Durch die vorgeschlagene Lösung werden beide Häuser in hohem Maße profitieren, ganz besonders das Schauspiel. Wir werden durch den Neubau endlich in die Situation kommen, dass ein Spielplan durch die künstlerische Leitung definiert wird und nicht mehr durch Auf- und Abbauzeiten der Technik. Ich darf daran erinnern, dass das Schauspielhaus heute das Haus mit den bundesweit wohl meisten Schließtagen ist. Das hat vor allem mit der Beengtheit des vorhandenen Gebäudes zu tun. Auf diesen sehr problematischen Punkt haben aktuell die Beschäftigten mit ihrem Votum für einen Neubau eindringlich hingewiesen.

Natürlich kann ich hier nicht unerwähnt lassen, dass insbesondere der Verzicht auf Ballettproberäume aus Sicht der Kultur besonders schmerzlich ist. Allerdings möchte ich hierzu für die SPD klarstellen, dass mit dem Verzicht auf einen Probesaal für ein Ballett das Thema Tanz in Köln nicht erledigt ist. Doch auch wir werden schweren Herzens akzeptieren müssen, dass die finanziellen Möglichkeiten bis zur äußersten Belastungsgrenze ausgeschöpft sind. Insofern dürfen wir zumindest außerordentlich begrüßen, dass sowohl Kinderoper als auch Studiobühne ihren eigenen Ort in diesem Ensemble gefunden haben.

Die SPD bekräftigt den bereits gefassten Beschluss zur Sanierung des Opernhauses und zum Neubau des Schauspielhauses, und zwar in einer deutlich reduzierten Variante, um Kosten zu senken. Bei allem Charme, den der Vorschlag von Frau Beier für eine Sanierung des Gebäudes wahrlich hat, und bei allem Verständnis, das wir für ihren Einsatz für den künstlerischen Etat ihres Hauses aufbringen: Bei genauer Betrachtung und Abwägung aller Interessen – das können Sie mir glauben; damit haben wir in den letzten Tagen viel Zeit verbracht – überzeugt der Vorschlag nicht. Letztlich kam er einfach zu spät, um im vollen Galopp noch die Pferde zu wechseln. Eine Entscheidung für eine

Sanierungslösung würde weder für das Umfeld noch für die Abläufe bei Oper und Schauspiel eine Verbesserung bedeuten. Zusätzlich drohen bei einer Sanierung nicht hinnehmbare Zeit- und Kostenrisiken. So würde ein neues Vergabeverfahren zusätzliche Verzögerungen beim Bau verursachen und die schwierige Zeit des Interims weiter verlängern. Mögliche Schadenersatzansprüche der Wettbewerbsarchitekten würden das Kostenbudget zusätzlich in die Höhe treiben. Beides sind Risiken, die nicht im Interesse der Bühnen sein können und die uns veranlassen, für eine verlässliche Neubaulösung zu votieren.

Hinzu kommt ein Weiteres. Die Sanierungsvariante würde uns voraussichtlich rund 220 Millionen Euro kosten. Bei aller Unsicherheit, die jede Kostenkalkulation für ein Sanierungsvorhaben mit sich bringt – das ist bei einem Sanierungsvorhaben so –, ist das aus unserer Sicht eindeutig zu teuer, zumal wir hierfür nur eine Halbierung des Angebots bekommen und gleichzeitig auf die städtebauliche Erneuerung des Opernquartiers verzichten. Aus unserer Sicht ist also eine Entscheidung für den Neubau bei Abwägung aller Vor- und Nachteile die bessere, die stabilere und auch die nachhaltigere Lösung.

Die heutige Entscheidung ist eine Entscheidung für die Verbesserung der kulturellen Infrastruktur in Köln, damit übrigens auch ein Signal für die Zukunft der Kulturstadt Köln. Diese Entscheidung für einen Neubau ist keinerlei Präjudiz für eine mögliche Festsetzung des Bühnenetats im kommenden Haushalt 2010. Denn bei der heute anstehenden Entscheidung geht es in erster Linie um die bei Fertigstellung anfallenden Baukosten. Diese werden den städtischen Etat schwerpunktmäßig aber erst in den Jahren ab 2014 belasten. Demgegenüber wird die Diskussion um den Bühnenetat schon im Rahmen der kommenden, ausgesprochen schwierigen Haushaltsplanberatung zu führen sein, in denen es die Interessen aller Bereiche der Stadtgesellschaft zu berücksichtigen und zu gewichten gilt.

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, bevor ich zum Schluss komme, lassen Sie mich noch zwei wichtige Anmerkungen für das weitere Verfahren machen.

Erstens. Die SPD-Fraktion erwartet, dass die vorgelegten Zahlen belastbar bleiben und der vorgelegte Kostendeckel eingehalten wird.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Was passiert, wenn das nicht der Fall ist?)

Dabei ist uns wichtig, dass die noch notwendigen Korrekturen verträglich vorgenommen werden und insbesondere nicht ausschließlich zulasten des Schauspielneubaus gehen, wie es derzeit in der Vorlage scheinbar noch angelegt ist.

Zweitens. Um das sicherzustellen, fordern wir ein begleitendes professionelles Zeit- und Kostenmanagement in Verantwortung der Bühnen. Das wurde uns zugesichert.

Dabei wünschen wir uns, dass Sie, Herr Oberbürgermeister, auch weiterhin eine enge Schnittstelle zu den Projektverantwortlichen pflegen und dieses wichtige Kölner Großprojekt verantwortlich zum Erfolg bringen. – Danke schön.

(Beifall bei SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich bedanke mich. – Dann Herr Dr. Elster.

Dr. Ralph Elster (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es ist in der Tat so, dass die Vorlage zwar fristgerecht, aber doch ob der Komplizität dessen, was zu entscheiden ist, relativ kurzfristig in die Fraktionen gekommen ist. Man muss einfach sagen: Wenn wir über 350 Millionen Euro hier zu entscheiden haben – das Gesamtprojekt kostet uns definitiv 350 Millionen Euro –, dann wäre es durchaus richtig gewesen, schon im September mit der Vorlage in die Politik zu gehen und die Sache nicht zur Chefsache zu machen.

(Ralph Sterck [FDP] [zur SPD gewandt]: Das hat euer Oberbürgermeister verhindert!)

– Genau. – Damit wurde drei Monate lang letztendlich nichts bewirkt. Wenn man das, was im September vorgestellt worden ist, mit dem vergleicht, was heute beschlossen werden soll, dann stellt man fest: Das ist faktisch identisch. Die 70 Millionen Euro sind auch im September schon herausgestrichen gewesen. Es ist einfach schade, dass wir diesen Diskussionsprozess

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Kunst- und Kulturausschuss!)

– beispielsweise mit Herrn Detjen – im Schweinsgalopp zu führen haben.

Es ist in der Tat so: Wir müssen bei aller Kürze der Bedenkzeit, die wir zur Verfügung haben, auf den Wettbewerb zurückgehen. Wir müssen prüfen, ob das, was jetzt vorgestellt wird, auch das ist, was wir mit dem Wettbewerb vor drei Jahren erreichen wollten. Was wollten wir erreichen? Wir wollten ein voll arrondiertes Bühnenhaus, wir wollten ein voll arrondiertes Opernhaus, wir wollten ein Schauspiel, wir wollten einen Tanz. Wir wollten also ein Dreispartenhaus im Opernquartier etablieren. Das ist bei genauerer Betrachtung der Vorlage, die jetzt der Oberbürgermeister hier einbringt, nicht erreicht. Deswegen möchten wir die einzelnen Streitpunkte nochmals kritisch bewerten.

Natürlich ist das Produktionszentrum, das Sie herausgenommen haben, Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, kein tatsächlicher Kritikpunkt. Wir können damit leben, dass das Produktionszentrum wie in vielen anderen Städten und Spielstätten extern weiterbetrieben wird, hier an der Oskar-Jäger-Straße. Die 9 Millionen Euro Investitionen in bessere Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bühnen sind natürlich eine Investition auch in die Zukunft unseres Spielbetriebes.

Was wir aber nicht tolerieren können, das ist das Streichen der Ballettcompagnie und der weitere Betrieb der Orchesterprobesäle an der Stolberger Straße. Allein die Sanierung des Orchesterproberaums an der Stolberger Straße verschlingt 2,3 Millionen Euro. Der Betrieb würde in den nächsten zehn Jahren 2 bis 2,5 Millionen Euro verschlingen. Allein das macht die Differenz zwischen der Variante 2 und der Variante 3 zu einer Marginalie und letztendlich zu keiner heute mehr exakt vorherbestimmbaren Größe. Wenn wir über 2 bis 3 Millionen Euro reden, dann sind wir angesichts des jetzigen Planungsstandes nicht in der Lage, zu sagen, ob wir das in 2015 auch tatsächlich erreichen.

Von daher sind das keine seriösen und belastbaren Zahlen, die wir als Differenz zwischen Alternative 2 und Alternative 3 vorgestellt bekommen.

Zum Thema Ballettcompagnie: Wir haben in der Julisitzung des letzten Rates alle zusammen den Kulturentwicklungsplan der Stadt Köln beschlossen, nach langer, zum Teil hochinteressanter, aber zum Teil auch

schmerzvoller Diskussion. Wir haben uns alle dafür entschieden, dass der Tanz hier in Köln im Opernquartier wieder Einzug halten soll, dass wir ein Dreispartenhaus betreiben wollen. Wir haben belastbare Zahlen skizziert. Wir haben damit Signale gesetzt in Richtung der Kunstszene hier in Köln. Wir haben Signale in Richtung Land gesetzt. Wir haben uns entschieden, und wir sollten bei einer solchen Entscheidung bleiben. Das ist ein ganz wesentlicher Kritikpunkt. Es kann nicht sein, dass wir jetzt den Tanz herausstreichen und auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben. Wenn wir jetzt die Chance haben, den Tanz hier zu etablieren, dann gilt diese Entscheidung für die nächsten 80 Jahre oder zumindest 65 Jahre. 65 Jahre ist die Planzeit für die Gebäude. Wir reden darüber, die Möglichkeit zu eröffnen, den Tanz in das Opernquartier zu holen, und zwar bis 2080. Es wird keine Möglichkeit mehr geben, diese Entscheidung, die wir heute für oder gegen den Tanz treffen, in irgendeiner Art und Weise zu revidieren. Wir würden die Wahnsinnsmöglichkeit vorschlagen, den Tanz in Köln wiederzubeleben. Das ist bei den Zahlen, die uns der Oberbürgermeister vorlegt, einfach nicht zu rechtfertigen. Die Unterschiede zwischen den beiden Lösungen, der Lösung, die Sie vorschlagen, und der Alternative 3, die wir vorschlagen, abgespeckt um das Produktionszentrum, betragen noch nicht einmal 1,5 Prozent. Das ist wirklich keine belastbare Zahl.

Von daher plädieren wir dafür, die Alternative 3 hier und heute Abend für Köln zu beschließen. Geben Sie sich einen Ruck, stimmen Sie mit für den Tanz, für die Ballettcompagnie und für die Verlegung von der Stolberger Straße!

(Beifall bei CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. – Wir kommen dann zu den Grünen, Frau von Bülow.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Es ist spät geworden, nicht nur heute. Vielleicht ist das symptomatisch für die gesamte Debatte. Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Werte Kolleginnen und Kollegen! Eine schwere Entscheidung liegt vor uns. Opernquartier und Schauspiel gilt es endlich zukunftsfähig zu machen. Sanierung, gegebenenfalls Neubau gilt es einzuleiten. Äußere Daten sind gesetzt. Im Sommer 2010 werden die Häuser freigestellt. Bis

vor einem halben Jahr schien alles auf den Weg gebracht. Dann nahm die Entwicklung einen dramatischen Verlauf. Die Kosten für die Umsetzung des Siegerentwurfes des Architektenwettbewerbs stiegen immens und sprengten den Kostendeckel. Hinzu kommt die extrem schwierige Haushaltslage durch die Wirtschafts- und Finanzkrise. Das wurde heute schon mehrmals angesprochen.

Diese Situation verlangt es unserer Meinung nach, dass die Überlegungen zu Sanierung oder Neubau des Schauspielhauses neu angestoßen wurden und werden. Auch bundesweit wird gespannt auf Köln geschaut. Die Meinungen sind geteilt. Insgesamt wird die Diskussion als neue Diskussion begrüßt.

Was also tun? Es ist spät geworden. Nachdem der damalige Oberbürgermeister im Juli 2009 einen Planungsstopp verhängt hatte, wurden alle Varianten wieder auf den Prüfstand gestellt. Die jetzt vom Oberbürgermeister favorisierte Variante sieht – das wissen Sie alle – schmerzliche Einsparungen an den Gebäuden vor. Seit knapp zwei Wochen liegt uns die neue Vorlage zum Opernquartier vor. In unserer Fraktion haben wir uns intensiv damit auseinandergesetzt, beide Intendanten eingeladen, uns informiert und diskutiert. Je länger wir uns mit der Vorlage beschäftigt haben, desto mehr Fragen tauchten auf.

In der Sondersitzung des Betriebsausschusses Bühnen am Montag haben wir viele dieser Fragen gestellt, ebenso im Finanzausschuss. Die Beantwortung sollte und soll Grundlage unserer Entscheidung sein. Wenn wir über ein so wichtiges Projekt im Zentrum der Stadt entscheiden, wenn wir ein Projekt auf den Weg bringen, das circa 300 Millionen Euro kostet, dann ist es uns wichtig, alle offenen Fragen zu klären. Nun ist es aber so, dass etliche Fragen trotz der vorliegenden Verwaltungsantworten bis heute nicht geklärt sind. In dem uns vorgelegten Entwurf der Sitzungsniederschrift der Sondersitzung vom Montag werden viele der gestellten Fragen nicht einmal erwähnt. Zum Beispiel haben wir keine dezidierte Aufstellung der Baufolgekosten erhalten, sowohl was die künstlerische Produktion als auch was die Betriebskosten angeht. Wenn der Neubau mit Abriss zum Beispiel langfristig tatsächlich eindeutig billiger sein sollte, dann wäre dies für die Entscheidung wichtig. In der Vorlage heißt es jetzt, die Sanierungsvariante 4 kostet 30 Millionen Euro weniger als die Neubauvariante 2. In Zeiten knapper Kassen ist das eine riesige Summe. Umso wichtiger ist es für uns, die

Baufolgekosten zu ermitteln und zu wissen, ob bei einer Variante tatsächlich weniger Kosten anfallen als bei einer anderen.

Allerdings wird bisher nicht deutlich, wie sich die Sanierungskosten der Variante 4 insgesamt darstellen. In den Verwaltungsantworten heißt es, es gebe kein Raum- und Funktionsprogramm für diese Variante. Es stellt sich also die Frage, wie belastbar die Sanierungskosten vor diesem Hintergrund überhaupt sind. Denn es fehlen die Informationen über die tatsächlich zu erbringenden Bauleistungen. Somit wissen wir nicht, welche Planungen den Zahlen zugrunde liegen.

Wie viel Mehrwert der Neubau gegenüber der Sanierung haben wird, sowohl im städtebaulichen Sinn als auch die künstlerische Produktion, haben wir ebenfalls noch nicht klären können. Angesichts der nun abgespeckten Version der ursprünglichen Vollversion muss diese Frage nach dem Mehrwert geklärt sein, und zwar vor einer Entscheidung für oder gegen Sanierung oder Neubau.

Angesichts der für uns noch offenen Fragen und der Tragweite der Entscheidung möchten wir darum bitten, die Entscheidung über die Vorlage bis in die nächste Ratssitzung zu vertagen. Ich weiß, wir haben lange auf die Vorlage gewartet, und wir alle brauchen eine schnelle Entscheidung.

(Volker Görzel [FDP]: Und zwar heute Abend!)

Dennoch: Wir meinen, Sorgfalt muss vor Schnelligkeit gehen. Eine Entscheidung ohne verantwortungsvolle Abwägung der komplexen Folgen wollen wir nicht treffen, nicht heute. Die Debatte muss natürlich geführt werden. Aber wir beantragen, die Entscheidung bis in die nächste Ratssitzung am 02.02.2010 zu vertagen.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Für die FDP Herr Görzel.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat ist dies ein sehr langwieriger Prozess gewesen, in dem sich dieses Haus und in dem sich die Bürgerschaft der Stadt Köln intensiv mit der Frage des Opernneubaus und des Neubaus des Schauspielers beschäftigt hat. Ich hatte das

große Glück und Vergnügen, an dem Wettbewerb vergangenes Jahr, Herr Kollege Elster, teilzunehmen, in dem die Stadtöffentlichkeit auch sehr involviert war und in dem sich ein einhelliger Konsens für den damals favorisierten Vorschlag abgebildet hat.

Dieser Konsens wurde diskutiert: in den Fraktionen, in den Parteien, in der Öffentlichkeit. Aber dieser Konsens zeichnete sich ab.

Dann kam der Sommer mit den dramatischen Überschreitungen des Deckels. Aber dennoch dürfte grundsätzlich am Konsens festzuhalten sein. Deswegen hat meine Fraktion, die sich von Anfang an vehement für dieses Projekt eingesetzt hat und diese Linie konsequent und treu weiterverfolgt, wenig Verständnis dafür, dass nun das gesamte Paket, das einst konsensual war, plötzlich wieder aufgeschnürt werden soll. Man muss an dieser Stelle das Argument von Frau Kollegin von Bülow nochmals in Erinnerung rufen. Sie sagt: wegen 40 Millionen Euro. Das ist im Übrigen auch das Beier'sche Argument, nur mit Zahlen. Bei genauer Betrachtung lässt sich jedoch sehr leicht herausarbeiten, dass diese 40 Millionen Euro nicht auf einmal auf den Tisch gelegt werden müssen, Frau von Bülow, sondern über entsprechende Tilgungen über langfristige Zeiträume abgetragen werden. Von daher ist die tatsächliche Belastung momentan, wie ich finde, kein Argument dafür, zu sagen, dass das Schauspiel nicht neu gebaut werden soll.

(Beifall bei FDP)

Im Übrigen, Frau von Bülow, wenn Sie schon die Vorteile einer Sanierung nicht anpreisen, aber zumindest fragend in den Raum stellen, darf dem entgegengehalten werden, dass erfahrungsgemäß die Sanierung viel größere finanzielle Risiken in sich birgt als ein Neubau.

(Beifall von Birgit Gordes [CDU])

Wer weiß denn, welche unerkannten, versteckten Mängel noch entdeckt werden? Das ist doch gerade das große Problem. Insofern bitte ich, mit diesem Argument ein wenig zurückhaltend umzugehen.

Nun möchte ich einige Vorteile und insbesondere Ziele nennen, die seinerzeit Anlass für den gesamten Prozess gewesen sind. Wir wollten selbstverständlich die Attraktivität des Zuschauerraums verbessern. Die Attraktivität des Zuschauerraums wird allerdings nur dann verbessert, wenn wir das Schauspiel neu bauen,

nicht wenn wir den unter Denkmalschutz stehenden alten Zuschauerraum beibehalten. Das heißt, wir würden mit der Sanierungslösung des Schauspiels keines der Ziele erreichen.

Die bessere Technik wurde bereits angesprochen. Ich schließe mich hier voll und ganz diesem Ziel an.

Im Übrigen – das ist für meine Fraktion ein gewichtiges Argument – sprechen wir nicht nur vom Schauspiel. Bei allem Respekt und auch bei allem Verständnis und aller Hochachtung vor dem bürgerschaftlichen Engagement der letzten zwei Wochen, insbesondere von Frau Beier: Es geht auch um Städtebau. Es geht auch um eine Landmarke, und es geht um das Selbstverständnis der Stadt Köln, ob wir es uns zumuten, im Herzen unserer Stadt einen Platz von nationaler öffentlicher Aufmerksamkeit zu schaffen oder nicht. Diese Frage steht heute Abend zur Debatte. Diese grundsätzliche Frage können wir heute Abend beantworten. Wir brauchen keinen Aufschub.

(Beifall bei FDP)

Die Alternative wäre, wir würden einen isoliert dahinstehenden Schauspielkomplex über die nächsten Jahre künstlich am Leben erhalten. Denn die Verbindungslinien zur Oper sind vorhanden. Die müssten gekappt werden. Es müsste Ersatz geschaffen werden. Ich habe von Ihnen kein Wort zu diesem Thema gehört. Wir würden es uns leisten wollen, über Jahre hinweg mit einer – in Anführungszeichen und mit Verlaub – Ruine im Herzen unserer Stadt Schauspielerei zu betreiben. Das ist Köln nicht würdig.

Ein abschließendes Wort zu der in der Stadtöffentlichkeit sehr engagiert geführten Kampagne in den letzten Tagen und Wochen. Wir alle haben ausreichend Gesprächsbedarf in den Fraktionen gehabt und unsere E-Mails sauber durchgelesen. Die Arbeitnehmerschaft, der Betriebspersonalrat hat sich einstimmig und einhellig gegen das Beier'sche Konzept ausgesprochen.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Seit wann ist das für die FDP interessant?)

– Ich bin Fachanwalt für Arbeitsrecht, Herr Kollege Detjen. Ich berate viele Betriebsräte und Personalräte. Deren Votum ist mir sehr wichtig. Es geht um Sachargumente und nicht um Stimmungsmache, Herr Detjen. Das

unterscheidet einen guten Betriebsrat von so manchem Politiker.

(Beifall bei Teilen von FDP)

Wenn hier das Argument angeführt wird, Kunst statt Fassade, rufe ich uns entgegen: Es geht nicht um Kunst oder Fassade, sondern es gibt die Verpflichtung zur Kunst durch Fassade. Stimmen Sie heute für die Vorlage der Verwaltung! – Herzlichen Dank.

(Beifall bei FDP und Teilen von SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Uckermann, bitte.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir müssen hier natürlich vorweg einiges sagen. Ich habe das Gefühl, hier reden alle um den heißen Brei herum. Alle waren beteiligt. Wenn man sieht, was hierbei herausgekommen ist, dann stellt man fest: Es ist das typische Klein-Klein, fast provinziell. Ich hätte dem Oberbürgermeister gewünscht, dass er eine Vorlage bringt, die dem Ruf dieser Stadt gerecht wird. Köln ist kein Oberzentrum, Köln ist eine Metropole.

(Beifall bei pro Köln)

Das, was wir hier vorgelegt bekommen, ist in der Tat eine abgespeckte Variante, ein Allerweltshaus, ein Gemischtwarenladen künstlerischer Art, man kann sagen: eine kulturpolitische Verrichtungsbox. Ich nenne nur einen Punkt. Haben Sie schon einmal ein Theater ohne Gastronomie gesehen? Das gibt es auf der ganzen Welt nicht. So etwas ist zumindest mir nicht bekannt. Sie müssen demnächst auf die Eintrittskarten schreiben: Bitte gehen Sie vorher in den nahegelegenen Penny-Markt und holen sich etwas zu trinken. Das kann der Stadt Köln doch nicht gerecht werden.

(Beifall bei pro Köln)

Eines ist auch klar: Wenn heute hier ein dringender Appell von über 200 Personen an alle Ratsmitglieder gerichtet wird und das überhaupt nicht erwähnt wird, dann stimmt etwas in dieser Stadt nicht. Darunter sind Schauspielintendanten oder Kabarettisten – gut, davon haben wir hier auch einige.

(Beifall bei pro Köln)

Ich lese hier namhafte Leute, Herrn Adenauer oder Herrn Zwiener. Das muss man ernst nehmen. Ich frage mich: Warum hat es mit diesen Leuten keinen Dialog gegeben? Warum gibt es hier so eine schnöde Verwaltungsvorlage, die dem Ruf dieser Stadt nicht gerecht wird? Wie war das früher in der Stadt? Köln war eine Musikstadt: Offenbach, der Mozart der Champs Elysées. Was haben wir heute im Bereich der Musik?

(Lachen bei Bündnis 90/Die Grünen)

– Ja, da können Sie dumm lachen. Das haben Sie noch nicht gehört. Das ist aber so. Da können Sie lachen. Schimpfen bin ich ja gewöhnt. Aber nun freue ich mich, dass Sie lachen, dass ich Ihnen ein bisschen Freude machen konnte.

(Beifall bei pro Köln)

Vor diesem Hintergrund möchte die Fraktion pro Köln der Verwaltung ein bisschen helfen, insbesondere Ihnen, Herr Oberbürgermeister. Wir haben einige ergänzende Punkte, die hier verwirklicht werden müssen. Wir stellen also folgenden Änderungsantrag:

Erstens. Wir verlangen die Erstellung eines künstlerischen Opernkonzeptes unter Berücksichtigung einer Kooperation mit den Städten Bonn und Düsseldorf. Wir wollen im Bereich der Oper Spitze haben. Was sind die Kosten? Das sind die Produktionskosten. Die kann man sich mit Städten in Kooperation teilen. Es nützt nichts, wenn man drei Häuser auf so engem Raum hat und überall im Prinzip nur Mittelmaß herrscht. Für die anderen Häuser will ich das allerdings nicht sagen. Wann wurde die Kölner Oper in den letzten Jahren schon einmal wahrgenommen? Kurzum: Hier muss man sich zusammmentun.

Zweitens. Erstellung eines Theaterkonzeptes. Wir haben in Köln über 30 Bühnen. Gut, hier haben wir auch Theater, und das kostet sogar nichts. Aber wir meinen, dass es mit der freien Szene und der Kommune hier ein Konzept geben sollte, wer im Prinzip was übernimmt.

Drittens verlangen wir die Erstellung eines nachhaltigen Stadtentwicklungskonzeptes inklusive einer Rahmenplanung, die insbesondere die zukünftige Gestaltung der Nord-Süd-Fahrt einbezieht. Wir hören immer Diskussionen: Was ist mit der Nord-Süd-Fahrt? Ist es möglich, sie als Tunnel fortzuführen, damit wir einen Platzgewinn haben, oder nicht? Das

alles muss Auswirkungen auf unsere Entscheidung heute haben.

Viertens möchten wir die Verwaltung beauftragt wissen, dass sie 30 Prozent Drittmittel für Investitionskosten und Unterhaltung sowie den Betrieb für mindestens 20 Jahre einwirbt. Ich stelle mir vor, dass das Land Nordrhein-Westfalen in Anspruch genommen werden kann. Die Stadt Köln tut so viel für das Steueraufkommen. Die Region Köln trägt über 30 Prozent zu den Steuereinnahmen des Landes Nordrhein-Westfalen bei. Da ist es nur recht und billig, dass das Land Nordrhein-Westfalen sich hieran beteiligt.

Fünftens. Das war meine Frage im Finanzausschuss. Man hat uns gesagt, dass die Frage der Gastronomie eine Frage der Investitionskosten sei. Wir halten es für sinnvoll, dass die Verwaltung mit einem Gastronomiebetreiber über die Investitionskosten in Verhandlungen tritt, die dieser zu tragen hat und dafür einen langfristigen Pacht- oder Mietvertrag bekommt. Damit könnte man diesen groben Mangel beheben.

Ansonsten ist das hier nicht der große Wurf. Das ist Klein-Klein. Es ist einer Stadt Köln nicht angemessen. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Den Beschlussvorschlag müssen Sie formulieren und schriftlich einreichen, zumindest stichwortartig. – Dann kommen wir zu weiteren Wortmeldungen. Herr Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Als der neue Oberbürgermeister erklärte, er wolle alle großen Bauprojekte auf den Prüfstand stellen, fanden wir das nicht nur sympathisch, sondern auch folgerichtig. Die Krise reißt nicht nur Löcher in den Haushalt, sondern zerstört die kommunale Selbstverwaltung. Die Frage lautet: Wie können wir die kommunale Daseinsvorsorge in dieser Stadt insgesamt verteidigen? Da hatten Sie, Herr Oberbürgermeister, eine Erleuchtung und haben Frau Beier beauftragt, ein Sanierungskonzept für das Schauspielhaus zu berechnen. In der darauf folgenden Diskussion kristallisierten sich zwei Positionen heraus. Die eine Position: Weiter so, und die andere,

wörtlich: „die Diskussion neu aufmachen“, „neu denken“.

Man kann natürlich trefflich darüber diskutieren, was besser ist: Neubau oder Sanierung. Darum geht es aber eigentlich nicht. Es geht darum, die gesamte Spannbreite kommunaler Leistungen, die öffentliche Daseinsvorsorge, im Auge zu behalten, Schwerpunkte zu setzen und abzuwägen. Diese Diskussion verlangen viele Kölnerinnen und Kölner von uns Ratsmitgliedern zu Recht. Wenn die Mehrheit im Rat heute für einen Neubau stimmt, wird erst der Rat in der nächsten Legislaturperiode – Sie müssen das gar nicht ausbaden – ab 2014 eine enorme Steigerung des Betriebskostenzuschusses von weiteren 30 Millionen Euro beschließen müssen. Wenn wir bedenken, dass der jährliche Betriebskostenzuschuss schon jetzt 50 Millionen Euro beträgt und wir die 30 Millionen Euro noch draufsatteln, dann haben wir einen jährlichen Betriebskostenzuschuss von 80 Millionen Euro nur für diesen Bereich. Wenn wir alle wissen, dass der Etat für freiwillige Leistungen gar nicht so groß ist, dann stellen wir fest: Das ist eine gigantische Summe.

Der Unterschied beim jährlichen Betriebskostenzuschuss zwischen Sanierung und Neubau beträgt nur 2 Millionen Euro, wie es in der Vorlage heißt. Darauf kann ich nur antworten: Jede Million Euro im Jahr in Sachen Betriebskostenzuschuss ist uns zu viel. Denn wir wissen, dass Probleme auf uns zukommen, die wir stemmen müssen.

Karin Beier hat meines Erachtens den wunden Punkt zu spät getroffen, aber sie hat ihn gefunden. Sie hat nämlich darauf hingewiesen, dass der Neubau des Schauspielhauses und die Sanierung der Oper für uns im Rat keine Investitionszahlung ist, sondern ein Betriebskostenzuschuss aus dem laufenden Haushalt. Sie hat also den Punkt gefunden, auch wenn das zum Teil bestritten worden ist. Es ist schade, dass Sie heute eine weitreichende Entscheidung treffen. Bereits im Kommunalwahlkampf – darauf möchte ich hinweisen; wir waren gemeinsam auf der Veranstaltung – haben viele Kölnerinnen und Kölner über den neuen Kurs in Sachen Kunst- und Kulturpolitik diskutieren wollen. Das haben sie auch. Aber wir sind mit der Diskussion nicht fertig geworden.

Köln ist meines Erachtens schon lange keine heimliche Hauptstadt mehr. Köln ist eine Metropole zwischen den Hauptstädten Berlin und Paris. Das ist unsere Zukunft. Wir sind keine

Hauptstadt mehr. Manchmal denkt man aber, wir seien eine Hauptstadt. Manche Leute gebärden sich, als seien wir eine Hauptstadt. Deswegen müssen wir diskutieren: Wie sollen Kunst, Kultur, Bildung und Sport – das betrachte ich als Ganzes – aussehen, und wie wollen wir dort das Geld ausgeben, wo wollen wir Prioritäten setzen? Brauchen wir als interkulturelle Metropole mit dem demographischen Wandel, den wir heute zur Kenntnis genommen haben, den alten klassischen Kulturbetrieb des Musiktheaters? Das frage ich Sie. Welchen Stellenwert soll die Hochkultur bekommen, und wie sollen die Aufgaben und Mittel zwischen freier Kulturszene und kultureller städtischer Daseinsvorsorge gewichtet werden? Wie wollen wir die 80 Millionen Euro Betriebskostenzuschuss an die Oper und das Schauspielhaus dann verwenden? Auch wenn es gebaut wird, steht es ja da. Wenn Sie darüber sinnieren, dass Sie 65 Jahre Ballett betreiben wollen, dann möchte ich bezweifeln, dass das 65 Jahre lang so sein wird. Denn die Gesellschaft wird sich verändern. Ich glaube nicht, dass die Hochkultur

(Andreas Köhler [CDU]: Wie lange redet der denn?)

– ich bin gleich fertig, Herr Oberbürgermeister –, die Sie im Auge haben, eine Zukunft hat.

(Andreas Köhler [CDU]: Er redet schon acht Minuten!)

Deswegen ist die Diskussion aufgebrochen. Lassen Sie uns diese Diskussion beschließen, lassen Sie uns diese Diskussion führen, lassen Sie uns diese Diskussion gemeinsam führen, ob arm, ob reich, ob gut gebildet oder schlecht gebildet, ob Migrant oder Immi. Das ist wichtig in den nächsten Jahren. – Danke schön.

(Beifall bei LINKEN)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: So weit Herr Detjen. – Dann Herr Zimmermann, bitte.

(Andreas Köhler [CDU]: Das war am Thema vorbei! Er hat einen falschen Sprechzettel mitgenommen!)

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren hier im Saale und auf der Tribüne! Ich habe es mir auch nicht so vorgestellt, dass ich meine erste Rede heute

zum Schauspiel bzw. zur Oper halten muss. Aber ich freue mich, die Gelegenheit nutzen zu können, um andere Positionen darzustellen, als sie hier bislang zu Gehör gebracht worden sind.

Im Frühsommer dieses Jahres stellten der ehemalige Oberbürgermeister Fritz Schramma und der Rat der Stadt Köln erschrocken fest, dass sich die Kosten für den bereits beschlossenen Neubau des Schauspiels und die Sanierung der Oper dramatisch erhöht haben. Der alte Kostendeckel von 230 Millionen Euro wurde weit überschritten, und man zog die Notbremse. Um die Kosten einzudämmen, bat man um eine abgespeckte Version des Neubaus, aber auch um Alternativen. Ich möchte hier heute Nacht über die Varianten 2 und 4 sprechen.

Variante 2, Neubau Schauspiel und Sanierung Oper, liegt in der günstigsten Version bei rund 290 Millionen Euro Baukosten. Es könnten laut Diederichs-Gutachten bis zu maximal 350 Millionen Euro werden. In Variante 4, Sanierung von Oper und Schauspiel, werden uns von der Verwaltung Baukosten von rund 260 Millionen Euro genannt. Von den Befürwortern des Neubaus werden gerne 290 Millionen Euro gegen 260 Millionen Euro gesetzt. Der Neubau sei alleine schon aus städtebaulichen Gründen vorzuziehen, zumal die Kosten gegenüber der Variante 4 nur unwesentlich höher seien. Im Übrigen bleiben 30 oder 40 Millionen Euro Unterschied, auch wenn man das über die Jahre auf ein paar Hunderttausend Euro herunterrechnet. Aber 40 Millionen Euro sind eine ganze Menge Geld. – So weit die offizielle Diskussion im Rat und in den Ausschüssen.

Doch obwohl diese Vorlage erst sehr kurzfristig veröffentlicht wurde, entspann sich direkt die öffentliche Diskussion – zu Recht. Denn es stellen sich eine ganze Menge Fragen. Im Kern der Diskussion geht es um zwei Fragen: Können wir uns einen Neubau, können wir uns diesen Neubau des Schauspiels leisten? Und: Was will die Kultur, in diesem Fall das Schauspiel, da die Sanierung der Oper von niemandem in Zweifel gezogen wird?

Wenn wir nur über die Kosten sprechen, fällt mir als neu gewähltem Mitglied als Erstes an Variante 2 die alte und neue Kostendeckelung auf. Fällt hier im Rat niemandem auf, dass die noch bis zum Frühsommer gewünschte Kostendeckelung von 230 Millionen Euro in keiner Variante mehr erreicht wird, dass in Variante 2 sogar Risikokosten bis zu 350 Millionen Euro möglich sind, also rund 50

Prozent über der ursprünglich gewünschten Kostendeckelung, die vor einem halben Jahr noch gewünscht wurde, und das bei einer sich weiter zuspitzenden Haushaltslage?

Variante 4 erscheint leider zunächst unwesentlich günstiger. Die Verwaltung rechnet den Unterschied beim zukünftigen jährlichen Betriebskostenzuschuss auf wenige Hunderttausend Euro herunter. Doch stimmen diese Zahlen? Selbst Verwaltung und Diederichs sprechen von – so die Verwaltung – „fehlender vertiefter Substanzkenntnis“ bzw. – so Diederichs – einer „groben Kostenaussage“.

Hier setzt die öffentliche Debatte an. Im Gutachten von Gerling + Arendt aus dem Jahr 2003 geht man von wesentlich günstigeren Zahlen aus. Professor Feinen geht, bezogen auf das genannte Gutachten, von Kosten deutlich unter 200 Millionen Euro für Sanierung aus. Im günstigsten Fall geht er nach heutigem Stand von rund 150 bis 180 Millionen Euro aus.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Ist das der Profi?)

– Das ist ein CDU-Profi.

(Winrich Granitzka [CDU]: Den kennen wir!)

– Der hätte Ihnen bei der Messe höchstwahrscheinlich schon helfen können.

(Beifall von Frank Schneider [SPD])

Setzen wir nun das Gutachten von Gerling + Arendt zur Sanierung – ins Jahr 2009 weitergedacht von Professor Feinen – gegen die maximalen Kosten für den Neubau, genannt in der Kostenschätzung von Diederichs, so stehen Kosten von rund 180 Millionen Euro für Variante Sanierung gegen maximal 350 Millionen Euro für Neubau Schauspiel. Das ist in der Tat ein Unterschied, über den wir nachdenken sollten. Das sollten wir ausführlich tun. Ich sage später nochmals: Auch wir plädieren für Vertagung. Wir sollten weiter darüber nachdenken.

(Andreas Köhler [CDU]: Was heißt „wir“?)

Was will die Kultur? Die Intendantin des Schauspiels, Frau Karin Beier, die Initiativen „Köln kann auch anders“ und „Kölner Kommentar“ sprechen sich vehement für die Sanierung aus. Die Versuche, Frau Karin Beier als isoliert darzustellen, sind infam. Sehen Sie sich doch die Unterstützer unter der Liste des Aufrufs „Mut zur

Kultur – Inhalt vor Fassade“ an: Frau Professor Hiltrud Kier, Dr. Ulrich Krings, Professor Peter Busmann, Frau Professorin Uta Brandes, Professor Klaus Feinen, um nur einige Namen zu nennen. Die Kölner Kultur steht nahezu geschlossen hinter diesem Aufruf. Stimmen aus dem öffentlichen Kulturleben, die sich in den letzten Tagen vehement für einen Neubau eingesetzt hätten, sind mir bis auf die des Herrn Laufenberg nahezu unbekannt. Diesen Initiativen geht es nicht nur um einen verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeldern in Zeiten knapper Kassen, es geht auch um Vorteile einer gelungenen und bezahlbaren Sanierung versus eines abgesehenen, das heißt nicht perfekten Neubaus.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Sie müssen langsam zum Ende kommen.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Von den Befürwortern des Neubaus wird Zeitdruck ins Feld geführt. Das stimmt. Die Arbeiten für eine neu auszuschreibende Sanierung können erst später als ein Neubau begonnen werden. Doch auch hier gibt es Stimmen, die besagen, dass eine Sanierung zeitgleich, wenn nicht sogar früher als ein Neubau fertiggestellt werden kann. Frau Karin Beier würde selbst eine Verzögerung in Kauf nehmen, wie sie im Ausschuss gesagt hat.

(Martin Börschel [SPD]: Für sie ist das auch leicht!)

Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, Sie sehen, es gibt einen immensen Diskussionsbedarf. Wir plädieren für eine Vertagung. In dieser Zeit wollen wir gemeinsam mit der Öffentlichkeit klären, wie eine Sanierung aussehen könnte, warum die Aussagen des Gutachtens von Gerling + Arendt nicht breiter verfolgt wurden und wie man eine Ausschreibung der Sanierung gestalten kann, um Kosten zu sparen und im Zeitrahmen zu bleiben. Wir unterstützen den Antrag auf eine Vertagung.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Dr. Muser.

Dr. Martin Müser (Freie Wähler – Kölner Bürger Bündnis): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir reden natürlich nicht über Sanierungs- oder Neubaulalternativen von Oper und Schauspielhaus, sondern darüber, ob wir den Betriebskostenzuschuss für Oper und Schauspielhaus von zurzeit rund 50 Millionen Euro auf über 80 Millionen Euro anheben wollen. Es sind mindestens 80 Millionen Euro, denn wir haben Unwägbarkeiten, die die Sache nur teurer machen können. Eine Unwägbarkeit ist die Kostenkalkulation, zu der es in der Vorlage heißt, dass die Preise nur auf Basis von Kennwerten ermittelt worden seien, die nicht mit den Kostenschätzungen auf Basis einer fundierten Planung verglichen werden können. Hier sagt die Verwaltung also selber, dass sie sich nicht sicher ist, ob diese Kalkulation überhaupt haltbar ist. Dafür müsste man erst einmal in eine Planung einsteigen. Dann könnte man wesentlich fundierter eine Schätzung abgeben. Wie gesagt: Was wir bisher haben, ist mit einer seriösen Kostenschätzung nicht zu vergleichen. Es ist weit weniger.

Zweitens. Worüber wir noch nicht gesprochen haben, wozu ich noch keine Antwort von der Verwaltung erhalten habe, ist die Frage nach den Kostensteigerungen, die dadurch entstehen, dass mit erweiterten Möglichkeiten im Schauspielhaus und in der Oper die Ansprüche an Qualität und Quantität der künstlerischen Produktionen steigen, die finanziert werden wollen. Die Frage hierzu ist weder im Kulturausschuss noch im Finanzausschuss beantwortet worden. Der zuständige Dezernent, Professor Quander, hat mir eben zugestanden, dass diese Frage ehrlicherweise in den Raum gestellt werden muss, wenn man schon hingehht und sich so tolle Bauwerke zulegt. Da sind natürlich die entsprechenden Kosten für die Produktion zu berücksichtigen. Das sind sie bisher noch nicht. Bisher sind die Betriebskostenzuschüsse, wie sie ausgewiesen wurden, nur auf der Basis der Bauwerke ausgewiesen worden, nicht auf der Basis dessen, was inhaltlich stattfinden wird. Wir haben schon jetzt Zuschüsse in Höhe von 50 Millionen Euro. Wir wollen das qualitativ und quantitativ wesentlich steigern. Es sind höhere Eintrittspreise und höhere Zuschauerzahlen kalkuliert worden. Es ist klar, dass sich die Kosten fundamental erhöhen werden.

Herr Görzel, Sie haben davon gesprochen, dass Ihrer Erfahrung nach das Risiko bei Sanierungen höher ist als bei Neubauten. Herr Görzel, ich kann Ihnen versichern: Für die Stadt Köln trifft

das nicht zu. Wenn man sich hier die Kostensteigerungen bei Neubauten ansieht, dann sieht man, dass das Risiko, das hierin steckt, enorm hoch ist. Wir haben gerade im Radio gehört, was in Bonn passiert ist: 70 Millionen, 140 Millionen, mittlerweile ist man bei 210 Millionen angelangt, was das Kongresszentrum angeht. Hier davon auszugehen, dass prinzipiell nur eine Sanierung ein großes Risiko darstelle, kann ich so nicht nachvollziehen.

Was ich irritierend finde, Herr Görzel, ist, dass Sie behaupten, dass sich schon sehr früh ein Konsens für einen Neubau, für einen bestimmten Wettbewerbsentwurf abgezeichnet hätte, der hier umzusetzen wäre. Ich kann Ihnen versichern: Es gab nie einen Konsens, sondern es gab nur den Wunsch von ein paar Tagträumern, etwas Großes zu hinterlassen, und zwar ein großes Bauwerk. Es gab aber in der Gesellschaft niemals einen Konsens darüber, dass dieses ganze Volumen – sowohl das Finanzvolumen als auch das Bauvolumen – an dieser Stelle errichtet werden sollte.

Herr Dr. Elster, was Sie gesagt haben, teile ich auch nicht. Sie führten aus, dass wir auf den Stand September zurückgehen sollten. Ich glaube, dass wir auf den Stand des Gutachtens von Gerling + Arendt zurückgehen sollten, die verschiedene Varianten der Sanierung in den Raum gestellt haben, Varianten, die sich in einem Kostenrahmen von 100 bis 125 Millionen Euro bewegten. Herr Zimmermann hat das eben schon ausgeführt. Wenn man das seriös weiterrechnet, landen wir vielleicht bei 150 Millionen Euro, aber bei weitem nicht bei dem Betrag, der hier in den Raum gestellt wird und wo es scheinbar nur noch darum geht, ob wir bei 270 oder bei 300 Millionen Euro sind. Nein, es gibt auch die Möglichkeit, in einer ganz anderen Dimension zu agieren.

Wir wollen Schauspiel und Oper vor allem qualitativ nach vorne bringen. Hierfür haben wir Herrn Laufenberg und Frau Beier engagiert, die bis unter beide Arme motiviert sind, hier Großes zu leisten. Wir wollen sicherstellen, dass wir das auch in der Zukunft unterstützen können, dass wir das Mehr an qualitativer Arbeit, das sich abzeichnet, das sie in dem halben Jahr, das sie hier sind, schon gebracht haben, auch in Zukunft haben können. Dafür brauchen wir auch Geld. Lassen Sie es uns nicht verplempern in einen reinen Baukörper, sondern lassen Sie es uns in eine qualitativ hochwertige Kulturpolitik hineinstecken.

Aus diesem Grunde plädiere ich ebenfalls für die Vertagung. Ich unterstütze den Antrag auf Vertagung, damit wir über eine vernünftige Sanierungsalternative sowohl für die Oper als auch für das Schauspielhaus nachdenken können. – Herzlichen Dank.

(Beifall von Thor-Geir Zimmermann
[Deine Freunde])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Dr. Müser. – Ich schaue in die Runde. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann stelle ich fest, dass mit diesen Beiträgen die inhaltliche Debatte abgeschlossen ist und wir nun zur Abarbeitung der unterschiedlichen Anträge kommen sollten. Von den Grünen, von Herrn Dr. Müser und Herrn Zimmermann ist gemäß § 19 unserer Geschäftsordnung ein Antrag auf Vertagung gestellt worden.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: In die Ratssitzung am 2. Februar!)

– In die Ratssitzung am 2. Februar. Ich lasse über diesen Antrag abstimmen. Wer ist gegen eine Vertagung des Antrags? – Das sind SPD, CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Nein. Damit ist der Antrag auf Vertagung abgelehnt.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Ich beantrage eine kurze
Sitzungsunterbrechung, um mich weiter
zu beraten!)

– Es wird eine kurze Sitzungsunterbrechung beantragt. Im Hinblick auf die fortgeschrittene Zeit bitte ich um eine möglichst kurze Unterbrechung.

(Unterbrechung von 1.09 bis 1.21 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen. Wir fahren in unserer Tagesordnung fort.

Wir müssen jetzt noch über zwei Anträge abstimmen. Vom Inhaltlichen her der weitergehende Antrag ist der der Fraktion pro Köln. Herr Uckermann hat ihn in fünf Punkten präsentiert. Wer ist gegen den Antrag von pro Köln, wie er soeben vorgetragen worden ist? – Das sind SPD, Grüne, CDU, FDP, Herr Dr. Müser, Herr Zimmermann und Die Linke. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen dann zum Antrag der CDU. Das ist die Variante 3.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Abgespeckt um das Produktionszentrum!)

– Abgespeckt um das Produktionszentrum. – Wer ist gegen diesen Antrag der CDU, Variante 3? – Das sind SPD, Grüne, Dr. Müser, Herr Zimmermann und Die Linke sowie meine Person. Gibt es Enthaltungen? – Bei pro Köln. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Dann kommen wir zur Beschlussvorlage der Verwaltung. Wer sich gegen die Beschlussvorlage der Verwaltung ausspricht, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CDU, Herr Dr. Müser, Herr Zimmermann und Die Linke. Wer enthält sich? – Das sind pro Köln und die Grünen. – Wer stimmt dafür? – Das sind die SPD, die FDP und ich.

(Martin Börschel [SPD]: Bravo!)

Damit ist der Antrag angenommen.

(Beifall bei SPD)

Ich bedanke mich bei allen für die sachliche Diskussion in dieser nicht einfachen, in dieser sehr schwierigen Frage.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister, ich habe eine Frage zum Verfahren. Wir sind 90 Mitglieder, und es gibt keine Mehrheit. Wie ist es rechtlich zu bewerten, wenn sich die Grünen mit 20 Leuten enthalten haben? Wird das wie Neinstimmen gewertet?

(Zuruf von Michael Zimmermann [SPD])

– Lassen Sie mich das doch einfach rechtlich abklären.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Das ist auch kein Problem. Das kriegen wir schon geregelt.

Es ging um die Beschlussfassung zur Vorlage der Verwaltung. Für diese Vorlage haben 35 gestimmt, gegen diese Vorlage gab es 26 Stimmen. Damit ist die Mehrheit für die Vorlage erreicht.

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Wir sind doch schon 25, und die Linken haben auch mit uns gestimmt! – Weitere Zurufe – Dr. Helge Schlieben [CDU]:

Das Ergebnis war falsch! Wir hätten jetzt gerne das richtige!

Herr Dr. Müser.

Dr. Martin Müser (Freie Wähler – Kölner Bürger Bündnis): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Die CDU hat dagegen gestimmt. Das sind 25 Stimmen. Die Linken haben dagegen gestimmt, das sind 4 Stimmen, also insgesamt 29. Herr Zimmermann und ich haben dagegen gestimmt. Das macht 31 Stimmen und nicht, wie Sie eben gesagt haben, 25. Ich hätte gerne das korrigierte Ergebnis verkündet bekommen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Nun das endgültige und korrigierte Ergebnis. Es gab 35 Stimmen für die Verwaltungsvorlage und 31 Stimmen gegen die Verwaltungsvorlage.

Ich bitte um Aufmerksamkeit. Wir haben eben unter dem Tagesordnungspunkt 10.19, Straßenkarneval in Köln, über die Beschlussvorlage abgestimmt, und zwar nur zu dem Konzept Ziffer 1 und Ziffer 2, aber nicht zum zweiten Punkt des Ratsvorschlages. Ich rufe diesen Tagesordnungspunkt daher erneut auf:

10.19 Konzept "Straßenkarneval in Köln - Mehr Spaß ohne Glas"

- 1. Befristetes Verbot, Glas und Glasflaschen in stark frequentierten Innenstadtbereichen (Altstadt, Zülpicher Viertel und Ringe) mitzuführen und zu verkaufen**
 - 2. Verstärkte Alkoholprävention für Jugendliche**
- 3035/2009**

Ab 2010 sollen von Weiberfastnacht bis Aschermittwoch sowie für den 11.11. die unter 3 beschriebenen Maßnahmen beschlossen werden. Darüber muss noch entschieden werden. Wer ist gegen diesen Passus? – Das war einstimmig.

(Zurufe)

– Wir mussten die Abstimmung durchführen, weil das nicht explizit aufgerufen worden war. Das war der zweite Punkt zum Beschlussvorschlag. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Auch nicht. Damit ist so beschlossen.

Dann kommen wir zur weiteren Tagesordnung.

Ich rufe TOP 10.23 auf:

10.23 Feststellung des Wirtschaftsplanes der Beihilfekasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2010
4178/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Wer ist gegen die Vorlage der Verwaltung? – Enthaltungen? – Damit ist das einstimmig so angenommen.

Ich rufe TOP 10.24 auf:

10.24 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes 2008 der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln
4203/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Wer spricht sich gegen diesen Antrag aus? – Niemand. Wer enthält sich? – Ebenfalls niemand. Damit ist das so beschlossen.

Ich rufe TOP 10.25 auf:

10.25 Feststellung des Wirtschaftsplanes 2010 der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln - Versicherungszweig Freiwillige Versicherung -
4207/2009

Gibt es Wortmeldungen? – Nein. Wer ist gegen diesen Antrag? – Niemand. Wer enthält sich? – Damit ist es so beschlossen.

Ich rufe TOP 10.26 auf:

10.26 Feststellung des Wirtschaftsplanes 2010 der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln - Versicherungszweig Pflichtversicherung -
4209/2009

Gibt es Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Wer ist gegen diesen Vorschlag? – Niemand. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist die Vorlage so beschlossen.

Ich rufe TOP 10.27 auf:

10.27 Koelnmesse GmbH
hier: Veräußerung der Geschäftsanteile an der Koelnmesse Iberica S.L., Spanien, und Koelnmesse B.V., Niederlande
4947/2009

Wünscht jemand das Wort? – Das ist nicht der Fall. – Wer ist gegen diesen Vorschlag? – Das

ist pro Köln. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist gegen die Stimmen von pro Köln dieser Beschlussvorschlag so angenommen.

Ich rufe TOP 10.29 auf:

10.29 Unterbringung und Einrichtung des Provisorischen Archivs bis zur Bezugsfertigkeit des Neubaus 4975/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Wer spricht sich dagegen aus? – Niemand. Enthaltungen? – Keine. Damit ist so beschlossen.

Ich rufe TOP 10.30 auf:

10.30 Konjunkturpaket II, Verteilung von Restmitteln für freie Träger 4838/2009

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Inklusive Anlage 1c vom Finanzausschuss! – Andreas Köhler [CDU]: Wir wollen über die ursprüngliche Fassung der Verwaltung abstimmen lassen, nicht den Tausch von Platz 17 und 1! Wir bitten darüber abzustimmen! – Gegenruf von Michael Zimmermann [SPD]: Es gibt einen Verwaltungsvorschlag! Dann müsst ihr einen Änderungsantrag stellen!)

Frau Dr. Klein zur Klarstellung.

Beigeordnete Dr. Agnes Klein: Ganz kurz. Es gibt eine Anlage 1c. Da war ursprünglich die Kindertagesstätte Venloer Wall auf Platz 17 der Prioritätenliste. Wir haben das nach der Diskussion im Finanzausschuss geändert. Diese Kindertagesstätte steht nunmehr auf Platz 1. Das ist der Vorschlag der Verwaltung.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Reine Klientelpolitik!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Das ist der Vorschlag der Verwaltung mit der Veränderung. Gibt es Wortmeldungen dazu? – Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir dazu ab. Wer ist gegen den Vorschlag der Verwaltung? – Das sind CDU, FDP und pro Köln. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Vorlage so angenommen.

Ich rufe TOP 10.31 auf:

10.31 Umsetzung des Rettungsdienstbedarfsplanes

a) **Verlängerung der Einbindung der Hilfsorganisationen in den bodengebundenen Rettungsdienst ab dem 01.01.2010 bis zum 31.03.2010**

b) **Verstärkung des Rettungsdienstes ab dem 01.04.2010 4625/2009**

Gibt es Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Wer ist gegen den Antrag? – Niemand. Wer enthält sich? – Damit ist die Vorlage so beschlossen.

Ich rufe TOP 10.32 auf:

10.32 Resolution gegen die Kürzung des herkunftssprachigen Programms des WDR (Westdeutscher Rundfunk) 5065/2009

Wortmeldungen sehe ich nicht. Wer ist gegen diese Vorlage? – Das ist pro Köln. Wer enthält sich? – Damit ist die Vorlage so beschlossen gegen die Stimmen von pro Köln.

Wir kommen zu TOP 10.33:

10.33 Fortführung der KölnTage bei den Museen der Stadt Köln 4561/2009

Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Ich möchte hinsichtlich der Vorlage Folgendes beantragen: erstens, dass die KölnTage bei den Museen bis zum 30. Juni 2010 zu den Bedingungen wie 2009 fortgeführt werden, und zweitens, dass sämtliche Vorschläge, die die Verwaltung gemacht hat, in die Haushaltsplanberatungen verwiesen werden, wo sie weiterbehandelt werden.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Das war ein Änderungsantrag der Fraktion der Grünen zur Vorlage der Verwaltung. Wer ist gegen den Änderungsantrag der Fraktion der Grünen? – Ich sehe niemanden. Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Beschlussvorschlag in der Form des Änderungsantrages, den wir gerade beschlossen haben. Wer ist gegen diesen

Beschlussvorschlag? – Niemand. Wer enthält sich? – Ebenso niemand. Damit ist so beschlossen.

Wir kommen zu TOP 10.34:

10.34 Mitteilung über Kostenerhöhungen gemäß § 24 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 1201, Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV bei Finanzstelle 6601-1201-0-6611, Generalinstandsetzung nach Gleisrückbau (Chlodwigplatz bis Marienburg) 3680/2009

Gibt es Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Wer ist gegen diese Vorlage? – Niemand. Enthaltungen? – Keine. Damit ist so beschlossen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 12, hier zu TOP 12.1:

12. Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

12.1 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 61439/04 Arbeitstitel: Waldsiedlung in Köln-Junkersdorf, 1. Änderung (Behebung von Fehlern im ergänzenden Verfahren gem. § 214 Absatz 4 BauGB) 3833/2009

Gibt es Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. – Wer ist gegen diesen Beschlussvorschlag? – Niemand. Enthaltungen? – Ebenfalls keine. Dann ist so beschlossen.

Wir kommen zu TOP 12.2:

12.2 Beschluss über die Stellungnahme, die Änderung sowie den Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 70510/02 Arbeitstitel: Dünnwalder Kommunalweg in Köln-Stammheim/-Flittard 4220/2009

Gibt es Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Wer ist gegen diesen Beschlussvorschlag? – Niemand. Enthaltungen? – Keine. Damit ist so beschlossen.

Wir kommen zu TOP 12.3:

12.3 Satzungsbeschluss betreffend die 1. Änderung des Bebauungsplanes

(vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 70493/03

Arbeitstitel: Düsseldorfer Straße in Köln-Mülheim, 1. Änderung 4240/2009

Gibt es Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Wer ist gegen diesen Satzungsbeschluss? – Die Linke und pro Köln. Wer enthält sich? – Somit ist das gegen die Stimmen von pro Köln und Die Linke angenommen.

Wir kommen zu TOP 12.4:

12.4 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan Nr. 75409/04

Arbeitstitel: Friedrich-Naumann-Straße in Köln-Porz-Eil 4234/2009

Gibt es Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Wer ist gegen diesen Satzungsbeschluss? – Niemand. Enthaltungen? – Keine. Dann ist das so angenommen.

Wir kommen zu TOP 12.5:

12.5 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf

(vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 64452/02

Arbeitstitel: Woensamstraße in Köln-Lindenthal 4628/2009

Wortmeldungen sehe ich nicht. – Wer ist gegen den Beschlussvorschlag? – Niemand. Enthaltungen? – Ebenfalls keine. Damit ist so beschlossen.

Wir kommen zu TOP 12.6:

12.6 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 66458/11

Arbeitstitel: Gereonstraße 16-32 in Köln-Altstadt/Nord 4953/2009

Herr Streitberger.

Beigeordneter Bernd Streitberger: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ein ganz kurzer Hinweis. Im Stadtentwicklungsausschuss am 8. Dezember hatten wir in der Vorlage einen Wiedervorlageverzicht vorgesehen, sofern die Bezirksvertretung dem so zustimmt. Leider

haben wir versäumt, das abzustimmen. Da das eine sehr eilige Vorlage im Interesse des Deutschen Städtetages ist, wie Ihnen bekannt ist, möchte ich Sie bitten, dass wir heute trotzdem diese Angelegenheit entscheiden. Die Bezirksvertretung Innenstadt hat zwischenzeitlich einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herzlichen Dank, Herr Streitberger. – Gibt es keine weiteren Wortmeldungen? – Wer ist gegen diesen Beschlussvorschlag? – Niemand. Wer enthält sich? – Damit ist er einstimmig angenommen.

Wir kommen zu TOP 13, hier zu TOP 13.1:

13. Bauleitpläne - Aufhebung von Bauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

**13.1 Aufhebung des Fluchtlinienplanes Nr. 2013
- Satzungsbeschluss -
Arbeitstitel: Rolshover Kirchweg in Köln-Poll
4193/2009**

Gibt es Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Wer ist gegen diese Vorlage? – Wer enthält sich? – Damit ist sie einstimmig angenommen.

Wir kommen zu TOP 13.2:

**13.2 Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 73480/03
- Satzungsbeschluss -
Arbeitstitel: Haus Isenburg in Köln-Holweide
4201/2009**

Wortmeldungen gibt es nicht. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist das so angenommen.

Wir kommen zu TOP 13.3:

**13.3 Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 75459/03 (7444 Nb/03)
- Satzungsbeschluss -
Arbeitstitel: Hans-Schulten-Straße in Köln-Brück
4205/2009**

Wortmeldungen gibt es nicht. – Wer ist dagegen? – Niemand. – Es gibt keine Enthaltung.

Wir kommen zu TOP 13.4:

**13.4 Aufhebung des Fluchtlinienplanes Nr. 324
- Satzungsbeschluss -
Arbeitstitel: Amsterdamer Straße in Köln-Niehl
4260/2009**

Gibt es Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Wer ist gegen den Beschluss? – Gibt es Enthaltungen? – Damit ist der Sitzungsbeschluss in der Vorlage angenommen.

Wir kommen zu TOP 13.5:

**13.5 Aufhebung des Fluchtlinienplanes Nr. 529
- Satzungsbeschluss -
Arbeitstitel: Hermesgasse in Köln-Niehl
4262/2009**

Wer ist gegen die Vorlage? – Wer enthält sich? – Damit ist sie so angenommen.

Wir kommen zu TOP 13.6:

**13.6 Aufhebung des Fluchtlinienplanes Nr. 427
- Satzungsbeschluss -
Arbeitstitel: Sebastianstraße in Köln-Niehl
4264/2009**

Wer ist gegen die Vorlage? – Wer enthält sich? – Somit ist sie angenommen.

Wir kommen zu TOP 13.7.

**13.7 Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 57577/02
- Einleitungsbeschluss -
Arbeitstitel: Schloß-Arff-Straße in Köln-Roggendorf/Thenhoven, Aufhebung
4881/2009**

Gibt es eine Wortmeldung? – Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Fraktion pro Köln begrüßt, dass die Verwaltung diesen vorhabenbezogenen Bebauungsplan zurückzieht. Wir wünschen, dass das Gebiet an der Schloß-Arff-Straße in Roggendorf/Thenhoven auch in Zukunft ein Gebiet bleibt, das der Bevölkerung zur Naherholung zur Nutzung zur Verfügung steht. Wir bitten darum, auch zukünftig auf eine Bebauung zu verzichten. – Danke.

(Beifall bei pro Köln – Michael Zimmermann [SPD]: Stimmt doch einfach der Vorlage zu!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Wer ist gegen diesen Beschlussvorschlag? – Die CDU. Wer enthält sich? – Damit ist er gegen die Stimmen der CDU so angenommen.

Wir kommen zu TOP 14:

14. Erlass von Veränderungssperren

14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Neustadt/Nord
Arbeitstitel: Genter Straße in Köln-Neustadt/Nord
3125/2009

Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer ist gegen diesen Beschlussvorschlag? – Niemand. Enthaltungen? – Keine. Damit ist er so angenommen.

Wir kommen zu TOP 14.2:

14.2 Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Porz-Ensen
Arbeitstitel: Kölner Straße in Köln-Porz-Ensen
3472/2009

Es gibt keine Wortmeldungen. – Es gibt keine Gegenstimmen. – Gibt es Enthaltungen? – Bei pro Köln. Ansonsten ist das mehrheitlich beschlossen.

Wir kommen zu TOP 14.3:

14.3 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Altstadt/Nord
Arbeitstitel: Glockengasse in Köln-Altstadt/Nord
3784/2009

Es gibt keine Wortmeldungen. Wer ist gegen diesen Beschlussvorschlag? – Wer enthält sich? – Damit ist er so angenommen.

Wir kommen zu TOP 14.4:

14.4 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Neustadt/Nord

Arbeitstitel: Goebenstraße in Köln-Neustadt/Nord
3805/2009

Es gibt keine Wortmeldungen. – Wer ist gegen den Beschlussvorschlag? – Niemand. Wer enthält sich? – Damit ist das angenommen.

Wir kommen zu TOP 15:

15. Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

15.1 Ersatz- und Ergänzungsgebiet Bürgerpark zum Sanierungsgebiet Kalk
Aufhebung der Satzung des Ersatz- und Ergänzungsgebietes Bürgerpark zum Sanierungsgebiet Kalk
2157/2009

Wortmeldungen sehe ich nicht. Wer ist gegen die Vorlage? – Niemand. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist sie so angenommen.

Wir kommen zu TOP 16:

16. KAG-Satzungen Erschließungsbeitragssatzungen -

TOP 16.1 ist zurückgezogen.

Wir kommen daher zu TOP 16.2:

16.2 206. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
3279/2009

Es gibt keine Wortmeldungen. Wer ist gegen diesen Beschlussvorschlag? – Pro Köln. Wer enthält sich? – Niemand. Gegen die Stimmen von pro Köln ist das so angenommen.

Wir kommen zu TOP 18, hier zu TOP 18.1:

18. Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

18.1 Benennung von Ratsmitgliedern als Delegierte zur Delegiertenversammlung der deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) am 9. Dezember 2009
4958/2009

Gibt es Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.
Wer ist gegen diesen Beschlussvorschlag? – Pro Köln.
Wer enthält sich? – Damit ist die Vorlage gegen die Stimmen von pro Köln angenommen.

Wir kommen zu TOP 18.2:

**18.2 Änderung der 1. Ordnungsbehördlichen
Verordnung über das Offenhalten von
Verkaufsstellen vom 18.12.2008
5041/2009**

Wortmeldungen sind nicht zu sehen. Wer ist gegen diesen Antrag? – Niemand. – Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist das einstimmig angenommen.

Wir kommen zu TOP 18.3:

**18.3 Kunststiftung im Museum Ludwig Köln
4956/2009**

Wer wünscht das Wort? – Niemand. Wer ist gegen diesen Antrag? – Ebenfalls niemand. – Wer enthält sich? – Bei Enthaltung der Linken ist dieser Beschlussvorschlag angenommen.

Damit haben wir den öffentlichen Teil unserer heutigen Sitzung abgeschlossen. Ich möchte die Vertreter der Presse und die Zuschauer ganz herzlich bitten, den Sitzungssaal zu verlassen. Ich bedanke mich für das lange Aushalten. Vielleicht sieht man sich noch beim Umtrunk.

(Schluss: 1.43 Uhr)